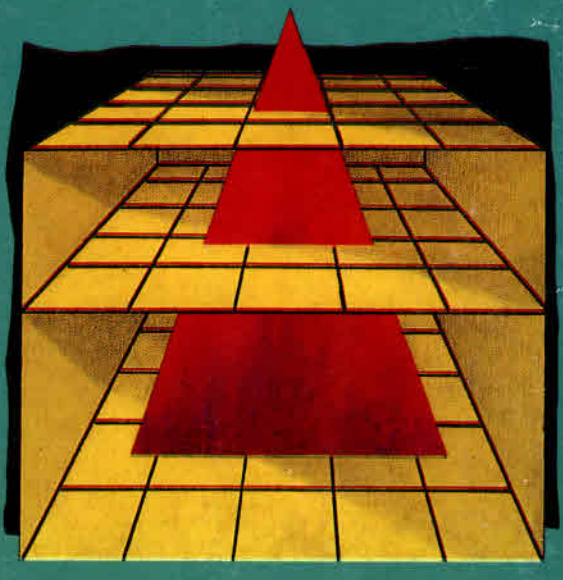
KURT FRITSCH (HRSG.)

STANDPUNKTE – STREITFRAGEN



klasse demokratie aktion

ARBEITERPARTEI UND ORGANISATION IN DEN NEUNZIGER JAHREN

EDITION MARXISTISCHE BLÄTTER

STANDPUNKTE – STREITFRAGEN

Kurt Fritsch (Hrsg.)

Klasse, Demokratie, Aktion

EDITION MARXISTISCHE BLÄTTER

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Klasse, Demokratie, Aktion: Arbeiterpartei u. Organisation in d. neunziger Jahren / Kurt Fritsch (Hrsg.). – Düsseldorf: Ed. Marxist. Blätter, 1988
(Standpunkte – Streitfragen)
ISBN 3-88501-068-2
NE: Fritsch, Kurt [Hrsg.]

Impressum
Edition Marxistische Blätter
Düsseldorf 1988
© VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m.b.H.
Postfach 101555
D-4040 Neuss 1
Umschlaggestaltung: Beate Oberscheidt, Dortmund
Typografie: Steffen Schauberger
Herstellung: Plambeck & Co GmbH, D-4040 Neuss 1
Auflage: 5.4.3.2.1

STANDPUNKTE – STREITFRAGEN

Kurt Fritsch (Hrsg.)

Klasse, Demokratie, Aktion

Arbeiterpartei und Organisation
in den neunziger Jahren

Edition Marxistische Blätter
Düsseldorf 1988

Dieses Buch wurde von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Kurt Fritsch erarbeitet; ihm gehörten folgende DKP-Mitglieder an:

Ravi Ahuja, Harry van Bargen, Hans Düsing, Rainer Eckert, Uwe Eichholz, Robert Farle, Thomas Ferber, Lothar Geisler, Willi Gerns, Peter Gingold, Otto Hans, Hans-Jörg Hennecke, Willi Herrmann, Joachim Hetscher, Heinz Kampe, Anka Konhäuser, Horst Krämer, Beate Landefeld, Hugo Machelett, Gerd Matzke, Achim Müller, Fritz Noll, Helga Rosenberg, Sigi Rutz, Fritz Seibert, Kurt Schacht, Lilo Schneider, Gerd Schumann, Lothar Schüßler, Friedemann Schuster, Heinz Stehr, Robert Steigerwald, Kurt Steinhaus, Ewald Stiefvater, Karl Stiffel, Jan Wieneke.

Inhalt

Vorwort ____ 7

I.

Warum rückt die Organisationsfrage ins Zentrum der Diskussion? ____ 25

II.

Paßt Lenins Parteitheorie noch in unsere Zeit? ____ 34

Ist unsere Orientierung auf die Arbeiterklasse heute noch zeitgemäß? ____ 57

Alte und neue Aufgabenfelder der Partei der Arbeiterklasse ____ 71

Parteiorganisation und demokratische Bewegung ____ 102

III.

Die Organisationsprinzipien der DKP ____ 138

Kommunistische Partei und Meinungsstreit – Zur Rolle der Diskussion ____ 163

Kritik und Selbstkritik ____ 181

Die innerparteiliche Demokratie ____ 205

Die Bedeutung der Vorstände, Sekretariate und Kommissionen ____ 226

Kollektivität und Persönlichkeitsentwicklung ____ 242

UZ – Das Sprachrohr der Partei. Einige Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit der DKP ____ **263**

Die Bedeutung der Parteigruppen und ihrer Massenarbeit ____ **274**

Beschlüsse müssen konkret und realistisch sein . **291**

Politische Wachsamkeit oder Schutz vor dem „Verfassungsschutz" ____ **304**

IV.

Anhang:

– Aus den Thesen des Hamburger Parteitags der DKP, 1986 ____ **329**

– Arbeiterklasse und revolutionäre Partei in Erzählungen und Romanen ____ **355**

Sachwortregister ____ **362**

Vorwort

Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche und Veränderungen. Sie vollziehen sich sowohl weltweit wie auch in unserem eigenen Land. Obenan steht die Frage Krieg oder Frieden; die Aufgabe, ein atomares Inferno zu verhindern, um das Leben der Menschheit und ihre weitere Existenz und Entwicklung zu ermöglichen. Das Streben des Imperialismus nach Sicherung seiner Herrschaft ist Quelle zahlreicher Unsicherheiten. Da sind globale Probleme ökologischer Art. Und nicht zuletzt sind es die Entwicklungsprobleme der Länder der Dritten Welt, die Überwindung vor allem des Hungers und die Beseitigung ökonomischer Rückständigkeit und Abhängigkeit. Über Klassengrenzen und Ländergrenzen hinweg sind diese Probleme zu Lebensfragen der ganzen Menschheit geworden. Auch in unserem Land kommt keine politische und gesellschaftliche Kraft daran vorbei, Position zu beziehen, auf die aufgeworfenen neuen Fragen Antworten zu geben, die von der Praxis der Entwicklung bestätigt werden. Wer in den politischen Auseinandersetzungen ernst genommen werden will, muß diese Herausforderungen annehmen.

In solchen Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche und Veränderungen stellt sich nicht nur die Aufgabe der theoretischen Erarbeitung von Alternativen, sondern immer auch die Frage der Organisation der Gesellschaft, der in ihr wirkenden gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere der Klassenkräfte. International geht es um die Organisation der globalen Beziehungen, und das erfordert neues Denken. In seinem Buch „Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt" beschreibt Michail Gorbatschow die gegenwärtige Situation, in der sich die Völker und Staaten

auf unserer Erde befinden, als „kompliziert, vielfältig, dynamisch, von einander bekämpfenden Tendenzen durchsetzt und voller krasser Widersprüche". Es sei „notwendig, auf neue Art zu denken und zu handeln."

Wir verstehen darunter auch die Notwendigkeit, die Neugestaltung der globalen Beziehungen *zu organisieren.*

Von allen Veränderungen in dieser Zeit ist – nach dem Ringen um die sozialistische Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens – die wissenschaftlich-technische Revolution die wohl wesentlichste. Sie erfaßt zunehmend alle Lebensbereiche der Menschen, führt zu tiefgreifenden Veränderungen in ihrem gesellschaftlichen Zusammenleben; insbesondere jener Menschen, die im weitesten Sinne zur Arbeiterklasse gehören. Sie vollziehen sich im Arbeitsprozeß, im Bildungs- und Ausbildungswesen, im Wohn- und Freizeitbereich. Jeder Tag belegt aufs neue, daß sich diese Entwicklung am gründlichsten im Bereich der materiellen Produktion und den ihr vor-, neben- und nachgelagerten Bereichen vollzieht.

Im Sozialismus wird diese Entwicklung, werden ihre Ergebnisse – trotz aller Probleme und Widersprüche – zielgerichtet und planmäßig in den Dienst des Menschen und seiner weiteren allseitigen Entwicklung als Persönlichkeit gestellt. Das wird möglich aufgrund des gesellschaftlichen Charakters der Eigentumsverhältnisse und der sozialistischen Organisation des staatlichen Aufbaus. Freilich: im Selbstlauf geschieht das nicht; auch im Sozialismus ist harte, angestrengte Arbeit nötig, um die nicht selten äußerst komplizierten neuen Fragen zu lösen.

Im Kapitalismus ist es eine Frage des Klassenkampfes, seiner Kraft, Intensität und Wirksamkeit und damit des Kräfteverhältnisses der Kämpfenden, ob und

inwieweit wissenschaftlich-technischer Fortschritt auch sozialen Fortschritt für die übergroße Mehrheit der Gesellschaft, für die arbeitenden Menschen bringt. Es gehört zum Wesen der kapitalistischen Produktions-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, neue Technologien zur Perfektionierung des Ausbeutungsmechanismus, des Herrschaftsapparates und seines Instrumentariums und ebenso als Zerstörungskräfte zu mißbrauchen. Das gilt auch für unser Land, die Bundesrepublik Deutschland.

Bei all dem stellen sich Fragen der Organisation, d.h. der Gestaltung gesellschaftlicher Beziehungen. Die Diskussion darüber wird von allen gesellschaftlichen Klassen, Schichten, Gruppen und Kräften, in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden der verschiedensten Art geführt.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten stellen uns mit unserer Politik und politischen Praxis all den neuen Herausforderungen. Zur Diskussion der Organisationsfrage will dieses Buch aus kommunistischer Sicht einen Beitrag leisten. Unserer Herangehensweise an die Organisationsfrage liegen die Lehren von Marx, Engels und Lenin zugrunde: der dialektische und historische Materialismus. Sie schließen in sich ein die Theorie der marxistischen Organisation und die Lehre vom Klassenkampf.

Die menschliche Gesellschaft, als Ganzes wie auch die einzelner Länder, ist ohne Organisation nicht denkbar. Organisationen sind zweckbestimmte Zusammenschlüsse, sind soziale gesellschaftliche Systeme, die viele Menschen vereinen, Programme und Ziele herausbilden und die Menschen mittels der Organisation für die Verwirklichung derselben in Bewegung bringen. Mit der Veränderung der materiellen, also der ökonomischen Grundlage der Gesellschaft ergeben sich notwen-

digerweise auch Veränderungen in der Organisationsfrage. Der Herausarbeitung dessen, was an ihr neu ist, liegt die marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie zugrunde, deren Dialektik die Widersprüche erkennen und bewerten läßt, am Alten das Überholte und das zu Bewahrende, am Neuen das wirklich und das nur scheinbar Neue sichtbar macht und entsprechendes Verhalten, praktisches Handeln ermöglicht.

Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, in dem heute nicht über ein neues Herangehen an die Organisationsfrage nachgedacht und Konsequenzen daraus gezogen werden.

In den Chefetagen der Konzerne, in Unternehmerinstituten und -verbänden werden Diskussionen über Produktionsorganisation und Produktionsstrukturen in Richtung verstärkter Effektivität der Verwertungsbedingungen des Kapitals geführt. Die daraus folgenden Entscheidungen gehen zu Lasten der Belegschaften, stellen in Jahrzehnten erkämpfte soziale Errungenschaften in Frage. Mittels immer neuer technischer Errungenschaften wird die Organisation des Arbeitsprozesses vom Arbeitsplatz über den Betrieb bis in die Konzernspitze hinein neu gestaltet und gestrafft. Wer überflüssig ist, nicht mithalten kann, wird ausgespuckt. Erkämpfte demokratische Mitentscheidungs- und Mitbestimmungsrechte werden umgangen, unterlaufen, in Frage gestellt, ausgehöhlt. Die Entscheidungen werden zentral getroffen, die Belegschaften einer starken Tendenz zur Disziplinierung unterworfen. Das fordert immer mehr – hier sei ein Wort von Karl Marx erlaubt – die „Reaktionen der Arbeit auf die Gewalttaten des Kapitals" geradezu heraus.

Regierung und Bundestagsmehrheit als Machtinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse suchen und treffen Entscheidungen darüber, wie die politi-

schen, juristischen, kurz: die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die kapitalistische Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution zu gestalten sind, im nationalen wie im internationalen Rahmen. Demokratieabbau in den verschiedensten Erscheinungsformen, staatliche Demontage sozialer Leistungen, Entscheidungen, die sich vorrangig an Kapitalinteressen ausrichten und den Widerstand von immer größeren Kreisen der arbeitenden Bevölkerung hervorrufen, gehören u. a. zu den Ergebnissen staatlicher Entscheidung. Und solche Entscheidungen dienen immer einer wirksamen Organisation der Vertretung von Herrschaftsinteressen vor allem des großen Kapitals.

Die Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution stellen alle Parteien und Organisationen vor neue Herausforderungen hinsichtlich der Vertretung und Durchsetzung ihrer allseitigen politischen Ziele. In den Gewerkschaften wird seit längerem darüber diskutiert, wie ihre Organisation beschaffen und ihre organisatorische Arbeit angelegt sein muß, um – beispielsweise – attraktiv zu werden für den wachsenden Teil der Angestellten in der Wirtschaft, der sich aus der wissenschaftlich-technischen Intelligenz rekrutiert. Zur Diskussion der Organisationsfrage in den Gewerkschaften gehört zunehmend auch das Herausfinden von Antworten auf Fragen nach den neuen Kampfformen und Aktionsmethoden unter den Bedingungen der negativen Auswirkungen, die die kapitalistische Nutzung des technischen Fortschritts auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse hat. Und in diesem Zusammenhang gewinnt die Diskussion über eine notwendig stärkere Ausprägung und Praktizierung der innergewerkschaftlichen Demokratie an Gewicht.

Keine Organisation kann ohne ein System organisatorischer Strukturen und bestimmter (zumeist im

Statut oder einer Satzung festgelegter) Regeln und Prinzipien auskommen, um die Kraft der Organisation bei der Vertretung ihrer Ziele wirksam werden zu lassen. Eine Auseinandersetzung über diese Fragen findet gegenwärtig bei den Grünen statt. Sie sind aus basisdemokratischen Gruppen und Initiativen hervorgegangen. Ihr Zusammenschluß zur Partei erfolgte vor allem aus dem Grunde, den für die Kandidatur zu Parlamentswahlen notwendigen Parteienstatus zu erlangen. Der Gedanke der Organisierung der eigenen Kraft nach bestimmten Normen und Regeln wurde anfangs abgelehnt. Alle sollten über alles entscheiden. Mitmachen konnte, wer, wenn auch nur zeitweilig, wollte. Die gegenwärtige Auseinandersetzung bei den Grünen über Fragen ihres programmatischen und praktisch-politischen Wirkens ist zu einem nicht unwesentlichen Teil auch eine Diskussion der Organisationsfrage. Ein Ausweichen davor ist bei Gefahr für die eigene Existenz als Organisation – das gilt aber nicht allein für diese Partei – unmöglich.

In der SPD erreichte die Diskussion der Organisationsfrage mit dem außerordentlichen Parteitag im Juni 1987 in Bonn einen bestimmten Höhepunkt. Hans-Jochen Vogel, der auf diesem Parteitag neu gewählte Vorsitzende der SPD, formulierte in seiner Parteitagsrede „zehn Elemente eines Konzepts für neue Siege" und betonte ihre Unerläßlichkeit. Grundsätze für das Wirken der SPD als Organisation, für die organisatorische Arbeit der ganzen Partei und ihrer Gliederungen nahmen darin einen wesentlichen Platz ein. Unter anderem wird die stärkere Orientierung auf „die breiten Schichten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" betont, der eigenständige Charakter der SPD bei aller Bündnisarbeit hervorgehoben, die Verbindlichkeit von Parteitagsbeschlüssen, wie überhaupt Beschlußver-

bindlichkeit für alle nach beendeter Diskussion und Abstimmung verlangt. Es wird gefordert, das Wissen und den Sachverstand der Masse der SPD-Mitglieder und -Anhänger zu nutzen, das Gespräch mit den Menschen zu suchen, wieder mehr Selbstdisziplin zu praktizieren und die „Einheit der Partei" wie einen „Augapfel" zu hüten. Vogel leitete diese organisationspolitischen Erfordernisse seiner Partei aus den Umbrüchen ab, die unsere Zeit bewegen. In einigem erinnern die von Vogel formulierten „zehn Elemente" in der Organisationsfrage an die revolutionäre, marxistische Vergangenheit der SPD.

Zweck, Ziel und soziale Zusammensetzung einer Partei, einer Organisation, sind letztlich bestimmt von ihrem Klassencharakter. Folglich ist auch die Organisationsfrage stets eine Klassenfrage. In den Kämpfen insbesondere der Arbeiterklasse mußte und muß sie stets auch Antwort auf die Frage „Wer – Wen?" geben.

Seit den Anfängen der modernen, der revolutionären Arbeiterbewegung hat die Organisationsfrage stets eine erstrangige Rolle gespielt. Auch heute noch ist das „Manifest der Kommunistischen Partei", das Marx und Engels 1847 im Auftrag des „Bundes der Kommunisten" verfaßten und das 1848 veröffentlicht wurde, ein gründlicher Beleg dafür. Andere von ihnen verfaßte Dokumente über die Notwendigkeit der selbständigen revolutionären Partei der Arbeiterklasse, die von den Kongressen der I. und der II. Internationale angenommen wurden, belegen das ebenfalls. Sie richteten die Entwicklung der Organisation darauf aus, der Arbeiterklasse jenes Instrument – die revolutionäre Arbeiterpartei – zu geben, das sie zur Erfüllung ihrer historischen Mission befähigt. In der Entstehungszeit der revolutionären Arbeiterbewegung in Rußland, in der Periode des Übergangs des Kapitalismus der freien Kon-

kurrenz zum imperialistischen Kapitalismus entwickelte Lenin die von Marx und Engels geschaffene Parteitheorie zur Lehre von der Partei neuen Typus weiter. Diese Partei bewährte sich weltweit im praktisch-revolutionären Prozeß und entwickelte sich durch die Verallgemeinerung von Erfahrungen revolutionärer Arbeiterparteien weiter. Ihre grundlegenden Prinzipien prägen heute den Aufbau und das innere Leben aller kommunistischen und Arbeiterparteien, die sich von den Lehren von Marx, Engels und Lenin leiten lassen. In den Statuten dieser Parteien sind sie unter Beachtung der jeweiligen Kampfbedingungen des eigenen Landes festgeschrieben.

Diese soeben skizzierten Hintergründe werden es den Lesern dieses Buches erleichtern, das Wesen der Diskussion über die Organisationsfrage in der Deutschen Kommunistischen Partei zu erfassen.

Die Diskussion dieser Frage hat in der deutschen kommunistischen Bewegung stets eine beachtliche Rolle gespielt. Das galt für die KPD und gilt auch heute für die DKP. In Zeiten mit besonderen Herausforderungen trat diese Diskussion stets in den Vordergrund. Parteitage der DKP und zahlreiche Parteivorstandstagungen befaßten sich mit ihr, gaben ihr Richtung und Ziel.

Zeiten, in denen sich Umbrüche vollziehen, die wir Kommunisten als Herausforderung und Chance zugleich verstehen, die zu Veränderungen und Fragestellungen in Bezug auf internationale Entwicklungen wie auch in dem sich verschärfenden Klassenkampf führen, haben selbstverständlich auch Auswirkungen auf die DKP. Denn ein Wandel im Bewußtsein der Menschen, in den Vorstellungen über Moral, über das Verhältnis zu Parteien, zu den Gewerkschaften, zu Organisationen, bei denen die Mitgliedschaft stets auch mit Verpflichtungen verbunden ist, führt zwangsläufig zur

Diskussion der Organisationsfrage; so auch in der DKP.

Aus unserer Sicht, also aus der Sicht der Kommunistinnen und Kommunisten, ist die Diskussion der Organisationsfrage stets ein gemeinsames Suchen nach praktikablen Antworten beispielsweise auf die Frage, wie die Arbeiterklasse und ihre Partei – und damit meinen wir unsere Partei, die DKP, unter den Bedingungen unseres Landes – wirksamer befähigt werden können, den Klassenkampf an seinen drei Fronten zu führen: an der ökonomischen, der politischen, der ideologischen. Für die kommunistische Partei muß in dieser Diskussion auch ein einheitlicher Standpunkt herausgearbeitet werden, wie die Partei immer wirksamer befähigt werden kann, den Kampf für die gegenwärtigen Interessen der arbeitenden Menschen möglichst effektiv zu führen und diesen Kampf mit der überzeugenden Darlegung unseres sozialistischen Zieles zu verbinden. Kurzum, es geht um die Beantwortung der Frage, wie die DKP ihre Rolle erfüllen kann. Worin diese Rolle gegenwärtig besteht, hat der 8. Parteitag der DKP 1986 herausgearbeitet, haben nachfolgende Parteivorstandstagungen, verbunden mit der Herausarbeitung konkreter Aufgaben, präzisiert. Wiederholt haben wir dargelegt, daß die Organisationsfrage eng mit den politischen und ideologischen gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen verbunden ist; denn die Einheit von Theorie und Praxis wird über die Organisation hergestellt. Insofern wird von den Ergebnissen der Diskussion über die Organisationsfrage die politische Praxis geprägt.

Auf seiner 3. Tagung im September 1986 behandelte der Parteivorstand der DKP einige Aspekte der Organisationsfrage aus kommunistischer Sicht. Die Diskussion darüber in unserer Partei ist gewiß noch nicht umfassend genug entwickelt. Doch sie wurde auch auf

den nachfolgenden Parteivorstandstagungen thematisiert und muß auch weiterhin vorangebracht werden.

Die nun annähernd zwanzigjährige Entwicklung der DKP war stets auch engstens mit der Entwicklung der Organisationsfrage verbunden – sowohl mit der Entwicklung der Deutschen Kommunistischen Partei als Organisation als auch mit der Organisierung des Klassenkampfes im umfassenden Sinne und dem Kampf der demokratischen und Friedenskräfte. Bereits in der Erklärung zur Neukonstituierung der DKP im September 1968 wurde aufmerksam gemacht auf die damalige Situation mit den Kämpfen und Aktionen der demokratischen und Friedenskräfte gegen die Notstandsgesetze, gegen den Griff der Herrschenden und Regierenden der Bundesrepublik nach Atomwaffen, für die Internationale Solidarität gegen die US-Aggression in Vietnam, für die Anerkennung der DDR; mit den aufbrechenden Arbeiterkämpfen zur Sicherung der Arbeitsplätze, gegen die Demontage erkämpfter sozialer Errungenschaften; mit einer aktiven Arbeiterjugend-, Schüler- und Studenten- wie auch Frauenbewegung. Gerade angesichts des auch heute noch geltenden widerrechtlichen Verbots der KPD machte es die damalige Lage notwendig, eine legale Kommunistische Partei als politische, ideologische und organisatorische Kraft zu konstituieren.

Wenn das Gesicht der Bundesrepublik heute von Arbeiterkämpfen, von starken demokratischen und Friedensaktionen geprägt ist, dann hat die DKP mit ihrer organisierenden Tätigkeit daran ihren anerkannten Anteil. Stets hat sie an der Herausbildung von Aktionsformen mitgewirkt, die Massen von Menschen in Bewegung gebracht haben. Hier sei erinnert an die „Rote-Punkt-Aktionen" und an vielfältige Initiativen zum Schutz der Umwelt, die schon Ende der 60er und

Anfang der 70er Jahre von der DKP ausgingen. Die DKP war aktiv für die Neubelebung der Ostermärsche und des Internationalen Frauentages, die Großaktionen der Friedensbewegung mit Hunderttausenden Beteiligten, die Massenaktionen an der Startbahn West, die Blockaden von Atomraketenstandorten, bis hin zur Übernahme gerade dieser Kampfform insbesondere durch die Rheinhausener Stahlarbeiter, mit der sie dem Kampf um die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und dem Erhalt ihres Hüttenstandortes weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus Aufmerksamkeit verschafften.

Sie wirkte mit und in Bürgerinitiativen in ihrer ganzen Vielfältigkeit – um Wohnungsfragen, kommunale Belange, kulturelle Interessen, bis hin zu den örtlichen und insbesondere den betrieblichen Friedensinitiativen –, die heute ein selbstverständlicher Ausdruck demokratischer Selbstätigkeit sind. Wo es Mitglieder der DKP gibt, waren sie mit ihrer ideengebenden und organisierenden Kraft dabei, und stets konnten sie sich, oft im Unterschied zu Partnern anderer politischer Zugehörigkeit, auf die kollektive Kraft und auf die Übereinstimmung mit ihren Parteiorganisationen stützen. Info-Stände zum Beispiel sind heute weit verbreitet. Doch wer erinnert sich noch, daß solche Aktionsformen von den Grundorganisationen der DKP entwickelt wurden?

Vieles, was heute selbstverständlich ist, hat von der DKP wesentliche Anstöße erhalten. Bei all dem stellte sich stets auch die Frage nach dem Wechselverhältnis von neuen Bewegungen und kommunistischer Partei. So auch in der Friedensfrage. Als diese zur Hauptfrage wurde, unsere Bündnispolitik einen qualitativ und quantitativ neuen Rahmen annahm, stellte sich die Frage nach dem Wechselverhältnis von Frie-

densbewegung und der kommunistischen Partei mit ihrer klassengebundenen Weltanschauung und Zielsetzung neu. Die Frage mußte beantwortet werden und wurde beantwortet. Nicht einmal und endgültig, denn das hieße dogmatisch zu handeln, sondern von unseren prinzipiellen Positionen her. Jetzt sieht sich unsere Partei herausgefordert, den Veränderungen Rechnung zu tragen, die sich aus der wissenschaftlich-technischen Revolution ergeben.

Aber bei allen neuen Herausforderungen, die sich in der Organisationsfrage stellen, war und ist stets zu beachten, daß sich in kommunistischer Sicht die Diskussion um die Organisation von Anfang an auf die Parteitheorie von Marx, Engels und Lenin gründete. Gerade auch die Geschichte der deutschen kommunistischen Bewegung vermittelt uns die Lehre, daß die Erfolge der KPD – wir begehen zum Jahreswechsel 1988/89 den 70. Jahrestag ihrer Gründung – in der Beachtung dieser theoretischen Grundlage für die tägliche Praxis ihr Fundament hatten.

Auch heute muß die Partei für eine erfolgreiche Entwicklung ihrer Organisation stets beachten, daß sich diese Entwicklung in einem ständigen Wechselverhältnis von Theorie und Praxis vollziehen muß. Wie in der Vergangenheit werden wir auch in Gegenwart und Zukunft stets bewahren, was sich im Kampf und in der Entwicklung als richtig erwiesen hat und zugleich auch weiterhin wirklich Neues aufgreifen, das uns weiter voranbringt, zum Beispiel in den Fragen des Verhältnisses von Partei und Klasse, von Partei und Bewegungen, u.a.m.

Neue Erkenntnisse, neue Anforderungen aus der Entwicklung der Kampfbedingungen hat die DKP seit ihrer Konstituierung verallgemeinert und in ihren Grundsatzdokumenten verankert. Der Essener Partei-

tag beschloß 1969 das Statut und die Grundsatzerklärung der DKP. Der Düsseldorfer Parteitag 1971 behandelte neue Entwicklungen und entsprechende Schlußfolgerungen in seinen Thesen. Die Entwicklung der DKP als Organisation veranlaßte den Hamburger Parteitag 1973, Änderungen am Statut der DKP zu beschließen. 1978 beschloß der Mannheimer Parteitag das Programm der DKP, und der 8. Parteitag 1986 beschloß Thesen, die Antworten auf Fragen aus neuen Entwicklungen gaben und sich dabei auf das Parteiprogramm stützen.

Stets galt unsere Aufmerksamkeit auch einem notwendig abgewogenen Verhältnis von breit entfalteter innerparteilicher Demokratie und zentraler Führung und der Festigung der auf das zentralisierte Handeln der Partei gerichteten Organisationsprinzipien. Gerade im Prozeß der Neukonstituierung der DKP 1968 haben wir darauf großes Augenmerk verwandt. Die Dokumente unserer Partei geben davon ein anschauliches Bild, und ebenso – wie wir hoffen – dieses Buch.

Es ist auf Anregung des Sekretariats des Parteivorstandes der DKP erarbeitet worden. Wir verstehen es als einen kollektiven Beitrag für die weitere Diskussion.

Dabei wurde der Versuch unternommen, Antworten auf zahlreiche Fragen zu geben, die sich in der Diskussion der Organisationsfrage in der DKP, und darüber hinaus in anderen Kreisen, herausschälten. Daß es Antworten sind, die von marxistischen Grundpositionen in der Parteifrage ausgehen, ist aus unserer Sicht selbstverständlich.

Wir wollen hier einen kurzen Überblick über die Fragen geben, mit denen sich dieses Buch auseinandersetzt und zu denen es den Versuch unternimmt, Antworten zu geben, damit die Diskussion dieser Fragen in

einen Klärungsprozeß einmündet und zu wirksamerer Aktionstätigkeit befähigt.

Da ist die Frage, ob angesichts der Veränderung ihrer sozialen Struktur die Arbeiterklasse heute noch jene Kraft ist, die ihr nach der Auffassung des historischen Materialismus zukommt. Ein Teilbereich dieser Frage ist, ob denn die Belegschaften der Großbetriebe der materiellen Produktion – hier ist dann die Rede von Blaumännern und Schornsteinindustrien – heute noch der im besten Sinne des Wortes entscheidende Kern der ganzen Arbeiterklasse ist.

Mit der Infragestellung der historischen Mission der Arbeiterklasse verbindet sich zugleich die Frage nach der heutigen Rolle der Partei der Arbeiterklasse. Dabei wurde auch die Frage aufgeworfen, ob denn unter den heutigen Entwicklungsbedingungen die Leninsche Konzeption von der Partei neuen Typus noch gültig sei, ob nicht zumindest einige ihrer wesentlichen Aspekte nicht mehr praktikabel seien.

Die letzte Fragestellung kommt von unterschiedlichen Kräften in der DKP, vor allem von solchen Mitgliedern, die ihre ersten politischen Erfahrungen nicht in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, sondern in Initiativen und Bewegungen vielfältigster Art gesammelt haben und über diese den Weg in die DKP fanden.

Der Unterschied besteht hier darin, daß für sie nicht das Erleben der Notwendigkeit und Nützlichkeit von Organisation, freiwilliger Disziplin und anderes mehr am Anfang ihres politischen Engagements standen, sondern lose Organisationsformen von Initiativen und Bündnissen. Für sie ist es schwerer als für erfahrene Betriebsarbeiterinnen und Betriebsarbeiter, sich mit den Prinzipien des innerparteilichen Lebens der DKP vertraut zu machen, sie inhaltlich zu verstehen und danach zu handeln.

Einen breiten Raum in dieser Diskussion nimmt die Demokratiefrage ein. Traditionelle bürgerliche Demokratieauffassungen, basisdemokratische Vorstellungen einerseits und marxistisches Demokratieverständnis andererseits, insbesondere die Grundsätze der innerparteilichen Demokratie in der DKP, aber auch in den marxistischen Jugendverbänden, stoßen hier aufeinander. Keiner findet alleine und von sich aus zu dem Standpunkt, daß in einer Organisation wie der DKP Diskussionsprozesse zugleich Klärungsprozesse sein müssen, die mit einer Abstimmung beendet werden, wenn alle wesentlichen Argumente ausgetauscht sind. Der dann mehrheitlich beschlossene Standpunkt, eben der Beschluß, ist dann auch für alle verbindlich und macht die einheitliche, zentralisierte Aktion möglich. Übrigens wird nach diesem Grundsatz auch in den Gewerkschaften verfahren, weil anders Kraftentfaltung im Klassenkampf nicht möglich ist. Die Diskussion dieser Frage hat natürlich eine darüber hinausgehende Bandbreite; im Buch wird darauf eingegangen.

Die gegenwärtigen Veränderungen führen beim Einzelnen auch zu neuen Ansprüchen hinsichtlich seiner Persönlichkeitsentwicklung. Dafür prägte sich in den letzten Jahren der Begriff des „Sich-einbringenkönnens" heraus. Daraus abgeleitet wird die Frage aufgeworfen, ob die Zugehörigkeit zu einem Kollektiv nicht zur Unterdrückung der eigenen Individualität führe und ähnliches.

In die Diskussion dieser Fragen gehen neben vielem anderen auch die Herausbildung neuer Lebensbedürfnisse, neuer Lebenstile, Formen des demokratischen Selbsttätigwerdens ein. Das führt dann weiter zu der Frage nach dem dialektischen Spannungsverhältnis von Spontaneität, Planmäßigkeit und Organisation. Das ist keine neue Fragestellung. Sehr grundsätz-

lich hat sich bekanntlich Lenin in seiner Arbeit „Was tun?" damit bereits zu Anfang dieses Jahrhunderts auseinandergesetzt. Doch als Problem taucht es in bestimmten Entwicklungsetappen der Arbeiterbewegung immer wieder auf.

Es wird auch die Frage diskutiert, was denn heute die DKP von anderen Parteien und Organisationen unterscheide, wie das Verhältnis von Partei zu Massenorganisationen und Bündnissen sei und was in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen heute das Profil der DKP ausmache, worin heute kommunistische Identität bestehe. Da wird dann auch die Frage gestellt, ob kommunistischer Optimismus objektiv berechtigt, und auch heute angebracht sei.

Weitere Diskussionen beziehen sich auf den Parteiaufbau, den Meinungs- und Willensbildungsprozeß in der DKP und die Dialektik von breitentfalteter innerparteilicher Demokratie und vereinigter, zentralisierter Aktion. Wenn unsere bewährten Normen und Prinzipien noch stimmen, so wird weiter gefragt, wie können wir sie dann heute erfolgreich praktizieren? Zugleich sind wir gefordert Antwort auf die Frage zu geben, ob nicht auch die Parteitheorie einem historischen Wandel unterworfen sei.

Die Palette der im Buch behandelten Fragen ist umfassender, als hier dargestellt. Auf einen letzten Fragenkomplex sei noch verwiesen. Dabei geht es vorrangig um uns selbst, um unsere Partei, die DKP: Was verändert sich bei den Adressaten unserer Politik? Wie können unsere Grundorganisationen als Lebenszellen der Partei sich darauf wirksam einstellen? Wie müssen neue Entwicklungen in der Arbeiterklasse unsere Definition von Arbeiterklassenpolitik heute prägen? Was ergibt sich daraus an Modifikation für die Organisationsfrage in kommunistischer Sicht?

Dieses Buch ist eines ganz bestimmt nicht: Es ist keine Gebrauchsanweisung für jegliche parteiorganisatorische Tätigkeit. Wie man eine Sache am besten anpackt, das vermitteln vor allem die Erfahrungen aus der eigenen allseitigen praktischen Parteiarbeit, Gewerkschaftsarbeit, Betriebsarbeit, Jugendarbeit, Arbeit im Bündnisbereich usw.

Wir verstehen dieses Buch – und das ist sein Zweck – auch als einen Beitrag der Kommunisten zur Diskussion über die Organisationsfrage in der Arbeiterbewegung insgesamt, unter anderen Linken und demokratischen Kräften. Für die Partei selbst, für ihre Mitglieder, soll es die Erfahrung vermitteln und die Überzeugung befördern: Stets haben wir Kommunistinnen und Kommunisten dem Druck des Klassengegners standgehalten und sind dauerhaft vorangekommen, wenn wir auf der Grundlage unseres Parteiprogramms und unseres Parteistatus an einem Strang zogen. Wir sollten uns auch in der Zukunft jene Einheitlichkeit und Geschlossenheit, jene Beschlußtreue und Disziplin bewahren, die uns Kommunisten und unsere Partei auszeichnen. Daran darf es auch künftig keinerlei Abstriche geben, ebensowenig wie in den Fragen unserer Weltanschauung, die die Weltanschauung der Arbeiterklasse ist. Und dazu gehört auch unser unverbrüchliches Festhalten an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

In all dem liegt unser kommunistisches Selbstverständnis mit begründet. Niemand hat es uns aufgezwungen, und so empfinden wir es auch nicht als eine Last. In ihm liegt das Besondere unserer Partei begründet, das uns nicht nur von allen anderen Parteien und Organisationen unterscheidet, sondern auch vor ihnen auszeichnet. Durch seine Bewahrung und Weiterentwicklung befähigen wir unsere Partei und alle ihre

Mitglieder, den eigenen, unverzichtbaren Beitrag der Kommunisten für das Vorankommen und den Erfolg der Arbeiter- und demokratischen Bewegung unseres Landes zu leisten.

Nachdem die Idee zu diesem Buch zum Beschluß geworden war, stand vor Beginn der Arbeit an ihm eine gründliche, mehrmalige Diskussion im Hause des Parteivorstandes der DKP. An ihr beteiligten sich zahlreiche Genossinnen und Genossen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Dauer der Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung. Ihre Ideen, Anregungen, Vorschläge stützten sich auf gründliche praktische Erfahrungen in den verschiedensten Bereichen der innerparteilichen Arbeit und der Massenarbeit. Berücksichtigt wurden Erfahrungen, die auf den unterschiedlichen Organisationsebenen der Partei und ihrer Vorstände gesammelt wurden. Dabei sind auch die Diskussionen der Organisationsfrage in anderen Parteien und Organisationen nicht unbeachtet geblieben. Gestützt auf das Ergebnis dieser Diskussion haben sich zahlreiche Genossinnen und Genossen mit konkreten Ausarbeitungen für das Zustandekommen dieses Buches engagiert. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle recht herzlich danken.

Düsseldorf, im März 1988

Kurt Fritsch

I.

Warum rückt die Organisationsfrage ins Zentrum der Diskussion?

In der ideologischen Arbeit der marxistischen Partei in der Bundesrepublik kommt gerade heute der Klärung der Partei- und Organisationsfrage eine herausragende Bedeutung zu. Das ergibt sich daraus, daß die tiefen Umbruchprozesse, die sich gegenwärtig in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vollziehen, einerseits neue Anforderungen an die Organisationsfähigkeit und Organisationskraft der Kommunisten stellen, andererseits jedoch der Hintergrund vieler ideologischer Probleme sind, die in der Organisationsfrage kulminieren. Die Klärung dieser Frage ist zur Voraussetzung dafür geworden, daß die Organisationsfähigkeit und Organisationskraft der marxistischen Partei bewahrt und noch stärker ins Feld geführt werden kann.

Wo liegen die wichtigsten objektiven Ursachen dafür, daß die Partei- und Organisationsproblematik heute in stärkerem Maße mit ideologischen Fragestellungen verbunden ist, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war?

1.

Die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution einhergehenden tiefen Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse und ihres Umfeldes widerspiegeln sich auch in der Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der DKP. Der Anteil der Angestellten sowie der Angehörigen lohnabhängiger Mittelschichten und der Intelligenz an der Mitgliedschaft ist beträchtlich gewachsen. Das ist vor allem positiv zu bewerten. Es ist ein Ausdruck dessen, daß auch in unserem Land der Einfluß der kommunistischen Bewegung auf neue Schichten des arbeitenden Volkes ausgedehnt werden konnte. Das ist um so wichtiger, als es sich dabei um solche Schichten handelt, die mit der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution sowohl quantiativ als auch qualitativ ein noch größeres Gewicht im gesellschaftlichen Leben erlangen.

Mit dieser positiven Entwicklung sind aber auch Probleme verbunden. Dazu gehört nicht zuletzt, daß es offensichtlich für viele Parteimitglieder, die aus solchen Schichten kommen, deren ganze Lebenssituation in starkem Maße durch eine individuell geprägte Arbeits- und Lebensweise bestimmt ist, wesentlich schwieriger ist, sich die Demokratie und Zentralismus verbindenden Organisationsprinzipien der marxistischen Partei anzueignen, als das bei Arbeitermitgliedern der Fall ist, die die Organisation und Disziplin der materiellen Produktion erfahren und in der Regel bereits in den Ge-

werkschaften ähnliche Organisationsprinzipien wie die der Arbeiterpartei kennengelernt haben. Hier muß angefügt werden, daß sich im Zuge der weiteren Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution allerdings auch in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter ein Prozeß der Individualisierung, einschließlich der damit verbundenen Veränderungen in den Denk- und Verhaltensweisen, vollzieht. Die Aufgabe, die Notwendigkeit und den Inhalt der kommunistischen Organisationsprinzipien in stärkerem Maße zum Gegenstand unserer ideologischen Überzeugungsarbeit zu machen, stellt sich darum generell.

2.

Wir haben es heute mit einem insgesamt wesentlich höheren Bildungsniveau der Parteimitglieder zu tun. Das gilt nicht nur für die aus den lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz kommenden Genossinnen und Genossen, sondern auch für die Arbeitermitglieder. Auch diese Entwicklungstendenz ist eine positive Erscheinung. Sie schafft neue Möglichkeiten, das größere Wissen der Parteimitglieder für die Ausarbeitung und Umsetzung der Politik der Partei zu nutzen. Wenn dies ungenügend geschieht, sind damit allerdings auch neue Probleme verbunden, die sich in scharfer Kritik an Mängeln der innerparteilichen Demokratie oder gar darin äußern, daß sich Genossinnen und Genossen aus der aktiven Mitarbeit in der Partei zurückziehen.

3.

Wir haben mit der nunmehr fast zwanzigjährigen Geschichte der DKP nicht nur die längste Periode der Legalität in der Geschichte der deutschen kommunistischen Bewegung, sondern auch eine Legalität, wie es sie so noch nicht gegeben hat. Eigentlich waren alle früheren Perioden der Legalität eher Zeiten der Halblegalität, da stets Dutzende von Kommunistinnen und Kommunisten im Gefängnis gesessen haben, immer wieder die Parteibüros und Zeitungen der Partei geschlossen bzw. verboten wurden usw. Natürlich haben wir es auch heute mit Berufsverboten und anderen Diskriminierungen zu tun. Dennoch ist der Bewegungsspielraum für die Partei größer als in früheren Zeiten.

Das ist selbstverständlich wiederum vor allem sehr positiv zu sehen, weil damit die Wirkungsmöglichkeiten der Partei erweitert sind. Hinsichtlich der Verankerung der Organisationsprinzipien der Partei können sich daraus aber auch Probleme ergeben. Wenn unter den Bedingungen der Illegalität oder Halblegalität die Notwendigkeit, die Beschlüsse der übergeordneten Organe als verbindlich zu akzeptieren und auszuführen, oder andere Aspekte des Zentralismus in den kommunistischen Organisationsprinzipien Selbstverständlichkeiten sind, so gehört unter den Bedingungen der heutigen Legalität der Partei offensichtlich größere Überzeugungsarbeit dazu, um diese Prinzipien zum Gemeingut aller Mitglieder zu machen.

4.

Es gehört zu den größten Erfolgen unserer Arbeit, daß es in den letzten Jahren gelungen ist, die Partei aus der Isolation herauszuführen, in der uns die Herrschen-

den in unserem Lande halten wollten. Das wird besonders deutlich an den Erfolgen unserer Aktionseinheits- und Bündnispolitik. Wenn man von der Zeit unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus absieht, war zu keiner Zeit der Nachkriegsgeschichte die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten so weit entwickelt wie in der Gegenwart. Und auf dem Gebiet der Bündnispolitik sind wir Kommunistinnen und Kommunisten in den letzten Jahren in der Friedensbewegung und anderen demokratischen Bewegungen zu gleichberechtigten Partnerinnen und Partnern geworden.

Das kann gar nicht hoch genug bewertet werden. Allerdings sind damit auch nicht wenige Probleme verbunden. Aktionseinheits- und Bündnispolitik ist – wie wir das wiederholt deutlich gemacht haben – ideologisch keine Einbahnstraße. Nicht nur wir wirken mit unseren Positionen auf unsere Partnerinnen und Partner ein. Diese wirken zugleich mit ihren Auffassungen auch auf uns ein. Hinzu kommt, daß Genossinnen und Genossen erfahren, wie in Bündnissen auf der Grundlage basisdemokratischer Zusammenhänge eine sehr erfolgreiche Arbeit geleistet wird. Von daher gibt es Versuche, diese auch auf unsere Partei zu übertragen oder die Partei daran zu messen. Es wird dabei nicht der prinzipielle Unterschied zwischen solchen Bündnissen und der kommunistischen Partei beachtet.

In den Bündnissen wirken Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Überzeugung für begrenzte Ziele zusammen. Darin besteht ihre Stärke. Jeder Versuch, diesen Bündnissen Organisationsprinzipien des demokratischen Zentralismus aufzuzwingen, würde ihr Ende bedeuten. Anders die kommunistische Partei: Ihre Stärke besteht darin, daß sie eine Kampfgemeinschaft von Gleichgesinnten darstellt.

Hier wirken Menschen gleicher politischer und weltanschaulicher Überzeugung für das umfassende Ziel der Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus zusammen. Da es um dieses Ziel geht, tritt den Kommunisten die geballte Kraft des herrschenden Großkapitals, seines Staates, seiner Parteien und Organisationen, der Massenmedien gegenüber. Gegen diese hochorganisierte Front können nur dann Erfolge errungen werden, wenn auch die Kommunisten hochorganisiert sind, wenn breitentfaltete innerparteiliche Demokratie mit der Gewährleistung zentralisierten, einheitlichen Handelns verbunden wird.

Gibt es bei manchen Genossinnen und Genossen, die in Bündnissen aktiv sind, Probleme, weil sie das Organisationsverständnis dieser Bündnisse undifferenziert auf die Partei übertragen, so sind allerdings manchmal die Probleme bei solchen Mitgliedern der Partei, die keine Aktionseinheits- oder Bündnisbeziehungen haben, noch größer, da sie nicht Zeugen des erfolgreichen Wirkens unserer Partei sind und von daher resignative Tendenzen Boden finden können.

5.

Außerordentlich positiv sind die Veränderungen, die sich in der SPD, vor allem auf dem Gebiet der Friedens- und Abrüstungspolitik, aber auch in anderen Bereichen vollzogen haben. Wir haben diese Entwicklungen begrüßt und sie im Maße unserer Kraft unterstützt. Positiv ist auch die Sammlung radikaldemokratischer Kräfte in der Partei „Die Grünen".

Auch mit diesen Entwicklungen sind allerdings Probleme verbunden. Vieles von dem, was früher allein von uns Kommunistinnen und Kommunisten vertreten wurde, gehört heute auch zur Politik der SPD und der

Grünen. Bei manchen Genossinnen und Genossen tauchen damit Probleme ihrer Identität als Kommunisten auf. Sie fragen sich, wo denn der besondere Platz, die besondere Notwendigkeit des Kommunistseins heute ist.

Theoretisch ausgedrückt hängt diese Problematik mit der erweiterten historischen Mission der Arbeiterklasse zusammen. Neben die ursprüngliche Funktion dieser Mission, die Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung durch den Sozialismus, sind die Aufgaben getreten, gemeinsam mit allen anderen Kräften des Friedens und der Vernunft die Menschheit vor dem Untergang in einem atomaren Inferno zu bewahren und die übrigen globalen Aufgaben (Meisterung der ökologischen Probleme, Überwindung der Unterentwicklung in der Dritten Welt u.a.) zu lösen.

Da wir realistischerweise heute davon ausgehen müssen, daß Kapitalismus und Sozialismus für einen längeren Zeitraum nebeneinander bestehen werden, wenn die Weltzivilisation nicht durch einen Atomkrieg vernichtet werden soll, treten in der vor uns liegenden Zeit die erweiteren Aspekte der historischen Mission der Arbeiterklasse in den Vordergrund, bei denen wir Kommunisten keineswegs ein Monopol haben. Es wird in stärkerem Maße noch als bisher darauf ankommen, einerseits diese gemeinsamen Anliegen ins Zentrum zu rücken, weil sie nur durch gemeinsames Handeln gelöst werden können. Andererseits müssen wir jedoch gleichzeitig unser besonderes kommunistisches Profil dadurch deutlich machen, daß wir unsere weitergehende sozialistische Zielsetzung propagieren und zugleich auch bei den unmittelbar anstehenden gemeinsamen Aufgaben unsere besondere kommunistische Klassenposition deutlich machen.

6.

Schließlich sind auch die widersprüchlichen Wirkungen der Umbruchprozesse in der Sowjetunion auf die Mitglieder und Freunde der DKP ein Grund dafür, daß die Partei- und Organisationsfrage so stark in den Vordergrund rückt. Die heutigen Entwicklungen in der Sowjetunion rufen einerseits Begeisterung und Sympathie hervor. Andererseits sind sie mit sehr kritischen Fragestellungen verbunden. Diese richten sich an die Adresse der Sowjetunion und betreffen die Fehlentwicklungen der Vergangenheit sowie die Garantien, die solche Entwicklungen in der Zukunft verhindern können. Die kritischen Fragen betreffen insbesondere aber auch die Führungen der DKP auf den verschiedenen Ebenen, vor allem aber die zentrale Führung.

Bei einem Teil der Parteimitglieder ist angesichts der heutigen kritischen und selbstkritischen Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte durch die KPdSU der Eindruck entstanden, daß die Führung der DKP in der Vergangenheit ein geschöntes Bild des Sozialismus gezeichnet und der Partei nicht die Wahrheit gesagt habe. Damit ist hier und da das Vertrauen gegenüber den Parteiführungen geschwächt worden.

Die Festigung dieses Vertrauens ist eine unverzichtbare Voraussetzung für das einheitliche Handeln der Partei. Das erfordert nicht nur noch größere Anstrengungen für eine realistische Sozialismuspropaganda, die die Erfolge und Probleme des realen Sozialismus, sein widerspruchsvolles Voranschreiten erfaßt. Es kommt zudem darauf an, noch stärker die Diskussion in der Partei zu entwickeln, mehr Genossinnen und Genossen in die Erarbeitung der Politik einzubeziehen, sie durchschaubarer zu machen und zugleich noch entschiedener um die Umsetzung der gefaßten Beschlüsse

zu kämpfen. Eine erfolgreiche Entwicklung der DKP verlangt die weitere Entfaltung der innerparteilichen Demokratie und die Festigung der auf das zentralisierte Handeln der Partei gerichteten Organisationsprinzipien.

Einige der genannten Probleme sind von bundesdeutscher Spezifik, andere von allgemeiner Bedeutung für die kommunistische Bewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Die Folgen dieser Probleme sind allerdings in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Haben sie hier und da bis zur Spaltung der kommunistischen Parteien geführt, so haben sich die Parteien anderswo trotz gleicher objektiver Bedingungen sehr stabil entwickelt. Auch in den Bezirken und Kreisen der DKP sind die Wirkungen dieser neuen Probleme sehr unterschiedlich. Das verweist uns auf die Bedeutung des subjektiven Faktors, auf die Qualität und Stabilität der Führungen und ihre Fähigkeit, sich in überzeugender ideologischer Arbeit den neuen Problemen zu stellen.

II.

Paßt Lenins Parteitheorie noch in unsere Zeit?

Diese Frage wird oft gestellt. Und in der Diskussion zeigt es sich in der Regel, daß eine klare Vorstellung davon, was Lenins Parteitheorie denn sei, nicht vorhanden ist. Ich schaue in den fünften Band des „Handbuchs der Politischen Ideen", das Iring Fetscher im Piper-Verlag herausgibt (und teuer ist, siebzig Mark kostet ein Band), und lese zu Lenins Parteitheorie auch nicht gerade Beeindruckendes. Natürlich wird über die Parteikonzeption in Lenins „Was tun?" geschrieben. Und das war tatsächlich eines der Bücher Lenins, in denen die Parteitheorie begründet wurde. Aber es war nur eines dieser Bücher.

Das Besondere an „Was tun?", durch das es sich von anderen Büchern Lenins zur Parteitheorie unterscheidet, ist, daß es sich vor allem mit der Frage befaßt, wie eine Partei der Arbeiterklasse mit der sozialisti-

schen Ideologie verbunden werden kann. Und eine zweite Besonderheit besteht darin – und gerade das wird oft übersehen –, daß dies ein Buch war für eine Zeit, in der die marxistische Arbeiterbewegung sich in der tiefsten Illegalität befand. Man durfte nicht einmal Worte wie marxistisch oder Namen wie Marx öffentlich verwenden. Unter solchen Bedingungen war Lenins Parteitheorie darauf ausgerichtet, um einen kleinen Kreis von – notwendig – illegal arbeitenden Berufsrevolutionären möglichst viele Freunde und Sympathisanten der Arbeitersache zusammenzuschließen. Bestimmte Formen einer demokratischen Massenpartei waren gar nicht möglich.

Es ist ein beliebtes Spiel der Lenin-Kritik, gerade diese Besonderheit zu verschweigen und dann Lenin eine undemokratische, elitäre Gesinnung zu unterstellen. Tatsächlich wäre es ein leichtes, dies anhand solcher Bücher zu widerlegen, die Lenin zur Parteifrage unter anderen Bedingungen verfaßt hat. Etwa sein Buch „Der ‚linke' Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus", worin er sich den Fragen des Massencharakters, der Massenarbeit, der Tätigkeit der Kommunisten auf gewerkschaftlichem und parlamentarischem Gebiet zuwendet und schonungslos die sektiererischen Gegner einer solchen demokratischen Orientierung geißelt.

In der Tat gibt es eigentlich kein Buch Lenins, das sich nicht mit der Parteifrage befaßt hätte. Über Lenins Parteitheorie schreiben, hieße also, über sein ganzes Werk zu schreiben. Das geht natürlich hier nicht, man muß sich darauf beschränken, die Grundideen der Leninschen Parteitheorie hier zu schildern.

Marx und Engels arbeiteten heraus: Die Arbeiterklasse ist der Totengräber des Kapitalismus, der Erbauer der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Stärke der Arbeiterklasse besteht in ihrer großen

Zahl, doch diese wird erst wirksam, wenn eine gemeinsame, wissenschaftliche Überzeugung die Arbeiter leitet und sie auf dieser Grundlage organisiert werden. Die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse sind durch das die nationalen, rassischen und sonstige Schranken überlagernde Kapitalverhältnis bestimmt. Darum ist die Arbeiterklasse ihrem Wesen nach internationalistisch. Diese Klasse entwickelt geschichtlich und entsprechend den konkreten Interessen bestimmte Organisationen. Von ihnen ist die politische Partei die wichtigste, da sie über Teil-, über Gegenwartsinteressen, über solche, die im Rahmen der bestehenden Ordnung befriedigt werden könnten, hinaus wirkt, die Grundinteressen der Arbeiterklasse im allseitig geführten Klassenkampf gegen das Kapital mit dem Ziel der Überwindung der Bourgeoisieherrschaft verwirklicht. Diese Partei unterscheidet sich von Teilen der Arbeiterbewegung dadurch, daß sie jene Angehörigen der Klasse vereinigt, die „in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."[1]

Die Kommunistische Partei ist demnach nicht identisch mit der Arbeiterklasse, sondern nur deren

1 MEW, Bd. 4, S. 474.

Teil, wobei der Unterschied darin besteht, daß die Kommunisten die Gesamtinteressen der Klasse am klarsten vertreten, die fortgeschrittensten Mitglieder der Arbeiterklasse sind, mit dem Wissen um den gesellschaftlichen Gesamtprozeß ausgerüstet. Aber diese Partei steht nicht der Klasse gegenüber, sondern ist Teil von ihr. Der Erfolg des Kampfes dieser Partei hängt davon ab, daß sie ein richtiges Verhältnis zu den anderen Teilen der Klasse und ihren Organisationen findet. Sie muß einerseits dadurch zu führen, zu überzeugen, zu erziehen trachten, daß sie sich zu einem stets besseren Verständnis über den Lauf des Geschichtsprozesses emporarbeitet, so daß sie zu einer stets besseren Prognose befähigt wird, was die entscheidende Grundbedingung des Führens darstellt. Dazu muß die Partei ihre Mitglieder beständig in verantwortungsvollster Weise schulen und für eine sowohl prinzipienfeste als auch taktisch bewegliche Politik erziehen. Je vielfältiger Methoden und Formen der Tätigkeit der verschiedenen Teile der Arbeiterbewegung sind, desto nötiger ist gerade die Sicherung der Prinzipienfestigkeit und Zielklarheit durch die ideologisch einheitliche, sozialistische Klassenpartei des Proletariats.

Lenin gab dieser Theorie ihre heute angemessene Form. Am Ende des vergangenen Jahrhundert entwikkelte sich der Kapitalismus in Rußland schnell. Die Arbeiterklasse dehnte sich aus. Es bildeten sich zahlreiche geheime Zirkel revolutionären Charakters. Die konkrete Entwicklung stellte die junge russische Arbeiterbewegung vor eine ganze Reihe von Fragen. Schon zu Anfang der 80er Jahre sahen Marx und Engels voraus, das revolutionäre Zentrum könne sich nach Rußland verlagern.[2] Ebenso, wie Deutschland im 19. Jahr-

2 MEW, Bd. 19, S. 296

hundert unter gesellschaftlich fortgeschritteneren Bedingungen als zuvor Frankreich der bürgerlichen Revolution entgegenging und dabei zugleich besonders rückständig war, so daß sich in Deutschland alle Grundwidersprüche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus bündelten, geschah nun ähnliches in Rußland: Hier reifte eine *bürgerliche* Revolution unter Bedingungen heran, da der Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium eingetreten war, bereits seine – geschichtlich gesehen – höchste und letzte Entwicklungsstufe erreicht hatte. Zugleich wußte die Bourgeoisie schon aus gründlicher politischer Erfahrung – der Klassenschlachten zu Paris 1848, später insbesondere der Pariser Kommune von 1871 –, daß eine Revolution, selbst eine bürgerliche, unter solchen Bedingungen für die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft schwere Auswirkungen haben konnte. Darum war sie nicht bereit, unter diesen Bedingungen die Führung der Revolution zu übernehmen. Sie neigte einem Kompromiß mit dem Zarismus zu. Sie war bereit, sich mit einigen verfassungsmäßigen Zugständnissen, mit einer Beschränkung der Macht des Zaren und einigen parlamentarischen Rechten zufriedenzugeben.

Alle Probleme des Kampfes um Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt konnten nur unter der Bedingung gelöst werden, daß eine Klasse die Führung im Kampfe übernahm, die zu keinerlei Kompromiß mit der zaristischen absoluten Herrschaft bereit war, sondern die Revolution konsequent zu verwirklichen trachtete. Die Arbeiterklasse brauchte, nach einem Wort von Engels, die bürgerlichen Freiheitsrechte als „Luft, die sie zum Atmen nötig hat“,[3] während das Kapital ausbeuten konnte, ohne Demokratie zu erkämpfen. Aber

3 MEW, Bd. 16, S. 77

für diesen Kampf bedurfte die Arbeiterklasse eines führenden Kerns im Kampfe, einer zielklaren, fest organisierten Partei.

Eines der zentralen Probleme dieser Zeit war die Frage nach dem Charakter, der Rolle und den Aufgaben der Partei der Arbeiterklasse unter den neu herangereiften Bedingungen. Der Imperialismus setzte die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung. Damit stellte er auch die Frage des Charakters der Arbeiterpartei unter den Bedingungen dieser Revolution und des Weges zu ihr. Die alte Arbeiterpartei war nach dem Vorbild der deutschen Sozialdemokratie gestaltet. Man kam zu „Zahlabenden" zusammen, war in „Wahlvereinen" organisiert. Das war mehr – um ein militärisches Bild zu gebrauchen – eine Organisation von Reservisten, nicht aber eine solche aktiver Kämpfer. Lenin hat sich mit diesem Problem während seines ganzen Lebens immer wieder gründlich befaßt. Alle seine Schriften stellten ein Gebäude von Lehren über die Partei der Arbeiterklasse unter diesen neu herangereiften Bedingungen des Klassenkampfes dar.

Lenin führte diesen Kampf um eine revolutionäre Kampfpartei der Arbeiterklasse gegen den rechten und den linken Opportunismus. Gegenüber dem rechten Opportunismus kam es vor allem darauf an, die historisch-materialistische Begründung der revolutionären Politik der Arbeiterklasse, die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des revolutionären Sturzes der kapitalistischen Herrschaft, deren Ersetzung durch die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu beweisen. Es mußten die konkreten Etappen des Weges zum Sozialismus ausgearbeitet werden. Dabei durfte, bei allen Zick-Zack-Wegen des Kampfes, in allen Erfolgen und Niederlagen, dieses Ziel niemals aus den Augen verloren werden.

Gegenüber dem linken Opportunismus mußte die weltgeschichtliche Rolle der Arbeiterklasse, Totengräber des Kapitalismus, Erbauer der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu sein, klar herausgearbeitet werden. Lenin verwies von Anfang an auf die Notwendigkeit, sich fest auf die Arbeiterklasse zu stützen, deren Elite die revolutionäre Kampfpartei geschaffen habe. Aufgrund ihrer ökonomischen Lage zeichne sich die Arbeiterklasse vor allen anderen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft durch die größte Fähigkeit zur Organisation aus. Allerdings komme es darauf an, die objektiv im Proletariat schlummernde Fähigkeit, sich als Klasse zusammenzuschließen, durch lebendige Menschen zu erwecken, die sich in bestimmten Formen der Organisation zusammengefunden hätten.

Bei der Wahl der Kampfformen und Kampfmittel müsse man jene wählen, die es im größtmöglichen Umfang erleichterten, immer mehr Arbeiter und andere Teile des arbeitenden Volkes in den politischen Kampf gegen die bestehende großkapitalistische Macht einzubeziehen. Nur in der Verbundenheit der revolutionären Organisation mit der Masse der Unzufriedenen und Kampfwilligen liege die Gewähr für den Erfolg im Kampf. Darum verurteilte Lenin nicht nur die rechtsopportunistische Form, die automatische, spontane Entwicklung anzubeten, sondern auch die ultralinke Anschauung der linken Radikalen, „die es nicht verstehen, oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren oder nie besessen hat, dem fällt es tatsächlich schwer, für sein Gefühl der Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden."[4]

4 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 432

Ganz ohne Zweifel muß die Theorie der marxistischen Partei der Arbeiterklasse unter den heutigen Bedingungen abermals weiterentwickelt werden. Das folgt zunächst aus der Erweiterung der geschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse. Ursprünglich „beschränkte" sich diese Mission darauf, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen. Für eine offensichtlich längere Periode wird in den entwickelten kapitalistischen Ländern diese Aufgabe nicht unmittelbar auf der Tagesordnung stehen. Dagegen sind solche Aufgaben wie der Schutz der menschlichen Gattung vor einer Vernichtung im mit Massenvernichtungsmitteln geführten Krieg und vor einer ökologischen Katastrophe in den Vordergrund gerückt. Diese beiden Aufgaben gehören heute mit zur geschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse. Im Unterschied jedoch zu der ursprünglichen, originären Aufgabe, den Sozialismus zu erkämpfen, ist die Arbeiterklasse, ist die Arbeiterbewegung im Kampf um die Verteidigung des Friedens und den Schutz der Naturbedingungen menschlichen Lebens keineswegs allein auf dem Feld. Hier hat sie wichtige Freunde und Bundesgenossen an ihrer Seite. Dies ist eine sehr zu begrüßende Erscheinung, stellt jedoch neue Anforderungen an die Partei der Arbeiterklasse. Unter den heutigen Bedingungen wird es noch wichtiger als früher, die im Ringen um die Tagesaufgaben sowie um grundlegendere Reformen enthaltenen Fragestellungen herauszuarbeiten, die in Richtung auf die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus weisen. Der größtmögliche Einsatz für die Lösung von Tagesfragen, für die Durchsetzung von Reformen unter kapitalistischen Bedingungen darf uns nicht davon abhalten, immer wieder auch plausibel, überzeugend, massenverständlich die Notwendigkeit des Sozialismus für unser Land zu begründen. Aber dies alles muß so geschehen, daß es

unsere Fähigkeit zur Aktionseinheit mit dem nichtrevolutionären Teil der Arbeiterklasse, zu breitesten Bündnissen im Kampf um Frieden, Arbeit, Demokratie, Umweltschutz in keiner Weise gefährdet. Dies alles stellt an die Partei der Arbeiterklasse weit höhere Anforderungen hinsichtlich ihrer ideologischen Qualität, hinsichtlich ihrer Fähigkeit, Prinzipienfestigkeit und taktische Beweglichkeit miteinander zu verbinden. Einzelfragen dieses Komplexes werden an anderer Stelle unseres Buches behandelt, hier sollte nur gesagt werden, daß die Parteitheorie unter den heutigen komplizierter gewordenen Bedingungen weiterentwickelt werden muß. Die DKP, aber auch andere kommunistische und Arbeiterparteien unserer Zeit sind auf diesem Gebiet bemüht, ihre Pflicht zu erfüllen.

Halten wir einige der grundlegenden Bestimmungen fest, die den Charakter einer marxistischen Kampfpartei prägen.

1.

Ebenso, wie die Bourgeoisie keine in sich einheitliche Klasse bildet, sondern in Groß-, Mittel- und Kleinbourgeoisie zersplittert ist –, die sich allerdings in dem Moment zusammenschließt, wo die gemeinsamen Klasseninteressen durch den revolutionären Klassenkampf der Arbeiterklasse bedroht sind –, ebenso ist auch die Arbeiterklasse keine in sich einheitliche Klasse. Gewiß: Im Vergleich zur Bourgeoisie trifft es zu, daß alle Arbeiter die gleiche Ausgangslage haben, keine Produktionsmittel zu besitzen und vom Verkauf ihrer Arbeitskraft als Ware leben zu müssen. Aber dann treten schon Differenzen hervor: Die einen Angehörigen der Arbeiterklasse verkaufen ihre Arbeitskraft gegen Lohn, andere gegen Gehalt, womit auch weitere Unterschiede ver-

knüpft sind. Die einen arbeiten in modernen Großbetrieben, die anderen im patriarchalisch organisierten Kleinbetrieb. Die einen haben bereits eine zweite oder dritte Generation von Arbeitervorfahren, andere sind gerade erst proletarisierte Angehörige unserer Klasse.

Diesen Problemen der Differenziertheit und Differenzierung in der modernen Arbeiterklasse müssen wir gerade heute unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Ausgestaltung der staatsmonopolistischen Apparate besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Zu berücksichtigen ist z.B. die starke Zunahme der Arbeiterklasse sowie der lohnabhängigen Mittelschichten, insbesondere der lohnabhängigen Intelligenz, auf Kosten der sogenannten Selbständigen, d.h. der alten Mittelschichten wie Bauern, Gewerbetreibende, kleine und mittlere Unternehmer. Innerhalb der Arbeiterklasse verändert sich das Gewicht zugunsten der Angestellten, nehmen die Beschäftigten verschiedener Dienstleistungsbereiche an Bedeutung zu, während der Anteil der in der Industrie – insbesondere in traditionellen Industriebetrieben – Tätigen an der Gesamtzahl der Beschäftigten sinkt. Zwischen großen Teilen der Arbeiterklasse und Angehörigen der lohnabhängigen Mittelschichten kommt es zu einer Annäherung in der sozialen Lage, verwischen sich manche „Trennungslinien" im Betrieb, in der Gewerkschaft, im Wohn-, Freizeit- und Kulturbereich. Es kommt zu einer Durchmischung solcher sozialer Kräfte. Ebenso gibt es wichtige Änderungen in der Art der Bildung und Qualifikation sowie der Einkommen, es kommt zu beachtlichen „Ausgrenzungen" von Angehörigen der neuen Armut. In den Betrieben kommt es zu einer zunehmenden Differenzierung von Kernbelegschaften mit relativ festem Beschäftigungsverhältnis auf der einen Seite und auf der

anderen Randbelegschaften, die in ungeschützten Arbeitsverhältnissen tätig sind. Besonders betroffen von diesen neuen Prozessen sind Frauen und ausländische Arbeitskräfte.

All diese Erscheinungen – sicher wären noch andere zu berücksichtigen, wie z. B. auch ideologische Traditionen – müssen selbstverständlich im richtigen Herangehen an eine Arbeiterorientierung berücksichtigt werden. Gerade darauf gehen die „Thesen" des Hamburger Parteitags der DKP von 1986, gehen die Referate der 3. und 8. Parteivorstandstagungen der DKP ausführlicher ein.

Kurzum: Das „Sein" der Arbeiterklasse ist in sich recht verschieden. Ebenso ist auch das Bewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter keinesfalls gleichartig. Es gibt vielerlei Gründe dafür, daß in der Arbeiterklasse ganz erhebliche Unterschiede im Klassenbewußtsein existieren. Lenin hat auf solche Gründe immer wieder hingewiesen. Wenn es innerhalb der Arbeiterklasse solche Bewußtseinsunterschiede nicht gäbe, wenn es eine automatische Übereinstimmung zwischen Klassenlage und Klassenbewußtsein gäbe, dann brauchte man keine politischen Aktionen, keinerlei Bemühungen zur Bewußtseinsbildung, keinerlei Organisationsformen. Die Geschichte verliefe dann völlig automatisch. Wenn alle Arbeiterinnen und Arbeiter das gleiche Bewußtsein hätten, wäre es völlig gleichgültig, wer bestimmte Aufgaben übernähme, wer bestimmte Aktionen leitete, es käme ohnehin immer dasselbe Ergebnis heraus.

Aber so ist es nicht. Es ist durchaus notwendig, innerhalb der Klasse viele Formen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologie zu überwinden. Dabei haben wir es mit machtvollen Gegnern zu tun, die ihre ideologische Einwirkung auf die Arbeiterklasse mit allen Mitteln der Meinungsbildung betreiben. Es ist also

ein äußerst schwerer und harter ideologischer Klassenkampf nötig.

Die marxistische Partei der Arbeiterklasse vereinigt also die klassenbewußten Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellten und Teile der Beamten, jene, die sich zum Verständnis der marxistischen Wissenschaft emporgearbeitet haben. Mit Hilfe dieser Wissenschaft verstehen sie die wichtigsten inneren Entwicklungstendenzen eines vorhandenen gesellschaftlichen Zustands, können sie die Hauptzüge der zukünftigen Entwicklung andeuten und eben darum die Klasse in ihren Kämpfen führen. Aber um die Klasse führen zu können, darf man sich nie von ihr entfernen. Die Partei bleibt, auch als führende Kraft, stets Teil der Klasse.

2.

Es sind zwei Prozesse innerhalb des Kapitalismus, die dafür „Sorge" tragen, daß das sich spontan in der Arbeiterklasse herausbildende Bewußtsein die Grenzen der bürgerlichen Ideologie nicht überschreitet. Einmal ist dies die beständige automatische Wiederherstellung (Reproduktion) des Kapitalverhältnisses. Das ist die sozialökonomische Grundlage dieses Vorgangs. Das zweite aber ist, daß die Medien in der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft Medien der Bourgeoisie sind, dazu bestimmt, das Bewußtsein der Gesellschaft bürgerlich zu prägen. Darum hat Lenin – vor allem in seinem Werk „Was tun?" herausgearbeitet, daß es unbedingt notwendig ist, in der Arbeiterklasse alle Formen der bürgerlichen Ideologie durch die proletarische zu überwinden.

Das Proletariat verfügt zunächst nicht über die erforderlichen Bildungselemente, um seine gesamtgesellschaftliche Lage – deren ökonomische und soziale Be-

dingungen, ihren historischen Charakter, seine eigene Rolle – zu verstehen, sich das eigene Klassenbewußtsein herauszuarbeiten. Hierzu bedarf es gründlicher wissenschaftlicher Kenntnisse, wie sie Marx, Engels und Lenin besaßen. Um das Bewußtsein breiter Massen der Arbeiterklasse in dieser Weise zu entwickeln, müssen wir ihre Erfahrungen organisieren, diese Erfahrungen speichern, in ihnen auf dieser Grundlage Einsichten in den Ablauf der wahren Gesellschaftsprozesse wecken. Damit bereiten wir das Material auf, um zu theoretischen Einsichten zu gelangen oder solche Einsichten zu vermitteln. Auf der Grundlage solcher wichtigen theoretischen Einsichten von Volksmassen können wir dann die bewußte Aktion größerer Kollektive organisieren. In diesem Zusammenhang erscheint es besonders wichtig, durch vielfältige Formen dazu beizutragen, die Erfahrungen der Massen in unserem Land mit dem Umbruchprozeß in der Sowjetunion und mit der Entwicklung in anderen sozialistischen Ländern, insbesondere mit dem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden, mit der DDR zu organisieren. Dies wird dazu beitragen, Hoffnungen nicht nur in die Friedensbemühungen, sondern auch in den ökonomischen und sozialen Fortschritt sozialistischer Länder zu wecken. Das wird es uns erleichtern, in unserem Lande Sozialismuspropaganda zu entwickeln.

Die Organisierung solcher Erfahrungen ist nur möglich durch eine Kombination prinzipieller, im Geiste von Marx, Engels und Lenin entwickelter ideologischer Arbeit, d.h., Agitation, Propaganda und theoretische Arbeit. Dies muß zugleich verbunden werden mit einem konkreten, der gegenwärtigen Etappe entsprechenden Aktionsprogramm aus nachprüfbaren Forderungen, das es gestattet, weite Teile des Volkes zu ersten Schritten auf einen prinzipiell anderen, antiimpe-

rialistischen Weg zu führen. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß angesichts der gewaltigen neuen Probleme, angesichts auch der Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse, des Hineinströmens der neuen lohnabhängigen Mittelschichten mit ihren eigenen ideologisch-politischen Positionen erneut eine Auseinandersetzung um den Status des wissenschaftlichen Sozialismus eingesetzt hat. Es gibt nicht wenige Bemühungen (sicherlich mehr unbewußte als bewußte), an die Stelle des wissenschaftlichen Sozialismus mit seiner klaren Formulierung des sozialistischen Ziels, der Etappen auf dem Weg zu diesem Ziel und der Kennzeichnung jener Kräfte, mit denen dieses Ziel erkämpft werden kann, moderne utopistische Konzeptionen zu setzen. Die Auseinandersetzung auf diesem Gebiet, soweit es sich um progressive Kräfte handelt, die Utopismus verbreiten – nicht jedoch um reaktionäre, die es auch gibt – muß überzeugend, gründlich, kameradschaftlich, aber nichtsdestoweniger prinzipienfest geführt werden. Auch dazu ist die marxistische Partei der Arbeiterklasse nötig.

Dies zu betonen ist unerläßlich, denn der spontane Prozeß allein erzeugt noch kein gesamtgesellschaftlich-kritisches Bewußtsein der Klasse, erzeugt in diesem Sinne noch kein Klassenbewußtsein. Dazu ist wissenschaftliches, vielseitiges, historisches Wissen nötig, das in den Dienst des Kampfes der Arbeiterklasse tritt, weil nur dies heute die Position ist, die ein Denken und Forschen frei von den „Lebenslügen" herrschender, ausbeutender Klassen ermöglicht. All dies zeigt, daß die Rolle und Bedeutung der ideologischen Arbeit der Marxisten heute wohl – wenn man das überhaupt so sagen kann – noch größer ist als zu jener Zeit, da Lenin die entsprechenden Feststellungen traf. Man bedenke nur einmal, daß gründliche ideologische Arbeit für Marxi-

sten heute nicht möglich ist, ohne tiefe Einsichten in die Abläufe der wissenschaftlich-technischen Revolution erlangt zu haben. Der ideologische Klassenkampf ist insofern wissenschaftlicher geworden als das früher der Fall war. Das hat große Anstrengungen eben auch für die Marxisten zur Folge.

3.

Die breiten Massen der Arbeiterklasse sind entweder gar nicht oder nicht für den politischen Kampf organisiert. Erst die Partei trägt in die Klasse den Geist der Disziplin und Planmäßigkeit hinein. Die Partei ist der bewußte, organisierte Kern der Klasse. Sie vereint die fortgeschrittensten, klassenbewußtesten Teile des Proletariats, die zum selbstlosen Einsatz für die Grundinteressen der ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen bereit sind. Durch die disziplinierte Organisation gibt die Partei dem Kampf der Klasse erst Einheitlichkeit und Zielstrebigkeit. „Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation".[5]

Die Hauptfaktoren der Macht der Arbeiterklasse entwickeln sich auf der Grundlage ihrer weltgeschichtlichen Rolle, Träger des gesellschaftlichen Fortschritts zu sein, und bestehen vor allem in ihrer Masse und ökonomischen Bedeutung, ihrer sozialistischen Theorie, ihrer Organisiertheit und Diszipliniertheit. Folglich bedeutet Stärkung der Macht der Arbeiterklasse, daß wir jene unter diesen Faktoren stärken, auf die wir Einfluß haben. Der Faktor der Zahl und der ökonomischen Bedeutung der Arbeiterklasse ist von unserem Wirken nicht abhängig. Das ist ein objektiver Prozeß, ein objek-

5 Lenin, Werke, Bd.7, S. 419

tiver Faktor. Aber die Faktoren des Klassenbewußtseins, der Organisiertheit und Diszipliniertheit der Arbeiterklasse sind solche, die wir durch unser Wirken beeinflussen können (das nennt man subjektive Faktoren). Darum muß eines der wichtigsten, unmittelbaren Ziele unseres Kampfes darin bestehen, diese Faktoren zu stärken. Das Wirken für diese Ziele ist die Grundlage für die Beurteilung all unseres Tuns, unserer Taktik, unseres organisierenden Handelns usw.

Gerade auf diesem Gebiet gibt es jedoch in den Reihen der antiimperialistischen Bewegung der entwikkelten kapitalistischen Länder heftige Diskussionen. Darauf sind wir im einleitenden Teil dieses Buches eingegangen.

Im Gegensatz zu der weitverbreiteten These von der integrierenden und der manipulierenden Macht des Großkapitals meinen nun manche, es sei keine zentralisierte Kampfpartei mehr nötig. Zentralisation sei nicht länger die Formel für die Veränderung. Hier kommen nicht nur kritisch zu beurteilende neue Sachverhalte ins Spiel. Die These 34 der Thesen des 8. DKP-Parteitags geht auf die Problematik der Arbeiterklasse und der „neuen sozialen Bewegungen" ausführlich ein. Diese Aktivitäten und Bewegungen haben vielfältige neue Erfahrungen gerade auch an der Basis des gesellschaftlichen Lebens erbracht. Dazu gehören auch Erfahrungen mit Organisationsstrukturen, die denen der Arbeiterbewegung nicht gleichen. Nicht wenige neue Mitstreiter der Arbeiterbewegung sind durch diese Schule gegangen, bringen ihre dort gesammelten Organisationserfahrungen mit in die Arbeiterbewegung. Es ist eine große Kraftanstrengung erforderlich, um überzeugend zu zeigen, daß diese Erfahrungen zwar befruchtend auf das Leben der Arbeiterpartei einwirken können, dennoch aber dadurch die Notwendigkeit des ein-

heitlichen, koordinierten, über das ganze Land hin sich erstreckenden Handelns nicht beseitigt wird. Wäre der heutige Kapitalismus tatsächlich der „Koloß auf tönernen Füßen" – niemand würde sich darüber mehr freuen als wir. Tatsächlich ist er jedoch ein hochgradig durchorganisiertes und zentralisiertes System, das ungeheure ökonomische, politische, militärische, ideologische und andere Machtmittel besitzt. Nur durch den bewußt und organisiert geführten Kampf großer Arbeitermassen und Bündnisgenossen kann dieses System daran gehindert werden, die bürgerliche Demokratie abzubauen oder Kriege anzuzetteln. Der schließliche Kampf um den Sozialismus bedarf gewiß nicht geringerer Kraftentfaltung.

4.

Wir gehen davon aus, daß die marxistische Partei die höchste Form der Arbeiterorganisation ist.

Es gibt nicht wenige Arbeiterorganisationen. Das folgt schon aus der Differenziertheit der Arbeiterklasse, die unterschiedliche Bewußtseins- und auch Interessenlagen erzeugt und folglich auch verschiedene Formen von Aufklärungsarbeit, Organisation und Kampftätigkeit nötig macht. Alle die verschiedenen Arbeiterorganisationen vertreten – so unverzichtbar sie für den Kampf und die Entwicklung der Klasse sind! – jedoch entweder nur Teilinteressen bestimmter Schichten des Proletariats – etwa der Jugend, der Frauen –, oder sie sind Organisationen, denen die Entfaltung des Klassenkampfs nur auf einem der drei Hauptgebiete des Kampfes – dem ökonomischen, dem politischen, dem ideologischen – obliegt.

So sind die Gewerkschaften wesentlich die Organisationen für die Führung des ökonomischen Klassen-

kampfes der Arbeiter und Angestellten. Als solche sind sie von entscheidender Wichtigkeit. Normalerweise ist der Betrieb das erste Kampffeld der arbeitenden Massen. Hier sammeln sie ihre Erfahrungen. Die erste Form der Arbeiterbewegung, die sie kennenlernen, sind die Gewerkschaften. Und so sehr sie oft im Feuer von Kritik gerade auch der Gewerkschaftsmitglieder stehen: sie sind die Organisation mit der größten Autorität in der Klasse. Jeder Streik beweist das aufs neue. Hier werden zuerst Interessenvertretung, Organisiertheit, auch das Einüben von Solidarität und nötiger Disziplin erfahren und gelernt. So sind die Gewerkschaften eine Schule des Klassenkampfs. Bei uns kommt hinzu, daß sie Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamte, im wachsenden Maße auch Angehörige der lohnabhängigen Intelligenz unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Orientierung umfassen. Hier sich einzugliedern, hier sich, wie es Lenin einmal sagte, bis zu einem gewissen Grad mit den Arbeitermassen zu verschmelzen, von ihnen zugleich zu lernen und ihnen zu helfen, tiefere, klassenmäßigere Einsichten in die Gesellschaftsprozesse zu gewinnen, ist Pflicht einer jeden Genossin, eines jeden Genossen. Wer diese Schule des elementaren sozialökonomischen Klassenkampfes nicht gemeistert hat, wie will der- oder diejenige die viel komplizierteren Aufgaben der Arbeiterbewegung lösen helfen?

Gleichermaßen notwendig ist es, daß Kommunistinnen und Kommunisten in all den anderen Organisationen als entschiedene Verfechter der Interessen des arbeitenden Volkes wirken, in den Frauen- und Jugendverbänden, den Kultur- und Freizeitorganisationen usw.

Aber dabei bleibt als geistige Richtschnur: Um den Sozialismus zu erreichen, müssen die entscheidenden

Produktionsmittel vergesellschaftet werden. Um diese Vergesellschaftung, also die Enteignung der Großkapitalisten, vollziehen zu können, braucht die Arbeiterklasse Macht, muß sie den bürgerlichen Staat durch den sozialistischen ersetzen.

Darum muß, über den ökonomischen hinaus, der politische Klassenkampf, der Kampf um die politische Macht geführt werden. Dieser Kampf um die politische Macht setzt voraus, in der Masse der Arbeiter ein möglichst klares Bewußtsein über den unversöhnlich feindlichen Gegensatz der Arbeiterklasse zum Großkapital und seinem Staat zu wecken und zu entwickeln. Nicht zufällig ist das Bekenntnis zum Staat, der als klassenneutral ausgegeben wird, obwohl er der Staat der Großbourgeoisie ist, Kernpunkt des Rechtsopportunismus.

Außer dem ökonomischen und politischen ist folglich auch noch der ideologische Klassenkampf nötig. So wichtig die Gewerkschaften, die anderen Arbeiterorganisationen der verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auch sind, die eben genannten politischen und ideologischen Aufgaben können diese Organisationen letztlich nicht lösen. Dazu bedarf es einer anderen Organisation der Arbeiterklasse.

Damit nicht genug. Es ist zu fragen, wer die Kombination aller dieser Kampfformen, ihre innere Übereinstimmung unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um die schließliche Überwindung des kapitalistischen Systems herbeiführen kann. Kann man das dem Zufall überlassen? Kann man davon ausgehen, daß der Kampf kleiner, zerstreuter, spontan handelnder Gruppen zu einem großen Strom zusammenfließt, der die Grundlagen des kapitalistischen Systems unterspült und schließlich dieses System selbst hinwegschwemmt? Das wäre doch ein ziemlicher Wunderglauben. Es geht also nicht ohne eine zentrale, ideologisch klare, alle

Kämpfe der Arbeiterklasse auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet zusammenfassende, ihre Wesensmerkmale verallgemeinernd heraushebende und führende Organisation. Und gerade eine solche Organisation ist die Partei der Arbeiterklasse. Gegenüber allen anderen Arbeiterorganisationen zeichnet sie sich dadurch aus, daß sie die gemeinsamen und allgemeinen Interessen der ganzen Klasse vertritt, nicht nur deren gegenwärtige, sondern auch die zukünftigen Interessen, und den Kampf an allen drei Fronten der Klassenauseinandersetzung führt, der ökonomischen, politischen und ideologischen.

Dabei ist die Führungsrolle der Partei der Arbeiterklasse keine Angelegenheit von „Befehlen", von lauthals verkündeten „Ansprüchen", sondern etwas, das im konkreten Kampf – die beste Art, die Arbeiterinteressen zu vertreten – immer wieder erst errungen werden muß. Die Stärke der Partei hängt direkt damit zusammen, wie ihre Mitglieder und Organisationen den Kontakt in der Aktion zu den anderen Arbeiterorganisationen und den nicht organisierten Proletariern herstellen. „Um der Masse zu dienen und *ihre* richtig erkannten Interessen zum Ausdruck zu bringen, muß der Vortrupp, die Organisation ihre ganze Tätigkeit in die Masse verlegen und dabei aus ihr ausnahmslos alle guten Kräfte heranziehen und auf Schritt und Tritt sorgfältig und objektiv prüfen, ob die Verbindung mit den Massen gewahrt wird, ob sie lebendig ist. So und *nur* so erzieht und schult der Vortrupp die Massen, indem er *ihre* Interessen zum Ausdruck bringt, sie lehrt, sich zu organisieren, und die *ganze* Tätigkeit der Masse auf dem Weg bewußter Klassenpolitik lenkt."[6] Es ist kein Zufall, wenn die Bourgeoisie versucht, zwischen Kommuni-

6 Lenin, Werke, Bd. 19, S. 400

sten und Gewerkschaften, Kommunisten und Sozialdemokraten, Kommunisten und christlichen Arbeitern Gegensätze hervorzurufen, denn solche Politik des „Teile und Herrsche" ist eine Grundvoraussetzung für die Fortexistenz der großkapitalistischen Macht; gerade daraus die Lehre zu ziehen, alles für die größtmögliche Einigung der verschiedenen Teile der Arbeiterbewegung zu unternehmen, ist Gebot revolutionären Handelns.

„Geschichte und Gegenwart zeigen: Die revolutionäre, marxistische Parte der Arbeiterklasse ist durch keine andere Organisation zu ersetzen. Es ist kein Zufall, daß die DKP von den Herrschenden der Bundesrepublik gehaßt, gefürchtet und bekämpft wird wie keine andere fortschrittliche Organisation. Obwohl sie die DKP als angeblich ‚unbedeutende Splitterpartei' bezeichnen, setzen Monopolkapital, Staat und Massenmedien einen gewaltigen Apparat zur administrativen, politischen und ideologischen Bekämpfung der DKP ein, Polizei und Geheimdienste, Berufsverbote und Schikanen, eine wahre Flut antikommunistischer und antisowjetischer Verleumdungen werden benutzt, um die Mitglieder der DKP unter Druck zu setzen, die Partei zu schwächen und zu isolieren. Keine andere politische Kraft würde diesem Druck standhalten."[7]

5.

Lenin folgend gilt es stets den Grundsatz zu verteidigen, daß die Partei vom Geist des proletarischen, des sozialistischen Internationalismus durchdrungen sein muß. Die Arbeiter aller Länder haben die gleichen

7 Thesen des 8. Parteitages der DKP, Hamburg 1986. Hrsg. vom Parteivorstand der DKP, S. 95

Klasseninteressen. Ihr gemeinsamer Feind ist das Großkapital, das in wachsendem Maße international organisiert ist. Der Klassenkampf hat immer mehr weltweite, internationale Ausmaße angenommen. Die Großbourgeoisie hat noch stets versucht, die Arbeiterklasse durch das Gift nationalistischer Ideen zu verführen. Die deutsche Arbeiterklasse hat die schweren Folgen dessen immer wieder tragen müssen. Gerade heute heißt die gewissenhafte Beachtung der leninschen Parteitheorie, an unserem verantwortungsvollen Kampfabschnitt dadurch internationale Solidarität zu üben, daß wir eine weitere Stärkung der Macht des deutschen Monopolkapitals nicht zulassen, vielmehr um die Schwächung dieser Macht ringen, daß wir die Politik des Kampfes um Abrüstung, für Frieden, friedliche Koexistenz aktiv unterstützen. Diese Politik richtet sich unmittelbar gegen dieselben Kräfte, die der Arbeiterklasse in allen sozialen und ökonomischen Kämpfen als härteste Feinde entgegenstehen. Diese Politik ist Klassenkampf.

Die DKP ist zugleich ein untrennbarer Teil der revolutionären Weltbewegung. Sie ist durch den proletarischen Internationalismus mit der sozialistischen Staatengemeinschaft, mit den kommunistischen und Arbeiterparteien aller Kontinente, mit der nationalen Befreiungsbewegung eng verbunden.

Die Zusammenarbeit dieser Kräfte ist angesichts der vom Imperialismus ausgehenden Gefahr eines atomaren Weltkrieges, seiner aggressiven Pläne gegen die sozialistischen Staaten, seiner Kriege und neokolonialistischen Machenschaften, angesichts des zunehmend koordinierten Zusammenwirkens des internationalen Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern heute notwendiger denn je. Für das koordinierte Handeln aller Fortschrittskräfte in der

Welt sind gemeinsame Aktionen der kommunistischen und Arbeiterparteien von besonderem Gewicht.

Der proletarische Internationalismus entspricht dem Wesen, den prinzipiellen Gemeinsamkeiten der Arbeiterklasse aller Länder. Sie hat einen gemeinsamen Gegner, das internationale Kapital, und ist durch gemeinsame Grundinteressen verbunden. Der proletarische Internationalismus hat darum weder an Bedeutung verloren, noch ist er durch einen „neuen Internationalismus" zu ersetzen. Er ist und bleibt die stärkste Waffe der revolutionären Weltbewegung.

Es ist also unbedingt erforderlich, die Parteiproblematik inmitten der heutigen Fragestellungen zu klären. So wie Lenin die Parteifrage unter den Bedingungen des Imperialismus und der sozialistischen Revolution behandelte, so müssen wir, von ihm lernend, prüfen, was die heutigen Probleme uns abverlangen. Es gibt keine Möglichkeit, den Fortschrittsprozeß zu befördern, ohne eine zielklare, marxistische, sich auf die Arbeiterklasse stützende, geeint handelnde Partei. Aber wie diese Einheit hergestellt wird, wie der Diskussionsprozeß zu organisieren ist, das müssen wir unter Berücksichtigung etwa der Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse und ihrem sozialen Umfeld lösen. Oder: Wie, mit welchen Formen der Auseinandersetzung die Aufgabe gelöst werden kann, die produktions- und marktbeherrschenden Unternehmen und Banken zurückzudrängen und am Ende zu überwinden, das müssen wir unter den Bedingungen des heutigen politischen, auch militärischen Kräfteverhältnisses lösen. Es geht also vor allem darum, wie wir die Parteitheorie der marxistischen Klassiker umsetzen.

Ist unsere Orientierung auf die Arbeiterklasse heute noch zeitgemäß?

Die DKP bezeichnet sich selbst als Arbeiterpartei. In unserem Programm heißt es: „Die Deutsche Kommunistische Partei ist die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik Deutschland."[1]

Auch in der öffentlichen Meinung wird der DKP in erster Linie die Eigenschaft „Arbeiterpartei" zugeordnet, wie diesbezügliche Studien ergeben. Doch viele fragen: Ist das denn heute – in einer ganz anderen Gesellschaft als zu Karl Marx' Zeiten – noch sinnvoll? Engt sich die DKP damit nicht selbst ein? Kann die DKP mit dieser Arbeiterorientierung denn überhaupt eine zukunftsweisende, ins nächste Jahrtausend reichende Politik machen? Und gibt es „die Arbeiterklasse" überhaupt noch, sind ihre Ränder nicht längst mit anderen Bevölkerungsschichten verwaschen, spielen die „Blaumänner" in der künftigen „Informations- und Dienstleistungsgesellschaft" überhaupt noch eine nennenswerte Rolle? Stehen nicht zuletzt heute auch viel wichtigere Fragen – z. B. die Sicherung der menschlichen Existenz – auf der Tagesordnung, als die Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Unternehmern? Die Klärung dieser Fragen hat für uns grundlegende Bedeutung.

All die oben genannten Fragen haben für uns vor allem aus einem Grund eine entscheidende Bedeutung: Es sind Fragen danach, wer heute, in der BRD der acht-

1 Programm der DKP, S. 5

ziger und neunziger Jahre, die entscheidende soziale Kraft für grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft zugunsten der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit – das revolutionäre Subjekt – darstellt.

Die Antwort hat Konsequenzen für viele aktuelle Fragestellungen, z.B.: Wie kann in unserem Land ein Prozeß umfassender Abrüstung in Gang kommen, kann eine ‚friedensfähige Bundesrepublik' entstehen? Wie kann das Recht auf Arbeit für alle Wirklichkeit, die Umweltzerstörung oder der Demokratieabbau gestoppt werden? Und welche Interessen bestimmen heute das Verhalten und Handeln der Menschen in unserem Land, wo sind gemeinsame Berührungspunkte, wo gibt es unversöhnliche Gegensätze? Wer ist also die vorwärtsdrängendste, revolutionäre Kraft heute?

Wer ist die Arbeiterklasse heute und wer sind ihre Verbündeten?

Wir wollen uns zunächst an die Klärung einiger Grundbegriffe begeben.

Als *Klassen* definierte Lenin „große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem [...] Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen sich die eine die Arbeit der anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft."[2]

2 Lenin, Werke, Bd. 29, S. 410

Aufgrund ihrer unterschiedlichen Stellung im System der Produktion kann sich die herrschende Klasse das Mehrprodukt der ausgebeuteten Klasse aneignen.

Daß heute Arbeiter einen anderen Platz in der Produktion als die Kapitalisten haben, daß sie im Gegensatz zu diesen die Produktionsmittel nicht besitzen und in abhängiger, untergeordneter Position arbeiten, daß sie Lohn und Gehalt statt Dividenden und deutlich weniger als die Kapitalisten bekommen, kann heute beim besten Willen niemand bestreiten. Die Legende, heute gebe es keine Klassen mehr, hat daher nur „kurze Beine".

Die wichtigsten Klassen der kapitalistischen Produktionsweise sind heute, wie schon zu Marx' Zeiten, die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie: die einen besitzen nur ihre eigene Arbeitskraft, die sie dem ‚Unternehmer' für Lohn anbieten, und erzeugen mit ihrer Arbeit alle materiellen Werte (einschließlich der Maschinen, die der Kapitalist sein Eigentum nennt). Die Kapitalisten hingegen besitzen die Produktionsmittel und lassen die Arbeiter für sich produzieren. Sie leben auf Kosten der Arbeiter und bestimmen zugleich über alles, was im Betrieb (und oft auch darüber hinaus) passiert. Alle materiellen und sozialen Rechte (Lohn, Arbeitszeit, Mitbestimmung etc.) mußte sich die Arbeiterklasse – und muß es auch heute noch – gegen die Kapitalisten erkämpfen.

An dem gesellschaftlichen Grundwiderspruch – gesellschaftliche Produktion, aber private Aneignung der geschaffenen Werte – hat sich bis heute nichts geändert. Der Gegensatz zwischen den heute entscheidenden Kapitalkräften – den großen Konzernen und Banken – und der Arbeiterklasse ist eher noch schärfer geworden: damit der Profit stimmt, sind Millionen hochqualifizierter Menschen zu Dauerarbeitslosigkeit

verdammt, gehen Milliardenaufträge an die Rüstungsindustrie, werden hochgiftige Stoffe „billig" in den Rhein oder die Nordsee abgelassen, wächst die Verschuldung der Entwicklungsländer und damit Armut und Hunger in der Welt. Heute wären – gerade mit der wissenschaftlich-technischen Revolution – die Mittel vorhanden, allen Menschen eine lebenswürdige Existenz zu sichern, wenn, ja wenn nicht der Profit Maßstab aller Dinge wäre, wenn die Macht des Großkapitals gebrochen würde!

Bevor wir nun zu den wichtigsten Veränderungen in der Arbeiterklasse der BRD kommen, wollen wir noch einen weiteren Begriff klären: den der Mittelschichten.

Nach der oben genannten Leninschen Klassendefinition verstehen wir unter Arbeiterklasse nicht etwa nur die Arbeiter in der unmittelbaren materiellen Produktion. Heute arbeiten in dem gleichen Abhängigkeitsverhältnis, unter den gleichen Bedingungen, in gleich untergeordneter Position und oft auch mit gleichem Einkommen auch die meisten Angestellten und Teile der Beamten, z.B. im Handel oder in Dienstleistungsbetrieben. Sie alle zählen wir deshalb ebenso zur Arbeiterklasse wie den Industriearbeiter, aber auch die Erwerbslosen und Rentner, sofern sie in ihrem Arbeitsleben zur Arbeiterklasse gehörten.

Doch zu welcher Klasse rechnen wir z.B. die Kleinbauern, selbständigen Handwerker, Ärzte, Rechtsanwälte, Wissenschaftler oder mittlere Vorgesetzte im Betrieb? Sie verdienen teilweise mehr Geld als Angehörige der Arbeiterklasse, oder stehen nicht in untergeordneter, kommandierter Position, oder besitzen selbst in geringem Maße Produktionsmittel (Handwerker und Bauern). Diese zwischen den beiden Hauptklassen stehenden Menschengruppen bezeichnen wir

als Mittelschichten. Sie können lohnabhängig sein (z. B. die meisten Angehörigen der Intelligenz, Ingenieure, Ärzte im Krankenhaus) oder selbständig arbeiten (Handwerker, Rechtsanwälte, Ärzte etc.). Charakteristisch für die Mittelschichten ist heute, daß sie sich in starker Abhängigkeit vom Monopolkapital befinden und dessen ökonomischem und politischem Druck ausgesetzt sind, weshalb sie grundsätzlich als Bündnispartner der Arbeiterklasse in Frage kommen.

Nicht nur allgemein seit dem zweiten Weltkrieg, sondern vielmehr noch in den letzten zwei Jahrzehnten haben sich mit der wissenschaftlich-technischen Revolution bedeutende Veränderungen in der Sozialstruktur der Bevölkerung der Bundesrepublik ergeben. Auf dem 8. Parteitag 1986 stellte die DKP in ihren Thesen fest: „Bedeutende Veränderungen vollziehen sich in der Klassenstruktur. Ihre Hauptrichtung besteht in der Zunahme der lohnabhängig Beschäftigten – der Arbeiterklasse sowie der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz [...] Innerhalb der Arbeiterklasse wächst der Anteil der im Angestellten- und Beamtenverhältnis Beschäftigten, während der Anteil der Arbeiter und Arbeiterinnen sinkt. Das Gewicht der im Dienstleistungssektor, in den Büros und Verwaltungen Tätigen nimmt zu. Damit wächst auch der Anteil der Frauen an den Berufstätigen. Strukturveränderungen und -krisen, Rationalisierungswellen und Betriebsstillegungen führen zur Verringerung ‚traditioneller' Gruppen der Arbeiterklasse (Berg-, Stahl-, Werft-, Bauarbeiter usw.)"[3]

Betrachten wir zur Untermauerung dieser Aussagen einige Fakten. Zwischen 1950 und 1984 wuchs der aktive Teil der Arbeiterklasse der BRD von 15,2 Millio-

3 Thesen des 8. Parteitages der DKP, Hamburg 1986. S. 66/67, These 24

nen Menschen auf 19,7 Millionen Menschen (einschließlich der Arbeitslosen) an, zu den lohnabhängigen Mittelschichten zählten 1984 3,7 Millionen Menschen, während es 1950 nur 1,3 Millionen waren. „Durch Verschiebungen zwischen Industrie und Dienstleistungen, aber auch durch veränderte Belegschaftszusammensetzungen in der Industrie ist der Arbeiteranteil an allen Beschäftigten seit den 60er Jahren von 65 Prozent auf 48 Prozent gesunken, der der Angestellten und Beamten von 35 auf 52 Prozent angewachsen."[4] 40 Prozent aller Erwerbstätigen sind heute Frauen, bei den Angestellten beträgt der Frauenanteil gar über 50 Prozent.

Behauptungen, die Arbeiterklasse schrumpfe heute und in der absehbaren Zukunft, im Rahmen der sogenannten Informationsgesellschaft, erwiesen sich als falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Jedoch sind die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse erheblich. Große Teile der Arbeiterklasse in der BRD haben heute einen – im Weltmaßstab gesehen – verhältnismäßig hohen Lebensstandard. Sie sind nicht nur mit den Ergebnissen der wissenschaftlich-technischen Revolution konfrontiert, sondern in wachsendem Maß selbst Schöpfer dieses Fortschritts, sind zunehmend höher qualifiziert. Zwischen 1976 und 1982 sank z.B. der Anteil der Beschäftigten ohne Ausbildungsabschluß von 37 auf 32 Prozent, während der Anteil der Beschäftigten mit berufsfachlicher oder betrieblicher Ausbildung in dieser Zeit von 50 auf 53 Prozent anwuchs.[5] Allerdings ging dies einher mit einer zunehmenden Entwertung menschlicher Fähigkeiten in Form der Massenarbeitslosigkeit, die von ca. 150000 Arbeitslosen 1970 auf

4 Referat auf der 8. Parteivorstandstagung der DKP. Beilage zur UZ vom 19. 11. 1987, S. 9.

5 Lothar Peter: Neue Formen der Rationalisierung. In: Marxistische Studien – Jahrbuch des IMSF 13. Frankfurt/M. 1987, S. 152f.

heute über 2,5 Millionen offizieller Arbeitsloser anstieg.

Zugleich ist der Anteil der lohnabhängigen, insbesondere der technischen Intelligenz stark gewachsen. Vier Fünftel der zu ihr Gehörenden sind heute lohnabhängig und nähern sich auch in ihrer sozialen Lage (Stellung im Betrieb, Einkommenshöhe, Arbeitslosigkeit etc.) der Arbeiterklasse an. Über die Hälfte von ihnen arbeitet im Staatssektor, über ein Viertel in der Privatindustrie als lohnabhängig Beschäftigte.[6] Die Zahl erwerbstätiger Hochschulabsolventen stieg seit 1970 um 65 Prozent auf 2,3 Millionen.

Welche Veränderungen diese Entwicklung z.B. in einem großen „High-Tech-Konzern" bewirkt, zeigt sich an der Siemens AG: bei relativ konstanter Gesamtbelegschaft nahm die Gruppe der technischen Angestellten (einschließlich technischer Intelligenz) von 18,2 Prozent im Jahr 1962 auf 30,8 Prozent im Jahr 1982 zu, während die Zahl der an- und ungelernten gewerblichen Arbeiter von 44,5 auf 29,5 Prozent sank.[7]

Neben wachsender Qualifikation ist aber für die Arbeiterklasse heute auch eine größere soziale Vielfalt ihrer Gruppen, d.h. auch ihrer Entlohnung, der Mobilität, der unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsweise, der unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse kennzeichnend.

Zugleich ist jedoch festzustellen, daß es auch heute einen *Kern* der Arbeiterklasse gibt, der in den wichtigsten, die gesellschaftliche Entwicklung am stärksten prägenden Wirtschaftsbereichen mit dem höchsten Monopolsierungsgrad arbeitet. Waren diese Kernbereiche noch in den 50er Jahren die Stahl-, Bergbau-, Werft- und Bauindustrie, so zählen wir heute *zusätzlich* dazu

6 Vgl.: Thesen des 8. Parteitages der DKP, Hamburg 1986. S. 69/70, These 26.

7 Lothar Peter: Neue Formen..., a.a.O., S. 153

den gesamten Energiesektor, das Transport- und Nachrichtenwesen, die chemische und Automobilindustrie, die Elektro- und Computerindustrie.[8]

Heute umfaßt der in den Großbetrieben der materiellen Produktion befindliche Kern der Arbeiterklasse, der sich aus Arbeitern und Angestellten der eben genannten Bereiche zusammensetzt, allein rund 4 Millionen Menschen. Er ist am stärksten von den Strukturveränderungen betroffen, steht am direktesten dem Monopolkapital gegenüber und hat auch den höchsten Organisationsgrad und z.T. große Kampferfahrungen. Daß das Monopolkapital seine Bedeutung erkannt hat, beweisen nicht unwesentliche Zugeständnise an Teile dieses Kerns, um sie vom Klassenkampf abzuhalten: So sind beispielsweise die Arbeiter im Energiesektor die heute bestbezahlte Gruppe der Arbeiterklasse, ein Streik in diesem Bereich würde die Wirtschaft heute binnen kurzem lahmlegen. Im staatlichen Transport- und Kommunikationsbereich wurden wichtige Gruppen der Arbeiterklasse verbeamtet.

Auch die Aktionen der Belegschaften von Großbetrieben im Handel, im Banken- und Versicherungsgewerbe, im Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen sowie als Verbündete der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz können heute das Monopolkapital empfindlich treffen, wie z.B. der Streik von Bankangestellten 1987 in Frankfurt, durch den kurzzeitig der gesamte Zahlungsverkehr lahmgelegt wurde. Das alles berücksichtigen wir bei unserer Feststellung, daß auch heute die Arbeiterklasse die entscheidende gesellschaftliche Kraft für eine Wende zu Frieden und Abrüstung, für demokratischen und sozia-

8 Referat von Herbert Mies auf der 8. Parteivorstandstagung der DKP, 14./15.11.1987. Beilage zur UZ vom 19.11.1987, S. 11

len Fortschritt und schließlich für die sozialistische Umgestaltung der BRD ist.

Ist sich die Arbeiterklasse aber dieser entscheidenden Rolle bewußt?

Nun gut, werden an dieser Stelle viele Leserinnen und Leser sagen, das alles leuchtet wohl ein. Eigentlich wird diese Frage durch die Praxis aller relevanten politischen Kräfte beantwortet; sie alle – selbst der Klerus in Polen! – wenden sich vor allem an die Arbeiterklasse. Aber ist sich die Arbeiterklasse eigentlich dieser entscheidenden Rolle in der Gesellschaft bewußt, spielt sie tatsächlich im Prozeß der Gesellschaftsveränderung die entscheidende Rolle?

In der Geschichte war das noch leicht einsehbar: Die Pariser Kommune 1871 war der erste Versuch des Proletariats, die Bourgeoisie zu entmachten. In der bürgerlich-demokratischen und der sozialistischen Revolution in Rußland (1905 bzw. 1917) spielte das Proletariat, zusammen mit den Bauern, die herausragende Rolle, errichtete die erste sozialistische Staatsmacht. Auch in Deutschland kämpfte die Arbeiterklasse in der Novemberrevolution 1918 um die Macht im Staat, um eine sozialistische Räterepublik. Es war auch die Arbeiterklasse, deren Aktionen 1920 den Kapp-Putsch vereitelten und damit die demokratische Republik retteten. Aus der Arbeiterklasse kam in der Zeit des Hitler-Faschismus 1933-1945 – zusammen mit anderen Antifaschisten – in Deutschland selbst der größte Widerstand gegen die braune Barbarei, von den Aktionen der internationalen Arbeiterbewegung ganz zu schweigen. Und es war die Sowjetunion, der erste Arbeiter- und Bauernstaat, der unter immensen Opfern den Hauptteil an der Zerschlagung des Faschismus leistete.

Doch konnte die Arbeiterklasse der Bundesrepublik an diese Tradition anknüpfen? Wird heute in breiten Teilen der Arbeiterklasse die Eigentumsfrage bezüglich der Produktionsmittel überhaupt noch gestellt?

Ohne Frage entwickelte sich die bundesrepublikanische Wirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren mit kräftiger US-Wirtschaftshilfe schnell voran. Diese Hilfe war indes keineswegs uneigennützig, sondern verwandelte die BRD in einen zuverlässigen „Vorposten" der USA gegen die sozialistischen Staaten und in ein militärisches Pulverfaß. In dieser Zeit schienen Wirtschaftskrisen unbekannt zu sein, machten die zahlreichen Zugeständnisse und relative soziale Sicherheit den Klassenkampf scheinbar überflüssig. Trotzdem kam es auch in dieser Zeit immer wieder zu Aktionen für die Sicherung sozialer Rechte, es bildeten sich die Einheitsgewerkschaften des DGB mit großem Zulauf, und auch in der Zeit der Wiederbewaffnung der BRD kam es zu Protestaktionen der Arbeiter- und Friedensbewegung.

Mit dem Einsetzen der zyklischen Krisenprozesse nahm die Aktionstätigkeit der Arbeiterbewegung erneut zu. Erst recht kann unter der seit 1982 konservativ geführten Bundesregierung von einem Abflauen der Arbeiterkämpfe nicht die Rede sein. Beispiele dafür sind die großen Gewerkschaftsaktionen gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit im Herbst 1982, dem Herbst der konservativ-liberalen Regierungsübernahme in Bonn. Große Ausstrahlungskraft auf alle gesellschaftlichen Bereiche erreichten die Kämpfe um die 35-Stunden-Woche 1984 bzw. 1985 und die Protestaktionen gegen die Einschränkung des Streikrechts (§116 Arbeitsförderungsgesetz) im Frühjahr 1986. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche war der bis dahin härteste und umfangreichste Arbeitskampf in der jüngeren Ge-

schichte der Bundesrepublik. Und 1987 konnten die Gewerkschaften nach zahlreichen Protest- und Streikaktionen einen weiteren Schritt in Richtung 35-Stunden-Woche gehen, was mit weiteren Tarifabschlüssen im Frühjahr 1988 seine Fortsetzung fand.

Schon dabei fällt auf, welche Dynamik die Aktionen der Arbeiterklasse entwicklen konnten. Die Bosse der Metallindustrie, die 1984 noch knallhart, u.a. mit dem Mittel von Massenaussperrungen, die Arbeitszeitverkürzungen verhindern wollten, gaben 1987 frühzeitig einer – wenn auch geringen – Arbeitszeitverkürzung nach, da sie sich nach eigenen Worten einen erneuten Arbeitskampf wie 1984 ersparen wollten.

Auch der Kampf gegen den §116 oder andere Protestaktionen waren nicht sinnlos. Trotz Einschränkung des Streikrechts kam es nicht zur beabsichtigten Knebelung der Gewerkschaften. Der Boden der Zustimmung zur konzernfreudigen Regierungspolitik ist in der Bevölkerung brüchig geworden. Selbst in der CDU, in ihren Sozialausschüssen, mehren sich die Stimmen nach wirksamen Beschäftigungsprogrammen. Und das entsolidarisierende Flexibilisierungskonzept der Konzerne, die beabsichtigte Aushöhlung tarifvertraglich geregelter Arbeitsbedingungen, kam nicht so weit voran, wie seine Erfinder das erhofft hatten.

Darüber hinaus ist, vor allem in den Kämpfen um den Erhalt der Stahlstandorte, die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei wirksamer Mitbestimmung der Gewerkschaften wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Die letzten Gewerkschaftstage von DGB-Gewerkschaften bekräftigten mit Nachdruck die Forderung, die Schlüsselindustrien in Gemeineigentum überzuführen. Damit artikuliert sich in der Arbeiterbewegung auch die Perspektive einer anderen, nicht auf kapitalistischer Grundlage beruhenden Gesell-

schaftsordnung mit neuem Nachdruck. Noch gibt es um diese weiterreichenden Forderungen keine Massenbewegung größeren Ausmaßes, doch die vorhandenen Ansatzpunkte hierzu sind, vor allem in den hochmodernen, komplexen industriellen Großbetrieben nicht mehr zu übersehen.

In den anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungsfeldern wird der Anteil der Arbeiterbewegung ebenfalls spürbar. Sicher – das war zu Beginn der großen Friedensaktionen gegen den NATO-Doppelbeschluß und zu Beginn der Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung noch anders. Die neue Friedensbewegung gewann anfangs viel von ihrer Stärke durch das erstmals so umfassende, aktive Engagement von Mittelschichten und Angehörigen der Intelligenz. Sie ist damit zugleich Beweis für die wachsende Mobilisierungsfähigkeit dieser Schichten. Dies kann auch für den Aufschwung der Ökologiebewegung – der wichtige Gewerkschaften anfangs gar mit großer Distanz gegenüberstanden, da sie angeblich „Arbeitsplätze gefährde" – gesagt werden.

Aber schon im Oktober 1980 sprachen sich die Gewerkschaftstage der IG Metall (der größten DGB-Gewerkschaft also) und der IG Druck und Papier gegen die Stationierung der NATO-Raketen aus. In vielen Betrieben wurden betriebliche Friedensinitiativen gegründet. Das hatte nicht geringen Einfluß auf die bis dahin starre Haltung der SPD. 1983, kurz vor der Stationierung der ersten Pershing II, fand auf den Gewerkschaftstagen der beiden genannten Gewerkschaften eine heftige Debatte darüber statt, mit welchen Mitteln die Stationierung verhindert werden könne. Eine starke Minderheit war dabei auch zu Aktionen, die einem Generalstreik gleichgekommen wären, bereit. Schließlich beteiligte sich der DGB an der Aktionswoche der Friedensbewegung mit einer demonstrativen fünfminü-

tigen Streikaktion in vielen Betrieben. Zwar konnten diese Aktionen dazu beitragen, klare Bevölkerungsmehrheiten gegen die Stationierung zu gewinnen und die SPD in dieser Frage auf die Seite der Friedensbewegung zu drängen sowie eine neue politische Kraft, die Grünen, in die Parlamente zu bringen. Doch der Stationierungsbeschluß konnte zunächst nicht verhindert werden, nicht zuletzt durch das doch relativ späte Aufeinanderzugehen von Arbeiterbewegung und Friedensbewegung. Die damals verbreitete Meinung, alles sei umsonst gewesen, bestätigte sich nicht. Im Bewußtsein der Bevölkerung hatte die Aufrüstungs- und Bedrohungsdoktrin einen langfristigen, tiefgehenden Bruch erfahren. Die Regierung war unter ständigen Abrüstungsdruck gesetzt. Gegen den Willen der Stahlhelmer erzwang die Friedensbewegung 1987 die Zustimmung der Regierung zur doppelten Null-Lösung.

So brachte die aktive Beteiligung der Arbeiterbewegung die Friedensbewegung zu politischer Durchsetzungsfähigkeit, zu einer soliden Basis in der Bevölkerung. Auch in anderen Fragen ist heute die anfängliche Distanz geringer geworden. Beschlüsse zum Ausstieg aus dem Bonner Atomprogramm liegen z. B. heute von vielen DGB-Gewerkschaften vor. Die Argumente der Konzerne, Abrüstung und Umweltschutz gefährdeten Arbeitsplätze, ziehen immer weniger. Gewerkschaftliche Beschäftigungsprogramme für diese Bereiche beweisen das Gegenteil.

Es bleibt bisher jedoch die Frage offen, ob nicht der alle Klassen und Schichten übergreifende Kampf um Frieden und Abrüstung die Bedeutung des Klassenkampfes herabsetzte, diesen sogar „aus Bündnisgründen" einschränken müsse. Wir meinen, daß das nicht der Fall ist. Neues Denken bedeutet ja nicht, Tatsachen zu überdecken. Und der Klassengegensatz in unserem

Land existiert zu jeder Minute, ob jemandem das paßt oder nicht. Er kann nicht wegdiskutiert werden. Zudem ist der Kampf um eine friedensfähige Bundesrepublik, die auf Erstschlagdoktrinen etc. verzichtet, insofern Klassenkampf, als er sich gegen die aggressiven Kreise der Rüstungsindustrie, gegen den militärisch-industriellen Komplex richtet. Es wäre eine Illusion zu glauben, die Friedensbewegung habe keinen Widersacher mehr, sondern nur noch ein paar uneinsichtige Quertreiber zu überzeugen. Neues Denken heißt vielmehr, diesen Kampf für das Überleben konsequent auf die breitestmögliche Basis zu stellen und alte Berührungsängste, wo sie hinderlich sind, abzubauen. Daß die Friedenskräfte dabei von einem Erstarken der Arbeiterbewegung profitieren würden, das sollte jedermann einsichtig sein.

Zuletzt bleibt nun aber noch die anfangs gestellte Frage offen, ob sich die Arbeiterklasse dieser Rolle, die sie für gesellschaftliche Veränderungen spielt, auch subjektiv bewußt ist. Im Grunde ist dies die Frage nach dem Einfluß der Kommunistinnen und Kommunisten in der Arbeiterbewegung. Denn spontan verbreitet sich diese Erkenntnis nicht. Aber das wird im nächsten Kapitel behandelt.

Alte und neue Aufgabenfelder der Partei der Arbeiterklasse

In den vorangegangenen Kapiteln haben wir uns mit der Theorie der Partei und mit der Rolle der Arbeiterklasse heute befaßt. Wir haben uns mit der Frage beschäftigt, warum gerade heute eine kommunistische Partei notwendig ist und vor welchen theoretischen und praktischen Anforderungen wir heute stehen.

Doch damit stellt sich auch die Frage, wie wir unter sich verändernden Kampfbedingungen unsere politische Arbeit organisieren, um den Anspruch des Parteiprogramms zu erfüllen: „Grundanliegen der DKP ist es, die Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes – der Arbeiterklasse, der Bauern, der Intelligenz und der anderen Werktätigen – gegen die Macht und das Profitstreben des Großkapitals zur Geltung zu bringen und durchzusetzen. Dafür kämpft sie. Immer handelt sie nach dem Grundsatz: Alles für die arbeitenden Menschen, für ihr Recht auf soziale Sicherheit, auf Demokratie, Freiheit und Frieden. Alles für den gesellschaftlichen Fortschritt."[1]

1 Programm der DKP, S. 5.

Arbeiterpolitik umfassender angehen

Arbeiterpolitik – als Politik der gesamten Klasse verstanden – ist keine bornierte, „ständische" Politik, sondern Politik zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse, der Mehrheit unseres Volkes, gegen eine winzige Minderheit: das Monopolkapital und seine politischen Helfer.

Arbeiterpolitik umfaßt nicht allein den ökonomischen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, mehr Lohn und gegen Arbeitslosigkeit – auch wenn diese Kämpfe einen deutlich größeren Stellenwert bekommen haben. Die Existenz der Menschheit zu sichern, ein atomares Inferno zu verhindern und die aggressiven Aufrüstungspläne des Imperialismus zu durchkreuzen, ist zur Aufgabe der Arbeiterklasse geworden. Ob es um die Beherrschung und Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zum Wohle der Menschheit geht, ob es sich um die Lösung der Energiefrage, des Welthungerproblems oder die Abwendung einer ökologischen Katastrophe dreht, ob Frauendiskriminierung oder Demokratieabbau bekämpft werden müssen: das alles verstehen wir unter der Durchsetzung von Arbeiterinteressen. „Wir wenden uns ... gegen die inhaltliche Einengung des Begriffs Arbeiterpolitik auf die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse. Arbeiterpolitik ist sowohl Kampf um Frieden als auch Kampf um Arbeit, ist ebenso das Eintreten für mehr Demokratie wie für den Umweltschutz."[2]

In der konsequenten Entwicklung einer solchen Arbeiterpolitik liegen zugleich die Möglichkeiten, verschiedene Gruppierungen der Mittelschichten zur

2 Referat von Herbert Mies auf der 8. Parteivorstandstagung der DKP. Beilage zur UZ vom 19. 11. 1987, S. 18

Durchsetzung ihrer – in vielen Fragen gleichgerichteten – Interessen zum gemeinsamen Kampf zu mobilisieren.

Jedoch ist es nicht einfach, den Kampf um eine dauerhafte Friedensordnung, gegen Arbeitslosigkeit, Massenentlassungen, das Bonner Atomprogramm u. a. m. gleichzeitig zu führen. Wer von uns wünscht sich nicht oft: „Wären wir doch nur schon dreimal so stark!"? Für uns Kommunistinnen und Kommunisten stellt sich damit nicht nur die Frage nach Veränderungen in den Inhalten von Arbeiterpolitik und welche Schwerpunkte dabei zu setzen sind. In der Diskussion wird auch danach gefragt, ob unsere Organisationsstruktur noch den vielfältigen Anforderungen entspricht. Das geht bis zu der Frage, ob die Gliederung unserer Grundorganisationen – die Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulgruppen – nach dem Betriebs- und Territorialprinzip es den Parteigruppen noch ermöglicht, an den Menschen und den Bewegungen „dicht genug" dran zu sein.

Das soziale Bild der DKP und die Aufgaben der Grundorganisationen

Die sozialen und politischen Veränderungen in unserem Land finden natürlich auch in der DKP ihren Niederschlag. Veränderte Bedingungen am Arbeitsplatz, neue Erfahrungen mit gewerkschaftlicher oder politischer Tätigkeit, andere Lebensweise und kulturelle Bedürfnisse, ein durchschnittlich höheres Qualifikationsniveau – das alles bringen die Mitglieder der DKP als „Rahmen" für das eigene Handeln in die Partei ein.

Ebenso spiegeln sich die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse in der Zusammensetzung der

DKP wider. Mit der Zunahme lohnabhängiger Mittelschichten ist auch deren Anteil an der DKP-Mitgliedschaft gewachsen. Aber die DKP hat – auch in ihrer sozialen Zusammensetzung – den Charakter einer Partei der Arbeiterklasse behalten.

Von den neuen Mitgliedern, die die DKP in der Zeit von 1984 bis 1986 aufgenommen hat, waren 28,6% Arbeiter, 21,1% Angestellte aus dem Bereich der Arbeiterklasse und 5,6% Auszubildende. 55,3% der neuen Mitglieder kamen also unmittelbar aus der Arbeiterklasse. Diese Quote liegt damit nur wenig unter der bisherigen: Der Gesamtanteil der DKP-Mitglieder aus der Arbeiterklasse beträgt ca. 70%.

Aber auch ein anderer Gesichtspunkt in der sozialen Zusammensetzung der DKP ist von nicht geringer Bedeutung: Die DKP ist eine Partei junger Menschen und vieler Frauen. Mehr als zwei Drittel der neu in die Partei aufgenommenen Mitglieder waren jünger als 30 Jahre. Der Frauenanteil in der DKP ist weiter gewachsen: betrug ihr Anteil an der Gesamtzahl unserer Mitglieder bisher rund 40%, lag er bei den Neuaufgenommenen schon bei 42,6%. Damit hat die DKP in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik neue Maßstäbe gesetzt.

Von ihrer sozialen Zusammensetzung her ist gerade die DKP eine moderne Arbeiterpartei.

Doch kommen wir zu der Frage, wie sich diese Politik ‚vor Ort' umsetzen läßt. Unsere Partei ist bekanntlich nach dem Betriebs- und Territorialprinzip gegliedert. Es gibt Parteiorgane auf Bundes-, auf Bezirks- und Kreisebene sowie innerhalb eines Kreises die Grundorganisationen, die Parteigruppen in Betrieben, Wohngebieten und Hochschulen. Durch diesen Grundsatz des Organisationsaufbaus wird die Handlungsfähigkeit der Partei, das koordinierte, gemeinsame Vor-

gehen auf allen Ebenen ermöglicht: den ganzen Ort betreffende Probleme können auf Kreisebene erörtert und gemeinsam angegangen werden, dasselbe gilt für die anderen Ebenen.

Diese Gliederungen arbeiten nach dem Grundsatz, die Menschen dort, wo sie arbeiten und leben anzusprechen, als Kolleginnen und Kollegen oder als Nachbarn, als Kommilitoninnen und Kommilitonen mit den gleichen Problemen den gemeinsamen Kampf zu organisieren. Daß Betriebs-, Wohngebiets- oder Hochschulpolitik nichts Abstraktes ist, sondern natürlich immer konkrete Arbeits- und Themenschwerpunkte umfaßt, versteht sich von selbst. Doch für eine einheitliche Betriebspolitik brauchen wir auch eine dafür zuständige Betriebsgruppe, für eine Wohngebietspolitik „aus einem Guß" gilt dasselbe, und ebenso für kommunistisches Wirken an Hochschulen und Universitäten.

Vor welchen Anforderungen steht heute die Arbeit der Betriebsgruppen?

Bereits im vorigen Kapitel dieses Buches sind wir zu dem Schluß gekommen: entscheidend für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, zu Abrüstung und zur Lösung der anderen globalen Probleme ist auch heute die Kampfkraft und Aktionsbereitschaft der Arbeiterklasse. Aufgrund ihrer Zahl, ihrer Stellung in den industriellen Schlüsselbereichen und ihres objektiven, prinzipiellen Interesses an der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung ist die Arbeiterklasse die entscheidende revolutionäre Kraft.

Vor allem in den Großbetrieben der materiellen Produktion, in den Schlüsselindustrien wie Stahl-, Bergbau-, Werft- und Bauindustrie, Elektro- und Computerindustrie, chemischer und Automobilindustrie, im

Transport- und Nachrichtenwesen und im Energiesektor steht ein großer Teil der Arbeiterklasse – aber auch der lohnabhängigen Mittelschichten – einem hochorganisierten Monopolkapital gegenüber. Die Verflechtung der Konzerne und Banken hat heute neue Ausmaße angenommen. Viele Betriebe gehören gar zu multinationalen Konzernketten, die weltweit agieren. Die Profitinteressen dieser Monopolkapitalisten bestimmen – in Abstimmung mit staatlichen Stellen – immer stärker nicht nur darüber, was im Betrieb geschieht, ob Massenentlassungen stattfinden, ob für die Rüstung produziert oder die Umwelt zerstört wird. Vielmehr sind die Chefetagen der Konzerne und Banken und der Unternehmerverbände die eigentlichen „Machtzentren" in unserem Land, in denen die sozialen und politischen Grundlinien maßgeblich beeinflußt werden. Das war nicht nur bei der „Auftragsarbeit" für die Bundesregierung, beim §116 AFG zu spüren. Das wird in der Steuerreform, der Umverteilung von unten nach oben deutlich, in Versuchen, die Sonntags-, Spät- und Nachtarbeit auszuweiten; das drückt sich im Festhalten am profitträchtigen Bonner Atomprogramm oder den ebenso profitträchtigen Schließungen von Hüttenwerken und Schachtanlagen aus.

Nicht zuletzt wird auch die außenpolitische Rolle der BRD in starkem Maße vom Kräfteverhältnis in den Großbetrieben bestimmt. Das Interesse der Rüstungslobby, des militärisch-industriellen Komplexes von Staats-, Konzern-, Bank- und hohen Militärvertretern, verlangt ein aggressives Konzept von Aufrüstung, Überlegenheit über die sozialistischen und Entwicklungsländer. Andere, auch nicht in der Rüstung tätige Konzerne, sind an billigen Rohstoffmärkten ebenfalls interessiert. Zugleich sehen sie ihren Absatzmarkt in den sozialistischen Ländern durch Handelsbeschrän-

kungen – wie der von den USA diktierten Ausfuhrsperre für Hochtechnologie – und durch Konfrontations- und Rüstungspolitik bedroht, fehlen ihnen die staatlichen Subventionen, die in den Rüstungstopf fließen. Nur die Arbeiterklasse kann hier in den Betrieben selbst den notwendigen Druck für die Durchsetzung einer Entspannungspolitik, für die Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion ausüben.

In den Zentren der materiellen Produktion ist aber nicht nur ein Großteil der Arbeiterklasse im weitesten Sinne beschäftigt. In diesen Zentren ist auch die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften am größten. Deshalb bemüht sich die DKP, vor allem in diesen Bereichen ihre Betriebsgruppen zu stärken und neue zu schaffen und gibt dieser Aufgabe die höchste Priorität.

Betriebsarbeit unter den heutigen Bedingungen bedeutet daher, „unser Land dauerhaft friedensfähig zu machen [...] Es geht um die Schaffung einer Friedensökonomie, um die Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion".[3]

Betriebsarbeit bedeutet „den Kampf um Beschäftigungsprogramme, für ein qualitatives Wirtschaftswachstum, ... die schnelle und wirksame Verminderung der Massenarbeitslosigkeit".[4] Betriebsarbeit heute bedeutet, den Konzernherren nicht den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu größerer Ausbeutung, größerer Arbeitsplatz- und Umweltgefährdung zu überlassen, sondern solchen Absichten ein „Modernisierungskonzept für eine humane gesellschaftliche Entwicklung, für eine neue Qualität der Gesellschaft"[5] entgegenzusetzen. Das schließt den Kampf um mehr Mit-

3 ebd., S. 21
4 ebd., S. 23
5 ebd., S. 25

bestimmung und Demokratie unmittelbar ein. Und Betriebsarbeit heute bedeutet, vor dem Hintergrund immer größerer und sichtbarer werdender Gefahren, die sich aus der kapitalistischen Produktionsweise, dem Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln ergeben, die Forderung nach Vergesellschaftung und Demokratie, nach Zurückdrängung der Macht der Monopole, letztlich nach einer sozialistischen Umgestaltung zu propagieren.

Das alles erfordert natürlich eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Konzernbetriebsgruppen, erfordert Erfahrungsaustausch, z.B. über betriebliche Friedensarbeit, erfordert eigene Vorschläge, beispielsweise für Rüstungskonversion. Aber es erfordert auch, die Umbrüche im Produktionsprozeß selbst in der Parteiarbeit zu berücksichtigen: für zurückgehende Produktionszweige, wie Bergbau-, Stahl- und Werftenindustrie brauchen unsere Betriebsgruppen nicht nur Solidarität, wenn Entlassungen vor der Tür stehen; vielmehr sind frühzeitig konkrete Standortprogramme erforderlich, die allen Beschäftigten Arbeit garantieren. Wenn mit den neuen Industriebranchen auch unsere Mitgliederzahlen in diesen Bereichen wachsen sollen, sind moderne, soziale, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung orientierte Entwicklungskonzepte erforderlich, die die Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen verbessern helfen. Dazu müssen alle Möglichkeiten in der Partei ausgeschöpft werden.

Dabei bleibt der Hauptansatzpunkt für die Arbeit der Betriebsgruppen das Aufgreifen der unmittelbaren Interessen der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb. Hier werden immer noch die entscheidenden ersten Erfahrungen im Kampf gegen das Kapital gesammelt. Eben deshalb bleibt das aktive Engagement in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertre-

tung die Pflicht aller Kommunistinnen und Kommunisten. Wir müssen allerdings beachten, daß Zugänge zu kritischem Bewußtsein und Engagement heute auch über solche Fragen entstehen wie: ist die Produktion des Betriebes, in dem ich arbeite, gesellschaftlich sinnvoll? Ist sie umweltverträglich? Die „Arbeitskreise für alternative Fertigung", für die Konversion von Rüstungs- auf zivile Produktion, weisen uns darauf hin. Gewachsen ist auch das Bewußtsein über die internationalen Verflechtungen der Konzernbetriebe. Wie die Kollegen im Zweig- oder Tochterbetrieb in den USA, in Südafrika oder Brasilien arbeiten und leben, daran läßt sich oft viel über den Charakter kapitalistischer Produktionsweise deutlich machen.

Die DKP hat die Zahl ihrer Betriebsgruppen in den letzten Jahren bedeutend erhöhen können. Das freut uns natürlich, läßt aber leider nicht den Umkehrschluß zu, daß es in der Arbeit der Betriebsgruppen keine Probleme in der Organisationsarbeit gäbe.

Schwierigkeiten ergeben sich in Betrieben mit Schichtarbeit oft aus den unterschiedlichen Arbeitszeiten. Da kann es sogar schon schwierig werden, eine Mitgliederversammlung zustande zu bekommen. Beharrlichkeit und Flexibilität der Gruppenvorstände und eine gute Kassierung, Betreuung der Genossinnen und Genossen ist hier besonders wichtig.

Treten wir als Betriebsgruppe politisch genug auf? Oder klammern wir uns zu sehr an betriebliche und gewerkschaftliche Mandate? Eine politische Alternative für die Belegschaft eines Betriebes wird die DKP-Betriebsgruppe nur dann, wenn sie ihre eigenen Vorschläge, ihre weitergehenden Zielsetzungen verdeutlicht, ohne in blinde Profilierungssucht zu verfallen.

Wie steht es mit der Jugendarbeit im Betrieb durch Betriebsgruppen und Betriebsaktivs? Die Gewin-

nung von jungen Genossinnen und Genossen ist nicht hauptsächlich eine Generationsfrage, sondern hängt davon ab, ob ihren besonderen Interessen und Bedürfnissen von der ganzen Parteigruppe genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird. Niemand wird erwarten können, daß junge Kolleginnen und Kollegen von selbst zur Partei stoßen. Die Entwicklung und Aufnahme von Forderungen der Jugend, die Unterstützung von SDAJ-Betriebsgruppen sind auf lange Sicht Überlebensfragen für die Betriebsgruppen der DKP.

Die Vielfalt von Themen und der häufig große Entscheidungsdruck, der in der betrieblichen Arbeit anfällt, der Informationsvorsprung der Betriebsleitung ebenfalls, verlangen heute von den Kommunisten in den Betrieben ein hohes Maß an Kompetenz in arbeitsorganisatorischen, branchenspezifischen und wirtschaftlichen Fragen. Bei der Aneignung dieser Kenntnisse zu helfen, sind noch mehr Genossinnen und Genossen aus der wissenschaftlichen Arbeit und die entsprechenden Vorstände gefordert.

Oft wird heute die Frage der „Zielgruppe" diskutiert. Gibt es Gründe dafür, hauptsächlich auf die Blaumänner oder vor allem auf die Ingenieure zu setzen? Ja, für beides gibt es gute Gründe.

Die Kommunisten gehen nicht davon aus, daß die Arbeiter in der materiellen Produktion in absehbarer Zeit „verschwinden". „Über die Frage, ob die sogenannten Schornsteinindustrien in unserem Lande Zukunft haben werden, entscheidet nicht zuletzt der Klassenkampf (...) Zugleich müssen solche Faktoren berücksichtigt werden wie die Bedeutung des Betriebes für die Arbeiterbewegung am Ort, das Gewicht seiner Belegschaft im Rahmen der örtlichen oder überregionalen Gewerkschaftsbewegung, Organisiertheit und Kampferfahrungen, die von dieser Belegschaft in die

aktuellen Arbeiterkämpfe eingebracht werden können."[6]

Die DKP betont, daß es bei betrieblichen und überbetrieblichen Kämpfen der Arbeiterklasse immer wichtiger wird, auf welche Seite sich Ingenieure und Techniker stellen. Sie versucht, Angehörige dieser Gruppen von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich in der Partei der Arbeiterklasse zu organisieren und in Betriebsgruppen aktiv mitzuwirken. In Ansätzen ist das bereits gelungen. Die Erfahrungen sind durchweg positiv. Dort, wo Ingenieure und Techniker in DKP-Betriebsgruppen eine aktive Rolle spielen, ihr Fachwissen einbringen, wirkt sich das außerordentlich günstig nicht nur auf die Entwicklung der Betriebsgruppen selbst aus, sondern zugleich auf die Entwicklung des betrieblichen Kampfes und ebenso auch für die Stärkung der gewerkschaftlichen Arbeit, für den einheitlichen Kampf von Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der lohnabhängigen Mittelschichten.

Für die Kommunistische Partei ist es von überragender Bedeutung, die Interessen der gesamten Klasse zusammenzuführen, Politik für die gesamte Klasse zu entwickeln und umzusetzen.

Eine entscheidende Unterstützung erfährt die Betriebsarbeit durch die seit 1982 gebildeten Betriebsaktivs. Sie wurden mit dem Ziel gegründet, weitere Betriebsgruppen in Betrieben zu gründen, wo es bisher keine Betriebsgruppe der DKP gab und keine kommunistische Arbeit unter der Belegschaft geleistet wurde. Einzelne Betriebsarbeiter, Genossinnen und Genossen aus Wohngebietsgruppen nehmen sich in ihnen erste, konkrete Schritte der Öffentlichkeits- und Enthüllungsarbeit, vielfach auch schon der praktischen Interessen-

6 ebd., S. 30

vertretung vor. In der Regel begann und beginnt das mit der Herausgabe einer Betriebszeitung. Durch das persönliche Kennenlernen von Kommunisten haben wir damit vielfach das wichtigste Hindernis für die Gründung einer Betriebsgruppe überwinden können.

Auch die Arbeitsbedingungen für Wohngebietsgruppen haben sich verändert

Eine der größten Herausforderungen, denen sich die gesamte Arbeiterbewegung, vor allem die Gruppen und Vorstände der DKP in ihrer täglichen Praxis gegenübersehen, ist die Schrumpfung und Auflösung sogenannter proletarischer Milieus. Mit solchen „Milieus", wie sie in der Weimarer Zeit und auch noch einige Jahre nach dem II. Weltkrieg typisch waren, sind geschlossene Arbeiterwohngebiete gemeint, die organisatorisch, politisch und kulturell fest mit der Arbeiterbewegung, mit ihrem kommunistischen oder sozialdemokratischen Teil verbunden waren. Wer in solchen Arbeitergebieten groß wurde, wuchs fast zwangsläufig in die Arbeiterbewegung hinein. Das hat sich heute wesentlich verändert.

Es gibt zwar noch traditionell gewachsene Arbeiterwohngebiete, aber sie werden immer weniger. Die Gründe für die Auflösung der alten proletarischen Milieus sind vielfältig. Eine Rolle spielt die wachsende Differenzierung der Arbeiterklasse, die Auswirkungen veränderter Industriestrukturen auf Wohnsituation und Mobilität, der relative Rückgang der Produktionsarbeiter, der Zuwachs von Angestellten im Dienstleistungsbereich, eine immer größer werdende Zahl kleiner Beamter. Hinzu kommen kürzere Lebensarbeitszeit, höherer Lebensstandard und Massenkonsum, so-

ziale Sicherungssysteme, höheres Bildungsniveau, Erweiterung des Lebenshorizontes durch Reisen und die Massenmedien. Im erweiterten Spektrum der Arbeiterklasse bilden sich Gruppen mit höchst unterschiedlichen Lebensstilen heraus. Mit der von der Arbeiterbewegung erkämpften Verkürzung der Arbeitszeit entwikkeln sich neue kulturelle Bedürfnisse, neue Ansprüche der Persönlichkeitsentfaltung.

Das Bedürfnis nach besseren Wohnverhältnissen nimmt zu. Wer es sich als Facharbeiter leisten kann, zieht in ein Eigenheim oder Reihenhaus. Es entstehen neue „gemischte" Wohngebiete, in denen neben Arbeitern und Angestellten der Lehrer, der Sozialarbeiter, der Techniker oder Ingenieur wohnt. Neubauviertel entstanden an Rändern von Großstädten mit völlig neuen Strukturen. In ihnen wohnen zwar überwiegend Arbeiter und kleine Angestellte, aber es ist eine „zusammengewürfelte" Einwohnerschaft, ohne die Tradition gewachsener Wohngebiete. Die Monotonie solcher Betonstädte, der Mangel an sozialen und Kommunkationseinrichtungen führen dazu, daß der Anteil von Facharbeitern in vielen Neubaugebieten zurückgeht und der Anteil jener Bevölkerungskreise wächst, die von Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut betroffen sind. Zugleich bilden sich in vielen Städten Slums heraus, in denen vorwiegend Ausländer und ebenfalls von der neuen Armut Betroffene leben.

Es liegt auf der Hand, daß die Zusammensetzung und die Tätigkeit von Wohngebietsgruppen der DKP stark durch den Charakter ihres Wohngebietes geprägt ist. Abgesehen von traditionell gewachsenen Arbeiterwohngebieten, die noch erhalten geblieben sind, haben es die Gruppen der DKP in anderen Wohnbereichen mit der Tatsache zu tun, daß es die traditionellen Bindungen zur Arbeiterbewegung nicht mehr oder nur ge-

ringfügig gibt, daß sich die Bindungen zur Arbeiterbewegung gelockert haben. Das trifft nicht nur auf „gemischte" Wohngebiete zu, sondern auch auf die meisten Neubaugebiete und auf Arbeiterwohngebiete mit hohem Anteil von Betroffenen der neuen Armut.

Zu den Mitgliedern vieler Wohngebietsgruppen gehören heute Menschen unterschiedlicher Berufe, Klassen und Schichten. Ihnen gehören Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Schüler, Lehrlinge, Hausfrauen, Lehrer, Rentnerinnen und Rentner an. Die Zusammenarbeit in einer sozial derart unterschiedlich zusammengesetzten Gruppe bringt natürlich Probleme mit sich: Nicht alle können sich in der Gruppe unmittelbar mit den Problemen ihres Arbeitsplatzes, ihres Wirkungsfeldes einbringen. Der Wissensstand über theoretische und praktische Fragen ist unterschiedlich. Vielfach reicht das Engagement in der Gruppe dem einen oder anderen nicht aus.

Die unterschiedliche soziale Zusammensetzung kann auch ein Vorteil sein: Fähigkeiten sind breiter und vielfältiger gestreut, Kenntnisse in unterschiedlichen Politikfeldern können sich ergänzen. Das kann, bei richtiger, gezielter Förderung und gleichzeitiger politischer Schwerpunktsetzung im Wohngebiet zu einer deutlichen Verbesserung direkter Interessenvertretungspolitik, ob innerhalb oder außerhalb kommunaler Parlamente, führen.

So unterschiedlich der Charakter der Wohngebiete ist, so unterschiedlich wird im konkreten auch die Arbeit der Wohngebietsgruppen, ihre politische Schwerpunktsetzung sein. Für alle gilt jedoch in gleicher Weise, durch ihre Tätigkeit dazu beizutragen, daß sich in den Wohngebieten und Stadtteilen ein den veränderten Bedingungen angepaßtes neues „Milieu" entwickelt, das mit der Arbeiterbewegung, der Friedensbewegung

und im weiteren Sinne mit der Fortschrittsbewegung verbunden ist. Dazu muß das vorhandene Netz von Initiativen vielfältigster Art erhalten, gestärkt und ausgebaut werden, von Mieterinitiativen, sozialen Initiativen, kulturellen Initiativen, Freizeitinitiativen, von Eltern- und Schüler-Arbeit usw. Wichtig ist dabei eine enge Kommunikation zwischen diesen Initiativen und den vor Ort bestehenden Sport- und anderen Massenvereinen, von öffentlichen Kultureinrichtungen, von Clubs, Läden und Zirkeln. Zwischen den fortschrittlichen Kräften muß eine enge, partnerschaftliche Zusammenarbeit geschaffen und ausgebaut werden. Das ist auch der beste Weg, um zu verhindern, daß neonazistische und rechtsextreme Kräfte Massenarbeitslosigkeit und neue Armut, vor allem unter der Jugend, für ihre Zwekke mißbrauchen können.

Die Tätigkeit in den Wohngebieten erhält auch für die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse in den Betrieben, für die Entwicklung und Stärkung der Betriebsarbeit der DKP eine zunehmende Bedeutung. Am Arbeitsplatz haben die Arbeiter und Angestellten oft keine Möglichkeit mehr, miteinander über ihre Probleme zu reden. Man muß deshalb die Möglichkeit zu Gesprächen, zur Diskussion in den Wohngebieten erweitern. Verkürzte Arbeitszeit läßt das Interesse am Vereins-, Kultur- und Freizeitleben vor Ort wachsen. Dieses Interesse kann man aufgreifen durch die Entwicklung und Förderung eines interessanten Vereins- und Kulturlebens in den Wohngebieten, aber auch für die Entfaltung von Initiativen zugunsten von Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Infolge der Verlängerung der schulischen und außerbetrieblichen Ausbildungszeiten kommen heute Jugendliche aus der Arbeiterklasse zu einem Zeitpunkt in die Betriebe und damit unter den Einfluß der älteren Arbeitergeneration, da

sich Persönlichkeit und Bewußtsein bereits weitgehend herausgebildet haben. Um so wichtiger wird es, auf die Persönlichkeits- und Bewußtseinsentwicklung in den Wohngebieten Einfluß zu nehmen. Eine große Bedeutung hat dabei das Leben an der Schule, die Elternarbeit und die Erziehungsarbeit der Lehrerinnen und Lehrer.

Nicht unberührt bleiben die Wohngebietsgruppen der DKP von einer solchen gesellschaftlichen Erscheinung des Kapitalismus wie der Massenarbeitslosigkeit und der wachsenden neuen Armut. Wer will abstreiten, daß es Spannungen und Probleme erzeugt, wenn in einer Gruppe Arbeitslose, Jugendliche ohne Lehrstelle und Ausbildungsplatz, Sozialhilfeempfänger sind, die oftmals nicht über das Notwendigste für das Leben verfügen, während es auf der anderen Seite auch „Besserverdienende" gibt? Der Theater- und Kinobesuch, der Gang in die Eckkneipe nach dem Gruppenabend – für die einen finanziell kein großes Problem – wird für andere unmöglich. Daraus ergibt sich notwendigerweise ein Spannungsverhältnis. Solidarisches Verhalten kann hier mildernd wirken, aber die Ursachen nicht beseitigen. Für die von Arbeitslosigkeit und neuer Armut betroffenen Mitglieder wird es zunehmend wichtiger, in der Gruppe eine solidarische Gemeinschaft zu finden, in der sie sich wohlfühlen, in der sie sich aussprechen können und Verständnis für ihre Probleme finden. Nicht nur das: Für diese Mitglieder ist es außerordentlich wichtig, daß die Gruppe konkret vor Ort tätig wird, für die Interessen der Arbeitslosen und sozial Schwachen. Eine zunehmende Bedeutung gewinnt dabei die Organisierung von Gruppen der Solidarischen Hilfe e. V., die beratend und unterstützend tätig sind. DKP-Gruppen haben sich erst in Ansätzen dieser Aufgabe zugewandt. Es muß aber weit mehr geschehen und in

der Praxis bewiesen werden, daß die DKP der konsequenteste Anwalt der am härtesten von der Krise betroffenen Schichten der arbeitenden Bevölkerung ist.

Der Erfolg des Kampfes von Belegschaften ganzer Industriezweige hängt zunehmend von der Organisierung von Solidarität in der gesamten Bevölkerung ab. Die Wohngebiete mit vorwiegender Arbeiterbevölkerung können für die Entwicklung von breitester Solidarität eine wichtige Rolle spielen. Bei Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ist der Kontakt zu den Betrieben in den meisten Fällen abgerissen. Die organische Verbindung des Kampfes für ihre unmittelbare Interessen, das heißt vor allem für das Recht auf Arbeit, kann am besten in den Wohngebieten bewerkstelligt werden.

Die Partei der Arbeiterklasse in der Universität – die Hochschulgruppen der DKP

Der Wirkungsbereich der Hochschulgruppen der DKP sind die Universitäten, Fach- und sonstigen Hochschulen in der BRD. In ihnen sind hauptsächlich Studentinnen und Studenten, zu einem geringen Teil auch Wissenschaftler und nichtwissenschaftlich Beschäftigte der Hochschulen organisiert. Heute sind die Hochschulen unseres Landes Massenbetriebe. Ungefähr jeder vierte eines Altersjahrgangs besucht nach Abschluß der Schulzeit eine Hochschule. 1,3 Millionen Studentinnen und Studenten erhalten an den über 200 Hochschulen und Universitäten ihre berufliche Ausbildung und wissenschaftliche Qualifikation. Bis zum Jahr 2000 wird es in unserem Land über vier Millionen Menschen mit einem Hochschulabschluß geben.

Aber an den Hochschulen wird nicht nur die Intelligenz unseres Landes ausgebildet, hier erhält sie auch

entscheidende Impulse dafür, auf welche Seite sie sich später, im Berufsleben, schlagen wird. Für die Kommunistinnen und Kommunisten sind die Hochschulen also ein eigenständiges Kampffeld, aber eines, über dessen „Tellerrand" sie immer hinausschauen müssen.

Mit der Bildungsreform und der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre hat einerseits das quantitative Gewicht der Hochschulen zugenommen, andererseits gab es einen lang wirkenden demokratischen und gesellschaftskritischen Impuls in den Hochschulen, der aber weit über sie hinausreichte. An den Hochschulen haben sich Formen der Mitbestimmung herausgebildet. Die Studentenschaft hat eigene Formen und Organe der Interessenvertretung geschaffen, die in den vergangenen Jahrzehnten ein bedeutendes demokratisches Potential darstellten. Der MSB Spartakus entwickelte sich zur mitgliederstärksten politischen Organisation der Studierenden, der gemeinsam mit dem Sozialistischen Hochschulbund, die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, die Konzeption für die Vertretung der studentischen Interessen an der Seite der Arbeiterklasse entwickelte. Zwar hat der wissenschaftliche Sozialismus nicht in dem Maße an den Hochschulen Fuß gefaßt, wie es das Ziel auch vieler Kommunisten war. Dennoch besteht – besonders mit dem MSB-Spartakus – in der Studentenschaft nicht nur eine wichtige demokratische Kraft, sondern auch ein großes fortschrittliches ideologisches Potential.

Die Situation der Studierenden an den Hochschulen ist heute geprägt von Überlastungen der Fachbereiche, massiven Verschlechterungen der Lernbedingungen, Verschärfungen bei den Studien- und Prüfungsbestimmungen. Viele Studenten befinden sich in einer schwierigen finanziellen Lage, müssen ihr Studium durch eine Nebentätigkeit mitfinanzieren. Die For-

schung an den Hochschulen wird – im Zusammenhang mit der Finanzierung über sogenannte Drittmittel – den Interessen der Konzerne direkter untergeordnet.

Die Arbeiterklasse hat ein grundlegendes Interesse an der Brechung des Bildungsprivilegs der Reichen und Superreichen, an einer sozialen Öffnung der Hochschulen. Sie hat ein Interesse an Wissenschaft, die sich humanistisch und an Arbeiterinteressen, an Frieden und Umweltschutz orientiert.

Die Hochschulgruppen der DKP stehen damit vor einer doppelten Aufgabe: sowohl die Interessenkämpfe und die kritische Bewegung der Studenten zu unterstützen als auch an den Hochschulen den Standpunkt der Arbeiterklasse, ihrer revolutionären Partei zu vertreten und dem wissenschaftlichen Sozialismus an den Hochschulen Raum zu schaffen.

Dabei gelten für die Hochschulgruppen zunächst einmal das Programm und die Beschlüsse der Partei ganz genauso wie für jede andere Gruppe. Es gibt keine besondere Politik der Hochschulgruppen, wohl aber ein besonderes Arbeitsfeld. Vor diesem Hintergrund kommt der Unterstützung und der abgestimmten Zusammenarbeit mit dem MSB Spartakus eine wichtige Rolle in ihrer Tätigkeit zu. Aber die Genossinnen und Genossen der Hochschulgruppen arbeiten nicht nur an der Hochschule, sondern auch bei der Unterstützung anderer Gruppen, insbesondere der Betriebsgruppen der DKP, von Schwerpunkteinsätzen und ähnlichem.

Die Gewinnung von Angehörigen der jungen Intelligenz für die Kommunistische Partei vor dem Eintritt in das Berufsleben ist eine Aufgabe, die von kaum einem anderen Teil der Partei geleistet werden kann. Dazu bedarf es neben dem Eingebundensein in die Arbeits- und Lebenswelt der Kollegen und Kommilitonen, in ihre Kämpfe, gerade an der Hochschule, aber auch

der ausführlichen politischen und ideologischen Auseinandersetzung, in der Wissenschaft wie im Interessenkampf.

Wie für Betriebs- und Wohngebietsgruppen, gilt auch an der Hochschule, daß die Parteigruppe ein Ort der Teilnahme an der Erarbeitung und Umsetzung der Politik der Partei, der Aneignung ihrer Strategie und Taktik, der Unterstützung und gegenseitigen Hilfe sein muß. Das gegenseitige „Sich-unter-die-Arme-Greifen" im Studium, die Beratung von Berufsorientierungen und vieles mehr gehören in die Mitgliederversammlung einer Hochschulgruppe der DKP.

Frauen – eine Bevölkerungsgruppe von besonderer politischer Bedeutung

Von herausragender Bedeutung für den Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt ist das Engagement von Frauen gegen Diskriminierung, für Gleichberechtigung, Chancengleichheit und berufliche Qualifikation. Das liegt nicht nur an der Größe dieser Bevölkerungsgruppe: Mehr als die Hälfte aller Bundesbürger sind Frauen. Ca. jede Dritte ist jünger als 25 Jahre.

Noch etwas anderes macht die große Bedeutung von Frauenpolitik, insbesondere für weibliche Jugendliche, für uns aus: in der Schule, in der Berufsausbildung, im Studium und beim Berufseinstieg fallen weitreichende Entscheidungen. Die Qualität der Ausbildung, die Möglichkeit zur Entfaltung eigener Interessen und Neigungen, das Maß an sozialer Chancengleichheit und natürlich die Inhalte von Erziehung und Bildung prägen die Lebenserwartungen und Berufschancen sowie die soziale Einstellung zur Gesellschaft in erheblichem Maße. Hier werden Weichen für die künftige Entwicklung der Gesellschaft gestellt.

Ebenso entscheidend ist, in welchem Maße sich Frauen erfolgreich aus der ihnen zugedachten Rolle als industrielle Reservearmee, als Ersatz für fehlende soziale Einrichtungen, als „Untertan" des Mannes befreien können. Frauendiskriminierung ist nach wie vor eine zentrale Säule der Bourgeoisie zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen und zur Aufrechterhaltung ihrer Macht.

Die Partei kämpft um Frauenrechte

Zu den herausragenden Entwicklungen im gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik gehört heute das wachsende Engagement von Frauen für Frieden, soziale und demokratische Rechte, für Gleichbereichtigung in Beruf, Gesellschaft, Familie und Partnerschaft. Frauen beteiligen sich zunehmend mit eigenständigen Aktionen an gewerkschaftlichen Kämpfen, in der politischen Arbeiterbewegung, in demokratischen Organisationen. Sie entwickeln vor dem Hintergrund zunehmender weiblicher Berufstätigkeit und höherer Bildungsabschlüsse höhere soziale Ansprüche und die Bereitschaft, dafür gemeinsam einzutreten.

Zugleich nimmt jedoch die Frauenfrage im Konzept von Regierung und Kapital eine Schlüsselrolle ein. Im Zentrum der Angriffe steht dabei die berufstätige Frau. Dabei hat auch die Regierung gelernt, daß sie den Frauen zunehmend weniger mit alten Klischees beikommen kann: „Frauen gehören an den Kochtopf", sagt heute auch eine CDU-Frauenministerin nicht mehr.

Doch besonders auf Frauen zielt die Flexibilisierungs-Kampagne der Unternehmerverbände: sie wollen die Ausweitung ungeschützter Arbeitsverhältnisse in Form von Teilzeitarbeit, Job-sharing, Heim- und Leiharbeit, ungleiche Entlohnung für gleiche Arbeit. Frauen

sollen Lohndrücker spielen, sich mit schlechter ausgestatteten Arbeitsplätzen „als Dank dafür, daß sie überhaupt arbeiten dürfen", zufrieden geben, werden in „frauentypische", untergeordnete Tätigkeiten abgedrängt. Sie sind in der Regel als erste von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen. „Die Rolle der Frauen als Reservearmee des Kapitals erhält eine neue Qualität", stellte die DKP in ihren Thesen[7] fest.

So entpuppen sich auch scheinbar frauen- und familienfreundliche Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten, Erziehungsgeld, die Stiftung „Mutter und Kind" etc. in erster Linie als Instrumente der Arbeitsmarkt-Regulierung, als „billige Alternative" zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, zur Ausweitung öffentlicher Sozialeinrichtungen, zur Verbesserung des Bildungswesens. Gleichzeitig verschärfen rechteste Kreise ihre Angriffe auf die soziale Indikation beim Schwangerschaftsabbruch, bringt die FDP den Vorschlag ein, die Bundeswehr durch Frauen weiter aufzurüsten. Die Ausbildungsförderung wurde gestrichen, das Scheidungsfolgerecht verschlechtert, die Angriffe auf Pro-Familia-Beratungsstellen und Frauenhäuser nehmen zu.

Ideologisch wird diese frauenfeindliche Politik verkauft als „zunehmende Wahlfreiheit" der Frauen zwischen Beruf und Familie. Tatsächliche Zugeständnisse an die Frauenbewegung werden hingegen als „großzügige Reformen" hingestellt.

Doch die demokratische Frauenbewegung ist heute zu einem starken politischen Faktor geworden, die nicht nur auf Angriffe von rechts reagiert, sondern auch selbstbewußt eigene Forderungen, wie z.B. ein Antidiskriminierungsgesetz, Quotierungen, Frauenför-

7 Thesen des 8. Parteitages der DKP, Hamburg 1986. S. 84, These 33

derpläne auf die Tagesordnung gesetzt hat. In diesen Kämpfen um Arbeit und Gleichstellung haben sich breite soziale und politische Bündnisse entwickelt: sie betreffen das Zusammenwirken von Frauen- und Arbeiterbewegung ebenso wie die Zusammenarbeit von Kommunistinnen, sozialdemokratischen und grünen Frauen sowie vielen feministisch oder autonom orientierten Frauen in der Frauenbewegung selbst.

Für die DKP haben sich damit neue Herausforderungen, aber auch neue Möglichkeiten entwickelt: neue Herausforderungen entstanden in bezug auf die Gewichtung der Frauenpolitik, die Erarbeitung aktueller und grundsätzlicher frauenpolitischer Positionen. „Altes Denken" mußte auch bei vielen unserer Mitglieder erst einmal durchbrochen werden, es mußte die Einsicht wachsen, daß Frauenpolitik für eine Partei der Arbeiterklasse einen zentralen Stellenwert hat und auch die Männer dazu ihren Beitrag zu leisten haben.

Das gewachsene Selbstbewußtsein von Frauen, ihre zunehmende Bedeutung in den sozialen und politischen Kämpfen unserer Zeit widerspiegelt sich auch in der Entwicklung der DKP. Das zeigt sich vor allem am zunehmenden Frauenanteil in der Partei und der wachsenden Anzahl von Frauen in Vorstandsfunktionen auf allen Ebenen.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß in der DKP im Verhältnis von Frauen und Männern schon alles zum besten gestellt ist. Noch ist – trotz steigender Tendenz – der Anteil von Frauen an Vorstandsfunktionen im Vergleich zu ihrem Mitgliederanteil zu gering. Nicht selten wird Frauen weniger zugetraut als Männern, noch lassen Vorstände bei Personalgesprächen eher davon ab, Frauen für Leitungsfunktionen zu gewinnen, wenn Probleme auftauchen, als sie dies bei Männern tun.

Noch gibt es aber auch ein Gefälle zwischen dem – höheren – Frauenanteil in Gruppenvorständen und dem in den obersten Führungsorganen der Partei. Noch stoßen unsere Ansprüche an wirkliche Gleichberechtigung – auch in der Partnerschaft oder der Familie – auf altes Rollenverhalten. Und noch hat das Eintreten für die Interessen der Frauen bei allen erreichten Fortschritten in der Tätigkeit der Gruppen einen unzureichenden Stellenwert. Die Positionen zur Frauenfrage in unserem Parteiprogramm und in den Thesen des 8. Parteitags sind noch nicht überall Richtschnur des Denkens und Handelns in dieser Frage.

Die Erwartungen der Genossinnen an die Parteiorganisationen sind anspruchsvoller geworden. Sie fordern die Einheit von Wort (Programm, Statut) und Tat (Wirklichkeit). Indem sie aktiv für ihre Belange eintreten, wollen sie den Grundsatz der Partei: Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für *alle* Mitglieder, verwirklicht sehen. So halten sie es auch in den Gewerkschaften, in Bürgerinitiativen, in Jugendorganisationen, in der Friedensbewegung – wo sie überall, wie auch in der demokratischen Frauenbewegung – für die Interessen der arbeitenden Menschen kämpfen. Sie wollen, daß im Verhältnis von Frauen und Männern völlige Gleichberechtigung praktiziert wird.

Jugend und Organisationsfrage

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft! Der Logik dieser Feststellung kann sich weder ein Fußballverein noch gar eine politische Organisation entziehen. Und doch kann kein noch so cleveres Soziologenteam die Jugend schlechthin erforschen. Und keine politische Kraft kann die Jugend gewinnen. Wer an die Jugend ohne Kenntnis der auch in ihr wirkenden Klassenwi-

dersprüche herangeht, kann bestenfalls Chronist von Trends und Erscheinungen werden."[8] Alle unternehmen große Anstrengungen, die Jugend für ihre Positionen zu gewinnen. Zwar hat die rechte Wende es geschafft, einen Teil zur „aufsteigenden Wendejugend" hochzustylen. Die Mehrheit der Jugend aber neigt eher zu fortschrittlichen und demokratischen Haltungen. Frieden, Umweltschutz, internationale Solidarität und Antifaschismus sind Stichwörter, die für die meisten Jugendlichen ganz oben rangieren. Die heutige Jugend ist mit der immer spürbareren Krise des Kapitalismus aufgewachsen. Sie kennt nichts anderes als Lehrstellenmangel, Konkurrenz und zunehmende Ausgliederung im Bildungswesen, Arbeitslosigkeit und eine Berufsausbildung, die den Anforderungen der Zukunft nicht standhält. Schon dies unterscheidet die heutige Generation Jugendlicher erheblich von früheren in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Herrschenden sprechen gern von „Staatsverdrossenheit". In der Tat ist ein großer Teil der Jugendlichen gegenüber den herrschenden Verhältnissen illusionsloser, skeptischer, ablehnender. Ein weiterer Unterschied kommt hinzu: Viele Erscheinungen, die heute mit Strukturwandel und Veränderungen in der Arbeiterklasse verbunden werden, zeigen sich zuerst in immer größeren Schwierigkeiten und Widersprüchen in der Lebens- und Arbeitssituation von Jugendlichen. Die Haltung zur Arbeit, zum Beruf hat sich geändert. Frühere Bindungen aus den Traditionen der Arbeiterbewegung haben nachgelassen. Jugendliche aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien sind eben nicht mehr selbstverständlich im Verein, in der Gewerkschaft, in SPD oder DKP. Der Schritt, sich in der Arbeiterbewegung zu organisieren,

8 Beschluß des Präsidiums zur „Jugendpolitik der DKP".

ist eine eigenständigere Entscheidung. Unsere Partei stößt dadurch auf andere, zum Teil ungewohnte, aber vielfach bessere Möglichkeiten zur Gewinnung und Organisierung Jugendlicher. Oft treffen wir auf politischere Jugendliche. Es gibt ein großes und wachsendes Potential für demokratische, fortschrittliche, also auch für kommunistische Positionen. Auch die gerade in den Medien hochgespielte „Organisationsfeindlichkeit" von Jugendlichen ist bei genauerem Hinsehen nicht die Haupttendenz. Große demokratische Bewegungen wie Ökologie-, Friedensbewegung oder die 1987 wieder machtvoll sichtbar gewordene Schülerbewegung leben geradezu von der Bereitschaft Jugendlicher zur Selbsttätigkeit und zum Engagement. Es gibt ein Bedürfnis nach Zusammenschluß. Die Suche nach geeigneten eigenen Organisationsformen erscheint oft als „Abkehr" von sogenannten „traditionellen" Organisationsformen. Daß Jugendliche ihnen angemessene Gruppen, Initiativen und Betätigungsfelder suchen und finden, spricht nicht nur gegen Organisationsfeindlichkeit, sondern für die Bereitschaft, sich für eigene Interessen und für das eigene Handeln zu organisieren. Die Aufgabenstellung „Jugend *und* DKP" ist also mit neuen Anforderungen verbunden. Darin stecken zugleich neue Möglichkeiten für die Gewinnung Jugendlicher. In der Praxis zeigen sich aber zahlreiche Probleme, Jugendliche als Mitglieder für unsere Partei zu werben.

„Wir Kommunisten engagieren uns für die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen, die den Nachwuchs der arbeitenden Bevölkerung darstellt. Im Mittelpunkt unserer Jugendorientierung steht die Arbeiterjugend."[9] Die Bemühungen, Jugendliche für die revo-

9 ebd.

lutionäre Arbeiterbewegung zu gewinnen, sind so alt wie die Bewegung selbst. Von Marx stammt der Satz: „Der aufgeklärtere Teil der Arbeiterklasse begreift jedoch sehr gut, daß die Zukunft seiner Klasse und damit die Zukunft der Menschheit völlig von der Erziehung der heranwachsenden Arbeitergeneration abhängt."[10] Dies ist heute greifbarer und mit mehr Herausforderungen verbunden. Neue Erscheinungen in der Lebensweise von Jugendlichen, Veränderungen in ihrem politischen Verhalten sind so einmalig und neu nicht, wie es manchem erscheint. Sie haben ihre Wurzeln in der Entwicklung des Imperialismus und der politischen Arbeiterbewegung. Von Lenin stammt die Feststellung, daß jede Generation junger Menschen „sich zwangsläufig auf anderen Wegen dem Sozialismus nähert, nicht auf dem Wege, nicht in der Form, nicht in der Situation wie ihre Väter". Dies ist ein Argument „für die organisatorische Selbständigkeit des Jugendverbandes"[11] und der Ausgangspunkt für die Jugendpolitik der Partei, für die Bemühungen, mehr Jugendliche in der DKP zu organisieren. In der Auseinandersetzung mit Opportunismus und Reformismus zu Beginn dieses Jahrhunderts entwickelten die revolutionären Marxisten eine prinzipielle Haltung zur notwendigen Organisierung der Arbeiterjugend für ihre aktive Teilnahme am Klassenkampf. So steht der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Karl Liebknecht, am Ausgangspunkt der deutschen und internationalen Arbeiterjugendbewegung. Seitdem ist die Position der Kommunisten zur Gewinnung und Organisierung von Jugendlichen immer von der Achtung ihrer Selbständigkeit bei der Suche der eigenen Wege und von der Einbe-

10 Karl Marx, Instruktionen für die Delegierten des provisorischen Zentralrates ..., August 1866, MEW, Bd. 16, S. 194.
11 Lenin, Werke, Bd. 23, S. 164.

ziehung in die Weltanschauung, Politik und Aufgabenstellung der revolutionären Arbeiterbewegung insgesamt bestimmt. Clara Zetkin formulierte: „Die sozialistische Jugendbewegung kann die ihr gestellte Aufgabe nur erfüllen als spezifisches Organ bzw. Glied des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes, von dem sie Ziel und Inhalt empfängt... Gleichzeitig bedarf sie aber zur Erfüllung ihrer spezifischen Aufgabe der eigenen Organisation."[12] Ignoranz gegenüber den besonderen Problemen Jugendlicher behindert die Jugendpolitik der DKP ebenso, wie ein „Jugendavantgardismus" schädlich ist. Ausgangspunkt kommunistischer Organisationspolitik unter Jugendlichen ist mithin die Verantwortung der Partei für die Entwicklung von Klassenbewußtsein unter der arbeitenden, lernenden und studierenden Jugend, ihre Hinführung auf sozialistische Positionen. Das macht die Organisierung von Jugendlichen zuallererst zu einer Aufgabe der Partei selbst. Politische Aufgabenstellungen sollten daher immer auch unter dem Aspekt der Jugendpolitik erarbeitet werden. In diesem Zusammenhang hat für Kommunistinnen und Kommunisten die Hilfe und Unterstützung für die organisatorisch selbständigen marxistischen Jugendverbände SDAJ und MSB Spartakus einen hohen Stellenwert. Die ideologischen Grundlagen und politischen Zielstellungen der Partei der Arbeiterklasse geben auch den Rahmen für die Arbeit der Jugendverbände. Ihre Aufgabe ist die unmittelbare Interessenvertretung der Jugendlichen, ihre marxistische Bildung und Erziehung zu sozialistischen Positionen, zur Entwicklung von Klassenbewußtsein unter der Jugend. Eigene Bemühungen der Partei zur Gewinnung

12 Clara Zetkin, Leitsätze für die V. Konferenz sozialdemokratischer Frauen ... in: Partei und Jugend, Berlin 1986, S. 43.

junger Mitglieder und das Wirken selbständiger revolutionärer Jugendorganisationen gehören zusammen.

Heute existieren die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), der MSB Spartakus und die Sozialistische Kinderorganisation Junge Pioniere als selbständige sozialistische Organisationen. Sie haben aus ihrer Orientierung auf die Lehren von Marx, Engels und Lenin, ihrer Freundschaft zur Jugend der DDR und der Sowjetunion und ihrem festen Verhältnis zur Deutschen Kommunistischen Partei nie einen Hehl gemacht. Die SDAJ verfügt seit nunmehr 20 Jahren über vielfältige und zugleich widersprüchliche Erfahrungen und oft noch ungenutzte Möglichkeiten. Auf dem 9. Bundeskongreß der SDAJ hat der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, das Verhältnis von DKP und SDAJ als „stets ... freundschaftliches, partnerschaftliches, sich gegenseitig achtendes, helfendes und immer ein im Sinne ihrer beiderseitigen Stärkung vorwärtstreibendes Verhältnis" bezeichnet.[13]

Es gibt gemeinsame theoretische Grundlagen, die gemeinsame sozialistische Zielsetzung und gleichgerichtete politische Aufgabenstellungen. Möglichkeiten der Hilfe ergeben sich bei der ideologischen Qualifizierung. Hilfe ist möglich zur Qualifizierung der Tätigkeit der Gruppen und Vorstände des Jugendverbandes, in der Vermittlung von Erfahrungen in der Organisationsarbeit. Dabei soll der Arbeiterjugendverband nie die Kopie der Partei sein, sondern selbst vielfältige und massenorientierte Methoden und Betätigungsformen bieten.[14] Für den Jugendverband kann es dabei nur von

13 Herbert Mies, Grußwort an den 9. Bundeskongreß der SDAJ, 2./3. Mai 1987, Frankfurt/Main, Protokoll, S. 133.

14 Vgl. Dimitroff, G., Der Arbeiterjugendverband muß eine Schule des Sozialismus sein, in: ders., Ausgewählte Werke, Bd. 2, Verlag Marxistische Blätter VMB, Frankfurt/M. 1976, S. 378f., vgl. auch Thälmann, E., Rede auf der Tagung des ZK der KJVD in Pieros am 14./15. Nov. 1932, in: Partei und Jugend, S. 155f.

Nutzen sein, die bewährten marxistischen Organisationsprinzipien als eine Grundlage für die eigene erfolgreiche Entwicklung zu beachten.

Die Unterstützung für die marxistischen Jugend- und Kinderorganisationen hat in der Arbeit der in ihnen wirkenden Kommunistinnen und Kommunisten ein besonderes Gewicht. Von ihnen hängt ganz wesentlich die Verwirklichung der Aufgaben und Ziele der SDAJ, des MSB Spartakus und der Jungen Pioniere ab. Das gelingt ihnen um so besser, je enger sie in die Tätigkeit und das Leben ihrer Parteigruppen einbezogen sind. Solche Kommunistinnen und Kommunisten gehören in der Regel zu den aktivsten in der SDAJ, dem MSB und den Jungen Pionieren. Oft sind sie durch viele Aufgaben besonders belastet. Da liegt es manchmal nahe, den „Parteitermin" aus dem Terminkalender zu streichen. Doch das ist nur auf den ersten Blick eine Erleichterung, denn beim genauen Hinsehen wird auf die Möglichkeit verzichtet, sich an einer wichtigen Quelle Kraft zu holen und Hilfe zu organisieren. Hinzu kommt: Die Unterstützung und Hilfe für die Jugendverbände und die Kinderorganisation sind um so wirksamer, je weniger marxistische Jugendpolitik nur Ressortarbeit der Genossinnen und Genossen SDAJ und MSB-Mitglieder, sondern wirklich in der Tätigkeit der Partei verankert ist. Jugendliche organisieren sich nicht automatisch in unserer Partei, auch nicht, wenn es – wie in vielen Beschlüssen gefordert – im Wirkungsbereich jeder Grundorganisation eine aktive SDAJ- und/oder Kindergruppe geben soll.[15] Gewinnung von Jugendlichen für die Partei muß planmäßig und mit besonderen Kenntnissen angepackt werden. Notwendig

15 Vgl. Herbert Mies im Bericht des Parteivorstandes an den 8. Parteitag, in: Protokoll, S. 87.

ist ein interessantes problem- und aktionsorientiertes, nicht nur in politischer Diskussion bestehendes Leben der Parteigruppe. Gekünsteltes Jungsein hilft da nicht weiter. Nützlich ist zielstrebiges Herangehen an jugendpolitische Fragen, an den unmittelbaren Kontakt zu Jugendlichen. Sie erwarten die echte, streitbare, fordernde Auseinandersetzung. Es ist ein Vorurteil, daß Jugendliche nichts von den langjährigen Erfahrungen älterer Kommunistinnen und Kommunisten wissen wollen. Sie honorieren unsere kommunistischen Grundpositionen und Erfahrungen, wenn sie in einem lebensnahen Zusammenhang zu ihren Fragen, Interessen und Problemen stehen.

Die Unterstützung für SDAJ und Junge Pioniere, das eigene jugendpolitische Wirken, vor allem der Grundorganisationen unserer Partei und auch das persönliche Engagement von Kommunistinnen und Kommunisten in Verbänden, Organisation und vor allem im Betrieb ist nur möglich, wenn es ein konkretes Herangehen an diese besondere Aufgabe unserer Politik im allgemeinen und der Organisationspolitik im speziellen gibt.

Parteiorganisation und demokratische Bewegung

Kommunistinnen und Kommunisten wirken heute in der Bundesrepublik in vielfältigen Zusammenhängen. Da ist zum einen die Tätigkeit in der Parteigruppe, die Mitgliederversammlung, der Bildungsabend, die Aktion und der UZ-Verkauf u. a. m. Da ist die politische Arbeit im Betrieb, die tägliche Agitation, Vertrauensleute- und Betriebsratsarbeit, die Gewerkschaft. Und da ist die Mitarbeit von Kommunisten in Frauen- und Jugendverbänden, in Sozialorganisationen, in der Friedensinitiative und in der Fachschaftsvertretung, in der Eltern-Kind-Gruppe und in vielen anderen Initiativen, z. B. der von Arbeitslosen. In den zurückliegenden zwanzig Jahren hat die Beteiligung von Kommunistinnen und Kommunisten in verschiedenen Interessenvertretungsorganen und demokratischen Bewegungen stark zugenommen. In den meisten Parteigruppen nimmt die Mehrzahl der Genossinnen und Genossen an der Arbeit eines demokratischen Organs oder einer Initiative teil. Zweifellos ist das ein großer Erfolg unserer Orientierung auf die Massenarbeit. Es stellen sich mit neuer Schärfe aber auch Fragen wie: Zu welchem Zweck arbeiten wir in demokratischen Bewegungen mit? Gibt es in unserer Mitarbeit Besonderheiten gegenüber anderen Teilnehmern? Welches Gewicht hat diese Arbeit im Verhältnis zu anderen Aufgaben der Partei? Gehen von dieser Teilhabe am demokratischen

Protest etwa Gefahren für die Eigenständigkeit der Kommunistischen Partei aus?

Sozialistische Revolution und demokratische Bewegung – keine neue Frage

Für die Kommunistische Partei stellte sich die Frage der Bündnisse und demokratischer Bewegungen zunächst in der Form, wie sich die proletarische revolutionäre Bewegung zu anderen Klassen und Schichten unter dem Aspekt deren sozialökonomischer Interessen stellen muß. Marx und Engels betonten zur Zeit der bürgerlichen Revolution gegen das feudale Regime, daß es – theoretisch und praktisch – eine Übereinstimmung der Interessen der Arbeiterklasse mit denen der Bourgeoisie gibt, soweit es gegen die Reaktion um die Durchsetzung und Verteidigung der modernen Gesellschaft – der großen Industrie, der nationalen Unabhängigkeit und der Demokratie – geht. Sie hoben hervor, daß das Kleinbürgertum und die Bauern nicht einfach als eine „reaktionäre Masse" anzusehen sind, sondern ihre Interessenorientierung wesentlich von der Anziehungskraft der proletarischen Bewegung abhängt; d.h. ob diese ihnen bewußtmachen kann, wer sie ruiniert und daß sie eine Perspektive nur mit der Arbeiterklasse haben.[1] Tatsächlich besagt Marx' und Engels' Feststellung, daß im Kapitalismus „nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse"[2] ist, noch nichts darüber aus, ob eine bestimmte Klasse oder Teile von ihr in der konkreten politischen Situation eine fortschrittliche oder eine reaktionäre Rolle spielen. Gemeint ist viel-

1 Vgl. Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. MEW, Bd. 4, S. 470.
Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms. MEW, Bd. 19, S. 23.
2 Marx/Engels, Manifest..., a.a.O., S. 472.

mehr, daß lediglich die Arbeiterklasse ein Interesse an der *Überwindung* der kapitalistischen Ordnung überhaupt hat. In diesem Sinn hatten Marx und Engels auch eine sehr differenzierte Haltung zur Zusammenarbeit mit unterschiedlichen fortschrittlichen Kräften: „...die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor."[3]

Die Geschichte der sozialistischen Revolution hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse aus eigener Kraft nur siegen kann, wenn sie in der Vorbereitung, Durchführung und Verteidigung der revolutionären Umwälzung die wichtigsten nichtproletarischen Schichten der Gesellschaft gewinnen kann, wenn sie ein Programm der umfassenden gesellschaftlichen Alternative vertritt, wenn sie die sozialistische Revolution mit der demokratischen Erneuerung verbindet. Im September 1917 schrieb Lenin: „Die Bauernschaft muß dem Einfluß der Bourgeoisie entrissen werden. Nur darin liegt die Gewähr für die Rettung der Revolution. Die Bauernschaft aber ist der zahlenmäßig stärkste Vertreter der kleinbürgerlichen Masse."[4] Lenin, der konsequente Verfechter einer selbständigen klassenorientierten Politik der Partei, setzte diese Linie eines praktischen Bündnisses mit der Bauernschaft durch – gegen alle Geringschätzung der Arbeit für die Bauern außerhalb und innerhalb der Partei der Bolschewiki. Unter Bündnis war dabei die praktisch-politische Einheit, die gemeinsame Aktion um elementare Forderungen zu verstehen.

3 ebd., S. 493.
4 Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 376.

Diesem teilweise einheitlichen Vorgehen von Arbeiterklasse und Bauern entsprach die Bewegung der Sowjets auch organisatorisch. Sie entstanden erstmals und in größerem Ausmaß in der ersten russischen Volksrevolution gegen die zaristische Selbstherrschaft 1905 als demokratische Selbstverwaltungs- und Kampforgane. Die Sowjets stellten, neben den Klassenorganisationen Partei und Gewerkschaft, Formen einer demokratisch-revolutionären Volksbewegung dar. Lenin entwickelte in mehreren Aufsätzen die Haltung der Bolschewiki ihnen gegenüber.[5] Er ging davon aus, daß unter den Verhältnissen einer rückständigen Gesellschaft wie des damaligen Rußland und eines relativ unentwikkelten offenen Kampfes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie diese Form eine Notwendigkeit darstellte. Das Drängen nach Verbesserungen entwickelt sich zunächst als Forderung nach Verbesserung der bestehenden Ordnung und nicht nach ihrem Umsturz. Die Alternative einer besseren Gesellschaft und die Losung einer anderen Staatsmacht entstehen nicht spontan. Daher ist es die Pflicht der Revolutionäre, in den demokratischen Organen für die nächsten, noch nicht sozialistischen Ziele mitzuarbeiten. Zur Entwicklung der Bewegung tragen sie zunächst durch die Propagierung einer möglichst entschlossenenen und vollständigen Demokratisierung bei. Zugleich ist der Kampf um Demokratie und größere Rechte keinesfalls mit dem Kampf um den Sozialismus gleichzusetzen. Die Kommunisten müssen vielmehr auch darlegen, daß diese Losungen unzureichend sind und ihr *weitergehendes* sozialistisches Programm darlegen.

5 Lenin, Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten. Lenin, Werke, Bd. 10, S. 1-12. Lenin, Die sterbende Selbstherrschaft..., Lenin, Werke, Bd. 10, S. 52-56. Lenin, Sozialistische Partei und parteiloser Revolutionismus. Lenin, Werke, Bd. 10, S. 61-69.

Die Vertretung der Interessen aller im Gegensatz zur Monopolbourgeoisie stehenden Kräften und die Mitarbeit in der demokratischen Bewegung sind strategische Elemente kommunistischer Politik in den imperialistischen Ländern. Grundsätzlich ergibt sich dies zum einen aus der Tendenz des Imperialismus, die ursprünglich progressiven bürgerlichen Vorstellungen – Demokratie, sozialer und Kulturfortschritt, rationale Weltbeherrschung – und bürgerliche Freiheitsrechte im Interesse der Aufrechterhaltung seiner Herrschaft über Bord zu werfen oder zu verzerren. Zum anderen werden im Imperialismus auch die Mittelschichten auf neue Art dem Gewalt- und Ausbeutungsverhältnis des Monopols unterworfen, nähert sich ihre Lebenslage der der Arbeiterklasse hinsichtlich Einkommen, sozialer Unsicherheit und Verdrängung von Positionen gesellschaftlichen Einflusses an. Selbst ein Teil der Bourgeoisie wird praktisch von der Macht ausgeschlossen, muß einen Teil ihres Profits auf dem Altar monopolistischer Extraprofite opfern.

Die Deklassierung der Mittelschichten stellt aber auch einen zentralen Ansatzpunkt des Faschismus als imperialistischer Herrschaftsvariante dar. Mit der faschistischen Gefahr setzten sich die Kommunistischen Parteien seit Beginn der zwanziger Jahre auseinander. Auf dem VII. Weltkongreß der kommunistischen Internationale mußte festgestellt werden: „Der Faschismus siegte auch deshalb, weil das Proletariat von seinen natürlichen Bündnispartnern isoliert war."[6] Im Kampf gegen den Faschismus gewannen die kommunistischen Parteien in neuem Umfang Bauern, Angestellte, Kleinbürger, Intellektuelle von deren eigenen Interessen her

6 Dimitroff, G.: Ausgewählte Werke. Bd. 2. Verlag Marxistische Blätter. Frankfurt/M. 1976, S. 18.

für die Politik der Arbeiterklasse. Dazu gehörte nicht nur die Aufklärungsarbeit unter diesen Schichten über die wahren Ziele der imperialistischen Politik, sondern ebenso die entschlossene Aktion zur Verteidigung der Lebensinteressen dieser Schichten durch die Partei der Arbeiterklasse. Eine tatsächliche gemeinsame antifaschistische Front des Volkes setzt aber auch die Bereitschaft zum Kompromiß, zur Vereinbarung über das politische Vorgehen voraus.

Mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein staatsmonopolistisches Stadium – in allen hochentwickelten Ländern Ende der 50er Jahre – stellten sich die Aufgaben hinsichtlich der demokratischen Bewegung wiederum anders. Einerseits gab es einen neuen Schub der Deklassierung und Auflösung der Mittelschichten und dementsprechend ein weiteres zahlenmäßiges Anwachsen der Arbeiterklasse, ebenfalls eine noch engere Annäherung der Lebensbedingungen aller ausgebeuteten Schichten. Andererseits gab es wichtige Veränderungen der Rolle des Staates: es entstand eine ständige Verflechtung von Monopol- und Staatsfunktionen, eine wesentliche Zunahme der Tätigkeiten des Staates in Bereichen wie Planung, Regulierung, Finanzhaushalt, Reproduktion. Kennzeichnend für diesen Prozeß war das Anwachsen der lohnabhängigen Mittelschichten und die wesentlich größere Rolle von Forderungen an den Staat – sozialer wie ökonomischer und auch demokratischer – als Form des Klassenkampfes. Der Gegensatz zwischen den Interessen der Monopole und denen anderer nichtproletarischer Schichten hatte eine neue Qualität gewonnen und den dauerhaften Charakter eines Interessenkampfes angenommen, wovon die Entwicklung bedeutender Gewerkschaften im Reproduktionsbereich (z.B. ÖTV und GEW) zeugt. Objektiv war die Möglichkeit entstanden, als gesellschaftliche Alter-

native zu einer Koalition der Arbeiterbewegung und der ausgebeuteten Mittelschichten zu kommen, die als progressive Staatsmacht zunächst den Einfluß der Monopole brechen und demokratische und soziale Reformen durchführen soll: eine antimonopolistische Demokratie. Die DKP ist der Überzeugung, daß diese Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung Teil der Entwicklung zum Sozialismus ist, in der Entfaltung ihrer Widersprüche zum Sozialismus führen wird.

Die politische Konstellation, die eine solche antimonopolistische Demokratie durchsetzen kann, ist das breite Bündnis der in Aktionseinheit handelnden Arbeiterklasse mit den anderen demokratischen Kräften.[7] Auch wenn in dieser Konzeption die Arbeiterklasse die entscheidende revolutionäre Klasse bleibt, gewinnen darin die Mittelschichten im sozialökonomischen Sinn und die demokratische Bewegungen im politischen Sinn eine eigenständige, unverzichtbare Bedeutung.

Die Entwicklung der Arbeit der Kommunisten mit und in der demokratischen Bewegung ist daher eine Frage der Fähigkeit nicht nur zur demokratischen Orientierung, sondern auch zur sozialistischen Umwälzung. Sie betrifft daher die Gesamtheit ihrer Ideologie, Politik und Organisation.

„Kommunistinnen und Kommunisten wirken im Bündnis für die gleichberechtigte, partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten. Alle Partner haben gleiche Rechte und Pflichten. Ziele, Losungen und Aktionsformen müssen gemeinsam ausgearbeitet werden. Das Trennende darf kein Hindernis für gemeinsames Handeln sein. Der Bewegung dürfen keine Forderungen aufgenötigt werden, die nicht durch eine breite Un-

7 Programm der DKP. Beschlossen vom Mannheimer Parteitag, 20.–22. 10. 1978. Hrsg. vom Parteivorstand der DKP, S. 66–69.

terstützung der Partner mitgetragen werden können. Niemand darf in den demokratischen Bündnissen einen Führungsanspruch erheben. Wir treten in der jeweiligen Bewegung für ihre größtmögliche Breite ein. Wir respektieren die politischen Motive, die Weltanschauung und die organisatorische Selbständigkeit der Partner und erwarten von ihnen die gleiche Haltung gegenüber der DKP."[8]

Was verstehen wir heute unter demokratischer Bewegung?

Im weiteren interessiert hier nicht die Analyse des Verhältnisses von Klassen und Schichten in der BRD zueinander, sondern die konkrete politische Form von demokratischen Bewegungen und Bündnissen heute. Die „engste" Form ist sicher das Wahlbündnis, d.h. das gemeinsame Auftreten der Kommunisten mit anderen politischen Kräften auf der Grundlage einer vereinbarten Plattform zu Parlaments- oder anderen Wahlen. Sonderformen stellen Personen-Wahlbündnisse und die Kandidatur von Kommunisten auf anderen Listen dar.

Hauptsächlich soll es hier aber um den außerparlamentarischen Bereich gehen. Kennzeichnende Merkmale demokratischer Bewegungen sind:
- die Orientierung an klassenübergreifend formulierten Interessen
- weltanschauliche Differenziertheit
- die Vorrangigkeit von außerparlamentarischer Aufklärungs- und Aktionstätigkeit
- große Bedeutung des spontanen Elements für Programm und Organisation
- basisdemokratische Organisation, Konsensprinzip.

8 Thesen des 8. Parteitages der DKP, Hamburg 1986, S. 80, These 31.

Auf Hintergründe dieser Merkmale gehen wir später noch ein. In der BRD finden wir vor allem folgende Formen der demokratischen Bewegungen:

- Die *Initiative.* Ausgangspunkt dafür ist ein aktuelles lokales oder thematisch begrenztes Problem, z.B. eine fehlende Ampel im Wohngebiet, aber auch eine Solidaritätskampagne. Um einen Aufruf entsteht zumeist eine lockere Aktionsgruppe, deren Tätigkeit zeitlich und inhaltlich an den Anlaß der Betroffenheit gebunden ist.
- Die *Bewegung.* Grundlage von Bewegungen sind langfristige politische Probleme (wie Frieden oder Ökologie, wobei sich die Friedensbewegung auf betriebliche, örtliche und regionale Initiativen sowie Komitees als einer losen organisatorischen Struktur für das ganze Land stützt) oder die Benachteiligung bestimmter sozialer Gruppen (Frauen, Jugendliche z.B.). Kennzeichnend für Bewegungen ist die Entwicklung überregionaler Zusammenschlüsse, bestimmte, über längere Zeit stabile Forderungen oder Alternativkonzepte und eine relativ dauerhafte Stabilität trotz z.T. großer Fluktuation bei den Aktiven und in der Aktionstätigkeit.
- Das *Interessenvertretungsorgan.* Neben den traditionellen Interessenvertretungsorganen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und den Ständeorganisationen der Mittelschichten sind v.a. Ende der 60er Jahre/Anfang der 70er Jahre eine Reihe neuer Interessenvertretungsorgane entstanden. Zum Teil wurden sie gesetzlich abgesichert, z.T. kämpfen sie immer noch um ihre Anerkennung. Dazu gehören vor allem die Studenten- und Schülervertretungen, Elternvertretungen und andere Mitbestimmungsorgane in gesellschaftlichen Einrichtungen. Im Mittelpunkt steht hierbei die unmittelbare Interessenver-

tretung und die Orientierung an den Rechten der jeweils Vertretenen. Bei aller Unterschiedlichkeit in der politischen Wirksamkeit tragen diese Organe, wo sie von demokratischen Kräften getragen werden, wesentlich zur Stabilität der demokratischen Bewegung bei.

- *Antifaschistisch-antimilitaristische Organisationen und Gruppen*, die oft über längere Zeit auf der Grundlage einer weltanschaulichen Orientierung (Christen, Pazifisten) oder eines Programms eine gezielte Aktions- und Organisationsarbeit betreiben und z.T. Reformlösungen für gesellschaftliche Teilbereiche fordern. Eine relativ feste Mannschaft von Aktiven und kontinuierliche Arbeit sind dafür kennzeichnend.

Darüber hinaus entwickelt sich auch im traditionellen Vereinswesen, wie etwa im Sportbereich und in Ständevertretungen – wie unter Naturwissenschaftlern und Ärzten – ein deutlich profiliertes demokratisches Potential, das teilweise beachtlichen Einfluß erlangt. Ansatzpunkt des demokratischen Engagements ist hier zumeist, die eigene berufliche oder Neigungstätigkeit in Bezug zu gesellschaftlichen oder globalen Herausforderungen zu reflektieren. Am wichtigsten sind dafür sicher die Anstöße der Friedens-, der Frauen- und der Ökologiebewegung.

Über Zeitschriften, Treffen, lokale Alternativmilieus und gemeinsame Aktionserfahrungen entstehen in der demokratischen Bewegung vielfältige politische und personelle Kontakte. Von besonderer Bedeutung ist auch die Tatsache, daß sich im letzten Jahrzehnt eine demokratische Kultur herausgebildet hat, deren Träger mit ihren Aussagen und zum Teil auch organisatorisch (beispielsweise durch Benefizkonzerte) die demokratische und Friedensbewegung und auch um

den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfende Betriebsbelegschaften unterstützen. Diese Vernetzungen der demokratischen Bewegung sind selbst oft ein aktivierender oder Aktivitäten verstärkender Faktor.

Die Anzahl der in der demokratischen Bewegung Aktiven und der mobilisierungsfähigen Sympathisanten ist schwer zu bestimmen. Allein die Umweltschutzgruppierungen zählten Ende der 70er Jahre bereits fünf Millionen Mitglieder.[9] Mit der Entwicklung der Friedensbewegung wird dieses Potential noch erheblich angewachsen sein. Von der Mitgliederzahl her dürften alle Gruppen der demokratischen Bewegung in der BRD den Gewerkschaften wohl nicht nachstehen. Umfang und Aktivität dieses Potentials berechtigen auf jeden Fall zu der Feststellung, „daß sich seit Ende der 60er Jahre tiefe Veränderungen im Bewußtsein der Menschen vollzogen haben [...] Demokratisches, antifaschistisches und Friedensbewußtsein hat sich entfaltet. Die Bereitschaft zum demokratischen Engagement ist gewachsen."[10]

Kommunisten und demokratische Bewegung heute

An dieser Entwicklung hatten die Kommunisten tätigen Anteil. Daß demokratische Bewegungen im politischen Leben der Bundesrepublik heute eine so große Rolle spielen, ist allerdings nicht nur subjektivem Einsatz, sondern einer Reihe objektiver Gründe geschuldet. Zwar stellt der staatsmonopolistische Kapitalismus eine notwendige Reaktion auf die im heutigen Kapitalismus hoch vergesellschaftete Produktion dar, aber

9 Karl, F.: Die Bürgerinitiativen. IMSF. Frankfurt/M. 1981, S. 40.
10 Thesen des 8. Parteitages der DKP, Hamburg 1986. S. 64, These 23.

auch eine widersprüchliche. Einer dieser Widersprüche besteht darin, mit Planung, Regulierung und Steuerung bestimmter Produktionsbedingungen und der wichtigsten Reproduktionsbereiche die kapitalistische Anarchie zwar dämpfen zu können, damit aber auch die Ansprüche nach Beherrschung der ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse in der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung zu befördern.

Gestiegenen Bedürfnissen großer Teile der arbeitenden Bevölkerung – nach Bildung, moderner Kultur, gutem Wohnraum, Gleichberechtigung, Altersversorgung, Arbeitsplätzen – steht also immer auch der Staat gegenüber; die Regulierung der gesellschaftlichen Reproduktion steht – indem das „Allgemeininteresse" des Staates verstärkt eingreift – immer mehr unter dem Druck, nicht nur wirtschaftlich effektiv, sondern auch „vernünftig" im Sinne der Befriedigung allgemeingesellschaftlicher Interessen zu sein.

Mit dem Eintritt in eine längerfristige krisenhafte Phase seit Mitte der 70er Jahre wurde aber in den meisten gesellschaftlichen Bereichen statt einer progressiven, einer „Reform"entwicklung, eine Politik der Stagnation bei der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse durchgesetzt. Dies stellt nicht nur einen Widerspruch zwischen einmal etablierten Bedürfnissen und einer entgegengesetzten staatlichen Politik dar; tatsächlich entwickeln sich mit dem Fortschritt in der Produktion und in der Wissenschaft die Bedürfnisse auch weiter.

Die „Schere" zwischen *objektiven* Interessen nach gesicherter und vorwärtsschreitender Reproduktion und der Leistungsfähigkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) wird größer. Hinter den wachsenden Bedürfnissen an die Reproduktionsleistungen des SMK stehen vor allem drei Prozesse: die wissenschaft-

lich-technische Revolution und die Veränderung der Arbeitstätigkeiten, ein seit den sechziger Jahren stark erhöhtes Qualifikations- und Bildungsniveau und die zunehmende Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsprozeß. Alle drei Prozesse haben zur Hebung der Ansprüche großer Teile der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten geführt.

Hinzu kommt aber nun, daß trotz mangelhafter Kapazitäten zur Bedienung dieser Ansprüche der staatsmonopolistische Kapitalismus nicht auf die Regulierung dieser Bereiche, nun in krisenhafter Form, und nicht auf administrative Kontrolle über sie verzichtet. Sowohl ein Vertrauensverlust gegenüber dem Staat und den „staatstragenden" Parteien wie auch die Suche nach anderen, individuellen Formen der Befriedigung dieser Bedürfnisse sind die Folge, ebenso aber auch die Bereitschaft zur kollektiven Verteidigung des Erreichten und zum Engagement für Reformen. Die Entwicklung von alternativen Lebensformen und die Entwicklung des demokratischen Protestpotentials stellen zwei „Seiten" dieses Prozesses dar. Problematisch ist, daß beides zunächst mit einer Ablehnung der traditionellen Arbeiterbewegung einherging; wesentlich dafür war die Erfahrung mit sozialdemokratischer Politik in den siebziger Jahren. Auch das Beispiel der Länder des realen Sozialismus vermag in einer Reihe von Fragen heute noch keine Alternative zum staatsmonopolistischen System zu bieten, zum einen aufgrund des herrschenden Antikommunismus, zum anderen aufgrund zum Teil unterschiedlicher Bedürfnisstrukturen und unterschiedlicher Möglichkeiten zu ihrer Befriedigung im Vergleich zum Entwicklungsstand der Produktivkräfte in der BRD.

Viele Initiativen und Bewegungen des demokratischen Engagements haben unter diesen Bedingungen

eine Distanz zur Arbeiterbewegung noch nicht überwunden. Vor allem „die Ökologiefrage konnte unter den gegebenen politischen und ideologischen Verhältnissen zum Vehikel des Protestes gegen das etablierte System werden. Die Ökologiefrage ist in vielerlei Hinsicht ein ideologischer Minimaleinstieg in den Protest gegen das System des SMK..."[11]

Über eine solche spontane Distanz der alternativen Bewegung hinaus verfestigten sich aber auch Konzeptionen, die diese Form des Protestes zu einer prinzipiell neuen Form von Politik verklärten: „Kernpunkt der sich so herauskristallisierenden Konzeption sind die Ersetzung der Klassen- durch die Gattungsfrage, die Behauptung, angesichts dessen sei die Arbeiterbewegung borniert, sie sei, wie die Bourgeoisie, dem Fetisch Wachstum verfallen, das ginge zu Lasten des Menschen, nötig sei ein anderes Mensch-Natur-Verhältnis auf der Grundlage eines anderen Industriesystems. Das vielfältige ‚Nein!' zur (kapitalistischen) Lebensweise oder zu einzelnen ihrer Aspekte, das sich in diesem Zusammenhang entwickelt, ist also nichtproletarisch, sofern dieser Protest eine nichtproletarische Basis hat und sich nicht über proletarische Kräfte entfaltet, sondern häufig in Absage an die konkrete Arbeiterbewegung; sofern er sein Ziel nicht mittels Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus erstrebt oder einen nichtproletarischen Sozialismus als Ziel hat; sofern er durch eine andere Weltanschauung gekennzeichnet ist."[12]

Die Kommunisten setzen diese Bewegungen nicht solchen Konzeptionen gleich. Sie stellen den wirklichen

11 Jung, H.: Deformierte Vergesellschaftung. Verlag Marxistische Blätter. Frankfurt/M. 1986. S. 281/282.

12 Steigerwald, R.: Protestbewegung. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1982, S. 10

demokratischen Bewegungen auch nicht ihre „wahren" Losungen entgegen. Demokratische Bewegungen sind nach ihren oben skizzierten Formen in Verbindung mit ihrem Ausmaß eine in vielerlei Hinsicht neue Herausforderung für die revolutionäre Partei unseres Landes. Aller Voraussicht nach werden sie für die absehbare Zukunft ihre Bedeutung behalten. In der Regel vertreten sie antimonopolistische Forderungen.

Viele Kommunistinnen und Kommunisten arbeiten in demokratischen Bewegungen mit.

Grundsätze kommunistischer Bündnispolitik

„Kommunistische Bündnispolitik wurde und wird stets in einer ganz konkreten Etappe des Klassenkampfes, unter ganz konkreten Bedingungen ausgearbeitet und praktiziert. Das gilt auch für die Bündnispolitik der DKP. Ausgangspunkt für unsere Bündnispolitik ist unsere nächste Zielsetzung, die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Inhalt dieser Etappe ist antimonopolistischer Kampf. Hauptfeind ist das Monopolkapital."[13]

In der bündnispolitischen Arbeit, die in der Arbeit *insbesondere* der Parteigruppen einen bedeutenden Platz einnimmt, muß Klarheit über die Grundsätze der Bündnispolitik der DKP herrschen. „Die Partei hat die Grundsätze ihrer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen, in programmatischen Dokumenten, im Parteiprogramm, auf Parteitagen und Parteivorstandstagungen entwickelt. (...) Die DKP sieht eine vorrangige Aufgabe darin, die Arbeiterklasse an demokratische

13 Willi Gerns: „Arbeiterklasse und Massenbewegung" in: Marx ist Gegenwart", Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1983, S. 140.

Bewegungen heranzuführen und dafür zu sorgen, daß Arbeiterinteressen im Bündnis zur Geltung kommen. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, vor allem das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten, ist aus unserer Sicht der Kristallisationspunkt für breite demokratische Bündnisse. (...)

Zu den Grundsätzen der Bündnispolitik der DKP in demokratischen Bewegungen gehört die Wahrung der politischen, ideologischen und organisatorischen Selbständigkeit der Partei.

Wahrung der politischen Selbständigkeit:

Kommunisten stellen im Bündnis die gemeinsamen Forderungen in den Vordergrund. Zugleich darf die Partei nicht auf die Entwicklung ihrer eigenen Politik verzichten.

Wahrung der ideologischen Selbständigkeit:

Die Partei darf nicht ihre eigene ideologische Arbeit aufgeben. Für Kommunisten kann die Respektierung der Weltanschauung der Bündnispartner keinen Verzicht auf eigene weltanschauliche Aktivitäten bedeuten. Gemeinsamkeiten nach vorne rücken heißt nicht Verzicht auf kameradschaftlichen Meinungsstreit.

Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit:

Weder die Partei noch die in Bündnissen tätigen Mitglieder der Partei dürfen in den Bündnissen aufgehen. Sie müssen, entsprechend dem Parteistatut, regelmäßig an der Arbeit und am Leben ihrer Parteigruppen, an der Diskussion und Umsetzung der Politik der Partei teilnehmen.

Kommunistische Bündnispolitik verlangt das offene Auftreten der Kommunisten. Schon im ‚Manifest

der Kommunistischen Partei' formulierten Marx und Engels den Grundsatz: ‚Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen.' In diesem Sinne wirken Kommunisten in Bündnissen mit. Das ist eine Voraussetzung, um den Grundsatz der Gleichberechtigung zu verwirklichen. Erst offenes Auftreten ermöglicht es, antimonopolistische Einsichten zu vermitteln und voranzutreiben; offenes Auftreten ist unverzichtbar zur Bekämpfung des Antikommunismus; ein Verbergen der kommunistischen Identität würde den antikommunistischen Verleumdungen der DKP und demokratischer Bündnisse Nahrung geben. Bündnispartner sind von der Notwendigkeit zu überzeugen, punktuelle Bündnisse zu umfassenderen demokratischen Bündnissen weiterzuführen, als gangbaren Weg zur Entwicklung einer antimonopolistischen Kräftekonzentration.

Kommunistische Bündnispolitik erfordert die Fähigkeit, in der täglichen Praxis prinzienfest und elastisch an die Frage politischer *Kompromisse* heranzugehen. Solche Kompromisse müssen auf einen zumindest punktuellen Erfolg im Kampf gegen den gemeinsamen Feind gerichtet sein; zur Entwicklung des Bewußtseins und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten beitragen; den Anliegen aller Partner dienen; sie dürfen das selbständige Handeln der DKP als Arbeiterpartei nicht einschränken; die Heranführung an weitergehende Ziele zumindest nicht behindern.

Diese Grundsätze lassen sich im wesentlichen auch auf das Wirken der Kommunisten für und in Wahlbündnissen anwenden."[14]

14 „Leitfaden für die Gruppenarbeit", 3. überarbeitete Auflage Januar 1984, S. 24–26

Eine eigenständige Form antimonopolistischen Protestes

Demokratische Bewegungen sind Selbstorganisations- und Kampforgane des antimonopolistischen Protestes. Sie sind durchaus nicht mehr hauptsächlich durch Angehörige der Mittelschichten geprägt, sondern umfassen Aktive aus der Arbeiterklasse ebenso wie zum Beispiel Bauern.[15] Der Orientierung auf demokratische Reformforderungen entspricht die unmittelbare Zugänglichkeit und die große Fähigkeit zur schnellen und breiten Verankerung solcher Forderungen in der Bevölkerung, da ideologische Schranken hier nur selten wirksam sind und eine Mitarbeit oder Unterstützung punktuell sein kann. Dabei zeichnen sich demokratische Bewegungen oft durch eine große politische Flexibilität – im positiven wie im negativen Sinne – aus. In den meisten größeren Städten gibt es heute ein „Netz" demokratischer Bewegungen um bestimmte Zentren, Zeitschriften, „Plena" und Aktionen.

Insbesondere in den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen demokratischer und Arbeiterbewegung verbessert. Vor allem der Friedensbewegung ist es gelungen, Sozialdemokraten und „Antirevisionisten", Kommunisten, Gewerkschafter, Grüne und Autonome zusammenzubringen. Dazu haben Mitglieder der DKP sowohl in der Friedensbewegung wie auch in Gewerkschaften und Betrieben einen anerkannten Beitrag geleistet. Schließlich blieben die Aktionen der Arbeiterbewegung um die 35-tunden-Woche und gegen die Vernichtung von Industriestandorten nicht ohne Wirkung auf die demokratische Bewegung. Traditionelle Berührungsängste nähren sich zunehmend nur noch aus

15 Vgl. Karl 1981, a.a.O.

ideologischen Abgrenzungen und weniger aus praktischen Differenzen; man „lernt" auch voneinander – Rheinhausen von der Friedensbewegung und vielleicht auch umgekehrt.

Nicht ihre Kampfformen, wohl aber die Begrenzung auf Reformforderungen fördern in den demokratischen Bewegungen reformistische Auffassungen. Zu unterscheiden sind dabei allerdings Form und Inhalt: während die Unmittelbarkeit des Anknüpfens an Bedürfnisse und die ideologische Differenziertheit praktische Bedingungen für die Formierung der Bewegungen in ihrer jetzigen Form sind, können in die politischen Forderungen durchaus sozialistische Elemente eingehen. Beispiele dafür sind die Anti-AKW-Bewegung, die die Ersetzung des staatsmonopolistischen Atomfilzes durch eine staats- oder gemeinwirtschaftliche Energieversorgung fordert, oder die Hausbesetzer, die direkt eine Entprivatisierung des Eigentums an Wohnraum postulierten. Während die demokratischen Bewegungen von der Form her einen heute noch überwiegend reformerischen Charakter tragen, ist ihre politische Orientierung eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen reformerischen und revolutionären Kräften in ihnen.

Die Organisationsformen demokratischer Bewegungen stellen vor allem auf den direkt zu erreichenden politischen Zweck und nicht auf die Entwicklung von organisatorischer Stärke und von Eigenständigkeit ab. Ihr eigentliches Potential besteht ja auch nicht aus Mitgliedern, sondern aus mobilisierungsfähigen Sympathisanten. Hinzu kommt oft eine Anbetung der Spontaneität und eine Ablehnung von Organisationsdisziplin, was als „unverfälschte" Beziehung auf die „echten" Bedürfnisse der Teilnehmer verstanden wird. Dabei geht es durchaus nicht um den Gegensatz von

Demokratie und Zentralismus. Das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit ist ein demokratisches Prinzip. Die Konsensfindung in demokratischen Bewegungen setzt aber vordergründig stärker auf Übereinkunft aller, auch wenn in der Praxis dies oft durch das Setzen von Fakten oder durch den unterschiedlichen Grad der Aktivität der einzelnen ersetzt wird. Demokratische Bewegungen leisten viel als Stützpunkte und Mobilisierungskerne des demokratischen Kampfes um Reformen. In ihrer Vielfalt liegt aber zugleich ihre Grenze. Sie besteht in der prinzipiellen Unfähigkeit zur Bildung eines selbständigen politischen Potentials, das in der Lage wäre, über die Systemgrenzen hinaus historisch bewußt und organisatorisch eigenständig eine strategische Politik zu betreiben.

Kommunistinnen und Kommunisten in der demokratischen Bewegung

Aus all dem folgt, daß die Unterstützung für und die Mitarbeit in demokratischen Bewegungen für uns keinesfalls ein Nebenschauplatz der Klassenauseinandersetzungen ist, sondern ein wesentliches Moment der Mobilisierung und Zusammenführung der Kräfte für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. „Wer etwas bewegen will, muß sich selbst bewegen, muß in Bewegungen mitarbeiten, er muß in ihnen und für sie aktiv und initiativ sein."[16] Die Kommunisten haben ihre Grundsätze für die Arbeit in demokratischen Bewegungen ausführlich 1983 (und in diesem Buch weiter vorne) dargelegt.[17]

16 Bericht des Parteivorstandes der DKP an den 6. Parteitag. S. 68

17 Grundsätze kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen. Heft 4 des Parteibildungsjahres 1983. Hrsg. vom Parteivorstand der DKP.

Bezugspunkt der Zusammenarbeit in demokratischen Bewegungen sind die gemeinsamen Forderungen, das Einigende. Keinesfalls erheben wir in demokratischen Bewegungen einen Führungsanspruch und gestehen diesen auch anderen nicht zu. Achtung, Ansehen, die wirkliche Funktion einer Avantgarde erwerben sich Kommunistinnen und Kommunisten durch ihre Initiative, ihre Tatkraft und Kompetenz.

Sie ringen darum, daß in demokratischen Bewegungen die Bedeutung der Arbeiterbewegung als wichtigster Kraft für fortschrittliche Veränderungen in der Bundesrepublik erkannt wird. Dabei kommt gerade dem Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten als den wichtigsten politischen Strömungen der Arbeiterbewegung im Bündnis eine entscheidende Bedeutung zu.

„In der jeweiligen Bewegung treten die Kommunisten für die größtmögliche Breite ein. Je breiter ein Bündnis, desto größer die Aussicht auf erfolgreiche Durchsetzung seiner Forderungen."[18] Zugleich müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, das Bewußtsein über die gemeinsamen Anliegen aller demokratischen Kräfte und über den gemeinsamen Gegner zu entwikkeln, die Perspektive gemeinsam zu verwirklichender antimonopolistischer Umgestaltungen darzustellen.

Kommunistinnen und Kommunisten dürfen sich nicht auf die Forderungen und die Tätigkeit des Bündnisses, der Bewegung beschränken. Die politische, ideologische und organisatorische Eigenständigkeit der kommunistischen Partei ist die Voraussetzung für ihr Wirken als revolutionäre Kraft. „Wer diese Pflicht nicht erfüllt, der hört *in Wirklichkeit* auf, ein Sozialist zu sein, wie aufrichtig seine ‚sozialistischen' (in Worten so-

18 ebd., S. 12

zialistischen) Überzeugungen auch sein mögen."[19] Konkret bedeutet dies auch, in demokratischen Bewegungen mit dem kommunistischen Standpunkt nicht hinterm Berg zu halten, ihn im Gegenteil selbstbewußt und offen zu vertreten.

Wir leisten in demokratischen Bewegungen nicht einen Beitrag wie alle anderen, sondern an uns sind besondere Anforderungen gestellt – und zumeist auch besondere Erwartungen.

Zwischen unserer gleichberechtigten Mitarbeit im Bündnis und der Besonderheit des Beitrags von Kommunisten scheint ein Widerspruch zu bestehen. Es ist dies aber keinesfalls ein Widerspruch der Art, daß sich die Kommunisten in der Bewegung nur auf die Ziele ihrer Partei bezögen *oder* sich lediglich auf der Ebene des demokratischen Reformkampfes bewegen dürften. Der grundlegende Unterschied zwischen Partei und Bewegung ist der zwischen Reform und Revolution. Für uns schließen sich die Bewegung für Reformen und die zur Revolution nicht gegenseitig aus; für uns stellen sie keine „zwei Paar Schuhe" dar. Vielmehr sind sie zwei Seiten des antimonopolistischen Protestes. Wenn wir auch der Auffassung sind, daß letztlich diese Entwicklung zur grundlegenden sozialen Umwälzung führen wird, so hat doch der Kampf um Reformen eine unverzichtbare Bedeutung. Natürlich sind Reformen Verbesserungen im Rahmen des bestehenden sozialökonomischen Systems. „Die Marxisten (...) lassen sich keine einzige ‚Möglichkeit', Reformen zu erlangen und sie auszunutzen, entgehen, wobei sie jedes Hinausgehen über den Rahmen des Reformismus sowohl in der Propaganda als auch in der Agitation, als auch in der wirt-

19 Lenin, Sozialistische Partei und parteiloser Revolutionismus, Lenin, Werke, Bd. 10, S. 67

schaftlichen Massenaktion usw. [...] unterstützen und sorgsam fördern."[20] Zugleich verlieren wir dabei nie die Erfahrung aus dem Auge, daß ein Verzicht auf den Kampf um Reformen ein Verzicht darauf wäre, die Voraussetzung für den Kampf um die sozialistische Revolution zu schaffen. Das Verhalten der Kommunisten im Reformkampf ist bestimmt durch die Einsicht in den allgemeinen Gang der Kämpfe, durch das Bewußtsein über ihre unumgängliche Zuspitzung auf die Frage nach den Eigentumsverhältnissen und der politischen Macht, wenn die Reformkämpfe nicht scheitern oder zu lediglich vorübergehenden Resultaten führen sollen.

Kommunisten und Kampf um Reformen

Mit der Durchsetzung auch bedeutender Reformen im Interesse der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte würde das Wesen des Kapitalismus, eine Gesellschaftsordnung zu sein, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln, die auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen beruht, noch nicht verändert.

Die Reformproblematik ist gerade unter den heutigen Bedingungen für uns Kommunisten von großer Aktualität. Sie ergibt sich insbesondere aus der konkreten Kampfetappe, in der wir uns befinden. Kurz gesagt, geht es heute und in der überschaubar nächsten Zeit darum, die in den Nachkriegsjahren erreichten Errungenschaften der Arbeiter- und demokratischen Bewegung gegen die Angriffe der Rechtskräfte zu verteidigen, die Rechtswende zu stoppen und aus der Verteidigung des Erreichten heraus erste Schritte nach vorn, zur Einleitung einer Wende zu demokratischem und so-

20 Lenin, Marxismus und Reformismus. Lenin, Werke, Bd. 19, S. 365

zialem Fortschritt durchzusetzen. Die Verwirklichung dieser Konzeptionen und Forderungen würden den Rahmen des Kapitalismus noch nicht überschreiten, die Lebens- und Kampfbedingungen des arbeitenden Volkes jedoch nachdrücklich verbessern.

Auch in den übrigen entwickelten kapitalistischen Ländern steht heute, angesichts der Angriffe der konservativen Kräfte und in Anbetracht der bestehenden Kräfteverhältnisse, der Kampf um Reformen im Vordergrund. Darum entwickeln auch unsere Bruderparteien in diesen Ländern konkrete demokratische Reformprogramme. Praktisch gehen alle kommunistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern davon aus, daß es unter den heutigen Bedingungen unerläßlich ist, den Kampf um Übergangsforderungen auf dem Weg zum Sozialismus zu führen. Und der Inhalt dieser Übergangsforderungen kann in nichts anderem bestehen, als in immer weiter treibenden demokratischen Reformen.

Demokratische Reformen im nationalen Rahmen, wie auf der internationalen Ebene, erhalten nicht zuletzt dadurch ihre besondere Dringlichkeit, daß sich in manchen Bereichen die Probleme derart zugespitzt haben, daß ihre Lösung unter keinen Umständen bis nach der Überwindung des Kapitalismus verschoben werden kann.

Neben herkömmlichen Reformaufgaben, wie der Durchsetzung konkreter Forderungen zur Verbesserung der Lebenslage und zur Erweiterung der Rechte der arbeitenden Menschen, treten also qualitativ neue Aufgaben, die gelöst oder auf den Weg der Lösung gebracht werden müssen. Durch grundlegende antimonopolistische Reformen, wie eine echte Mitbestimmung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, die Verstaatlichung von Schlüsselbetrieben der Wirtschaft bei

demokratischer Kontrolle und die Durchsetzung unmittelbarer Demokratie, muß die Macht des Großkapitals eingeschränkt und die Einflußnahme des Volkes erweitert werden, können und müssen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft aufgebrochen und an die Schwelle der Systemüberwindung herangeführt werden.

Der Kampf um Reformen erhält folglich heute in der Arbeiterbewegung einen noch größeren Stellenwert als in zurückliegenden Kampfetappen. Das veranlaßt uns natürlich nicht, unser sozialistisches Ziel aus dem Auge zu verlieren. Wir sind uns sehr wohl der Hinweise Lenins bewußt, daß jede Reform in der kapitalistischen Gesellschaft einen doppelten Charakter hat. Sie kann sowohl zur Festigung des kapitalistischen Ausbeutersystems, zur Unterordnung der Arbeiterklasse unter dieses System, als auch zur Verbesserung der Kampfpositionen der Arbeiterklasse im Ringen um die Überwindung der Ausbeuterordnung genutzt werden. Es hängt vom Handeln der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Kräfte ab, welche dieser beiden Seiten stärker zum Tragen kommt. Alles hängt davon ab, wie Lenin hervorhebt, ob es gelingt, „die Massen in den selbständigen ökonomischen und politischen Massenkampf einzubeziehen, der allein den Arbeitern wirkliche Errungenschaften zu geben ... vermag“[21] So kann dieselbe konkrete Reform in Abhängigkeit davon, ob darum gekämpft, oder ob sie von der Bourgeoisie zur Verhütung eines Kampfes den Arbeitern präsentiert wird, eine ganz andere Bedeutung haben.

Ausgehend von den konkreten Bedingungen unseres Landes und unserer Zeit haben wir unsere Haltung zum Verhältnis des Kampfes um Reformen und um die

21 Lenin, Werke, Bd. 15, S. 443/444

grundlegende gesellschaftliche Umwälzung in unserem Parteiprogramm formuliert. Es heißt dort: „Einen bedeutenden Platz im Kampf der Arbeiterbewegung nimmt das Ringen um demokratische Reformen ein. Die DKP wirkt mit Entschiedenheit für alles, was der Verbesserung der Lage der Arbeitenden, der Erweiterung ihrer Rechte, der Vergrößerung ihres politischen Handlungsspielraums, der Schaffung von Möglichkeiten der Mitbestimmung und demokratischen Kontrolle dient. Sie betrachtet die Durchsetzung solcher Reformen durch das arbeitende Volk als wichtigen Bestandteil des Kampfes um die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Zugleich erblickt sie in ihnen eine Möglichkeit zur Verbesserung der Kampfbedingungen für weitergehende gesellschaftliche Umgestaltungen. Den Einsatz für demokratische Reformen verbindet die DKP mit der Zurückweisung aller in den Mantel von Reformen gehüllten Versuche, die Arbeiterklasse an die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu binden und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem zu festigen. Sie wendet sich gegen jeden Versuch, den Kampf der Arbeiterklasse auf Reformen im Rahmen des Kapitalismus zu beschränken."[22]

Unsere Partei wirkt also für solche Reformen, die die Lage des arbeitenden Volkes verbessern, die die Macht des Großkapitals zurückdrängen, mit denen bessere Bedingungen für Frieden und Abrüstung geschaffen werden, mit denen die Arbeiterklasse Einfluß erringt. Und es geht somit immer darum, bessere Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus zu schaffen, der letztlich bei vielen der anstehenden gesellschaftlichen Grundprobleme allein die Voraussetzun-

22 Programm der DKP, S. 36

gen dafür bietet, sie im Interesse der arbeitenden Menschen zu lösen. Im Zusammenhang mit Reformforderungen wird oft das Problem ihrer Durchführbarkeit diskutiert. Das ist richtig und notwendig. Dabei müssen wir uns allerdings vor zwei Extremen hüten. Das eine besteht darin, die Durchführbarkeit ausschließlich am gegebenen Kräfteverhältnis zu messen. Kräfteverhältnisse verändern sich im Klassenkampf. Versuche, das Ausmaß und den Charakter der Reformforderungen ausschließlich von ihrer unmittelbaren „Durchführbarkeit" in allernächster Zeit her festlegen zu wollen, führen zum Opportunismus, zum Verzicht auf eine Tätigkeit, die eine grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen und eine Ausweitung der Grenzen des Möglichen zum Ziel hat. Lenin betonte: „Durchführbar soll unser Programm nur in dem weiten, philosophischen Sinne dieses Wortes sein, daß kein einziger Buchstabe darin der Tendenz der gesamten gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung widerspricht. Haben wir aber diese Tendenz (im allgemeinen und in den Einzelheiten) einmal richtig festgestellt, so müssen wir – im Namen unserer revolutionären Grundsätze und unserer revolutionären Pflicht – *mit allen Kräften* stets und unbedingt für das *Maximum* unserer Forderungen kämpfen."[23]

Mit anderen Worten, Lenin verband das Problem der Durchführbarkeit radikaler Forderungen mit den Perspektiven der Entfaltung des Klassenkampfes bis hin zur sozialistischen Revolution. Wie notwendig es ist, an das Problem der Durchführbarkeit beweglich heranzugehen, es nicht mit Blick auf das gegebene Kräfteverhältnis zu verabsolutieren, darauf verweist uns auch unser eigenes Programm. Als wir 1978 bei un-

23 Lenin, Werke, Bd. 6, S. 108

seren Forderungen für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt die Verstaatlichung bestimmter Wirtschaftsbereiche bei demokratischer Kontrolle entwickelt haben, waren wir noch einsame Rufer in der Wüste. Es war damals noch keineswegs abzusehen, daß diese Forderung auf dem Hintergrund der Krise im Stahl- und Werftenbereich so schnell zu einer zumindest unter aktiven Gewerkschaftern lebhaft diskutierten Forderung werden könnte.

Umgekehrt dürfen sich Revolutionäre bei der Formulierung ihrer *nächsten* Forderungen auch nicht zu weit von den realen kräftepolitischen Möglichkeiten entfernen und die Forderungen künftiger Etappen des Klassenkampfes willkürlich zu *Gegenwartsaufgaben* erheben. So würde es wenig nützlich sein, wenn wir als *unmittelbare* Forderung die Vergesellschaftung der ganzen Großindustrie aufstellen würden. Ebenso wenig nützlich wäre es, wenn wir in Reformprogrammen für Städte und Regionen den Eindruck erwecken würden, als ob bestimmte Grundfragen, die nur im Zusammenhang mit grundlegenden *gesamtgesellschaftlichen* Alternativen zu bewältigen sind, in dieser Stadt oder Region *allein* gelöst werden könnten. Damit würden reformistische Illusionen gesät, die – wenn sie sich als Luftblasen herausstellen und platzen – nicht mobilisieren, sondern demobilisieren.

Im Kampf um demokratische Reformen verbindet uns heute vieles mit anderen demokratischen Kräften, vor allem mit Sozialdemokraten und Grünen, mit Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Orientierung. Wir müssen alles tun, um dieses Verbindende in den Mittelpunkt zu rücken und gemeinsam zu handeln, weil wir nur gemeinsam das Erreichte verteidigen und nächste Schritte nach vorn durchsetzen können. Zugleich

darf auch und gerade im Kampf um demokratische Reformen unsere besondere kommunistische Note nicht verlorengehen.

Wir dürfen nie aus dem Auge verlieren, daß unsere besondere Aufgabe im Kampf um Reformen darin bestehen muß, weiterzutreiben, ihnen eine antimonopolistische, auf die Einschränkung der Macht des Großkapitals gerichtete Orientierung zu geben, Klassenstandpunkte zu entwickeln und zu vermitteln. Entscheidender Meßpunkt ist dabei die Nähe zur Eigentums- und Machtfrage. Bereits im „Manifest der kommunistischen Partei" haben Marx und Engels bekanntlich betont, daß die Kommunisten in allen Bewegungen stets die Eigentumsfrage als die Grundfrage der Bewegung in den Mittelpunkt rücken. Auf unsere heutigen Bedingungen angewandt, heißt das, daß bei all unseren Reformüberlegungen die Forderung nach Erkämpfung wirksamer Mitbestimmung und Kontrolle der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften, nach Vergesellschaftung bestimmter Wirtschaftsbereiche – und das unter demokratischer Kontrolle – einen hohen Stellenwert haben müssen. Und was die Nähe der Reformforderungen zur Frage der politischen Macht anbetrifft, so haben für uns die Forderungen nach Mitsprache und Mitentscheidung der arbeitenden Menschen in der Politik, nach Mitspracherechten für Gewerkschaften und Bürgerinitiativen, nach Volksabstimmungen und Volksentscheiden sowie nach anderen Formen der unmittelbaren, direkten Demokratie ein besonderes Gewicht. Hinzukommen muß für die kommunistische Partei jedoch bei alledem, daß sie keine Illusionen weckt, daß sie vor den arbeitenden Menschen ehrlich die Grenzen von Reformen im Kapitalismus deutlich macht, daß sie die Notwendigkeit des Sozialismus begründet, auch dann, wenn die sozialistische Um-

wälzung für unser Land heute keine aktuell anstehende Aufgabe ist.

Demokratische Bewegung und Parteiorganisation

Die Organisationsstruktur der Kommunistischen Partei zielt auf möglichst enge Beziehungen zwischen den Parteimitgliedern und den Volksmassen ab. Von entscheidender Bedeutung ist die Tätigkeit der Parteigruppen in bestimmten, abgegrenzten Arbeits- und Lebensbereichen: Betrieben, Wohngebieten, Hochschulen (hier handelt es sich um das Betriebs- und Territorialprinzip, auf das schon weiter oben eingegangen wurde). Diese Struktur bietet die besten Voraussetzungen sowohl für einen „direkten Draht" zu den realen Bedürfnissen der Menschen in Betrieben, Wohngebieten, an Hochschulen und in Bewegungen als auch für eine wirksame und realistische Umsetzung der beschlossenen Politik. Am deutlichsten treten diese Vorteile der kommunistischen Organisation bei den Betriebsgruppen hervor. Dieses Prinzip resultiert aus den Aufgaben der kommunistischen Partei, Klassenbewußtsein zu entwickeln in der Unterstützung der realen Kämpfe und nicht allein durch reine Propaganda.[24] Die Entwicklung von Klassenbewußtsein bleibt die Hauptaufgabe der kommunistischen Partei.

Die Bedeutung demokratischer Bewegungen heute stellt aber neue Anforderungen an die Organisation. Neben der Entwicklung von Klassenbewußtsein in einem bestimmten Betrieb, Wohngebiet tritt die Arbeit von Kommunisten in Bewegungen, die hauptsächlich

24 Lenin, Entwurf und Erläuterung des Programms der Sozialdemokratischen Partei. Lenin, Werke, Bd. 2, S. 105f.

thematisch verbunden sind. Dies trifft zwar weniger auf die lokalen Initiativen zu, um so mehr aber auf die Bewegungen von der Art der Frauen-, Friedens-, Arbeitslosen- und Ökologiebewegung. Das hinter dem Engagement in diesen Bewegungen stehende Interesse ist nicht immer unmittelbar aus einem Problem, einem Mißstand im Betrieb, Wohngebiet usw. entstanden. Bezieht sich zum Beispiel eine betriebliche Friedensinitiative in ihrer Friedensarbeit auf den eigenen Betrieb, aus dem ihre Mitglieder kommen, dann wird von der Forderung nach Frieden und Abrüstung ausgehend Politik in Anwendung auf den Betrieb gemacht. Die Aktion, die ein Frauenbündnis in einem Stadtteil durchführt, dient der Propagierung allgemeiner Ziele in einem besonderen Gebiet.

Um ein Mißverständnis zu vermeiden: es geht hier nicht um die Entgegensetzung von Interessenvertretung und demokratische Bewegung. Das wäre auch falsch und mit einem Blick auf die Praxis gar nicht haltbar. Vor den Parteigruppen steht die Aufgabe, in ihrem politischen Wirkungsbereich auf der Grundlage der Beschlüsse und Dokumente der Partei jeweils eine umfassende politische Arbeit zu leisten, jeweils Interessenvertretung und Sozialismuspropaganda zu verbinden. Es geht vielmehr darum, daß eine Parteigruppe *in ihrer* Arbeit *nicht das gesamte* Spektrum der demokratischen Bewegung widerspiegeln kann. Andererseits ist die Bewegung insgesamt aber sehr vielschichtig, ebenso das Engagement von Genossinnen und Genossen darin. Damit nehmen die politischen Aktivitäten von einzelnen DKP-Mitgliedern manchmal einen „Spezialcharakter" an, der sich in der einzelnen Parteigruppe gar nicht wiederfinden kann, entfalten sie Aktivitäten, die z. T. nicht mit der Gruppe abgesprochen und koordiniert, nicht Teil der Arbeit des Gruppenkollektivs als Ganzes ist.

Wo – vor allem in Wohngebiets- und Hochschulgruppen – die politische Arbeit der Parteigruppe und die der einzelnen Genossen auseinanderfallen, können dann bei einzelnen Mitgliedern Probleme und ideologische Schwierigkeiten auftreten, wenn sie in der Gruppe nicht die notwendige Hilfe zur Klärung derselben finden. Zentral ist dabei sicher das Problem, wie sich das Engagement in demokratischen Bewegungen mit der Orientierung auf die Arbeiterklasse und die sozialistische Revolution jeweils konkret verbinden läßt. Vereinseitigungen können die Probleme zuspitzen. Schließlich besitzen viele Mitglieder der DKP Erfahrungen aus der Mitarbeit in demokratischen Bewegungen sowie eine – vielleicht auch beruflich geförderte – inhaltliche Kompetenz, die die Möglichkeiten zur Einarbeitung seitens der Vorstände übersteigt.

Verschiedentlich wird gefragt (weiter vorne wurde das schon angedeutet), ob vor diesem Hintergrund nicht das Betriebs- und Territorialprinzip zugunsten eines „thematischen Prinzips" ergänzt werden sollte, zum Beispiel um eine Parteigruppe „Mittelamerika-Solidarität" oder „Frauenpolitik"? Man erwartet davon dann größere Kompetenz und Wirksamkeit solcher Gruppen in ihrem speziellen Bereich. *Was würde aber damit aufgegeben werden?*

- Die Beziehungen zur Bevölkerung, zu den Kollegen im Betrieb, zu den Kommilitonen an der Uni würden ersetzt durch die Beziehungen zu einem speziellen aktiven Kern;
- die Parteientwicklung würde abhängig von der Konjunktur bestimmter demokratischer Bewegungen;
- bestimmte thematische Bereiche würden aus der Tätigkeit der gesamten Partei ausgeklammert und zur Besonderheit kleiner „Spezial"parteigruppen; umgekehrt wären solche „Spezial"gruppen hauptsächlich

ihrem „Thema" und nicht der gesamten Politik der Partei verpflichtet;
- schließlich liegt darin eine Tendenz zur Liquidation der DKP als revolutionärer Partei der Arbeiterklasse, indem ihre Eigenständigkeit und ihr sozialistisches Ziel ersetzt würde durch eine Vielzahl von Teilzielen.

Mit dem Betriebs- und Territorialprinzip sind alle wesentlichen Merkmale einer kommunistischen Partei verbunden und nicht nur die Direktheit ihrer Massenbeziehungen. Es steht zugleich für ihren Klassencharakter, für die Einheitlichkeit der Politik in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen und damit für ihre strategisch-taktische Handlungsfähigkeit. Es bedeutet die Verbindlichkeit des Programms und Statuts, den Vorrang des programmatischen Ziels gegenüber Teilzielen. Als grundlegendes Organisationsprinzip ist das Betriebs- und Territorialprinzip gemäß ihrem Klassencharakters für die DKP unverzichtbar.

Allerdings muß die Hilfe für unsere Mitglieder, die in verschiedenen Bündnisformen tätig sind, ebenfalls „zentral koordiniert und konsultiert werden. Das übersteigt die Möglichkeiten der einzelnen Gruppenvorstände. Wir haben zur Lösung dieser Leitungsfrage Beratungen und Arbeitskreise auf Kreis- und Bezirksebene geschaffen, die sich den jeweiligen Politikfeldern mit dem dafür notwendigen Spezialwissen widmen und den Erfahrungs- und Informationsaustausch unserer dort tätigen Genossinnen und Genossen organisieren. Das hat sich bewährt. Es hat jedoch zum Teil als Nebenwirkung die Erscheinung hervorgebracht, daß die Hilfe durch Arbeitskreise und übergreifende Beratungsgremien für nicht wenige Genossen und Genossinnen, deren Aktivitätsschwerpunkt im Bündnisbreich liegt, inzwischen wichtiger geworden ist, als die Hilfe, die sie durch ihre Grundorganisation erhalten. Dies und das

allgemeine Problem der Terminanhäufung, vor allem aber auch die zum Teil unterschiedliche Interessenlage infolge sich verändernder sozialer Zusammensetzung sowie unterschiedlicher Stellung im Beruf und von Freizeitbedürfnissen ist der objektive Hintergrund für hier und dort in der innerparteilichen Diskussion geäußerte Meinungen, wonach überprüft werden müsse, ob die Organisationsform der Wohngebietsgruppe noch zeitgemäß sei oder ob nicht andere Formen, wie „Interessengruppen" oder „Arbeitsgemeinschaften" zu bestimmten Themen und Bewegungen angemessener seien. Richtig ist es, die speziellen Fähigkeiten, aber auch die speziellen Neigungen der Genossinnen und Genossen für die Massenarbeit der Parteigruppen zu nutzen, zu entfalten. Wir halten es aber für falsch, in einer Richtung nach Lösungen zu suchen, die gewollt oder ungewollt zur Infragestellung der Organiationsbasis der Partei, d. h., der einheitlichen Grundorganisationen, führt.

Die Grundorganisationen unserer Partei, die Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulgruppen, bleiben nicht nur unverzichtbar, sondern sind, wenn wir die Rolle einer kommunistischen Partei richtig verstehen, auch weiterhin zeitgemäß. Die Probleme, die sich bei unseren Wohngebietsgruppen heute häufen, sind im Prinzip Probleme, vor denen auch Betriebs- und Hochschulgruppen stehen. In jedem Fall ist die Grundorganisation der Ort, in dem die Gesamtpolitik unserer Partei diskutiert und mitentwickelt wird, in dem die Frage reflektiert und entschieden wird, wie diese Gesamtpolitik umgesetzt werden kann, wie sie der Bevölkerung in Betrieb, Wohngebiet und Hochschule nahegebracht werden kann.

In den Grundorganisationen fließen die Erfahrungen aus der Arbeit in verschiedenen Politikfeldern zu-

sammen: Erfahrungen aus eigenständiger Massenarbeit der DKP, Erfahrungen aus Bündnisarbeit im Wirkungsbereich der Gruppe. So kann ein Gesamtbild der Lage und der Stimmung der Bevölkerung im jeweiligen Wirkungsbereich entstehen, welche von Wert für die Arbeit jedes einzelnen Mitgliedes ist. Die Grundorganisation ist der wichtigste Ort der Überprüfung unserer Politik, ihrer Wirksamkeit in der Praxis. Sie ist der Ort der Einflußnahme jedes Mitglieds auf die Meinungs- und Willensbildung der Partei. Sie ist der wichtigste Ort der Entwicklung der innerparteilichen Demokratie.

Ohne eine abgestimmte Arbeitsteilung kommt heute keine Parteigliederung aus, kein Bezirk, kein Kreis, auch keine Grundorganisation. Delegierung von Aufgaben, Enfaltung von Selbständigkeit und Einzelverantwortlichkeit sind unabdingbar. Doch müssen Einzelerfahrungen und -kenntnisse in übergreifenden und kollektiven Entscheidungsebenen zusammenfließen und gemeinsam für die Weiterentwicklung der Gesamtpolitik verarbeitet werden. Eine Ersetzung der Ebene der Wohngebietsgruppen durch „Interessengruppen" zu Spezialgebieten würde die Gefahr einer Auflösung und Aufspaltung unserer Gesamtpolitik in sich bergen. Vor allem aber wäre mit einer Ersetzung der Wohngebietsgruppen gewollt oder ungewollt die Tendenz verbunden, eigenständige politische Arbeit der DKP in der Bevölkerung abzubauen oder ganz aufzugeben zugunsten eines bloßen Aufgehens in der Mitarbeit in Bewegungen und Bündnissen. Dies würde nicht nur Schwächung und Zurückziehung der DKP bedeuten, sondern langfristig auch zur Schwächung von Bündnissen und Bewegungen führen.

Wir sind sehr wohl gefordert, uns weitere Gedanken zur Qualifizierung unseres Leitungssystems zu machen um sowohl der Aufgabe von ressortmäßiger Spe-

zialanleitung als auch der Aufgabe der Befähigung der Grundorganisationen zum selbständigen Politikmachen und zur Entwicklung eines vielfältigen Parteilebens besser gerecht zu werden. Dabei werden wir uns um Lösungen bemühen, die bewährte Organisationsgrundsätze nicht in Frage stellen, sondern sie für die heutige Bedingungen schöpferisch anwenden."[25]

Hohe Verantwortung der Kommunisten in demokratischen Bewegungen

Kommunistinnen und Kommunisten in demokratischen Bewegungen tragen eine hohe Verantwortung für das Ansehen ihrer Partei, für die Entwicklung einer Volksbewegung für demokratischen und sozialen Fortschritt, für den Erfolg „ihrer" Bewegung. Von solchen Anforderungen – die selbstverständlich nicht jeder sofort erfüllen kann – müssen wir in unserer Organisationspraxis ausgehen. Die politische Entwicklung demokratischer Bewegungen wie auch die Entwicklung der Genossen, die darin mitarbeiten, darf nicht dem Zufall überlassen bleiben. Es geht daher um die Herstellung von dauerhaften (oder im Einzelfall auch nur vorübergehenden) Verantwortlichkeiten zur politischen Betreuung dieser Parteimitglieder. Notwendig sind sie heute schon auf der Ebene der Kreise, um die Mitarbeit in jeder demokratischen Bewegung auf dem erforderlichen Niveau gewährleisten zu können.

25 Referat der 9. Tagung des Parteivorstandes der DKP, 30./31. 1. 1988. UZ-Eigenbeilage vom 3. 2. 1988, S. 38/39.

III.

Die Organisationsprinzipien der DKP

In Zeiten, in denen sich im gesellschaftlichen Umfeld der Kommunisten sehr viel in Bewegung befindet, nehmen Diskussionen über Aufgaben der Kommunistinnen und Kommunisten zu, und auch die Rolle der Partei wird stärker Gegenstand von Diskussionen. Das ist gut so. Denn hierin zeigt sich, daß ein Aufschwung der Klassenkämpfe, von sozialen und demokratischen Bewegungen, den wir ja für die Bundesrepublik der letzten Jahre feststellen, immer auch ein Anwachsen des Bedürfnisses nach „Bewußtheit sowohl in der theoretischen als auch in der politischen und organisatorischen Arbeit"[1] der Partei mit sich bringt. Daher ist die Diskussion um die Rolle der Kommunisten immer und auch heute eine Diskussion um die organisatorischen Aufgaben der Partei, ihrer Prinzipien, ihrer Wirkungsweise. Und wie in jeder Diskussion geht es darum, was

1 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 408/409

verändert werden soll und was Gültigkeit behält. Auch dies ist eine begrüßenswerte und positive, weil notwendige Erscheinung. Sie wird zum Nutzen des Wirkens der Kommunisten bewältigt werden, wenn es gelingt, dabei Fehler zu vermeiden. Diese können vor allem daraus entstehen, daß

- einerseits unterschiedslos alles für überholt und veränderungsbedürftig erachtet wird. Das bedeutet, mit Überprüfenswertem auch weiterhin Gültiges über Bord zu werfen;
- andererseits ebenso unterschiedslos an allem festzuhalten und damit jegliche Veränderung für unnötig zu erklären.

Der eine Fehler führt zur Aufgabe wichtiger, für die Partei der Arbeiterklasse in allen Etappen ihres Kampfes gültiger Prinzipien, zur Aufgabe ihrer Qualität. Der andere Fehler führt zur Loslösung von aktuellen Anforderungen und damit ebenfalls zur Unwirksamkeit ihrer revolutionären Grundpositionen.

Beides sind falsche Herangehensweisen. Beide berücksichtigen nicht, daß die Partei schon immer ein lebendiger Organismus war. Dieser lebendige Organismus entwickelt sich ständig. In seiner Entwicklung verbinden sich die Bewahrung und Vermittlung der grundsätzlichen Positionen mit den nötigen Änderungen, die mit den objektiven Prozessen im Umfeld der Partei im Einklang stehen müssen. „Diese Veränderung erfordert eine Änderung unserer Methoden nicht nur der Propaganda und Agitation [...] sondern auch der Organisation."[2] Wie es in der Änderung der Methoden von Agitation und Propaganda niemals um das Aufgeben von Klassenpositionen gehen kann, können die Prinzipien der Organisation ebenfalls nicht Veränderungen preis-

2 Lenin, Werke, Bd. 10, S. 18

gegeben werden, weil sie in diesem Bereich das Klassenwesen der Partei bestimmen. Sie können nur mit den Klassen, dem Klassenkampf, dem Klassencharakter gesellschaftlicher Organisationen und damit eben auch der Parteien als besonderer Formen von Klassenorganisationen verschwinden.

Um in der Diskussion über die Rolle der Partei und ihrer Weiterentwicklung heute die richtigen Maßstäbe entwickeln zu können, ist es sinnvoll zu unterscheiden zwischen

- unverzichtbaren (im eben genannten Sinne) Prinzipien der Organisation der Partei;
- heute für die DKP als Partei der Arbeiterklasse der BRD gültigen Normen und Strukturen;
- Formen und Methoden des Organisationsaufbaus.

Geht man davon aus, daß der „Charakter der Organisation einer jeden Institution ... natürlich und unvermeidlich durch den Inhalt der Tätigkeit dieser Institution bestimmt"[3] wird, bestimmt der Klassenauftrag der DKP natürlich den Charakter ihrer Organisation als Ganzes. Die Unterscheidung in den drei genannten Kategorien ergibt sich aus den unterschiedlichen Tragweiten der Aufgabenstellung, ihrem Konkretheitsgrad. Die Prinzipien der Organisation der Partei sind deshalb unverzichtbar, weil sie sich auf das Wesen der Arbeiterklasse, auf ihre historische Mission beziehen und sich aus den Anforderungen des Kampfes der Arbeiterklasse in seiner gesamten Dimension ergeben. Sie gehören zum Allgemeingut der in der Praxis bewährten Theorien von Marx, Engels und Lenin, haben Gültigkeit während der gesamten Zeit des Ringens um die Überwindung des Kapitalismus nicht nur in einer Kampfetappe oder nur in einem Land.

3 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 456

Heute gültige Normen und Strukturen des Organisationsaufbaus der DKP sind dagegen die Anwendung dieser allgemeingültigen Organisationsprinzipien auf die konkrete Aufgabenstellung der Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Sie verbinden die Organisationsprinzipien mit den konkreten Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Kampfes. Das bedeutet, daß sie sowohl unveräußerliche Wesensmerkmale einer revolutionären Organisation zum Ausdruck bringen als auch bestimmte, je nach der konkreten Situation veränderbare Elemente enthalten. Sie sind formuliert in Programm und Statut unserer Partei. Aktuelle Aussagen dazu beinhalten die Thesen des 8. Parteitages der DKP. Normen und Strukturen entsprechen also nach ihrem Wesen den unveräußerlichen Prinzipien. Ihre konkrete Ausformung entspricht der jeweils konkreten Lage der Partei, der objektiven Situation, wie ihrem jeweiligen Entwicklungsstand. Veränderungen sind darum nicht willkürlich möglich, sondern nur in Abhängigkeit von wichtigen objektiven Entwicklungen. Sie festzulegen, ist Sache eines Parteitags, da sie konstituierend für die DKP als Ganzes sind. Sie sind also kein bloßes Spielmaterial. Sie erlauben kein verantwortungsloses Umgehen, aber sinnvolle und nötige Veränderungen. So geschah es auch im Laufe der nunmehr 20jährigen Geschichte unserer Partei; z.B. bei den Veränderungen des Statuts, die der demokratischen Willensbildung und der Wählbarkeit in Parteifunktionen eine andere Gestalt gaben: Auf dem Hamburger Parteitag 1973 wurde den Bezirksdelegiertenkonferenzen das Recht zur Wahl der Delegierten zu den Parteitagen zugesprochen.

Die Grundlage der Organisationsprinzipien der Partei ergibt sich aus der geschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse, Totengräber des Kapitalismus, Erbauer der neuen, der sozialistischen Gesellschaft zu sein. Die-

se Grundlage ist die Einheit von Theorie, Weltanschauung, Politik und Organisation.

Das ist auch eine Absage an die Meinung, entscheidend sei doch der Inhalt der Parteiarbeit, ihrer Theorie und Politik; Verletzungen organisatorischer Prinzipien und Normen könnten kein so großes Gewicht haben. Die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse bestimmt den Charakter der Partei und ihrer Organisationsprinzipien. Gerade die Organisationsprinzipien entscheiden im praktischen Handeln, ob und wie die Partei in der Lage ist, ihre Rolle zu erfüllen. Hier geht es nicht um politische Konjunkturen, Hochs und Tiefs des Klassenkampfes, nicht um Nähe oder Ferne des sozialistischen Ziels. Vielmehr sichern die Oganisationsprinzipien erst die Existenz einer Organisation, die „unbedingt auf eine sehr lange Arbeit berechnet" und „bereit ist, auf ihrem Posten zu sein und bei jedem unerwarteten Zwischenfall, bei jeder Beschleunigung des Ganges der Ereignisse ihre Pflicht zu tun". Und gerade sie gewährleisten – ganz anders, als dies vielerorts aufgefaßt wird – die „notwendige Elastizität [...], sich den verschiedenen und rasch wechselnden Bedingungen des Kampfes sofort anzupassen".[4] Gerade Prinzipienfestigkeit ist die Voraussetzung für die immer wichtiger werdende Flexibilität. Selbst die Wetterfahne ist fest verankert an einem Mast!

Unveräußerliche Prinzipien der Organisation der Partei

Aus der eben umrissenen Aufgabenstellung der Partei ergeben sich die – wie dargelegt – unveränderbaren oder unveräußerlichen Organisationsprinzipien der

4 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 534

Partei, die auch heute ihren Charakter als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse sichern. Sie sind unveränderbar im Hinblick auf die historische Mission der Arbeiterklasse. Sie bildeten sich heraus im Zuge der immer massenhafteren und engeren Verbindung der Theorien von Marx, Engels und Lenin mit der Arbeiterbewegung. Schon im „Manifest der Kommunistischen Partei" sind grundlegende Merkmale der Partei festgehalten. Erfahrungen der Arbeiterbewegung, insbesondere der Pariser Kommune, und die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zur Massenpartei legten Grundlagen. Mit Lenins Wirken erfuhren sie eine entscheidende Weiterentwicklung, Präzisierung und Erneuerung auf der Basis des Marxismus.

Lenin entwickelte sie unter den Bedingungen des Übergangs des Kapitalismus vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus, als auf der einen Seite die sozialistische Revolution als umittelbare Aufgabe auf die Tagesordnung trat und auf der anderen Seite, durch den Opportunismus, durch Revisionismus und Reformismus die Gefahr bestand, aus der Partei der sozialen Revolution eine Partei des sozialen Reformismus zu machen.

Aus dem Vergleich der damaligen spezifischen Situation mit den Fragestellungen der heutigen Umbruchperiode erwachsen unseres Erachtens auch in der gegenwärtigen Situation gewisse problematische Erscheinungen. Aus drei Gründen vor allen Dingen neigen manche Genossinnen und Genossen dazu, auch auf organisatorischem Felde nur noch Neues zu sehen:

- Die Erweiterung der historischen Mission der Arbeiterklasse um die unbedingte Sicherung des Friedens auch unter Bedingungen einer in Klassen und antogonistische Gesellschaftssysteme gespaltenen Welt und um den Schutz der Menschheit vor einer ökologi-

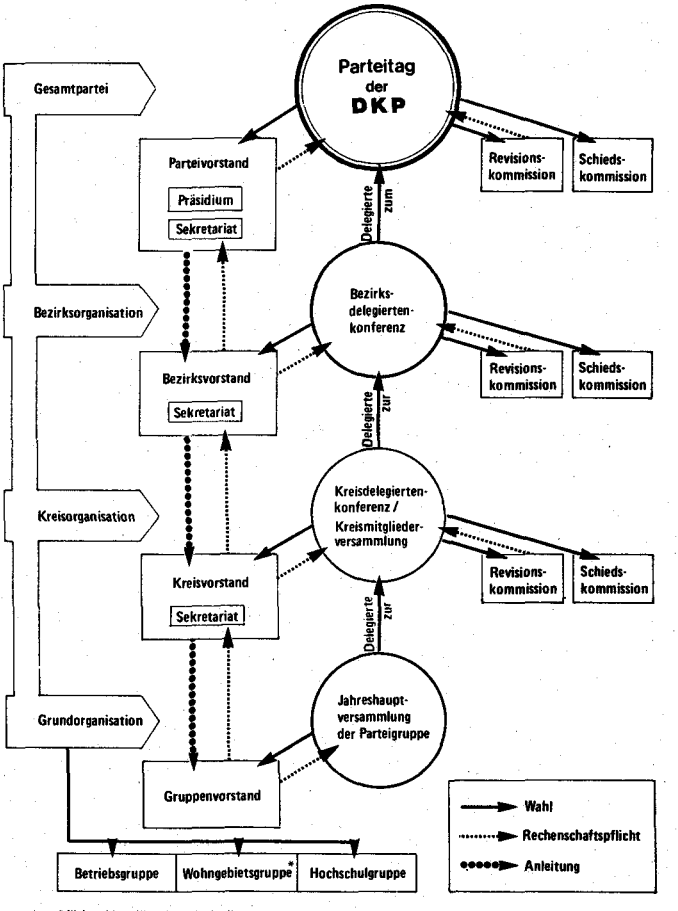
schen Katastrophe wird als Relativierung oder gar als Abkehr von ihrer Aufgabe, die sozialistische Gesellschaft zu erkämpfen, mißverstanden.

- Die Feststellung, daß wir es im internationalen Rahmen noch für eine historisch lange Periode mit dem Nebeneinanderexistieren von Sozialismus und Kapitalismus zu tun haben werden, wird schematisch auf nationale Bedingungen übertragen; aus der realistischen Feststellung, daß die Durchsetzung sozialistischer Bedingungen unmittelbar nicht für die Bundesrepublik auf der Tagesordnung steht, wird eine „Theorie" gemacht, wonach diese Zukunftsinteressen der Bewegung als zu vernachlässigende Größe erscheinen.
- Schließlich entstehen aus den Erfahrungen solcher Anpassungsprozesse des Imperialismus an internationale Kräfteverhältnisse (Überlegungen zur Friedensfähigkeit des Imperialismus), aus einer Überbetonung der Rolle der Produktivkraftentwicklung gegenüber den kapitalistischen Produktionsverhältnissen sowie aus einer klassenneutralen Sichtweise der Rolle des Staates und des Kräfteverhältnisse in der BRD gewisse Illusionen über den Charakter des Übergangs zum Sozialismus.

Unterstrichen sei, daß in allen diesen Fragen durchaus theoretischer Nachholbedarf steckt, gewisse Akzente verändert und teilweise auch Korrekturen vorgenommen werden müssen. Am Zurückstellen unserer theoretischen Arbeit auf diesen Feldern (aber nicht selten auch am Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen erarbeiteter Positionen und Antworten!) knüpfen gewisse Argumentationen fehlerhafter Art an.

Klar ist, daß dies nicht ohne Folgen auch für die parteitheoretische Seite bleiben kann. Wenn es richtig wäre, daß die erweiterte historische Mission der Arbei-

Der Organisationsaufbau der DKP



* Wohngebiets- (Orts- bzw. Stadtteil)-gruppe

Abbildung aus „Leitfaden für die Gruppenarbeit"

terklasse deren Minderung bedeutet; wenn es richtig wäre, daß es eine Minderung des Stellenwertes der sozialistischen Zielsetzung (fast gegen Null) gäbe; wenn es stimmte, daß die Möglichkeiten eines anderen als eines revolutionären Übergangs zum Sozialismus wachsen; wozu wäre dann noch eine Partei nötig, die den „Klassenkampf zu organisieren" versteht, alle seine Formen beherrschen, einheitlich handeln und diszipliniert und geschlossen einem erfahrenen und gefährlichen Gegner gegenübertreten kann? Um so wichtiger ist es, in einer veränderten Situation das richtige, dialektische Verhältnis von Weiterentwicklung und Bewahrung zu erkennen und in der Praxis anzuwenden.

Die neue Qualität im Kampf um Frieden entstand in einer Welt, die in Klassen und unterschiedliche Systeme gespalten und doch das gemeinsame Haus der ganzen Menschheit ist. Die Sicherung des Friedens muß gegen die reaktionärsten und aggressivsten Teile des Großkapitals durchgesetzt werden. Globale Probleme wurzeln vor allem im Raubbauprinzip des Imperialismus. Die Großkonzerne, das Großkapital in unserem Land vergiften den Rhein und vernichten Stahl-, Werften- und Zechenstandorte. Immer mehr Probleme türmen sich zu wirklichen Menschheitsproblemen auf. Ihre Wurzeln liegen nach wie vor in der alten Klassengesellschaft. Die entscheidende Triebkraft ihrer Lösung bleibt nach wie vor der Klassenkampf.

Das unterstreicht auch heute die Bedeutung des Klassencharakters unserer Partei, ihrer revolutionären, sozialistischen Orientierung und die Aufgabenstellung, den Klassenkampf in allen seinen Formen gegen einen erfahrenen und entschlossenen Gegner zu organisieren. Aus dieser Aufgabenstellung im Klassenkampf leitet sich ab, daß das zweite grundlegende Prin-

zip des Wirkens der Partei die dialektische Verbindung von Zentralismus und Demokratie sein muß. Je nach historischer Situation und Erfordernissen des Kampfes liegt ein unterschiedliches Gewicht auf beiden Elementen. Diese Verbindung von Zentralismus und Demokratie entspricht

- dem Charakter der Arbeiterklasse, ihren einheitlichen; über alle Differenzierungen hinweg bestehenden Interessen als Klasse;
- der einheitlichen im nationalen Rahmen zu lösenden Aufgabenstellung der Erringung der politischen Macht;
- den Anforderungen gegen einen ebenfalls einheitlich handelnden und gerade auf Aufspaltung setzenden Klassengegner.

Es wäre einseitig, das notwendig zentralisierte Handeln, die Einheitlichkeit, nur aus dem Wirken des Gegners zu erklären, so, als sei der Zentralismus ein notwendiges Übel, wie es manchmal anklingt.

Ebenso ist es zu schematisch,

- die demokratische Seite dieses grundlegenden Prinzips nur der Diskussion und Willensbildung zuzubilligen und
- den Zentralismus nur des notwendigen einheitlichen Handelns wegen wirken zu lassen.

Sowohl Willensbildung, Weiterentwicklung unserer Theorie und Politik als auch Handeln und Aktionstätigkeit der Partei enthalten demokratische und zentralistische Elemente. Zugleich bedeutet Handeln der Partei immer auch Orientierung auf die dezentralisierte Aktion, das dezentralisierte Wirken im Betrieb und vor Ort.

Die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes wie auch der Reifegrad einer Partei legen aber unterschiedliche Betonungen auf Demokratie und Zentralis-

mus, genauso wie die unterschiedlichen Formen des Klassenkampfes je nach Klassenkampfbedingungen unterschiedliche Bedeutung erlangen.

Es ist eine ständige Aufgabe, die demokratische Willensbildung in der Partei wie die breiteste Einbeziehung aller Mitglieder in alle Aktivitäten maximal zu entfalten. Dabei ist aber auch zu berücksichtigen, daß unter den Bedingungen des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung der hundertprozentige Demokratismus leicht gefährliche Spielerei werden kann und nicht erreichbar ist.[5]

Kampfbedingungen im Kapitalismus sind immer feindliche Bedingungen für das organisatorische Wirken einer kommunistischen Partei. Die Konkurrenz führt immer wieder zur Aufspaltung der Interessen der Arbeiterklasse. Die Partei muß Weltanschauung, Theorie und Politik immer aus der Position der Minderheit entwickeln. Die Weltanschauung der Arbeiterklasse steht immer gegen vielfältige, aber herrschende Schattierungen der bürgerlichen Ideologie. Schließlich verfügen die Herrschenden zu jeder Zeit über Mittel und Methoden zur Einflußnahme gegen die Partei bis hin zur Verfolgung. All dies schränkt die Möglichkeiten des Demokratismus ein.

Wenn heute teilweise das zentrale Element der innerparteilichen Demokratie als „Belastung" empfunden wird, kann die richtige Schlußfolgerung nicht sein, unsere Organisationsprinzipien über Bord zu werfen. Vielmehr müssen wir gemeinsam bemüht sein um die Hebung des ideologischen Niveaus in dieser Frage und darum, vorhandenen Verletzungen unserer Organisationsprinzipien und eventuellen fehlerhaften Umsetzungen auf die Spur zu kommen und zu korrigieren.

5 Vgl. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 496

Die richtige, dialektische Verbindung des demokratischen und zentralistischen Elements marxistischer Organisationspolitik stellt unter verschiedenen geschichtlichen Bedingungen immer wieder neue Anforderungen, auch ideologischer Art. Auch wir sind heute vor solche neuen Herausforderungen gestellt.

Was bedeutet das im einzelnen?

Da ist zum *ersten* die Einheitlichkeit der Partei und ihre Leitung von einem Zentrum aus. Das entspricht den einheitlichen Klasseninteressen, der Notwendigkeit des einheitlichen Handelns gegen den Klassengegner und der Aufgabe, die Arbeiterklasse als Klasse zu organisieren und zu führen, die ihren Kampf jeweils nicht nur im lokalen, sondern im nationalen Rahmen entwickeln muß. Nur so kann der zunächst spontane und vereinzelte Kampf zum politischen Klassenkampf werden. Die revolutionäre Arbeiterbewegung hat die Einsicht darin in einem historischen Prozeß des Kampfes gewonnen; das stellt eine große Errungenschaft dar. Die Möglichkeit und Notwendigkeit bestimmter Schwerpunktsetzungen, die Orientierung einzelner Untergliederungen der Partei auf besondere Spezialgebiete steht in keinem Gegensatz zur einheitlichen Führung der Partei durch den Parteivorstand. Ebensowenig steht diese einheitliche Führung im Gegensatz zur initiativreichen örtlichen Arbeit der Grundorganisationen. Lenin selbst hat sich immer wieder mit diesem Wechselverhältnis auseinandergesetzt. Er sah das örtliche Handeln als „Voraussetzung" für die einheitliche Führung an und stellte fest, daß eine solche einheitliche Führung „machtlos sein wird, wenn wir nicht gleichzeitig eine maximale Dezentralisation durchführen, ..."[6]

6 Lenin, Werke, Bd. 6, S. 241.

Da ist zum *zweiten* die Wählbarkeit und Rechenschaftspflicht aller Vorstände und Sekretariate der Partei. Das ist Ausdruck des demokratischen Charakters der DKP, schafft in demokratischer Weise die organisationspolitischen Voraussetzungen für ihr Handeln als ein einheitliches Ganzes, von unten bis oben und umgekehrt. Geht man auch hier von der Einheit von Ideologie, Politik und Organisation aus, wird der qualitativ andere Charakter von Wahlen und Rechenschaftspflicht in einer kommunistischen Partei gegenüber bürgerlichen Parteien deutlich. Wahlen sind dort Ausdruck des Widerstreites unterschiedlicher Richtungen. Kandidatur um Funktionen und Posten dient dort der Durchsetzung politischer Positionen, den Rivaltitäten von Fraktionen und persönlicher Karriere. In einer kommunistischen Partei sind Wahlen nicht Ausdruck von Zerrissenheit und gegensätzlicher Interessen. Wahlen und Rechenschaftslegung dienen der Sicherung ihrer Einheitlichkeit.

So sehr Lenin unter zaristischen Bedingungen vor Fehleinschätzung der Kampfbedingungen und sorglosem Demokratismus warnte, bezeichnete er „erstens vollständige Publizität und zweitens Wählbarkeit" als „Vorbedingungen" für den demokratischen Aufbau der Partei.[7]

Drittens zählen zu den Prinzipien der Parteiorganisation die Kollektivität, die Einbeziehung der ganzen Partei in die Erarbeitung, Beschlußfassung und Umsetzung der Politik. Kollektivität bezieht sich auf die Partei als Ganzes wie auf die Parteigruppen und Vorstände. Sie ist sowohl Ausdruck der politisch-ideologischen Geschlossenheit wie auch deren Garantie. Sie schließt Einzelverantwortung ein, aber nicht nur für ein be-

7 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 495.

stimmtes Ressort, sondern die Verantwortung jedes einzelnen für die gesamte Partei. So sah Lenin einerseits die Pflicht jedes einzelnen zur Information nach oben (denn woher soll die Parteiführung ihr Wissen erhalten, wenn nicht zuerst von der Vielzahl ihrer Mitglieder, der Gruppen, „vor Ort"?) als die Voraussetzung für maximale Organisiertheit an. Ebenso betonte er die Einbeziehung der ganzen Partei, die organisierte Nutzung der „Parteiöffentlichkeit" als wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung einheitlicher Auffassungen, für die Klärung von Meinungsverschiedenheiten.[8]

Viertens gehört zu den Prinzipien unserer Partei, zu den Voraussetzungen ihres Wirkens und ihrer Weiterentwicklung das Prinzip von Kritik und Selbstkritik. Es bestimmt das Verhältnis zu ihren eigenen Erfahrungen, zu den negativen wie positiven. Es ist nicht etwa ein Prinzip, das nur bei Fehlern wirksam wird. Im Gegenteil: Es bestimmt das Verhältnis der Partei zu Ihrer Aufgabenstellung und deren Umsetzung, es lebt in der Einheit von Theorie und Praxis, sichert die Weiterentwicklung der Politik der Partei. Kritik und Selbstkritik helfen, eine gültige Politik zu entwickeln und von realistischen Positionen auszugehen. „Für jede lebendige und mit dem Leben eng verbundene Partei ist Selbstkritik zweifellos unbedingt notwendig."[9]

Fünftens: Eine Politik, die sich aus dem einheitlichen, demokratischen, kollektiven, kritischen und selbstkritischen Prozeß der Beschlußfassung und Rechenschaftslegung heraus entwickelt, begründet die Verbindlichkeit der Beschlüsse als eine Voraussetzung für das einheitliche Handeln. Da die übergeordneten Vorstände infolge der oben dargelegten Organisations-

8 Vgl. Lenin, Werke, Bd. 6, S. 239–241

9 Lenin, Werke, Bd. 8, S. 450. Vgl. Auch: Lenin, Referat über die NÖP, Werke, Bd. 33, S. 74f.

prinzipien über einen besseren allgemeinen Überblick über die Lage im ganzen Land, in allen Bereichen der Arbeiterbewegung, auf allen Feldern der Klassenauseinandersetzung verfügen, ist das nur logisch (und notwendig!).

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß Beschlüsse der jeweils übergeordneten Organe für die nachgeordneten Parteigliederungen verbindlich sind. Ebenso ist keine Demokratie möglich ohne Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Verbindlichkeit der beschlossenen Politik begrenzt in diesem Sinne den für die Entwicklung der Politik auch notwendigen Meinungsstreit. Es kann, es soll, es muß diskutiert werden. Aber nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Diskussion muß der Klärung dienen, muß hinführen zu einem Beschluß über das, was zu tun ist. Und das ist dann bindend, verbindlich für alle Parteimitglieder, ohne Unterschied. Eben das unterscheidet die marxistische Partei von einem Debattierclub, gibt der breiten demokratischen Diskussion erst die Wirksamkeit, ihren Sinn, der ja im erfolgreichen praktischen Wirken der Partei liegt.

So organisiert dient die Verbindung von breiter innerparteilicher Diskussion und einheitlicher Aktion, von Demokratie und Zentralismus der notwendigen Einheit der Partei. Sie ist für die Arbeiterklasse enorm wichtig, ist Voraussetzung für den Erfolg im Kampf um Tagesforderungen wie um das sozialistische Ziel. „Eine Frage beraten, die verschiedenen Meinungen äußern und anhören, die Ansicht der Mehrheit der organisierten Marxisten ermitteln, diese Ansicht in einem Beschluß zum Ausdruck bringen, diesen Beschluß gewissenhaft durchführen – das bezeichnet man überall in der Welt als Einheit."[10]

10 Lenin, Werke, Bd. 19, S. 515.

Das *sechste* Prinzip besagt: die Rechte und Pflichten aller Mitglieder der Partei sind gleich. Alle unterliegen den Beschlüssen, alle sind verpflichtet auf das Programm und das Statut der Partei. Für alle gilt eine einheitliche Parteidisziplin.[11]

Aus den hier vorgetragenen Überlegungen folgt, daß wir gegen Fraktionen in der Partei sind. Was heißt das konkret? Die Einheit der Partei als Zusammenschluß Gleichgesinnter ist mit Fraktionen als Gruppierungen auf einer eigenen politisch-programmatischen Grundlage unvereinbar. An die Stelle der Verbindlichkeit der Beschlüsse der Partei tritt die Verbindlichkeit solcher eigenen, von der Gesamtpolitik abgegrenzten politischen Plattformen, tritt eine Fraktionsdisziplin. Das zerstört die Einheit der Partei, führt zur Spaltung.[12]

Die Darstellung der unveräußerlichen Prinzipien der Organisation der Partei bliebe unvollständig ohne das Prinzip, wonach die Grundorganisationen „die Grundlage der gesamten Parteitätigkeit" sind. Dies mag als platte Selbstverständlichkeit oder als unnötiger Formalismus abgetan werden. Oft haben es aber gerade die „Binsenwahrheiten" in sich. Gerade mittels der Grundorganisationen erweist sich die Partei als Kraft an der Basis. Sie sind der Platz und das Instrument der Partei, über die sich sowohl ihr praktisches Wirken entfaltet, und ihr beständig neue Erfahrungen und Impulse zufließen. Lenin bezeichnete es als „Hauptfrage", die zentrale Führung der Partei mit der selbständigen örtlichen Tätigkeit der Grundorganisationen zu verbinden.

Die Grundorganisationen verbinden die Partei mit der Arbeiterklasse, dem werktätigen Volk. Sie sind die

11 Vgl. u.a. Lenin, Werke, Bd. 6, S. 238f.
12 Vgl. Gerns, W./Steigerwald, R.: Antimonopolistischer Kampf heute. VMB. Frankfurt/M. 1983, S. 210.

entscheidende Schaltstelle in der Einheit der Organisationsprinzipien. Sowohl der gesamte demokratische Prozeß als auch das organisierte Handeln, die Entwicklung von Kollektivität, Einzelverantwortlichkeit und die Einbeziehung aller Mitglieder spielen sich in sehr hohem Maße in und über die Grundorganisationen der Partei ab.

In den Grundorganisationen verwirklichen sich die Rechte und Pflichten der Mitglieder. Deshalb gehört die unbedingte Mitgliedschaft und das Wirken in einer Grundorganisation der Partei zu den wichtigen Grundsätzen der DKP.[13]

Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse baut sich auf der Grundlage des Betriebs- und Territorialprinzips auf.

Die Bildung von Grundorganisationen in den Betrieben entspricht besonders der Orientierung der Partei auf die Arbeiterklasse, auf die Organisierung all ihrer Kämpfe gerade dort, wo sie konzentriert und in der Produktion organisiert ist, wo Gewerkschaften wirken, wo sich aber auch die Macht des Kapitals konzentriert, seine Nervenzentren liegen, die Klassenkonfrontation unmittelbar stattfindet.

Das erklärt die große Bedeutung, die auch unsere Partei der Entwicklung von Betriebsgruppen vor allem in den Konzernbetrieben der materiellen Produktion beimißt. Das ist keine augenblickliche oder nebensächliche Aufgabenstellung, sondern ergibt sich aus dem Klassencharakter und den Organisationsprinzipien einer marxistischen Partei.

13 Vgl. Lenin, Werke, Bd. 7, S. 240.

Normen und Strukturen der Parteiorganisation der DKP

Im Programm der Deutschen Kommunistischen Partei sind im Abschnitt VI. „Die Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse – Für die Stärkung der DKP und die Erweiterung ihres Masseneinflusses" die eben erläuterten Organisationsprinzipien für unsere Partei formuliert. Auch hier wird von den grundsätzlichen, klassenmäßigen Aufgabenstellungen der Partei ausgegangen. Es wird die Einheit von weltanschaulichem, politischem und organisatorischem Wirken charakterisiert. In den Unterabschnitten „Prinzipien des innerparteilichen Lebens" und „Die Grundorganisationen" sind die für die DKP gültige Formulierung der unveräußerlichen Organisationsprinzipien einer revolutionären Arbeiterpartei zu finden.[14] Diese Prinzipien sind – wie einleitend gesagt – in ihrer Formulierung veränderbar, ihrem Wesen nach aber würde ein Abgehen von ihnen den Charakter der Partei von Grund auf berühren. Je nach Situation und aktuellen Anforderungen in der Entwicklung der Partei lassen sich bestimmte Seiten des Organisationsgefüges präzisieren, ja, zur Weiterentwicklung auch mit größerem Gewicht versehen. So beleuchtet die These 40 der Thesen des 8. Parteitages der DKP mit der Darstellung der Einheit von Weltanschauung, Politik und Organisation der DKP, genauer und entsprechend neuer Anforderungen den Charakter des Diskussionsprozesses in unserer Partei, die erhöhten Anforderungen an ihn und die Einheit von Diskussion und praktischer Umsetzung. Das sind Aktualisierungen, aber Aktualisierungen von etwas, das in seinem Wesen fortbesteht.

14 Programm der DKP, S. 83f.

Aufbauend auf den Prinzipien der Parteiorganisation ergeben sich *Normen* für das innerpartliche Leben, Strukturen für den Organisationsaufbau und sein Funktionieren, die das Wirken der Partei im Sinne der Prinzipien und ihrer Aufgabenstellung erst ermöglichen sollen. Sie sind nicht unveränderlich, sondern entsprechen der Kampfetappe, den gesellschaftlichen Bedingungen unseres Landes.

Sie sind formuliert in Programm und Statut der DKP.

Der Programmabschnitt *„Was Kommunist sein heißt"* formuliert Normen und Anforderungen für das Mitglied der DKP. Als Einheit mit diesen Programmaussagen enthält das Statut die Bedingungen der Mitgliedschaft, Rechte und Pflichten der Mitglieder, die Organisierung und Mitarbeit in einer Grundorganisation der DKP, der Teilnahme an der Erarbeitung der Politik der Partei, ihrer Diskussion, Beschlußfassung und praktischer Umsetzung, die Verpflichtung zur verbindlichen Beachtung der Beschlüsse der Partei u.ä. Weiter legt das Statut – als Grundgesetz der DKP – den Organisationsaufbau, seine Struktur und Wirkungsweise fest.

Es regelt die Zuständigkeiten bei Delegierungen zu Konferenzen und Parteitagen, die Verfahrensweise und Kompetenzen bei Beschlußfassungen und die Grundsätze für die Durchführung von Parteiwahlen sowie Parteiordnungsmaßnahmen.

Strukturen regeln die Art und Weise, wie Normen umgesetzt werden. Konkret geht es vor allem um Regeln über den Parteiaufbau, sie entsprechen der engen Verbindung von Demokratie und Zentralismus. Sie sichern z.B. die Rolle der Organisationsgliederungen, der Vorstände, Sekretariate und Kommissionen, etwa die Rolle des Parteivorstandes als einheitliches Führungs-

organ der gesamten Partei zwischen den Parteitagen. Die Strukturen umfassen heute die Ebenen Parteivorstand, Bezirk-, Kreis- und Grundorganisationen. Sie sehen auf der Ebene der Grundorganisationen Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulgruppen, aber auch die Möglichkeit zur Bildung von Stadtteilorganisationen vor.

Normen wie Strukturen sind – wie bereits dargelegt – veränderlich. In der Praxis unserer Partei sind sie, wie schon angeführt, verändert worden. Darüber beschließt der Parteitag, der auch über das Programm und über Änderungen des Statuts mit Zweidrittelmehrheit befinden kann. Normen und Strukturen sind also nicht willkürlich veränderbar, sind keine Verfügungsmasse, sondern gehören zu den die DKP als Partei der Arbeiterklasse unter den Bedingungen unseres Landes konstituierenden Elementen.

Mit sich aus den objektiven Bedingungen ändernden Anforderungen oder mit der Entwicklung der Partei sind hier Veränderungen denkbar und möglich.

Im Programm und im Statut niedergelegte Normen und Strukturen der Partei umfassen eine Vielfalt festgelegter Wege und Formen ihres Wirkens, des innerparteilichen Lebens, der Willensbildung und der Umsetzung der beschlossenen Politik. Längst nicht alle Mitglieder, Funktionäre, Grundorganisationen und Vorstände verfügen über ausreichende Kenntnis dieser Möglichkeiten, die für die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie und zur Erhöhung der Wirksamkeit der Partei benutzt werden können und müssen. Diese wichtigsten organisationspolitischen Grundlagen der Partei ermöglichen, ja erfordern mehr als heute eine umfassende Praktizierung. Hier liegen große Aufgaben und Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie.

Formen und Methoden im Organisationsaufbau der Partei

Aufbauend auf den (unveräußerlichen) Prinzipien und den (veränderbaren) Normen und Strukturen des Parteiaufbaus, gibt es eine Fülle von Formen und Methoden für die Organisierung der Tätigkeit der Partei. Sie basieren teilweise auf für die gesamte Partei verbindlichen Beschlüssen und Orientierungen, erfassen die Partei in allen ihren Ebenen und Untergliederungen, teilweise gelten sie aber auch nur für bestimmte Stränge und Aufgabengebiete oder entsprechen besonderen Aufgabenstellungen der Partei oder bestimmter Parteigliederungen. Hier sei nur auf die Möglichkeit verwiesen, über die Bildung und das Wirken von Betriebsaktivs zur Schaffung neuer Betriebsgruppen zu kommen.[15] Sie stehen natürlich in einem Zusammenhang mit der grundsätzlichen Rolle der Partei, den Prinzipien, Normen und Strukturen. Sie leiten sich unmittelbar aus nachgeordneten und spezifischen Aufgaben ab.

Das betrifft u.a. die Führungs- und Anleitungstätigkeit der Vorstände und Sekretariate.

Die Vorstände und – insbesondere – die Sekretariate umfassen bestimmte, mit Einzelverantwortung verbundene Funktionsbereiche. Davon sind eine ganze Reihe in dem Sinne „traditionell", als sie wesentlich sind für die Arbeitsweise einer marxistischen Arbeiterpartei. (Solche Funktionsbereiche sind z.B. Vorsitzende/r, Organisations- und Personalpolitik, Marxistische Bildung, Öffentlichkeitsarbeit, Betriebe und Gewerkschaften, Kassierung.) Zugleich sind gerade in den letzten Jahren im Parteivorstand und verbindlich für die

15 Beschluß der 6. Tagung des Parteivorstands der DKP, 13./14. 11. 1982.

Bezirksebene solche Sekretariatsbereiche geschaffen worden wie Bündnis- und Frauenpolitik.

Die Anleitungstätigkeit vollzieht sich über Beratungen, über direkte und persönliche Anleitung, auf schriftlichem Weg. Das Telefon wird bekanntlich zuviel benutzt. Offen gesagt: Da hören „Unbefugte" mit. Es ist je nach Ebene der Partei und nach Einzelverantwortlichkeit bzw. Arbeitsbereich unterschiedlich, ob es hier einen durchgängigen Organisationsstrang mit Beratungen bis zur Kreisebene gibt wie über die Vorsitzenden, Bildungsverantwortlichen, oder ob es dafür Beratungen der unterschiedlichsten Zusammensetzung und im unterschiedlichsten Turnus gibt.

Arbeitskreise und zeitweilige Treffen und Beratungen wie z. B. der „Tag des Gruppenvorsitzenden" sind Formen und Methoden, die in unterschiedlicher Art und Weise den Organisationsaufbau und die Tätigkeit der Partei unterstützen. Im Blickfeld muß bleiben, daß z. B. Arbeitskreise bewährte Hilfsinstrumente der Vorstände sein können, aber nicht beschlußfähig sind und die Funktion der Vorstände nicht ersetzen können. Es gibt Aktivtagungen, Funktionärskonferenzen etc.

Solche Formen und Methoden sind heute schon *ein* Bereich in der Organisationspolitik der Partei, der eine große Vielfalt und Flexibilität aufweist. Immer ist dabei aber zu beachten: Sie müssen den Aufgaben der Partei angemessen sein. Sie müssen die Realisierung der Organisationsprinzipien unterstützen, den Normen und Strukturen, wie sie für die Partei heute verbindlich sind, entsprechen und diese nicht schwächen oder außer Kraft setzen. Dies gilt insbesondere für

- die jeweils beschlußfassenden Organe, also Delegiertenkonferenzen, Vorstände, Sekretariate und Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen;

- die Parteigruppen, die als Nutznießer von Beratungen und Arbeitskreisen immer im Mittelpunkt der Überlegungen stehen müssen.

Insgesamt handelt es sich bei den Formen und Methoden im Organisationsaufbau der Partei nicht um einen Bereich, in dem Wildwuchs zulässig wäre. Ganz im Gegenteil muß auch hier gelten, daß die Aufgabe bestimmt, wie die Organisation aussieht. Auch hier gelten also Prinzipien. Eine bessere Abgestimmtheit und Organisiertheit nimmt dabei gar nichts von der nötigen und praktizierten Flexibilität weg, sondern erhöht vielmehr die Effektivität. Organisiertheit, Klarheit, Zweckbestimmtheit und Kontinuität in der Entwicklung dieser Formen und Methoden gehören zur Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie, zur stärkeren Einbeziehung der ganzen Partei. Dabei dürfen die Grundorganisationen keinesfalls abgedrängt werden.

Zusammenfassung

Der Organisationsaufbau der DKP leitet sich her von ihrer Aufgabenstellung als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, deren gegenwärtigen und künftigen Zwecken sie dient.

Das geschieht unter jeweils konkret-historischen und politischen Bedingungen.

Daher verbinden sich im Organisationsaufbau Prinzipien, die unverzichtbar mit der historischen Mission der Arbeiterklasse zusammenhängen, mit den aus den Erfordernissen und Traditionen des Landes, in dem die Partei wirkt, entspringenden Normen und Strukturen sowie aus den unterschiedlichsten Formen und Methoden, die sich aus praktischen Anforderungen ergeben.

Unter den unverzichtbaren Prinzipien sind drei besonders hervorzuheben:

1. die Einheit von Theorie, Weltanschauung, Politik und Organisation;
2. die dialektische Verbindung von Demokratie und Zentralismus;
3. die Rolle der Grundorganisationen der Partei als ihre Stützpunkte in den Massen.

Sie bestimmen weitere Prinzipien der Partei, die in keine besondere Rangfolge gebracht werden sollten, wohl aber entsprechend den unterschiedlichen Klassenkampfsituationen unterschiedliches Gewicht erhalten können und müssen, wenn der oberste Gesichtspunkt immer die Erfüllung des Klassenauftrages der Partei bleibt:

- Leitung durch ein einheitliches Zentrum;
- Wählbarkeit und Rechenschaftspflicht aller Vorstände und Organe;
- Kollektivität und Einzelverantwortlichkeit, Einbeziehung aller Mitglieder;
- Kritik und Selbstkritik;
- Verbindlichkeit der Beschlüsse, Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, Wahrung der Einheit der Partei;
- gleiche Rechte und Pflichten aller Mitglieder, einheitliche Parteidisziplin;
- Unzulässigkeit von Fraktionen.

Diese *Prinzipien* sind in dem für die DKP gültigen Programm und Statut niedergelegt.

Sie bestimmen *Normen* und *Strukturen* der Organisation der Partei, die für die heutigen Bedingungen den Aufbau der Partei und ihre Wirkungsweise bestimmen:

- Organisationsaufbau und Gliederungen;
- Zuständigkeiten in der Wahl von Delegierten und Vorständen, von übergeordneten Organen;
- Rechte und Pflichten der Mitglieder, Anforderungen an Kommunisten;
- Parteiordnungsmaßnahmen.

Diese Normen und Strukturen sind veränderbar. Sie unterliegen aber der Beschlußfassung des Parteitages bzgl. des Programms und Statuts der Zweidrittelmehrheit der Parteitagsdelegierten.

Schließlich existieren auf den unterschiedlichsten Ebenen, je nach Aufgabenbereich und Parteiebene, weitere Formen und Methoden im Funktionsmechanismus der Partei, die nicht willkürlich, sondern je nach Zweckmäßigkeit und auf Beschluß des jeweils verantwortlichen Organs

- die Aufgabenbereiche in den Vorständen;
- die Tätigkeit von Vorständen und die Anleitung regeln; das sind Beratungen, Arbeitskreise, Aktivtagungen, Funktionärskonferenzen usw.

Sie ermöglichen heute schon eine große Flexibilität bei der Einbeziehung möglichst aller Mitglieder in Diskussion, Erarbeitung, Beschlußfassung der Politik und ihre Umsetzung. Sie müssen der Tätigkeit der Grundorganisationen Unterstützung erweisen und sie in ihrer Bedeutung nicht mindern. Hier hat der Parteivorstand auf seiner 3. Tagung vom September 1986 und auf seiner 9. Tagung im Januar 1988 noch einmal Entscheidendes über die Rolle der Grundorganisationen entwickelt.

Kommunistische Partei und Meinungsstreit – Zur Rolle der Diskussion

Wie wir Kommunistinnen und Kommunisten – auch in manchmal schwierigen Situationen – immer wieder zum einheitlichen, gemeinsamen Handeln kommen, ist für die etablierten Parteien und die bürgerlichen Medien in unserem Land immer wieder eines der größten „Rätsel" der Neuzeit. Da werden regelrechte Legenden erfunden, um dieses „Rätsel" zu lösen. Und die „Lösung"? Wir werden vor allem als ein willenloser oder willfähriger Haufen von Befehlsempfängern angesehen, der möglichst „an den Fäden Moskaus oder Pankows" hängt. Weil unsere Gegner selbst damit so oft Probleme haben, es aus ihrer Arbeit nicht anders kennen oder auch einfach nicht wahr sein darf, was nicht ins antikommunistische Klischee paßt, werden sie nicht müde, für dieses gemeinsame Handeln ihre eigenen Gründe zu erfinden. Diese laufen letztlich darauf hinaus, die Mitglieder der DKP für unselbständig und dumm zu erklären.

Wer uns erlebt, weiß, daß das nicht stimmt. Aber nur wenige Außenstehende ahnen, welche entscheidende Rolle dafür gerade der solidarisch ausgetragene Meinungsstreit, die Diskussion unter Kommunistinnen und Kommunisten spielt. Das stellt hohe Anforderungen an uns. Doch sind wir ihnen immer gewachsen? Wie steht es bei uns mit dem Meinungsstreit, nach welchen Regeln, mit welchen Zielen läuft er ab, welche Probleme entstehen dabei?

Diskussion bedeutet zunächst nichts anderes als Besprechung, Erörterung, Meinungsaustausch. Diskussion vollzieht sich in unterschiedlichen Formen: im Zwiegespräch, in gemeinsamer Beratung, in Aufsätzen und Leserbriefen, oft auch als offene Kontroverse, als Streitgespräch vieler, zum Beispiel auf einer Veranstaltung. Doch eines haben diese Formen gemeinsam: Wann immer Menschen mit ihren stets individuellen, unterschiedlichen Erfahrungen und Beobachtungen zusammenkommen, bedienen sie sich der Diskussion, um ihre Auffassungen gegenüberzustellen, zu vergleichen, zum gemeinsamen Standpunkt zu finden.

Das ist in einer kommunistischen Partei nicht anders. Doch wer sich bei uns organisiert, hat weitergehende Ziele: Er will nicht nur Meinungen und Erfahrungen nebeneinanderstellen, sondern die Lebensbedingungen, die Gesellschaft verändern. Diskussion soll für uns also Mittel zum Zweck sein, um gemeinsam den besten Weg für unser Handeln zu finden. Das verlangt von einer Diskussion viel mehr. Es verlangt Sachkenntnis, gemeinsame Ziele, Solidarität untereinander und offenen Meinungsstreit. Es verlangt eine regelrechte *Diskussionskultur.*

Das ist nicht immer einfach. Ältere Mitglieder unserer Partei haben andere Vorstellungen und Erfahrungen als jüngere, Frauen andere als Männer, ein Maschinenschlosser andere als ein Student. Der eine kommt aus Empörung über Massenentlassungen im Betrieb zur kommunistischen Partei, die andere aus Protest gegen die Rüstungspolitik der Regierung, der dritte vielleicht aus der Überzeugung, daß nur Vergesellschaftung und sozialistische Umgestaltung die großen sozialen Probleme wirklich lösen können. Sie alle wollen aktiv werden, wollen dazu Hintergründe dieser Probleme kennenlernen, die wissenschaftliche Weltan-

schauung von Marx, Engels und Lenin „im Original" in Erfahrung bringen. Daraus ergeben sich unterschiedliche Ansprüche an die Diskussion.

Bedeutung der Diskussion heute

Diskussion beinhaltet immer den Meinungsstreit – denn wenn ohnehin alle dasselbe denken, handelt es sich bestenfalls um die – natürlich auch notwendige – Weitergabe von Informationen. Der Meinungsstreit kann sowohl über den Inhalt der dargestellten Information geführt werden, kann aber auch die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, betreffen. Eine Information, über deren Konsequenzen es sich nicht zu streiten lohnt, ist zumeist langweilig, bewirkt nichts.

Ohne Diskussion, also den organisierten Austausch von Meinungen und Erfahrungen, kann es aber nicht einmal zu einer zutreffenden Information – zum Beispiel durch den Parteivorstand – kommen. Denn die umfassende gesellschaftliche Wirklichkeit, z.B. auch die Erfahrung, ob eine politische Kampagne sich als effektiv erweist, kann nicht „am grünen Tisch", von wenigen Experten allein erfaßt werden.

Gerade wir Kommunistinnen und Kommunisten brauchen darum seit jeher die Diskussion: um uns unserer Ziele und Wege zu vergewissern, um unsere aus Erfahrungen gesammelten Grundsätze an der Realität zu messen – und gegebenenfalls auch weiterzuentwikkeln –, aber auch um der Propaganda des Klassengegners wirksam begegnen und von ihm ausgehende Versuche, uns zu spalten, verhindern zu können. „Wir brauchen das engagierte und konstruktive Mitdenken der ganzen Partei, eine kritische und vorwärtsweisende Diskussion auf allen Organisations- und Leitungsebenen. Wir brauchen einen möglichst entwickelten Infor-

mationsfluß und Meinungsbildungsprozeß von den Grundorganisationen bis zum Parteivorstand und umgekehrt. Und wenn wir heute feststellen, daß es in der ganzen Partei ein starkes Drängen nach mehr Information, nach mehr Einbeziehung in die innerparteilichen Meinungs- und Willensbildungsprozesse gibt, dann haben wir allen Grund, uns darüber zu freuen. Denn das gibt uns zusätzliche Chancen, die ‚kollektive Weisheit' der ganzen Partei zur Beantwortung der jetzt vor uns liegenden Fragen zu nutzen. Das verschafft uns zusätzliche Möglichkeiten, mehr Genossinnen und Genossen in eine aktivere politische Arbeit einzubeziehen und so die Kampfkraft der Partei zu erhöhen. [...] Wir meinen, daß es darauf ankommt, die innerparteiliche Diskussion, insbesondere wenn sie um offene bzw. strittige Fragen geführt wird, nicht nur zu fördern, sondern sie auch planmäßig zu organisieren. Und das bedeutet, daß sich die Vorstände aller Ebenen organisiert und planmäßig in diese Diskussion einschalten müssen."[1]

Ja, richtig gelesen: Insbesondere wenn sie um offene bzw. strittige Fragen geführt wird, ist die Diskussion unerläßlich, hilft es nicht, „über Probleme oder Meinungsverschiedenheiten hinwegzusehen", dann gilt es, sie mit Konsequenz zu klären.ebd., S. 57

Ergebnisse einer Diskussion

Wie schon anfangs erläutert, geben wir uns in der kommunistischen Partei nicht mit einer Diskussion als Selbstzweck zufrieden. Diskussion soll bei uns immer zu einem gemeinsamen, von allen Mitgliedern getragenem Handeln führen. Manche solcher Diskussionser-

1 Referat der 3. Parteivorstandstagung der DKP, 27./28.9.1986, Beilage der UZ vom 4. 10. 1986, S. 51/52.

gebnisse sind nur für die Aktion in der nächsten Woche, für die nächsten Monate oder das nächste Jahr von Bedeutung. Andere Ergebnisse haben hingegen weiterreichende, langfristige Bedeutung, zum Beispiel unser sozialistisches Ziel. Es brächte uns nicht voran, die vielen, in der Geschichte der gesamten Menschheit gemachten Erfahrungen zu „vergessen" und bei Null wieder anzufangen. Es ist daher ein Vorzug unserer Parteiorganisation, diese kollektive Weisheit zu speichern und zur Grundlage unserer Politik zu machen. Das geschieht durch den Beschluß; das geschah vor allem durch den Beschluß über unser Parteiprogramm und unser Statut.

Natürlich ist ein Beschluß, auch ein kommunistisches Parteiprogramm, nichts, worüber es keine Diskussionen mehr geben könnte. Seine Richtigkeit muß sich immer wieder in der Diskussion und im praktischen Handeln bewähren. Und wenn sich herausstellt, daß die gesellschaftlichen Bedingungen sich so sehr gewandelt haben, daß der Beschluß sie nicht mehr ausreichend berücksichtigt, muß der Beschluß, das Programm etc., entsprechend erweitert, verändert, korrigiert werden. Aber solange das nicht in einer kollektiven Diskussion mit anschließendem Beschluß geklärt ist, gibt es keine andere Möglichkeit, einheitlich zu handeln und anderen einheitlich gegenüberzutreten, als auf der Grundlage des vorhandenen Beschlusses. Das schließt die gleichzeitige innerparteiliche Diskussion ja nicht aus, im Gegenteil. Doch alles andere wäre undiszipliniert, verantwortungslos.

In der bisherigen Geschichte der DKP gab es fünf Dokumente von umfassender politischer Bedeutung, die besonders intensiv, in praktisch jeder Parteigruppe und über mehrere Monate hinweg diskutiert wurden – und dabei natürlich auch zahlreiche Änderungen erfuh-

ren: die Grundsatzerklärung des Essener Parteitages 1969 und das hier verabschiedete Statut der DKP, die Thesen des Düsseldorfer Parteitages 1971, das Programm der DKP, das 1978 beschlossen wurde, und die Thesen des 8. Parteitages (1986) zu „Neuen Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit – für eine demokratische Wende".

Heute mag es kaum mehr bemerkenswert erscheinen, daß die DKP bereits 1978 in ihrem Programm als Ergebnis einer breiten, kollektiven Diskussion ihre „entscheidende Gegenwartsaufgabe" wie folgt bestimmte:

„Von den Lebensinteressen des Volkes und den Erfahrungen der Geschichte ausgehend, sieht die DKP ihre entscheidende Gegenwartsaufgabe darin, die Bundesrepublik zu einem Faktor des Friedens zu machen und die vom Großkapital bedrohten sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen zu verteidigen. Sie kämpft für die Erweiterung dieser Rechte und unternimmt alles in ihrer Kraft Stehende, um reale Schritte zur Abrüstung durchzusetzen und den Prozeß der internationalen Entspannung unumkehrbar zu machen."[2]

Heute klingt das selbstverständlich. Heute hat die Friedensbewegung eine Bevölkerungsmehrheit für wirksame Abrüstung gewonnen. Heute müssen, trotz weiterer Rüstungsanstrengungen der NATO, die Pershing II und Cruise-Missiles gemäß dem Washingtoner Abkommen zwischen der UdSSR und den USA vom Dezember 1987 abgebaut werden. Doch damals, 1978, stand den vielen einsichtigen, auch zu jener Zeit schon durchblickenden Menschen im Kampf gegen neue Atomraketen nur eine einzige Partei dieses Landes zur Seite: die DKP. Ihre Programmatik brachte zur rechten

2 Programm der DKP. S. 6.

Zeit die Anforderungen an unser Land zum Ausdruck. Und das war nur möglich aufgrund und im Ergebnis unserer kollektiven Diskussion.

Probleme der Diskussion

Es soll nun nicht der Eindruck erweckt werden, als liefe bei uns eine Diskussion bis hin zum Beschluß immer problemlos ab. Drei solche immer wieder auftauchende Probleme wollen wir im folgenden behandeln:

Erstens: Oft kann ein zentral gefaßter Beschluß nur allgemeine, grundlegende Bedingungen für unser Herangehen an ein Problem benennen. Er kann dabei mehrere Varianten des Vorgehens, je nach gegebener Situation, offenlassen, die zu unterschiedlichem Herangehen verschiedener Parteigruppen führen.

Zweitens: Diskussionen können, ohne daß einer der Beteiligten es will, unproduktiv werden, alle können aneinander vorbeireden, Argumente werden nicht ernst genommen. Wie also können wir eine produktive Diskussionskultur entwickeln?

Und *drittens:* Manche Diskussionen rühren an Grundsätze unserer Partei. Auch dies stellt uns immer wieder vor neue Herausforderungen.

Wenden wir uns nun diesen Problemen zu:

Unterschiedliche Varianten:

In den allermeisten Fällen bieten sich, um ein bestimmtes Problem zu lösen, mehrere Lösungsmöglichkeiten an. Auch ein Beschluß, zum Beispiel den Kampf für Frieden und Arbeit in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen, sagt der Parteigruppe XY ja noch nicht, ob sie nun zum Beispiel eine Unterschriftensammlung starten oder ein Friedensfest durchführen oder noch et-

was ganz anderes tun soll. In solidarischer Diskussion kommen dann mehrere Vorschläge zur Sprache, man einigt sich schließlich – zumeist mehrheitlich – auf eine bestimmte, optimal erscheinende Lösung.

So einen Vorgang kennt so gut wie jeder. Was hat er mit unserem Problem zu tun? Nun, er macht auf einfache Weise klar, was auch für kompliziertere Fragen Gültigkeit hat: Ein Beschluß kann nicht immer alles bis ins letzte Detail zentral vorschreiben, die Suche nach der besten Variante erfordert eine Diskussion, die die konkreten Gegebenheiten vor Ort, die eigenen Erfahrungen, Kräfte und Möglichkeiten berücksichtigt.

Eine solche, kompliziert erscheinende Situation, die im Grunde die gleichen Anforderungen stellte, ergab sich zum Beispiel in der Wahlbündnisfrage. Grundsätzlich beschloß der 8. Parteitag: „Die Orientierung der DKP auf die Schaffung breiter demokratischer Bündnisse gilt für den außerparlamentarischen wie für den parlamentarischen Bereich." Die Form der Verwirklichung einer solchen Politik hänge „von den jeweiligen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen demokratischen und linken Kräften ab". Und weiter: „Das Bemühen um demokratische Wahlbündnisse steht nicht im Gegensatz zu den Anstrengungen um eine eigenständige Kandidatur der DKP [...] Die parlamentarische Präsenz der DKP in diesen kommunalen Schwerpunkten erleichtert das Zustandekommen demokratischer Wahlbündnisse auf allen Ebenen."[3] Die Anwendung dieses grundsätzlichen Beschlusses führt in der Praxis – je nach den Bedingungen – in der Regel zu unterschiedlichen Ergebnissen. Doch der Vorgang ist der gleiche wie im vorangegangenen einfachen Beispiel.

3 Thesen des 8. Parteitages der DKP, Hamburg 1986. S. 92/93, These 36.

Gewiß ist diese Art der Diskussion, wenn sie nicht mit einem grundsätzlichen Beschluß abgeschlossen wird, oftmals sehr mühsam. Sie kann sehr viel Zeit erfordern. Sie kann angesichts vieler drängender Aufgaben gar als störend empfunden werden. Dies gilt vor allem dann, wenn die notwendige Diskussion nicht frühzeitig erfolgt und Entscheidungen unter Termindruck gefaßt werden müssen. Dem läßt sich nur durch eine vorausschauende Planung auf allen Vorstandsebenen vorbeugen. Werden hingegen Probleme nicht ausdiskutiert, dann ist Uneinheitlichkeit im Vorgehen, sind Fehler bei der Planung, ist mangelnde Motivierung der Mitglieder vorprogrammiert.

Unsere Diskussionskultur:

Wie können wir Kommunistinnen und Kommunisten nun miteinander diskutieren, ohne daß es unnötige Reibereien, ein Aneinandervorbeireden, Unterstellungen und ähnliches gibt, sondern vielmehr möglichst richtige, uns nach vorn bringende Entscheidungen am Ende der Diskussion stehen? Das sind Fragen nach unserer Diskussionskultur, also nach den Regeln unseres Umgangs miteinander.

Im Statut der DKP ist ausdrücklich das Recht jedes Parteimitglieds formuliert, „an der Erarbeitung und Beratung der Politik der Partei teilzunehmen. Dabei kann jedes Mitglied seine Ansichten frei und offen darlegen." Wenn darüber gesprochen wird, wie die einzelnen Genossinnen und Genossen sich am Parteileben beteiligen, können diese laut Statut verlangen, persönlich anwesend zu sein. Hinter dem Rücken der Genossinnen und Genossen über sie zu reden, gehört nicht zur Diskussionskultur in der Deutschen Kommunistischen Partei. Zur Diskussionskultur gehört natürlich

das Recht, sich mit jeder Beschwerde an alle Vorstände und an den Parteitag zu wenden; gehört das Recht, „in seiner Parteiorganisation Kritik an der Tätigkeit der Mitglieder und ihrer Vorstände zu üben".[4]

Die Wahrnehmung dieser Rechte setzt die Teilnahme am Parteileben voraus; setzt voraus, daß sich alle Genossinnen und Genossen sachkundig machen, was das Programm der Partei, ihre Politik und Beschlüsse, was das theoretische Selbstverständnis unserer Partei betrifft. Sich dem Parteileben zu entziehen, Unmut oder Kritik dann – über oftmals nur vom Hörensagen bekannte Beschlüsse – irgendwo anders, außerhalb des Parteikollektivs zum besten zu geben, ist unsolidarisch, entspricht nicht unserer Diskussionskultur.

Ebenfalls zur Diskussionskultur gehört unserer Auffassung nach, keine Scheindiskussionen zu führen, die am vorher festgesetzten Ergebnis sowieso nichts verändern oder die völlig abstrakt, ohne erkennbaren Bezug zu den konkreten Aufgaben geführt werden.

Auch müssen wir „stärker darauf achten, daß mehr Raum für einen wirklichen Meinungsaustausch geschaffen wird".[5] Auf eine Diskussion, in der die wirklichen Probleme nicht zur Sprache kommen, sollte grundsätzlich verzichtet werden. Dazu hat gerade die Diskussionsleitung eine besondere Verantwortung.

Deshalb gehört – als Anforderung an jedes Mitglied wie auch an die Vorstände – zur Diskussionskultur: „Wenn es zu bestimmten Fragen unterschiedliche Meinungen gibt, müssen die entsprechenden Diskussionen so geführt werden, daß sie von der Partei mitverfolgt werden können"[6] Bei Problemen, die über die eige-

4 Statut der DKP, Abschnitt 2, Seite 5.

5 Referat der 3. Parteivorstandstagung, 27./28. 9. 1986. Beilage der UZ vom 4. 10. 1986. S. 53.

6 ebd., S. 53.

ne Parteigruppe hinausreichen, heißt das zum Beispiel Diskussionen darüber zu führen in den Mitgliederversammlungen der Gruppe, mit und vor dem Kreisvorstand, in der der revolutionären Arbeiterbewegung verbundenen theoretischen Monatszeitschrift Marxistische Blätter, in der Tageszeitung der DKP **Unsere Zeit** (UZ), auf Bezirksdelegiertenkonferenzen oder auf dem Parteitag. Auf Ortsebene können zum themenbezogenen Erfahrungsaustausch Arbeitskreise eingerichtet werden, es können Runden zu allen offenen Fragen regelmäßig angeboten werden, die Funktionärszeitschrift des Parteivorstandes der DKP, PRAXIS, kann Erfahrungen vermitteln, Anregungen abdrucken usw. Dies zu ermöglichen ist unabdingbare Aufgabe der Vorstände.

Und selbstverständlich gehört zur Diskussionskultur genau zuhören zu können, auf Argumente sachlich einzugehen, unnötige Polemik untereinander zu meiden, dem Diskussionspartner nicht etwas zu unterstellen, was dieser gar nicht gesagt oder gemeint hat.

Kritik und Anregungen von Außenstehenden können – vor allem wenn sie ehrlich gemeint sind – natürlich auch für unsere Diskussion wichtig sein. Ebenso wie wir andere politische Kräfte kritisieren, steht ihnen dieses Recht auch zu. Doch wir verbitten uns dabei, uns Vorschriften machen, in uns „hineinregieren" zu wollen. Zu den richtigen Entscheidungen wollen wir schon selbst gefragt sein.

Diskussion und Parteiprinzipien:

Über die allgemeinen Zielstellungen der DKP gibt es – aufgrund des vorangegangenen Diskussionsprozesses – unter Kommunistinnen und Kommunisten seltener Meinungsverschiedenheiten. Eher stehen konkrete Zielbestimmungen für die aktuelle Situation im Mittel-

punkt der Diskussion. Doch nicht selten hängen solche Fragen, oft nur ganz unscheinbar, mit wichtigen prinzipiellen Aussagen der DKP zusammen, die sozusagen geronnene Erfahrung aus der Geschichte darstellen.

So gab es zum Beispiel in den Anfangsjahren der DKP – sicherlich von Außenstehenden mit angefacht – heftige Diskussionen darüber, ob die DKP nicht den Kampf um parlamentarische Positionen und überhaupt jede Einflußnahme auf Parlamente sein lassen solle. Solche – linkssektiererischen – Positionen brachten den Kampf um parlamentarischen Einfluß in Gegensatz zum außerparlamentarischen Kampf, sahen darin sogar einen „Verrat", das Aufsitzen auf Illusionen in den Parlamentarismus. Oder man riet der DKP, von der Orientierung auf die Gewerkschaften abzulassen, die nur noch „reformistische Erfüllungsgehilfen" des kapitalistischen Staates seien. Aus demselben Grunde solle die DKP auch nicht mit Sozialdemokraten zusammenarbeiten. Von anderer – rechtsopportunistischer – Seite fehlte es zugleich nicht an Ratschlägen, doch endlich von den Staaten des realen Sozialismus abzurükken und die Kritik der bürgerlichen Kräfte zu übernehmen, um dadurch attraktiver zu werden.

Das alles zeigt, daß auch in grundsätzlichen, prinzipiellen Fragen die Diskussion nie ein glatter, reibungsloser Prozeß war. Die DKP hat diese Fragen gelöst und stets ein hohes Maß an politischer Geschlossenheit bewahrt. Das war nicht ohne Diskussion möglich. Aber es verlangte auch, allen Mitgliedern die Lehren aus der Geschichte, zum Beispiel die Tragik fehlender Aktionseinheit der Arbeiterklasse zur Verhinderung des Faschismus, und unsere Grundsätze zu vermitteln. Deshalb muß Diskussion immer auch die gesammelten, in Grundsätzen festgehaltenen Erfahrungen respektieren, darf sie nicht einfach „über Bord wer-

fen". Wenn jemandem von uns Zweifel an der Richtigkeit unserer Erfahrungen kommen, muß er bereit sein, sich diese zum einen erst einmal anzueignen, zum anderen dann in innerparteilicher Diskussion selbstkritisch zu überprüfen, was denn nun tatsächlich dran ist.

Die Einheit von Diskussion und Aktion – ein grundlegender Vorzug der kommunistischen Partei

Diskussion und Aktion sind – genau betrachtet – zunächst einmal Gegensätze, stehen in Widerspruch zueinander: Diskussion – das ist die kollektive Suche nach der richtigen Lageeinschätzung, nach dem richtigen Ziel und dem richtigen Weg. Aktion – das ist hingegen das Beschreiten eines bestimmten Weges, ist eine bestimmte Antwort auf Fragen nach der Lage, dem Ziel und dem Weg.

Manche bleiben jedoch in der Suche nach Wegen, in der Diskussion, stecken, kommen gar nicht erst zur Aktion. Manche erheben das sogar zu einem „Prinzip" und enden als elitäre Diskussionsklubs. Andere wiederum ersetzen eine kollektive Suche, die Diskussion, durch Taktieren, durch formale Kompromisse zwischen den verschiedenen Flügeln, durch bürokratische Reglementierung von oben oder durch einfaches Überstimmen der nicht genehmen Positionen. Dies geschieht oft in den etablierten Parteien unseres Landes.

Diskussion und Aktion in einem dialektischen Prozeß immer wieder zusammenzubringen, zu einer wirksamen Einheit zu machen, erfordert stets aufs neue gezielte Anstrengungen. Dies ist aber ohne eine klare, *gemeinsame* politische Plattform, ohne klare Erkenntnis der Realität, ohne wissenschaftliche Weltanschauung immer nur eingeschränkt, zumeist gar nicht möglich.

So gibt es in unserem Land zahlreiche, durchaus fortschrittliche Gruppen, die meinen, ein solches einheitliches Handeln sei Nebensache oder gar nicht erstrebenswert, weil es die „Autonomie der einzelnen Basisinitiative" einschränke. So jedoch werden bestenfalls auf überschaubarer, kommunaler Ebene noch Erfolge möglich. Andere wiederum, zum Beispiel die Grünen (aber nicht nur sie), klagen in bezug auf sich selbst über „unproduktiven Streit", über „Lähmung", über fehlende gemeinsame Handlungsfähigkeit. Sie sehen wenig oder keine Lösungsmöglichkeiten für das Dilemma, real vorhandene, weit auseinanderliegende gesellschaftspolitische Grundsatzpositionen in der Tagespolitik immer wieder zusammenzubringen. Bei anderen wiederum, zum Beispiel der SPD, wird dieses Dilemma oft durch Taktieren, durch Parteitagsregie und durch Ausgrenzung des marxistischen Flügels „gelöst".

Noch etwas anderes ist die Diskussionskultur – oder besser -unkultur – des Klassengegners: Diskussionen, die das System in Frage stellen oder am Profitprinzip rütteln – zum Beispiel Diskussionen über die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien –, unterbindet er mit unterschiedlichsten Mitteln. Dazu gehören Berufsverbote, scharfe Sicherheitsgesetze und Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, aber auch die Lenkung der Presse durch wenige Medienzaren und monopolistische Nachrichtenagenturen. Solche Heuchelei, die oft gar in Belehrungen über „wirkliche Meinungsfreiheit" ausartet, hat mit unseren Ansprüchen an eine wirkliche Diskussion nichts zu tun.

Aus unseren Ansprüchen ergibt sich stets die Einheit einer breiten, möglichst alle Mitglieder umfassenden Diskussion über alle aufgeworfenen Fragen und Probleme, in Verbindung mit dem für alle Mitglieder

verbindlichen nachfolgenden Beschluß und der einheitlichen Aktion auf der Grundlage dieses Beschlusses.

Zum Schluß: Einige Regeln für die Diskussion

Diskussion will auch bei uns erlernt sein. Wir müssen unsere Diskussionskultur stetig weiterentwickeln. Je besser wir miteinander diskutieren, desto wirksamer werden wir auch mit anderen Menschen reden können. Unsere Ausstrahlungskraft wird wachsen, unsere Überzeugungsfähigkeit zunehmen.

Die nachfolgenden Regeln für die Diskussion, die sicher noch ergänzt werden können, sollen dazu beitragen.

1. Wesen der Diskussion

Diskussion erschließt die kollektive Weisheit aller Mitglieder. Alle Erfahrungen, Ideen, Probleme, von der Basis bis zur Führung, müssen deshalb in sie eingehen. Diskussion in der DKP soll stets das Gegenteil von Kommandieren, Anweisen oder pauschalem Beharren auf einmal vorgegebenen Denkschablonen sein.

2. Zweck der Diskussion

Diskussion ist stets die Vorbereitung gemeinsamen, einheitlichen Handelns. Richtiges Handeln erfordert gedankliche Klarheit, erfordert die Aneignung marxistischer Theorie und ihre Anwendung auf die zur Diskussion stehenden Fragen. Das ist natürlich nicht mit einem Auswendiglernen von Zitaten zu verwechseln.

3. Diskussion muß konkret sein

Diskussion bedeutet nicht abstraktes „Theoretisieren", nicht Klugschwätzen, sondern immer die konkreten Bedingungen genau zu untersuchen, das Neue darin aufzuspüren und Vorschläge zum Handeln kritisch zu beleuchten und dabei von unseren prinzipiellen Positionen auszugehen. Vorgetäuschte Diskussionen, die am einmal gefaßten Beschluß eh' nichts verbessern dürfen, sind nicht zu rechtfertigen.

4. Raum für wirkliche Diskussion schaffen

Gute Diskussionen bringen alle wesentlichen Fragen auf den Tisch. Dazu sind organisierte, das heißt in Ruhe vorbereitete Beiträge zur konkreten Problemdarstellung ebenso nötig wie das spontane, direkte Eingehen auf soeben Gesagtes. Für beides muß ausreichend Zeit vorhanden sein.

5. Anforderungen an den Diskutierenden

Diskussion verlangt einen eigenen Standpunkt, der ein Aufeinandereingehen erst ermöglicht. Zugleich verlangt Diskussion die Kenntnis möglichst aller wichtigen, mit dem Thema zusammenhängenden Tatsachen, um zu einem zutreffenden, auf unserem Programm basierenden Urteil zu kommen. Solche Informationen müssen notfalls vom Vorstand eingefordert werden.

6. Kritik und Selbstkritik bei allen anwenden

Alle Diskutierenden müssen zu Kritik und Selbstkritik bereit sein. Selbstgerechtigkeit und der Anspruch, „allein die Wahrheit gepachtet" zu haben, müssen unterbleiben. In manchen noch so seltsam klingenden Argumenten sind oft reale Probleme enthalten, die es zu beachten gilt. Sachkenntnis und zwingende Argumente, nicht nur die Funktion, sind maßgebend.

7. Diskussion verlangt genaues Zuhören
Diskussionen müssen partnerschaftlich und solidarisch geführt werden. Das verlangt, bei jedem genau zuzuhören, die Meinung des einzelnen unvoreingenommen zu erfassen, ausreden zu lassen und sachlichen Widerspruch nicht mit persönlichen Angriffen zu verwechseln.

8. Diskussion verlangt Selbstdisziplin
Diskussion über unterschiedliche Meinungen darf nicht zu überheblicher Belehrung, Herabsetzung oder gar Beleidigung der anderen führen oder zum Verhör ausarten. Es dürfen auch keine Meinungen unterstellt werden, die nicht gesagt wurden. Diskussion muß frei davon bleiben, eigene Komplexe, Darstellungsbedürfnisse oder Aggressionen loszuwerden.

9. Ort der Diskussion
Diskussionen in unserer Partei haben einen festen Ort: das sind die Mitgliederversammlungen, Vorstandsberatungen, Konferenzen, Veranstaltungen der Partei, sind die Parteischule, Beratungen von Kreisen und Bezirken und Publikationen (UZ, PRAXIS und Mitgliederinformationsschriften). Alles kann dabei thematisiert werden, sofern dies solidarisch und konstruktiv geschieht. Unser einheitliches Auftreten nach außen auf der Grundlage der geltenden Beschlüsse muß dabei gewahrt bleiben.

10. Abschluß der Diskussion
Möglichst jede Diskussion sollte mit einem konkreten Beschluß enden. Das muß bereits in der Diskussion den roten Faden ausmachen. Auch aus scheinbar „rein theoretischen" Themen, zum Beispiel Bildungsabenden, können sich Beschlüsse (für das nächste Thema,

für freiwillige Zusatzliteratur, für die Nutzung in der Gruppenzeitung etc.) ergeben. Ein Mehrheitsbeschluß ist verbindliche Handlungsrichtlinie für *alle* Mitglieder. Gewiß, es ist nicht immer leicht, diese Regeln stets im täglichen Parteileben zu verwirklichen. Da ist man engagiert bei der Sache, will andere mitreißen, findet Einwände „gerade jetzt" sehr störend. Doch wenn wir alle Kräfte unserer Partei mobilisieren wollen, wenn wir diejenigen, die sich lieber raushalten, dazu bringen wollen, sich ebenfalls gemäß unseren Diskussionsregeln aktiv einzuschalten, müssen wir – gerade von seiten der Vorstände – selbst für die Einhaltung unserer Grundsätze sorgen.

Kritik und Selbstkritik

Von allen Grundsätzen kommunistischer Parteien erscheint in der Öffentlichkeit das Prinzip von Kritik und Selbstkritik als eines der geheimnisvollsten. In ihm scheint alles drinzustecken, was man so über Kommunisten hört: Irgend jemand legt irgend etwas fest, keiner weiß Genaues. Dann klappt irgend etwas nicht, oder es läuft nicht so, wie es „die da oben" in der Partei wollen. Dann erwischt es die „ganz unten", die eigentlich gar nicht wußten, um was es ging ... und die halt jetzt verantwortlich gemacht werden. „Von denen da oben", versteht sich. Tatsächlich, so sehen es viele, wenn sie das hören: Kritik und Selbstkritik.

Ein Gedicht von Wilhelm Busch deutet eine weitere Tücke des Objekts an:

Die Selbstkritik hat viel für sich.
Gesetzt den Fall, ich tadle mich,
so hab ich erstens den Gewinn,
daß ich so hübsch bescheiden bin.
Zum zweiten denken sich die Leut'
Der Mann ist lauter Redlichkeit.
Auch schnapp ich drittens diesen Bissen
vorweg den andern Kritiküssen.
Und viertens hoff' ich außerdem
auf Widerspruch – der mir genehm.
So kommt es dann zuletzt heraus,
daß ich ein ganz famoses Haus.

Hier wird „Selbstkritik" zum abgefeimten Trick, um sich selbst in ein besseres Licht zu stellen. Wilhelm Busch erwähnt dabei nirgends eine kommunistische

Partei. Doch – Hand aufs Herz – ist das nicht für viele ein naheliegender Gedanke beim Lesen dieser Zeilen?

Was also hat es auf sich mit Kritik und Selbstkritik in unserer Partei?

Unser Parteistatut sagt direkt, um was es geht. Danach hat jedes Mitglied (unter anderem) das Recht, „in seiner Parteiorganisation Kritik an der Tätigkeit der Mitglieder und ihrer Vorstände zu üben" sowie „in seiner Parteiorganisation und in den Parteipublikationen an der Erarbeitung und Beratung der Politik der Partei teilzunehmen. Dabei kann jedes Mitglied seine Ansichten frei und offen darlegen."[1]

Zugleich hat laut Statut jedes Mitglied (unter anderem) die Pflicht, „der Partei gegenüber aufrichtig zu sein, die eigene Arbeit kritisch zu beurteilen und durch sein Verhalten das Ansehen der Partei zu fördern".[2]

Diese Rechte und Pflichten gelten für alle Mitglieder gleichermaßen, von der Gruppe bis zum Parteivorstand. Darin liegt das ganze Geheimnis von Kritik und Selbstkritik. Nur so kann solidarisches, einheitliches Handeln, kann ein Klima der Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens entstehen, kann die Zielstellung des Parteiprogramms erfüllt werden: „Kommunisten wirken stets dafür, daß das Leben der Partei bestimmt wird durch Kollektivität des Handelns bei gleichzeitiger persönlicher Verantwortung des einzelnen, durch Kameradschaft, Vertrauen und gegenseitige Hilfe, Kritik und Selbstkritik, Aufgeschlossenheit, hohe Klassenwachsamkeit und Moral."[3]

1 Statut der DKP, Abschnitt 2, 4. und 1. Absatz, Seite 5
2 ebd., Absatz 8, Seite 6
3 Programm der DKP. Beschlossen vom Mannheimer Parteitag, 1978. Hrsg. vom Parteivorstand der DKP S. 87

Da steckt eigentlich eine ganze Menge drin, was wir im Zusammenhang sehen. Kritik und Selbstkritik kann als abstraktes, als abgehobenes Prinzip gar nicht wirken. Wer soll wen wofür kritisieren? Wer soll sich selbst wofür kritisieren? Das sind doch Fragen, die niemand beantworten kann, ohne auf die anderen hier genannten kommunistischen Werte Bezug zu nehmen.

Kommunistische Kritik heißt deshalb immer auch Kameradschaft und wechselseitige Hilfe. Kommunistische Kritik heißt immer auch Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Fragen und gegenüber den Problemen, die Gegenstand der Kritik sind. Kommunistische Kritik heißt immer auch Bewußtsein über die eigene Verantwortung, also in diesem Sinne immer auch Selbstkritik. Kommunistische Kritik schließt immer hohe Klassenwachsamkeit ein; wir leben und kämpfen eben in einem imperialistischen Land, dessen herrschende Klasse außerordentlich erfahren ist und alles daransetzt, den Einfluß der Kommunistischen Partei klein zu halten.

Ein Überdecken von Meinungsverschiedenheiten, ein Verschweigen von Kritik (durch den Kritisierenden) oder ein Unterdrücken von Kritik (durch den Kritisierten) sind mit unseren Prinzipien von Kritik und Selbstkritik nicht vereinbar. Denn daraus entsteht kein gemeinsames Handeln. Im Gegenteil: Ein Klima der Offenheit, in dem alle Genossinnen und Genossen an der Entwicklung und Umsetzung der gesamten Politik mit ihrer Meinung, ihren Anregungen mitwirken, ist der einzige Garant für das Erreichen unserer politischen Ziele, für die Stärkung der DKP. Niemand bei uns ist allwissend. Daher ist es auch selbstverständlich, daß wir im politischen Kampf Fehler machen können – die vermeidet nur, wer gar nichts tut. Lenin mahnte daher: „Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben,

analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten."[4]

Also, Ehrfurcht im Sinne von erstarrter Unterwürfigkeit kennen wir nicht – und das ist gut so, auch wenn es mitunter nicht angenehm ist. Parteiversammlungen, auf denen „die Funken sprühen" – zum Beispiel bei der Arbeitsplanung –, gibt es zuhauf. Nicht selten bekommen da auch „höhere" Funktionäre ihr „Fett ab": „Was habt ihr denn da wieder gemacht? Könnt ihr nicht andere Beschlüsse fassen...?" heißt es, und dann geht es „zur Sache". Kein Mitglied, kein Funktionär ist bei uns davor geschützt, kritisiert, direkt angegangen zu werden.

Schön, mag die Leserin oder der Leser nun sagen, aber was heißt das konkret, in der Praxis? Wie wirken sich Kritik und Selbstkritik da aus? Gut, wir greifen uns mal ein Besipiel heraus.

Ein ganz einfaches Beispiel

Nehmen wir einmal an, irgendeine Parteigruppe in einem Stadtteil einer Großstadt berät, wie sie sich aktiv in den Kampf der Bevölkerung dieses Stadtteils um eine menschengerechte Stadtteilplanung (mit all ihren Konsequenzen und Verästelungen) einschaltet. Da wird dieser und jener Vorschlag, dieser und jener Plan beraten, da nimmt sich die Parteigruppe vor, in diese oder jene Aktion einzusteigen, diese oder jene Initiative zu ergreifen. Na schön, alles, was man in solchen Fällen zu erörtern pflegt.

Es sind aber nur siebzig Prozent der Mitglieder der Gruppe anwesend. Schon ein wenig schwierig für

4 Lenin, Werke, Bd. 31, S. 42

die innerparteiliche Demokratie, für Kritik und Selbstkritik. Denn wer nicht da ist, kann nicht mitwirken, mitarbeiten, Gedanken und Anregungen mit einbringen, kann also an anderen Vorschlägen keine Kritik üben. Und setzt seine Vorschläge nicht der Kritik der anderen aus.

Nun gut, siebzig Prozent sind nicht wenige. Diese Mitglieder der Parteigruppe fassen nun einen Beschluß, in dem alles drin ist, was sie sich vornehmen: welche politischen Ziele sie in dieser Frage verfolgen, wie sie ihr Eingreifen organisieren wollen, was sie tun werden.

Dann wird, sagen wir, der Vorstand beauftragt, den Beschluß mit dem Kreissekretariat abzusprechen, also mit dem Leitungsorgan der Partei, welches nicht nur für diesen Stadtteil, sondern für die ganze Stadt die Verantwortung trägt. Normalerweise geht jetzt alles klar: Die Genossinnen und Genossen im Kreissekretariat sagen, ist ja toll, was ihr euch dort alles vornehmt, macht euch ran, und bringt was Ordentliches zustande. Können wir euch irgendwie helfen?

Es kann aber ganz anders kommen: Die Genossinnen und Genossen im Kreissekretariat sagen: Hättet ihr uns nicht einmal *vorher* fragen können? Das paßt doch gar nicht zu den Planungen der Parteigruppe im Nachbarstadtteil und entspricht überhaupt nicht dem, was sich die DKP in der ganzen Stadt als Ziel in Sachen Stadtplanung gestellt hat.

Was ist passiert? Der Beschluß einer ganzen Parteigruppe wurde kritisiert, und das noch von einem übergeordneten Vorstand. Wie soll es jetzt weitergehen?

In der Regel vollzieht nun der Gruppenvorstand – jetzt in Kenntnis über die Gesamtplanung für den Ort – den Beschluß des Kreissekretariats inhaltlich nach. Er

entwirft einen der Gesamtlage entsprechenden, verbesserten Vorschlag und tritt damit vor die Mitgliederversammlung. Diese ärgert sich wohl erst einmal, berät wieder, setzt sich mit den neuen Argumenten auseinander, findet selbst welche und überarbeitet ihren früheren Beschluß.

Was ist hier wirklich passiert, in diesem, wohlgemerkt, konstruierten Beispiel? Genossinnen und Genossen haben sich eine Aufgabe vorgenommen, die aus ihren Arbeitsbedingungen im Stadtteil entspringt. Sie haben die Aufgaben analysiert und ihre Ziele beschlossen, dazu auch, wie sie ihre Ziele umsetzen wollen. Schon dabei haben sich die Kommunistinnen und Kommunisten untereinander wechselseitig kritisiert, haben eigene Vorstellungen dabei verändert, also sich selbst kritisiert. Sie haben ihre Positionen der Kritik anderer Genossinnen und Genossen ausgesetzt, am hier gewählten Beispiel, einem übergeordneten Leitungsorgan, haben deren Kritik (was auch, s.o., das Angebot zur kommunistischen Kameradschaft, Hilfe und Unterstützung einschließt) entgegengenommen. Sie haben sich mit der Kritik ernsthaft auseinandergesetzt und haben unter deren Berücksichtigung ihren eigenen früheren Beschluß verändert, revidiert, umgestoßen. Mit einem Wort: Sie haben an sich selbst Kritik geübt, Selbstkritik.

Die Sache sollte nach diesem Beispiel, was in dieser oder jener Form für die DKP alltäglich ist, schon etwas weniger geheimnisvoll und abschreckend sein. Kritik und Selbstkritik heißt in unserem Sprachgebrauch, daß man Anregungen, Beschlüsse, Angebote unbedingt ernst nimmt, daß man seine eigenen Vorstellungen unter dem Gesichtspunkt der Meinung der anderen Beteiligten ernsthaft überprüft und daß keiner der beteiligten Kommunistinnen und Kommunisten es an Achtung

vor den Vorstellungen der anderen fehlen läßt, wie auch umgekehrt die Bereitschaft sichtbar werden muß, seine eigene Positionen gegebenenfalls zu verändern.

Das heißt Kritik und Selbstkritik, von den einfachsten bis zu den kompliziertesten Fragen, auf die wir natürlich auch noch zu sprechen kommen. – Eine Zwischenbemerkung für diejenigen Leserinnen und Leser, die hier schon ganz begierig auf die Fragen warten, von denen ja bekannt ist, daß... Wie gesagt, wir kommen noch darauf zu sprechen. Doch zum kommunistischen Prinzip von Kritik und Selbstkritik gehört, daß man die Beschäftigung einer kommunistischen Parteigruppe in einem Stadtteil mit Fragen der Stadtplanung genauso ernst nimmt wie die Beschäftigung dieser oder einer anderen Parteigruppe mit der großen Politik, mit dem Kampf um Frieden, um Arbeitsplätze, um Demokratie und Sozialismus.

Es sollte jetzt schon ein wenig klarer geworden sein, daß kommunistische Kritik und Selbstkritik eigentlich nur wenig zu tun haben mit Anmachen, mit Ankoffern, mit Kritikastern. Das ist uns eigentlich zu wenig, möchten wir mal sagen. Klar, jedes Mitglied hat das Recht und die Pflicht, seine Meinung offen zu sagen. Und wir können und wollen dabei niemandem vorschreiben, in welcher Form er das tut. Aber eigentlich geht die Anforderung an Kommunistinnen und Kommunisten viel, viel weiter:

„Eine solche Kritik kann scharf, aber sie muß ehrlich, kameradschaftlich, solidarisch sein. Wer kritisiert, muß zu den aufgeworfenen Fragen selbst unmißverständlich Standpunkt beziehen. Kritik darf unter Kommunisten nicht demagogisch sein, keine Stimmungsmache, keine bloße Nörgelei. Sie muß nach vorn gerichtet, konstruktiv sein, der Verbesserung der Arbeit die-

nen."[5] Jeder kann an allem etwas kritisieren. Da es nichts Vollkommenes gibt, bleibt immer, auch beim schönsten Erfolg, etwas zu bemängeln. Doch manche sehen *nur* die Mängel, bei manchen überschattet das Negative *immer* das Positive. Natürlich gibt es solche Menschen, natürlich auch in einer kommunistischen Partei. Praktisch niemand von uns ist frei davon, auch einmal in der Rolle eines solchen Kritikasters aufzutreten, ganz klar. Man ist manchmal nicht gut drauf ... und schon ist es passiert: Man hat eine Genossin oder einen Genossen niedergemacht, obwohl man es eigentlich gar nicht wollte. Irgendein Wort, irgendein Satz rutschte gerade so heraus ... zu spät! Ja, das passiert. Es ist nicht gut, aber es passiert. Auch das gehört zum kommunistischen Prinzip von Kritik und Selbstkritik, daß man dann den Mut aufbringt, sich zu entschuldigen, zu sagen: „Es war nicht so gemeint, es war falsch, daß ich das so oder so gesagt habe. Ich nehme das zurück."

Die Tatsache, daß das im Leben immer – und auch bei uns – vorkommt, darf aber nicht dazu führen, daß man aus Angst vor solchen Fehlern „lieber gleich still ist". Das ist absolut keine kommunistische Verhaltensweise: aus Angst vor Fehlern lieber überhaupt nichts sagen und tun! Nein, das Statut fordert uns als Kommunistinnen und Kommunisten dazu auf, den Mund aufzumachen, den eigenen Kopf zu bemühen, nicht darauf zu warten, daß irgend jemand oder irgendein Vorstand sagt, was richtig und falsch ist.

Nein, nicht nur das Statut, sondern unser tägliches Leben und unser täglicher Kampf in unserem Lande zwingen uns dazu, den eigenen Kopf zu benutzen,

5 Referat der 3. Parteivorstandstagung der DKP, 27./28. 9. 1986. Beilage zur UZ vom 4. 10. 1986. S. 57

selbst auf das Risiko hin, dabei Fehler zu begehen. Doch diese bleiben ja gerade um so kleiner, werden um so schneller korrigiert, wie alle Genossinnen und Genossen ihre Erfahrungen und Meinungen in Kritik und Selbstkritik der Partei zugänglich machen.

Ein einfaches und doch so schwieriges Prinzip

Das kann es doch noch nicht gewesen sein, oder?

Nein, das war es auch noch nicht. Kritik und Selbstkritik sind der Motor, das „Herz" der kommunistischen Organisation. Niemand kann uns diese Aufgabe abnehmen. Die uns von außen kritisieren, sind oft unsere entschiedensten Gegner, haben dann ganz andere Absichten, als uns voranzubringen. Mit ihren Argumenten müssen wir uns daher besonders kritisch auseinandersetzen, um sie, wenn sie gegen unsere Partei, gegen die Arbeiterbewegung gerichtet sind, so überzeugend wie möglich zurückweisen und ihre Demagogie entlarven zu können.

Die Propaganda des Klassengegners kann uns insofern auch helfen, eigene Schwächen zu erkennen und zu beheben, da der Gegner zumeist unsere Schwachstellen für seine Attacken gegen uns sondiert. Doch kritiklose Übernahme seiner „Argumente" ist immer und unter allen Umständen fehl am Platz.

Auch Kritik von Außenstehenden, die sich nicht als unsere Gegner empfinden, müssen wir ebenso ernsthaft beachten wie Kritik aus unseren Reihen. Doch auch in diesem Fall müssen wir selbst unsere Position zu dieser Kritik erarbeiten, müssen sie zurückweisen oder selbstkritisch aufarbeiten.

In jedem Fall müssen wir das alles selbst tun, das schafft unsere gemeinsame Haltung, festigt sie, bringt

uns voran. Darum ist Kritik und Selbstkritik unser Entwicklungsgesetz.

Aber, in der Tat, es ist nicht alles. Es ist das „Herz" unserer Organisation und ist leider genauso kompliziert wie das Herz im menschlichen Körper. Ja, so leid es uns tut: Kritik und Selbstkritik sind schwer, sind vermutlich das Schwierigste, was Kommunistinnen und Kommunisten in ihren Beziehungen untereinander leisten müssen.

Warum ist das so?

Erst mal aus einem allgemeinen, einem psychologischen Grund, den wohl jeder Mensch kennt. Kritik ist leichter als Selbstkritik. Einem anderen eins „reinzuwürgen" ist leichter, als selbst „gewürgt" zu werden. Fehler bei anderen festzustellen und mit hohem Pathos ausbreiten, das kann fast jeder. Fehler bei sich selbst festzustellen und offen aussprechen, gar korrigieren ... Na?

Es ist ein schwieriges Prinzip, das die kommunistische Partei bewegt und vorwärtstreibt, weil es unmittelbar die menschlichen Beziehungen zwischen den Kommunistinnen und Kommunisten berührt. Und da wir alle Menschen sind, mit allen Fehlern und Schwächen, Stärken und besonderen Seiten wie alle anderen Menschen hierzulande auch, ist das so vertrackt mit Kritik und Selbstkritik. Nicht nur, weil jeder lieber gelobt als kritisiert wird. Meist noch schwieriger ist es, eine Genossin oder einen Genossen zu kritisieren. Weil es so furchtbar leicht möglich ist, daß man sie verletzt, niedermacht, herabwürdigt.

Kommunistische Kritik ist, wir erinnern daran, immer auch kommunistische Kameradschaft und Hilfe. Doch legt jemand die Kritik falsch an – mitunter reicht dazu ein einziges falsches Wort –, dann ist es schon geschehen. Dann hat man vielleicht nur schlechtgemacht,

nur herabgesetzt, nur abgewertet, oft – obwohl das gar nicht gewollt war.

Wir haben einen Nachholbedarf

Ja, wir haben in unserer Partei natürlich Defizite in Sachen Kritik und Selbstkritik. Wenn wir einmal die wesentlichen Ursachen für diese Defizite auf einen Nenner bringen wollen, so möchten wir sagen: Wir haben wohl vor allem deshalb einen Nachholbedarf auf diesem Gebiet, weil wir uns oft aus Angst vor Fehlern im menschlichen Zusammenwirken nicht trauen, Kritik auch auszusprechen, die eigentlich offen ausgesprochen werden müßte. Ja, das ist ein wirklicher Mangel, aber er ist aus den angedeuteten Gründen nicht einfach zu beheben, obwohl ihn alle in unserer Partei kennen.

Dabei dürfen wir aber nicht stehenbleiben. Es wäre nicht richtig, die unbestreitbaren Probleme bei der ständigen Anwendung des kommunistischen Prinzips von Kritik und Selbstkritik nur auf psychologische Faktoren zu beschränken. Ein grundlegendes politisches Problem bei der Anwendung und Entwicklung dieses Prinzips ist Sachkunde, ist Kompetenz, ist die harte Orientierung an der Wirklichkeit, an der Realität.

Der oben schon als Beispiel angeführte Fall einer kommunistischen Parteigruppe und ihrer Arbeit an einer demokratischen und humanen Stadtplanung enthält nämlich noch mehr Lehren, was unser Thema hier betrifft. Die Meinung der Parteigruppe in einer solchen Frage ist ... ja, was ist eigentlich die Meinung einer Gruppe, eines kommunistischen Kollektivs? Es hilft alles nichts: hin und her diskutieren, Argumente austauschen, kritisieren, selbstkritisieren, verwerfen, neu aufgreifen, verändern, abschließend formulieren, beschließen. Beschließen? Ja, beschließen!

Der oft mühsam erarbeitete, langwierig diskutierte, oftmals verwünschte, verflixte Beschluß – das und nichts anderes ist die Meinung eines Kollektivs. Wir wissen natürlich, daß eben das in manchen anderen Organisationen anders ist als bei uns Kommunisten. Aber können wir es eigentlich anders sehen?

Faßt ein kommunistisches Kollektiv – und das heißt Parteigruppe, Kreisorganisation, Bezirksorganisation, der Parteivorstand oder der Parteitag für die gesamte Partei – keinen Beschluß, dann ist absolut klar, daß es keine feststellbare Meinung des Kollektivs geben kann. Es bestehen dann Meinungen von Individuen, Meinungen von einzelnen oder kleinen Grüppchen, Stimmungen, Vermutungen, vielleicht auch Gerüchte, Parolen und „Hast-du-schon-gehört..?"-Geschwätz. Aber es gibt dann keine feststellbare Meinung eines Kollektivs.

Das ist der Hauptgrund, warum sich kommunistische Parteien soviel Mühe machen mit Beschlüssen, mit Rechenschaftsberichten, mit ihren Dokumenten und „all dem Kram". Natürlich machen wir das alles noch nicht gut genug. Natürlich übertreiben wir manchmal auch damit. Natürlich haben wir manchmal manches auf diesem Gebiet der Beschlußfassung über- oder unterorganisiert – das mag alles sein. Doch in bestimmten Situationen und in bestimmten Fragen ist die Meinung eines Kollektivs nur dann und nur damit überhaupt anzugeben, daß dieses Kollektiv einen Beschluß faßt.

Das aber macht wiederum Kritik und Selbstkritik so schwierig. Kritik und Selbstkritik dürfen sich – das ist zumindest unser Anspruch – nur auf feststellbare Sacherhalte und Meinungen beziehen, alles andere sind „Latrinenparolen" oder individuelle Meinungen über „Latrinenparolen". Doch die harte Orientierung an

der Realität ist es eben, die Sachkenntnis, Kompetenz voraussetzt und benötigt. Die Beschlüsse eines kommunistischen Kollektivs setzen kollektive Sachkenntnis voraus, und das bezieht sich nicht nur auf „die Sache" selbst, sondern auch auf die kommunistische Haltung „zur Sache". Es ist doch völlig klar, daß der christdemokratische Handwerker in einem Stadtteil natürlich kompetent zur Stadtplanung Stellung beziehen kann, und der grüne Lehrer genauso kompetent, und die sozialdemokratische Sozialarbeiterin ebenfalls. Warum kommen sie alle oft zu ganz unterschiedlichen „kompetenten" Zielsetzungen und Forderungen? Natürlich weil ihre gesamte weltanschauliche und politische Vorstellung in eine solche Sache einfließt, weil ihre Interessen in ihrer Gesamtheit einfließen.

Das sollte ausgerechnet bei Kommunisten anders sein? Natürlich nicht. Und so gehen in unsere Beschlüsse, in die Kritik an unseren Beschlüssen und in unsere Selbstkritik natürlich unsere Sachkunde und Kompetenz ein, kommunistische Kompetenz als Ausfluß unserer Weltanschauung, Ideologie und Politik. Das ist, wohlgemerkt, eine weitere harte Anforderung an uns selbst. Wir sagten schon: Rumnörgeln, kritikastern, ankoffern, das haben wir zwar alles in unserer Partei, und irgendwie und irgendwann unterläuft es jedem von uns einmal. Das passiert, obwohl es nicht gewollt ist. Wir wollen mehr: Wir wollen von uns selbst und für uns selbst feinfühlige, sensible, nicht verletzende, sondern kameradschaftlich helfende und dazu sachkundige und kompetente Meinungen. Das nennen wir dann kommunistische Kritik und Selbstkritik – und es ist furchtbar schwer, wie man leicht sieht.

Aber das ist immer noch nicht alles.

Voraussetzungen für Kritik und Selbstkritik

Offenkundig erwarten wir, wenn wir kommunistische Kritik und Selbstkritik praktizieren, etwas ganz Bedeutsames vom Kritisierenden: nämlich, daß er sich möglichst umfassend, weitreichend bildet und politisch qualifiziert. Und diesen Anspruch erheben wir darüber hinaus auch noch bei allen Mitgliedern unserer Partei.

Na also, ertappt! Ist doch klar, daß DKP-Mitglieder mit Abitur schlauer sind als andere. Ist doch auch klar, daß die hauptamtlichen Funktionäre der Partei viel besser ausgebildet sind als die normalen Mitglieder. Ist doch klar, daß damit die Studierten und die Hauptamtlichen automatisch in jeder Diskussion ein Übergewicht haben. Und wer nicht spurt, wie die es wollen, der wird halt abgebürstet. Man braucht solchen Kritikern ja nur zu sagen, sie hätten noch nicht die „entsprechende Kompetenz" ... und schon haben „die da oben" Kritikaster aus denen „da unten" gemacht und basta.

Ja, das ist ein wirkliches Problem. Kommunistische Kritik und Selbstkritik beruhen tatsächlich auf Sachkunde und Kompetenz, auf Bildung und politischer Qualifikation. Und deshalb kann unser „organisationspolitisches Herz" nur dann wirklich funktionieren, wenn es insgesamt in der Partei und in jeder ihrer Untergliederungen

- eine Atmosphäre der kommunistischen Demokratie und Offenheit gibt,
- ein sensibles Umgehen der aus persönlichen und politischen Gründen besonders befähigten Mitglieder und Funktionäre mit ihren Fähigkeiten gibt,
- einen harten, unnachsichtigen Kampf um Bildung und politische Qualifizierung für jedes Mitglied der DKP, unabhängig von dessen Voraussetzungen, gibt.

Kommunistische Demokratie und Offenheit, Kritik und Selbstkritik sind Dinge, die wir in Parteiprogramm und -statut grundsätzlich festgeschrieben haben. Aber Statut und Programm sind beschriebenes Papier, ihre Umsetzung in der Partei erfordert den Umgang mit einem „lebendigen Organismus", mit real existierenden Menschen, die sich auf der Grundlage einer übereinstimmenden Weltanschauung zur Durchsetzung gemeinsamer politischer Ziele zusammengeschlossen haben. Eine Atmosphäre der Offenheit zu fordern, ist das eine. Sie in der Praxis der Partei und jeder Parteigruppe auch ständig herzustellen und zu sichern, ist das andere, das geht nicht von selbst. Das braucht den ständigen, bewußten Einsatz aller Genossinnen und Genossen.

Natürlich kann es passieren und passiert es auch, daß sich in einer Versammlung ein Mitglied nicht traut, den Mund aufzumachen, weil andere schon so sicher und bestimmt aufgetreten sind, daß bei ihnen die Unsicherheit wächst. Das kann nur behoben werden, wenn alle Anwesenden darum ringen, daß ein Klima entsteht, in dem sich jeder äußern kann. Darum ringen heißt auch, daß die Mitglieder sich offen dazu äußern, wenn sie feststellen, daß einzelne zwar nicht „administrativ", aber doch faktisch an der Mitwirkung gehindert sind. Offenheit und Demokratie sind unverzichtbare Voraussetzungen im täglichen Leben der Partei, und sie müssen erkämpft, gesichert, kollektiv entwickelt und geschützt werden.

Und weiter. Natürlich gibt es die besonders befähigten Mitglieder. Jeder Mensch hat bekanntlich seine besonderen Stärken und Schwächen, so auch jeder kommunistische Mensch. Und diese wirken sich so oder so aus, auch und nicht zuletzt bei der bewußten Anwendung von Kritik und Selbstkritik. Nehmen wir

zum Beispiel einen Lehrer, der Mitglied der DKP ist: Ihm fällt es in der Regel erheblich leichter, ein Referat zu verfolgen, bestimmte Gesichtspunkte herauszuholen, im Verlaufe des Vortrags sich bereits Gedanken zu machen, wie er darauf antworten wird, und dann auch noch frei sprechend wirklich in die Debatte einzugreifen.

Warum es solchen Kommunistinnen und Kommunisten leichter fällt als manchen anderen, liegt auf der Hand. Sie haben eine größere Qualifikation mitbekommen; frei sprechen lernt man in der Regel schon auf dem Gymnasium oder im Studium. Der so erworbene Vorsprung gegenüber Verkäuferinnen oder Elektrikern ist groß. Eine Verletzung des Prinzips von Kritik und Selbstkritik kann dann eintreten, wenn die auf diesem Gebiet besonders Qualifizierten mit ihrem Vorsprung so umgehen, daß sie dabei andere behindern – meist ohne es zu wollen –, anstatt diese Fähigkeit sinnvoll, zum Nutzen aller, einzubringen.

Das kommunistische Prinzip von Kritik und Selbstkritik setzt also voraus, daß – im angenommenen Beispiel – ein Lehrer auch erst einmal zuhört, was die Verkäuferin zu sagen hat, und sich dann erst zu Wort meldet. Daß er nicht in verletzender Weise mokant lächelt, wenn jemand etwas ungeschickt ausdrückt. Daß er selbst seine Rhetorik nicht zu erschlagenden, ellenlangen Beiträgen verwendet, sondern zum Beispiel für die Erstellung der Gruppenzeitung. Und daß er andere Qualifikationen von Genossinnen und Genossen, die diese vor ihm auszeichnen, ebenso gelten läßt wie die seine.

Das alles sind nur konstruierte Beispiele, klar. Aber sie kommen so oder so ähnlich im Alltagsleben unserer Partei vor, und sie machen deutlich: Kritik und Selbstkritik setzen sich nicht konfliktfrei, nicht ohne in-

nere Widersprüche der verschiedensten Art durch. Sie erfordern eine ganz gewaltige innere Anstrengung von jedem Mitglied der Partei. Im angedeuteten Beispiel: von der Verkäuferin und von dem Lehrer auch!

Entsprechend „bevorzugt" sind natürlich auch hauptamtliche Funktionäre. Sie haben ein bestimmtes Aufgabengebiet, für dessen Bewältigung sie gewählt wurden und verantwortlich sind. Sie können sich da hineinknien, können mehr Zeit darauf verwenden, sich mit bestimmten Detailfragen zu befassen. Sie werden sich damit in der Regel einen politisch begründeten Informationsvorsprung schaffen. Klar, dafür wurden sie auch gewählt, und das sollen sie auch ordentlich machen.

Doch auch sie müssen mit ihrem „Vorsprung" verantwortungsvoll umgehen, dürfen ihn nicht unsachgemäß gebrauchen, um andere – und sei es unbewußt – an der Mitarbeit zu hindern. In dieser Hinsicht haben hauptamtliche Funktionäre der Partei mit ähnlichen Problemen zu ringen, an sich selbst zu arbeiten und sich der Kritik der Parteimitglieder auszusetzen wie Lehrer, Wissenschaftler, Techniker und Ingenieure, Ärzte und Sozialarbeiter oder besonders qualifizierte und erfahrene Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre und viele andere in der DKP auch.

Damit wird aber auch die dritte oben genannte Voraussetzung schon von selbst klar. Kommunistische Kritik und Selbstkritik erfordern einen unnachsichtigen Kampf, ja, Kampf um Bildung und Qualifikation jedes Mitglieds unserer Partei. Möglichst qualifizierte politische Versammlungen sind dazu das Wichtigste. Die Bildungsabende, in denen weltanschauliche, ideologische und politische Fragen tiefergehend behandelt werden, gehören unabdingbar dazu. Die Zirkel, zum Beispiel zu den bedeutsamen Schriften der Klassiker, sind

unverzichtbar, unsere Schulen bieten dazu gute Möglichkeiten.

Die Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen, die Jahresschulen für Betriebsarbeiter in den einzelnen Parteibezirken haben die Funktion, vielen Genossinnen und Genossen vor allem aus der Arbeiterklasse theoretische Kenntnisse zu vermitteln und sie weltanschaulich-politisch weiterzubilden, zu qualifizieren. Auch die Lehrgänge des Frauen-Fernstudiums und andere örtliche und regionale Einrichtungen gibt es vor allem zu dem Zweck, daß jedes Mitglied unserer Partei sich die weltanschauliche, ideologische, politische, eine wissenschaftliche kommunistische Qualifikation aneignen kann, die benötigt wird, um auch Kritik und Selbstkritik bewußt, vorwärtstreibend praktizieren zu können.

Das soll natürlich – um alle Mißverständnisse zu vermeiden – nicht bedeuten, daß eine Genossin oder ein Genosse Angst haben muß, Kritik zu üben, weil andere ihnen dann zu wenig Bildung nachweisen. Kritik dürfen und sollen laut Statut alle Mitglieder der DKP üben, doch wir erwarten von ihnen, daß sie ihr Bestes tun, um dies möglichst qualifiziert zu tun. Lenin sagte dazu: „Theoretisches Wissen, politische Erfahrung, organisatorisches Geschick – das alles sind Dinge, die erworben werden können. Wenn nur der Wille da ist, zu lernen und die erforderlichen Eigenschaften in sich zu entwickeln."[6]

Wir freuen uns sehr über jeden Zuwachs an Mitgliedern. Ein praktisches Ergebnis davon ist, daß die Partei nicht aus gleichermaßen erfahrenen und qualifizierten Mitgliedern besteht. Es gibt altersbedingte Unterschiede, Unterschiede in der politischen und Kampf-

6 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 323

erfahrung. Es gibt Unterschiede, die aus verschiedenen Lebensbedingungen der Mitglieder resultieren und noch manche anderen. Selbst Mitglieder mit gleichem praktischen und theoretischen Wissen haben dies oft in unterschiedlichen Situationen und in einem für sie spezifischen Bereich erworben. Das erklärt, daß sie nicht immer ein und dasselbe Problem auf die gleiche Weise anpacken werden.

Kritik und Selbstkritik müssen ständig neu durchgesetzt werden

Es ist also normal, wenn im Leben der Partei Meinungsunterschiede aufeinanderprallen. Je mehr Kenntnisse, Erfahrungen, kommunistische Haltung und Bewertungen in einen solchen Aufprall eingehen, um so überlegter und qualifizierter können die daraus kollektiv entwickelten Beschlüsse sein. Hier also muß sich das Prinzip von Kritik und Selbstkritik in der praktischen Weiterentwicklung der Partei, ihrer Beschlüsse und ihrer Taten bewähren.

Kritik und Selbstkritik bilden ein einheitliches Prinzip, das täglich und in jeder Frage neu erkämpft, gesichert und entwickelt werden muß und das seinerseits auf diese Weise dazu führt, daß sich die kommunistische Partei selbst und alle ihre Mitglieder weiterentwickeln. In ihrem Wissen, in ihren kommunistischen Haltungen, in ihren Fähigkeiten und vor allem in ihrem praktischen politischen Kampf um Frieden, Arbeit, Demokratie und Sozialismus hier in unserem Land.

Wir haben auch deutlich gemacht, wodurch und wie Verletzungen dieses Prinzips unter unseren hiesigen Bedingungen entstehen können. Es hilft also alles nichts, wir müssen uns darauf einstellen, daß man Kritik und Selbstkritik nicht ein für allemal verwirklicht

hat, und dann läuft die Sache schon. Nein, das Leben selbst und die Menschen in der kommunistischen Partei werden immer und immer wieder Probleme, Konflikte, Hemmnisse und Widersprüche in der Anwendung und Ausnutzung dieses Prinzips hervorbringen. Das ist normal, alles andere wäre ein Wunder, und die gibt's bekanntlich nicht. Doch gerade die Lösung dieser Probleme, genauer gesagt: der auf kommunistischer Grundlage geführte Kampf um ihre Lösung, ist der Weg, auf dem sich die Partei als Ganzes und jedes ihrer Teile, jedes ihrer Mitglieder entwickeln.

Ein nicht so einfaches Beispiel

Nun mag einer denken: Diese Schlitzohren! Da reden die stundenlang über eine Parteigruppe und ihre Stadtplanung. Das ist doch ein absolut untergeordnetes Problem, und damit halten die uns hier auf...

Wir sehen das anders: Praktisch alle grundlegenden Probleme von Kritik und Selbstkritik lassen sich am „einfachen" Beispiel erläutern. Wir erinnern die etwas ungeduldigen Leser noch einmal daran, daß es sich bei dem gewählten Beispiel nicht um ein untergeordnetes Problem handelt. Die Kampffelder einer kommunistischen Parteigruppe müssen mit äußerster Sorgfalt ausgewählt werden, müssen solide eingepaßt sein in die Gesamtaufgaben der Partei, müssen zugleich den objektiven und subjektiven Bedingungen vor Ort entsprechen – und können in dieser komplexen Sicht gar nicht ohne Kritik und Selbstkritik bestimmt und ausgearbeitet werden. Um es an dieser Stelle mal ein wenig zugespitzt zu sagen: Schon die Frage, ob das gewählte Beispiel ein Problem der genannten Dimension ist, kann nur durch bewußte Anwendung von Kritik und Selbstkritik beantwortet werden.

Doch wir hatten auch angekündigt, uns „zur großen Politik" äußern zu wollen, weil Kritik und Selbstkritik für alle Entwicklungen in einer kommunistischen Partei gelten müssen. Nehmen wir die Frage der Kernenergie und ihre Behandlung durch die DKP.

Bei der Diskussion des Entwurfs unseres Parteiprogramms 1977/78 wurde auch diese Frage lebhaft diskutiert. Die Diskussion endete zunächst in der Fassung des Parteiprogramms, das vom Mannheimer Parteitag 1978 beschlossen wurde. Dies war als Beschluß des Parteitags verbindlich für alle Mitglieder der DKP, als Grundlage für ihr politisches Handeln. – Dann hat Tschernobyl auch unser Leben verändert. Tiefgreifende Fragen wurden aufgeworfen. Sie betrafen sowohl die Ebene konkreten, politisch-praktischen Handelns als auch die weltanschauliche, theoretische Seite des Problems. Das Leben selbst hat unsere Festlegungen im Parteiprogramm einer schonungslosen Kritik unterzogen. Die kommunistische Partei unseres Landes, wir alle, waren gleichsam über Nacht gezwungen, unsere Position zu überdenken, uns selbst zu kritisieren.

Das geschah in einer zeitlich sehr verdichteten Phase in den Monaten Mai und Juni 1986, also in den rund sechs Wochen nach dem Unfall in der Sowjetunion. In diesen wenigen Wochen fanden bundesweit Hunderte von öffentlichen und internen Parteiveranstaltungen zur Kernenergie statt, es gab viele neue Gesichtspunkte, unsere kommunistischen Positionen standen im gleißenden Scheinwerferlicht auf dem Prüfstand. An diesen vielen Veranstaltungen, zusätzlich noch an Expertenberatungen mit Genossinnen und Genossen aus den verschiedensten Bereichen wissenschaftlich-technischer Arbeit, nahm die weitaus überwiegende Mehrheit unserer Mitglieder teil. Es war ein zeitlich extrem verdichteter, zutiefst demokratischer Diskussions-

prozeß unter Kommunistinnen und Kommunisten, in einer nach innen und außen offenen Atmosphäre. Nicht nur Mitglieder, sondern auch viele Nichtmitglieder beteiligten sich mit vielen Argumenten und Anregungen. Wir waren politisch, ideologisch, weltanschaulich und nicht zuletzt auch emotional äußerst engagiert.

Der Parteivorstand, das gewählte Führungsorgan unserer Partei, hat auf einer Tagung Mitte Juni 1986 die Ergebnisse dieses Prozesses in einen umfangreichen Beschluß fixiert. Dieser Beschluß – als Ergebnis eines umfassenden, demokratischen, kollektiven Diskussionsprozesses wiederum verbindlich für alle Mitglieder – zeigt eine deutliche Weiterentwicklung der Positionen der DKP zur Frage der Nutzung der Kernenergie. Kritik und Selbstkritik haben sich gerade bei diesem komplizierten Fall „großer Politik" ganz hervorragend bewährt: Die demokratische Diskussion in der DKP führte zu dem wissenschaftlich am weitesten entwickelten, weltanschaulich fundiertesten, tiefstgründigen, politisch klarsten Dokument zur Kernenergie zu dieser Zeit in unserem Land.

Alles klar?

Natürlich nicht. Wir haben eben dieses Beispiel gewählt, weil es unsere innerparteilichen Mechanismen von Kritik und Selbstkritik in ihren demokratischen und handlungsorientierten Dimensionen am einprägsamsten demonstriert, aber zugleich ein darüber hinausgehendes Problem verdeutlicht:

Es gab seinerzeit und gibt heute noch eine Reihe von Mitgliedern der DKP, die den genannten Beschluß für falsch halten. Fragt man nach, warum, so stößt man fast immer auf den Umstand, daß diesen Genossinnen und Genossen im Prinzip nur eine einzige Aussage in dem Beschluß fehlt, nämlich, daß wir für den sofortigen weltweiten Ausstieg aus der Kernenergie ohne Wenn

und Aber eintreten. Nur dieser eine Satz. Und der steht tatsächlich nicht drin.

Das beleuchtet folgendes Problem, das natürlich nicht automatisch durch die Anwendung von Kritik und Selbstkritik gelöst ist. Der „fehlende Satz" drückt gerade den Wunsch nach einer anderen politischen Haltung (hier in der Frage der Kernenergie) aus. Was den mit dem Beschluß unzufriedenen Mitgliedern in der Regel fehlt, ist also nicht die demokratische Diskussion und Entscheidung – die haben wir, wie beschrieben, beispielhaft durchgeführt –, sondern eine andere politische Aussage, die von der fixierten kollektiven Meinung abweicht.

Das muß man unserer Auffassung nach auseinanderhalten, und das gilt nicht nur für die Positionen zur Kernenergie, obwohl es hier mit am deutlichsten wird. Demokratische Diskussion unter Kommunistinnen und Kommunisten auf der Grundlage des Prinzips von Kritik und Selbstkritik und seiner strikten Anwendung führen nicht unbedingt zu kollektiven Übereinstimmungen zwischen allen Mitgliedern in allen Fragen. Es können offene Fragen bleiben, es können Fragen per Beschluß entschieden werden, ohne daß alle Mitglieder gleichermaßen damit einverstanden sind. – Diese Möglichkeit, die man nur bei einer gewissen Lebensfremdheit für ausgeschlossen halten wird, nimmt aber nichts zurück vom demokratischen Charakter kommunistischer Diskussionen auf der Grundlage des Prinzips von Kritik und Selbstkritik.

Im Gegenteil, auch solche intern noch offenen Fragen werden natürlich nicht auf alle Zeit offenbleiben können; das ist zumindest in Grundfragen von Weltanschauung, Ideologie und Politik nicht vorstellbar. Und die Methode der kollektiven, solidarischen, kameradschaftlichen kommunistischen Lösung solcher „offenen

Fragen" kann wiederum nur das Prinzip von Kritik und Selbstkritik sein. Einen anderen demokratischen, nachprüfbaren, für jedes Mitglied zugänglichen und innerlich auch nachvollziehbaren Mechanismus gibt es nicht!

Das alles ist ein demokratischer und humaner Umgang miteinander, wie ihn in diesen Dimensionen keine andere geistige Strömung, keine andere politische Partei außer der kommunistischen hervorgebracht hat. In einer gewissen Weise ist also das kommunistische Prinzip von Kritik und Selbstkritik unter den Bedingungen unseres Landes schon eine geistige Vorwegnahme der Prinzipien des Zusammenlebens in einer zukünftigen, von Ausbeutung und Kriegsgefahr befreiten sozialistischen Bundesrepublik.

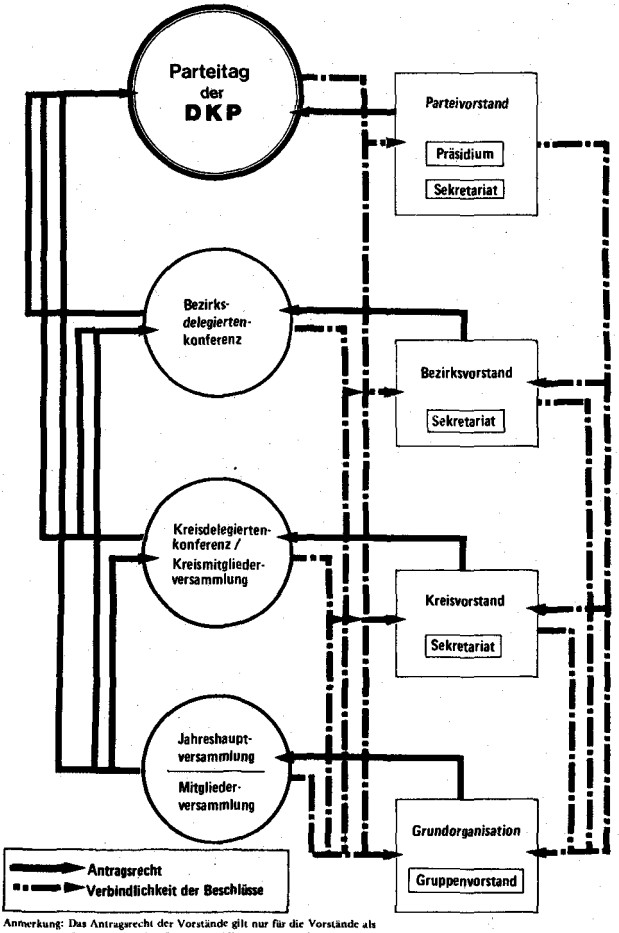
Die innerparteiliche Demokratie

In den vorangegangenen Kapiteln haben wir bereits einige wichtige Grundsätze unseres innerparteilichen Zusammenwirkens dargestellt. Freie, solidarische Diskussion, Verbindlichkeit der Beschlüsse nach erfolgter Abstimmung, Kritik und Selbstkritik, das gehört wesentlich zur innerparteilichen Demokratie. Doch wir wollen uns nun daranbegeben zu klären, was eigentlich noch zu diesem Prinzip unserer Partei gehört, was wir insgesamt unter dieser Demokratie verstehen. Und wir wollen untersuchen, welche Ansprüche hinter der Formulierung von der „Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie" stecken, welche Fragen damit verbunden sind. Und schließlich wollen wir uns mit dem Demokratieanspruch anderer linker Kräfte auseinandersetzen und unsere Ansprüche daran messen.

Die Eckpfeiler unserer innerparteilichen Demokratie

Wir Kommunistinnen und Kommunisten können auf eine lange, durchaus nicht immer widerspruchsfrei verlaufende Geschichte der kommunistischen Bewegung zurückblicken. Ihre großartigen Erfolge, aber auch ihre schmerzhaften Fehler sind als wichtige Erfahrungen in die Herausbildung unserer Organisationsprinzipien eingeflossen. Von allen heute existierenden politischen Parteien unseres Landes können wir dabei auf die längste politische Erfahrung zurückgreifen: Schon 1847 – lange vor der Pariser Kommune und vor

Politische Willensbildung und Entscheidung in der DKP



Anmerkung: Das Antragsrecht der Vorstände gilt nur für die Vorstände als Ganzes, nicht aber für das Präsidium und die Sekretariate.

Abbildung aus „Leitfaden für die Gruppenarbeit"

der Herausbildung fester politischer und gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse – beauftragte der „Bund der Kommunisten" Karl Marx und Friedrich Engels mit der Abfassung eines Parteiprogramms. Es entstand das „Manifest der Kommunistischen Partei".

Über die Entstehung der Sozialdemokratie führte die Entwicklung der revolutionären Organisation zu Lenins Partei neuen Typus, die ihre Bewährungsprobe in der ersten erfolgreichen sozialistischen Revolution, der russischen Oktoberrevolution 1917, bestand. Erstmals nahm die Arbeiterklasse eines Landes im Bündnis mit bäuerlichen Schichten selbst die Geschicke ihres Landes in die Hand, praktizierte wirkliche, umfassende, *sozialistische* Demokratie. Ohne das Vertrauen gerade in die einfachen Menschen, ohne ihre aktive Einbeziehung in die Revolution und die Leitung des sozialistischen Staates, ohne eine Partei, die Demokratie auf völlig neue, umfassende Weise praktizierte, wäre die Revolution mit Sicherheit gescheitert. Mit ein „paar Putschisten" wäre die reaktionäre Clique in Rußland selbst, zusammen mit den imperialistischen Nachbarländern, schnell fertig geworden.

Auf diese Leninschen Parteiprinzipien (die wir vorweg in einem eigenen Kapitel behandelten) sind wir damit zu Recht sehr stolz. Wenn heute wachsende Verdrossenheit an den etablierten Parteien festzustellen ist, der Ruf nach einer neuen Form der Politik laut wird, sehen wir uns in unserer Rolle als vorwärtstreibende, fortschrittlichste politische Kraft bestätigt. Sicher, der Faschismus, der verheerende zweite Weltkrieg und Verletzungen der Leninschen Prinzipien und Normen des Parteilebens – mit zum Teil sehr schwerwiegenden Folgen – in der Sowjetunion haben uns um bittere Erfahrungen bereichert. Wir wollen jedoch auch hervorheben, daß gerade die KPdSU – beginnend mit

dem XX. Parteitag 1956 – nach einer danach einsetzenden Verzögerung nun, mit dem XXVII. Parteitag, der Gorbatschow-Rede vom 2. November 1987 und vielen anderen Aktivitäten dazu übergegangen ist, die Vergangenheit des Sowjetlandes in all ihrer Kompliziertheit, Widersprüchlichkeit sowohl die objektiven, unvermeidlichen Härten dieses geschichtlich einmaligen Weges und seine großen Erfolge darzustellen als auch die leidvollen, nicht unvermeidlichen Fehler und eben auch Verbrechen aufzuarbeiten, um so Bedingungen dafür zu schaffen, daß sich solche negativen Erscheinungen und teils auch Katastrophen nicht mehr wiederholen können. Es sind aber auch neue, bessere Bedingungen für die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie entstanden: die Herausbildung des Sozialismus zum Weltsystem, der Sieg der jungen Nationalstaaten über den Kolonialismus, das Erstarken der demokratischen Bewegungen und der Friedenskräfte, das legale Wirken von Kommunisten in der Bundesrepublik.

Das alles ist unser *„historischer* Eckpfeiler", wenn wir von innerparteilicher Demokratie reden. Ihre heutigen Kernelemente lassen sich wie folgt bestimmen:

Alle grundlegenden Beschlüsse, Orientierungen, Vorhaben werden von der gesamten Partei erörtert und festgelegt.

Zu unseren grundlegenden Dokumenten gehören unser Programm, unser Statut und zuletzt auch die Thesen des 8. Parteitags. Vor ihrer Beschlußfassung auf einem Parteitag gab es eine lange, oft auch sehr kontrovers geführte, über Monate dauernde Diskussion in praktisch allen Parteigruppen. Aus ihr ergaben sich zahlreiche Änderungs-, Streichungs- und Ergänzungsvorschläge. Der so erreichte Grad der Einbeziehung un-

serer Mitglieder lag um ein Mehrfaches höher, als zum Beispiel eine Bundesversammlung der Grünen es bisher je leisten konnte.

Es gehört zu unseren Grundsätzen, daß jedes derart weitreichende Dokument so ausführlich und umfassend, anhand eines frühzeitig erstellten Entwurfs, in vorbereitenden Mitgliederversammlungen der Parteigruppen, Delegiertenkonferenzen der Kreise und Bezirke der Partei diskutiert werden kann. Beispiele dafür aus jüngster Zeit sind die Diskussionen über unsere Haltung zur Kernenergie, über die Wahlbündnispolitik oder über die Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse, die – sofern sie nicht schon in die Thesen des 8. Parteitags einflossen – mit Beschlüssen auf Parteivorstandstagungen abgeschlossen wurden.

Dieser Grundsatz gilt jedoch nicht nur für Parteitage und für den Parteivorstand. Er gilt auch für die Bezirksdelegiertenkonferenzen und Bezirksvorstände, für Kreismitgliederversammlungen/Kreisdelegiertenkonferenzen und Kreisvorstände und auch für die Arbeitsplandiskussion und ähnlich grundlegende Beschlüsse einer Parteigruppe. Nicht immer entspricht dabei die Realität unseren Ansprüchen. Oft werden die Grundzüge des Jahresarbeitsplans erst auf der Jahreshauptversammlung, die ihn beschließen soll, bekannt, fehlt die Zeit zum gründlichen Nachdenken. Das wollen wir durch die Qualifizierung unserer Vorstände verbessern. Denn ein Gruppenarbeitsplan muß genauso ernst genommen werden wie z. B. unsere Haltung zur Kernenergie, wenn er aktiv von möglichst allen Mitgliedern umgesetzt werden soll.

Alle Mitglieder haben das Recht auf uneingeschränkte Kritik und Selbstkritik und freie Meinungsäußerung zu allen Themen.

Zu diesem Thema führten bereits die vorangegangenen zwei Kapitel dieses Buches unsere Grundsätze aus. Wir wollen hier deshalb nur in Erinnerung rufen, daß dieses Recht bei uns alle Ebenen umfaßt. Alle Vorstände und Sekretariate, bis hin zum Parteivorstand, seinem Präsidium und Sekretariat, müssen sich dieser Kritik stellen, Selbstkritik üben – wie jedes Mitglied auch. Es gibt sogar eine statuarische Pflicht dazu. Grenzen kennt dieser Grundsatz nur in dreierlei Hinsicht: Jegliche Kritik muß sachlich fundiert, solidarisch sein, das Bestreben nach wirklicher Stärkung der DKP erkennen lassen. Zweitens darf sie nicht zum beliebigen, willkürlichen Umgang mit geltenden Positionen und Beschlüssen führen, die vor einer – möglichen – demokratisch praktizierten Veränderung für alle Gültigkeit besitzen und im täglichen Leben angewandt werden müssen. Und schließlich sind auch die Kampfbedingungen der Partei zu beachten. Denn Kritik muß der Partei nützen, sie darf nicht für den Klassengegner in seinem Kampf gegen die Kommunistische Partei von Nutzen sein. Folglich muß man Kritik dort üben, wo sie hingehört: in die Mitgliederversammlung, die Vorstandssitzung oder andere innerparteiliche Zusammenkünfte!

Bei Einhaltung dieser Grenzen mag berechtigte Kritik noch so scharf sein, sie hat in jedem Fall Platz auf unseren Mitgliederversammlungen, Konferenzen, Parteitagen, in unseren Parteipublikationen.

Alle Mitglieder haben das Recht (und die Pflicht), aktiv an der Entwicklung der Politik der Partei auf allen Ebenen teilzunehmen.

Bei uns gilt nicht nur das Prinzip, daß alle grundlegenden politischen Dokumente und Orientierungen von der ganzen Partei mitentwickelt werden. Umgekehrt können unsere Mitglieder über ihre Organisationsgliederungen die Initiative ergreifen und Positionen nicht nur zur innerparteilichen Diskussion stellen, sondern auch zum Antrag an alle übergeordnete Organe erheben. Dieser Antrag muß dann – wenn er beispielsweise an den Parteitag gerichtet ist – auch vom Parteitag behandelt werden.

Antragsberechtigt für Beschlüsse, die eine Parteigruppe im Rahmen der allgemeingültigen Beschlußlage für ihre konkrete Arbeit fassen soll, ist jedes Mitglied der Gruppe. Darüber hinaus kann jede Grundorganisation Anträge an alle übergeordneten Vorstände und Parteiorgane stellen, insbesondere an die Kreismitgliederversammlung/Kreisdelegiertenkonferenz (Statut, S. 9), an die Bezirksdelegiertenkonferenz (S. 11) und an den Parteitag (S. 13). Es gibt also keinen „langen Weg durch die Instanzen", wie manche vielleicht meinen. Einzige Voraussetzung ist der mehrheitlich gefaßte Beschluß, einen Antrag zu stellen.

Aber, so könnte nun jemand sagen, der zeitliche Abstand zwischen Parteitag, Bezirkskonferenzen usw. ist ja so groß, daß dieser Grundsatz nicht zum Tragen kommt. Können dann nicht vollendete Tatsachen „von oben" geschaffen werden? Und ist das Antragsrecht nicht vielleicht „inhaltlich eingegrenzt"?

Nun, was die „inhaltliche Eingrenzung" angeht, so existiert sie erst mal nur in Form des zuständigen Adressaten. Natürlich kann eine Gruppe zum Beispiel

nicht von der Kreismitgliederversammlung per Antrag verlangen, sich über das Parteiprogramm, das Statut oder eine für den ganzen Bezirk geltende Orientierung hinwegzusetzen. Das entspräche nicht unseren Organisationsprinzipien. Wenn also die Gruppe die Bezirksbeschlußlage für korrektur- oder ergänzungsbedürftig hält, muß sie ihren Antrag an die Bezirksorgane stellen. Das gleiche Prinzip gilt für die Kreis- und Bezirksorgane.

Und die zeitlichen Abstände, die „vollendeten Tatsachen"? Die Jahreshauptversammlungen der Gruppen finden jährlich, Kreisdelegiertenkonferenzen, Bezirksdelegiertenkonferenzen und Parteitage finden laut Statut alle zwei Jahre statt. Sie sollen für diesen überschaubaren Zeitraum die politischen Orientierungen festlegen, um zu einer möglichst kontinuierlichen Arbeit zu gelangen. Das ist also keine „Prinzipienreiterei", sondern hat inhaltliche Gründe. Wenn nun in der Zwischenzeit ein dringender Entscheidungsbedarf besteht, so ist das grundsätzlich auch kein Problem: Der Parteitag selbst, die Bezirks- oder Kreisdelegiertenkonferenz bzw. Kreismitgliederversammlung haben genau dafür Organe gewählt, die in der Zwischenzeit – natürlich auch auf der Basis des Parteistatuts und ihrer Beschlüsse – ihre Aufgaben wahrnehmen. Sie müssen sich also auch mit eventuell anstehenden Diskussionen beschäftigen.

Wenn das aber – in besonders dringend erscheinenden Fällen – immer noch nicht ausreicht, kann die Einberufung außerordentlicher Kreismitgliederversammlungen, Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen, sogar eines außerordentlichen Parteitags notwendig sein. Sowohl durch die entsprechenden Vorstände können diese für ihre Organisationsebene einberufen werden als auch durch einen Antrag, der von einem

Drittel der jeweiligen Delegierten oder Mitglieder unterstützt wird (Statut, S. 16).

Es gibt also ein wirklich umfassendes Instrumentarium, diesen Grundsatz des Eingreifens auf allen Ebenen zu verwirklichen.

Alle Mitglieder sollen ihre individuellen Fähigkeiten in die Arbeit der Partei einbringen und weiterentwickeln.

„Jeder nach seinen Fähigkeiten" – dieses sozialistische Prinzip gilt auch innerhalb unserer Partei. Es ist klar, das eine Mitglied kann besser und leichter Artikel schreiben, das andere wiederum überzeugender im Betrieb die Kollegen mitreißen, wiederum andere können ausgesprochenes Organisationstalent besitzen. Jeder bringt unterschiedliche Erfahrungen in die Partei mit, jeder hat bestimmte Erwartungen, Neigungen, Interessen.

Diese Fähigkeiten für die ganze Partei nutzbar zu machen, ist in der Praxis so schwer, wie es sich – rein theoretisch – einfach anhört. Viele Dinge „müssen oft gemacht werden", egal, ob's dem einzelnen gerade schmeckt oder nicht schmeckt. Manchmal fordert einen der Vorstand auch auf, „Neuland" zu betreten, für das man sich noch gar nicht geeignet findet. Oder es werden individuelle Fähigkeiten – aus Unwissen, Unsicherheit, Überforderung – einfach brachliegen gelassen, was einer Schwächung der eigenen Kraft der Gruppe gleichkommt.

Es hat durchaus etwas mit unserem Demokratiebegriff zu tun, alle Fähigkeiten unserer Mitglieder bewußt und zielgerichtet zu nutzen. Denn wenn diese nicht berücksichtigt und gefördert werden, wenn ein Vorstand „alle über einen Kamm schert", Aufgaben bü-

rokratisch vergibt, kann sich der eine mehr in die Partei einbringen, sie mitgestalten, der andere aber resigniert, sieht sich in gewisser Weise „ausgeschlossen".

Die Vorstände, insbesondere der Parteigruppen der DKP, sind stets angehalten, diese unterschiedlichen Fähigkeiten zu nutzen und weiterzuentwickeln, zum Beispiel in der Gruppe mit spezifischen, eigenverantwortlich übernommenen Aufgaben. Zugleich gehen wir von dem Grundsatz aus, die vorhandenen Fähigkeiten nicht „einzufrieren". Wir ringen darum, daß auch jüngere Genossinnen und Genossen Aufgaben in Vorständen übernehmen, und sind zugleich um ihre theoretische Weiterqualifizierung, um die Aneignung der Lehren von Marx, Engels und Lenin durch sie bemüht.

Alle demokratisch gefaßten Beschlüsse sind auch für unsere Vorstände verbindlich. Sie werden demokratisch gewählt und sind über ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig.

Dieser Grundsatz unterscheidet uns sehr von den etablierten Parteien dieses Landes. Wenn ein FDP-Vorsitzender sagt, ein Parteitagsbeschluß zu einem bestimmten Thema habe keinen Einfluß auf seine Haltung in der Regierung, wenn die SPD-Führung den Ausbau des Bildungswesens befürwortet, real aber in den Ländern Bildungsabbau betreibt – dann ist das ein Demokratieverständnis, das es bei uns nicht gibt.

Für uns heißt Demokratie: Unser von der ganzen Partei miterarbeitetes Programm, unsere Parteitagsbeschlüsse sind verbindliche Grundlage – für den Parteivorstand, für Bezirke, Kreise, Gruppen, Mitglieder. Bei uns kann nicht der Parteivorstand beispielsweise den Ausstieg aus dem Bonner Atomprogramm fordern, ein Funktionär oder eine Organisationsgliederung aber et-

was genau Gegenteiliges propagieren. Und sie alle sind für die Ausführung der kollektiv gefaßten Beschlüsse rechenschaftspflichtig.

Stets ist dabei zu beachten: In unserer marxistischen Partei sind Vorstände kollektive Leitungsgremien. Ihren Vorsitzenden obliegt – gemäß ihrer Stellung in diesen Kollektiven – eine besondere Verantwortung, denn: „Man darf nicht vergessen, daß ein politischer Leiter nicht nur für seine Politik verantwortlich ist, sondern auch dafür, was die von ihm Geleiteten tun."[1] Bei uns gibt es also kein Abschieben von Verantwortung, wie es in den bürgerlichen Parteien üblich ist, wo dann die Oberen sich immer reinwaschen, wenn was schiefgelaufen ist. Aber die Verantwortung fängt nicht erst an, wenn etwas schiefläuft, das soll ja im Gegenteil durch gute Leitungsarbeit erst gar nicht passieren.

Heißt das nun, daß ein Vorsitzender bzw. eine Vorsitzende diese Verantwortung dadurch wahrnimmt, daß er oder sie die Mitglieder, für deren Leitung er oder sie gewählt wurde, an die „kurze Leine" legt? Sicher nicht. Denn dadurch wäre nichts gewonnen. Unsere Beschlüsse würden, mangels Einsicht und mangels Engagement der Mitglieder, dann erst recht nicht in die Tat umgesetzt. Leitungsarbeit würde auf „Verwaltung" reduziert, zum Bürokratismus herabgewürdigt.

Bürokraten sind Menschen, die mangelnde Qualifikation durch Kommandieren ersetzen, die einsame Entscheidungen ohne die Mitglieder ihres Kollektivs fällen, die Kritik unterdrücken oder Selbstkritik verdrängen. Solche Menschen entsprechen nicht unseren Ansprüchen an Leitungstätigkeit.

1 Lenin, Werke, Bd. 32, S. 20

Das gemeinsame, einheitliche Handeln auf der Basis demokratisch getroffener Entscheidungen gehört unverzichtbar zu unseren Ansprüchen an innerparteiliche Demokratie.

Der wohl heftigste Vorwurf von bürgerlicher Seite gegen die Prinzipien unseres innerparteilichen Lebens richtet sich gegen unser geschlossenes, einheitliches Handeln. Das sei undemokratisch, so hört man. Und es hat in der Vergangenheit genügend Versuche, „Ratschläge" aus diesen Reihen gegeben, wir sollten doch auf diesen Grundsatz verzichten.

Diese Absicht haben wir nicht. Dafür gibt es im wesentlichen zwei gute Gründe. Erstens: Gegenüber einem so starken, hochorganisierten Gegner wie dem Monopolkapital würde ein Verzicht auf die Einheit unseres Willens und Handelns, auf die Organisierung unserer eigenen Kraft für erfolgreiches Eingreifen in die Klassenkämpfe eine Kapitulationserklärung sein. Zweitens: Welchen Wert hätte denn eine noch so demokratisch geführte Diskussion, wenn ihr keine Entscheidung, kein Beschluß, was denn zu tun sei, folgen und sich auch jene Mitglieder, die bei der Abstimmung in der Minderheit geblieben sind, nicht der Mehrheit unterordnen und aktiv an der Umsetzung des Beschlusses teilnehmen würden? Und welchen Wert hätte eine solche Entscheidung, ein demokratisch gefaßter Mehrheitsbeschluß, wenn er nicht die Grundlage für einheitliches Handeln darstellte? Welche Basis soll gemeinsames Handeln sonst haben? Wenn aus einer demokratisch geführten Diskussion oder Beschlußfassung aber Beliebigkeit folgte, wäre das undemokratisch. Man könnte sich den ganzen Diskussionsprozeß schenken.

Daß einheitliches Handeln nach einem Beschluß nicht das Ende von Diskussion, von Kritik und Selbst-

kritik – auch über den gefaßten Beschluß – bedeutet, sondern nach der Beschlußdurchführung in die Auswertung eingehen muß, haben wir schon in vorhergehenden Kapiteln dargestellt. Doch einige andere Aspekte dieses Grundsatzes wollen wir hier näher betrachten: die Gültigkeit von Beschlüssen übergeordneter Vorstände und die Unzulässigkeit von Fraktionsbildung.

Unser Statut legt fest: „Beschlüsse der gewählten höheren Parteiorgane sind für die nachfolgenden Parteigliederungen verbindlich." Um Mißverständnissen vorzubeugen, wollen wir zunächst klären, was höhere Parteiorgane und nachfolgende Parteigliederungen sind. Zunächst gibt es bei uns eine solche Abfolge: Das höchste Organ unserer Partei ist der Parteitag, der die zentralen Organe wählt: Dies sind der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der Partei, der Parteivorstand, die Zentrale Revisionskommission und die Zentrale Schiedskommission. Sie sind höhere Entscheidungsebene gegenüber den Bezirksorganen, diese wiederum sind höhere Parteiorgane gegenüber den Kreisorganen, und diese wiederum sind den Grundorganisationen, den Parteigruppen übergeordnet. Organisationsaufbau sowie politische Willensbildung und Entscheidung in der DKP bedingen sich wechselseitig. (Die graphischen Darstellungen auf den Seiten 145 und 206 geben ein Bild davon.)

Wenn demokratische Entscheidungsfindung und Diskussion einen Sinn ergeben sollen, dann ist klar, daß auf Bundesebene erarbeitete – politische wie ideologische – Orientierungen und organisatorische Aufgaben für alle Parteigliederungen gelten müssen. Sonst wäre geschlossenes Handeln unmöglich. Wenn es in nachgeordneten Parteigliederungen dann unterschiedliche Positionen gibt, ist unser demokratisches Prinzip,

diese nicht einfach im Raum stehen zu lassen. Das wäre unernst. Dann muß, sofern es sich um Probleme der gesamten Partei handelt, eine Diskussion mit anschließender, verbindlicher Entscheidung stattfinden, natürlich auf der entsprechend höheren Ebene. Nichts anderes verlangt unser Grundsatz.

Wie steht es nun mit dem Verbot von Fraktionen? Fraktionen sind nach Lenins Definition „Gruppen mit besonderen Plattformen und mit dem Bestreben, sich bis zu einem gewissen Grade abzuschließen und eine eigene Gruppendisziplin zu schaffen"[2]. Ihm ging es also nicht um eigene, vielleicht sehr kritische Meinungen von Mitgliedern, sondern um abgekapselte Cliquen unter Ausschluß der Parteiöffentlichkeit, um vom Parteiprogramm abweichende besondere Plattformen – vorbei am demokratischen Entscheidungsprozeß der gesamten Partei. Und genau das finden wir, wie Lenin, undemokratisch.

„Im praktischen Kampf gegen die Fraktionsbildung ist es notwendig, daß jede Parteiorganisation aufs strengste darauf achtet, daß keinerlei fraktionelle Vorstöße geduldet werden. Die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei muß so gehandhabt werden, daß jeder praktische Vorschlag in möglichst präziser Form unverzüglich, ohne jegliche Verschleppung, an die örtlichen und zentralen leitenden Organe der Partei zur Erörterung und Entscheidung weitergeleitet wird. Jeder, der Kritik übt, muß außerdem, was die Form der Kritik betrifft, Rücksicht nehmen auf die Lage der Partei, die von Feinden umgeben ist, und in bezug auf den Inhalt der Kritik durch seine eigene unmittelbare Teilnahme an der Sowjet- und Parteiarbeit prüfen, wie die Fehler der Partei oder einzelner ihrer Mit-

2 Lenin, Werke, Bd. 32, S. 245

glieder in der Praxis korrigiert werden. Jedwede Analyse der allgemeinen Linie der Partei oder die Auswertung ihrer praktischen Erfahrung, die Kontrolle der Durchführung ihrer Beschlüsse, das Studium der Methoden zur Berichtigung von Fehlern usw. dürfen auf keinen Fall vorher in Gruppen erörtert werden, die sich aufgrund irgendeiner „Plattform" u.ä. bilden, sondern sind ausschließlich der unmittelbaren Behandlung durch alle Parteimitglieder zuzuleiten."[3]

Völlige Transparenz war also schon eine der Hauptforderungen Lenins gegen die Fraktionsbildung. Das beinhaltet die Verpflichtung der Vorstände, die Leninsche Offenheit und Breite der Diskussion zu verwirklichen. Das verlangt zugleich von jedem Mitglied, sich der innerparteilichen Diskussion, der demokratischen Entscheidungsfindung, Kritik und Selbstkritik diszipliniert zu stellen, ihr nicht auszuweichen.

Die Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie

Trotz dieser demokratischen Prinzipien geben wir uns mit der bestehenden Umsetzung dieser Grundsätze in die Praxis nicht zufrieden. Vor allem seit der 3. Parteivorstandstagung vom September 1986 arbeiten wir ernsthaft an der Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie.

Die objektiven Grundlagen dafür sind bereits an anderer Stelle dieses Buches erwähnt.

Diese Parteivorstandstagung stellte eine Reihe von „Fragen, die der Weiterentwicklung bedürfen: Die frage, wie wir alle Kommunistinnen und Kommunisten an die Erfüllung unserer Aufgaben heranführen. Die

3 ebd., S. 246/247

Frage nach der Perspektiventwicklung, nach dem innerparteilichen Leben, der innerparteilichen Demokratie, des ständigen Mitwirkens der ganzen Partei nicht nur an der praktischen Umsetzung unserer Politik. Die Frage nach dem Verhältnis der zentralen Parteiführung zu Bezirks- und Kreissekretariaten und umgekehrt. Da ist die Frage nach der Beachtung unverzichtbarer Organisationsprinzipien und Normen des Parteilebens und gleichzeitig die Frage, wo Verbesserungen und Neuerungen notwendig sind. Da ist die Frage der Führungsarbeit, der Arbeitsmethoden, des Arbeitsstils, der Formen der Parteiarbeit."[4] Mit der Diskussion dieser Fragen stehen wir heute nicht am Nullpunkt. Die Thesen des 8. Parteitags beinhalten bereits viele neue Aspekte, auch in der Beantwortung von Organisationsfragen. Von der 3. bis zur 9. Parteivorstandstagung (nach dem 8. Parteitag) konnten schon wichtige weitere Schlußfolgerungen gezogen werden.

Doch wir stehen damit sicher *noch nicht am Ende,* vor dem Abschluß der Diskussion um die Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie. Eine Vielzahl von Überlegungen und Fragen bestätigt das. Aus ihnen spricht – auch wenn sie zum Teil in entgegengesetzte Richtungen weisen und nicht immer brauchbare Antworten liefern – ein ernsthaftes Bemühen, die Partei voranzubringen.

Demokratische Meinungsbildung, geschlossenes und einheitliches Handeln und ideologische Klarheit – auf diesem Fundament baut unsere Stärke, unsere Demokratie auf. In dieser Hinsicht können wir uns jederzeit mit anderen fortschrittlichen Organisationen messen.

4 „Zur Entwicklung der Partei und zu Organisationsfragen", Referat auf der 3. PV-Tagung der DKP, 27./28. 9. 1986, UZ-Eigenbeilage Nr. 192, vom 4. 10. 1986

Demokratieprobleme in anderen Parteien

In früheren Zeiten wurde uns oft vorgehalten, bei den Sozialdemokraten wären zwar die Inhalte ihrer Politik vielfach zum Davonlaufen, aber immerhin wären die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung größer als bei uns. Das belege schon die Existenz von Fraktionen, von Flügeln mit ganz unterschiedlichen politischen Ansichten.

Welche Möglichkeiten bei uns tatsächlich bestehen, demokratisch mitzuwirken, haben wir soeben dargestellt. Daß es dabei in der SPD „demokratischer zugehe", möchten wir jedoch entschieden bestreiten. Wir sehen in der Existenz verschiedener Fraktionen noch nichts besonders Demokratisches. Offenen Meinungsstreit können wir auch ohne Fraktionierung, und zwar viel besser ohne Fraktionierung führen. Bei genauem Hinsehen entpuppen sich die Fraktionen der SPD jedoch nicht als Forum für einen Meinungsstreit. Sie sind auch ein Mittel, um Meinungen zu kanalisieren, und ebenso sind sie Ausdruck grundsätzlich unterschiedlicher politischer und ideologischer Orientierungen: da gibt es aufrechte Marxisten ebenso wie dem Reformismus verschriebene Mitglieder, aber auch ausgeprägt Konservative, scharfe Antikommunisten. Ihre Vorstellungen von gesellschaftlichen Veränderungen klaffen oft meilenweit auseinander. Und deshalb sind die gesellschaftspolitischen Ziele der SPD so verschwommen, daß sie in der Regel der Parteiführung alle Möglichkeiten offenlassen.

Kennzeichnend für die Lösung dieser Widersprüche ist zugleich, daß sie nicht – wie bei uns im Parteiprogramm – zu einer einheitlichen Zielstellung zusammengeführt werden können. Deshalb geht es dann um den Anteil jeder Fraktion in Vorständen, um regelrech-

te Machtkämpfe. Es werden taktische Kompromisse geschlossen statt inhaltlicher Vereinbarungen. Dem zentralistischen Element, der Macht von Parteivorstand und Kommissionen, stehen kaum demokratische Elemente der Kontrolle gegenüber. So war zum Beispiel Anfang der 80er Jahre schon längst eine Mehrheit von SPD-Mitgliedern gegen die Pershing-Stationierung, die SPD-Parteiführung jedoch blieb in der Schmidt-Ära stur auf NATO-Kurs. So fordern heute Sozialdemokraten, gerade in den Gewerkschaften, Beschäftigungsprogramme und Vergesellschaftung der Stahlindustrie, doch diese Basisstimmung hat noch nicht zu wirksamen Positionsänderungen in der SPD-Führung geführt. Das soll jedoch nicht heißen, daß das grundsätzlich nicht ginge. Beispiel dafür ist der Nürnberger Parteitag der SPD mit sehr wichtigen, positiven Beschlüssen. Doch das Ringen um ihre Verwirklichung hält an.

Wie sieht es bei den Grünen und den sich als „Autonome" bezeichnenden Gruppierungen aus? Gerade die Grünen sind ja u. a. in Ablehnung der starren Praktiken der etablierten Parlamentsparteien entstanden, haben die Forderung nach „Basisdemokratie" auf ihre Fahne geschrieben. Darunter verstehen sie selbst, entsprechend ihrem Parteiprogramm, folgendes:

„Wir gehen davon aus, daß der Entscheidung der Basis prinzipiell Vorrang eingeräumt werden muß. Überschaubare, dezentrale Basiseinheiten (Ortsebene, Kreisebene) erhalten weitgehende Autonomie und Selbstverwaltungsrechte zugestanden. Basisdemokratie bedarf jedoch einer zusammenfassenden Organisation und Koordination, wenn ökologische Politik in der öffentlichen Willensbildung gegen starke Widerstände durchgesetzt werden soll." Und weiter: Ziel sei es, „eine Parteiorganisation neuen Typs zu schaffen, deren

Grundstrukturen in basisdemokratischer und dezentraler Art verfaßt sind, was nicht voneinander zu trennen ist. Denn eine Partei, die diese Struktur nicht besitzt, wäre niemals in der Lage, eine ökologische Politik im Rahmen der außerparlamentarischen Demokratie überzeugend zu betreiben". Dabei sei „Kerngedanke" die „ständige Kontrolle aller Amts- und Mandatsinhaber und Institutionen durch die Basis (Öffentlichkeit, zeitliche Begrenzung) und die jederzeitige Ablösbarkeit".

Vielen Autonomen gehen diese Organisationsauffassungen der Grünen viel zu weit, sie lehnen solche Organisationsstrukturen als viel zu starr, zu weitgehend ab. Sie befürworten den Grundsatz, jede autonome Basisinitiative, jeder kleine Zirkel solle selber, nach eigenem Gutdünken, zur Aktion greifen. Wann, mit welchem Ziel, mit welchen Mitteln – das alles spielt dabei zumeist nur noch eine Nebenrolle, betrifft höchstens noch die Basisinitiative selbst. Über spektakuläre Aktionen hinaus können solche spontaneistischen Gruppierungen daher auch nie zu einem entscheidenden, die Machtverhältnisse real verändernden politischen Faktor werden, können selten Fehler durch verallgemeinerte Erfahrungen korrigieren.

Daß vielen Vertretern dieser autonomen Gruppen ihre eigene Unzulänglichkeit bewußt ist, kommt in einem Thesenpapier zum Ausdruck, das anläßlich eines bundesweiten Autonomentreffens („Libertäre Tage", 4. 5. 87) herauskam. Sein Titel lautete: „Stand autonomer Bewegungen – Langlauf oder Absturz"[5] Eine Kernaussage darin war: Der derzeitige organisatorische Aufbau entspreche eher dem „eines Hobbyclubs", statt einer „revolutionären Perspektive" zu genügen.

5 Siehe hierzu: „Marxistische Blätter 1/88, S. 44–47

Weiter heißt es dann: „Je undurchsichtiger und unverbindlicher die Struktur, desto ungreifbarer und unfaßbarer bleibt sie für jene, die sich darin verlieren bzw. nicht behaupten können." Es würden „Entscheidungen von wenigen getroffen".

Doch kommen wir zurück zu den Grünen. Auch bei ihnen stellt sich die Frage: Was bedeutet denn, „prinzipiell" der Basis „Vorrang einräumen"? Was heißt „weitgehende Autonomie und Selbstverwaltungsrechte"? Wie steht dieser Anspruch im Verhältnis zur „umfassenden Organisation und Koordination"? Und wer ist für was legitimiert? Eines der Hauptprobleme der Grünen ist heute – auch aus ihrer eigenen Sicht –, daß sie ihre eigenen Ansprüche nur unzureichend einlösen können. Viele sind die persönlichen Selbstdarstellungen, Grüne- internen Fraktionskämpfe auf Kosten außerparlamentarischer Arbeit leid. Aus ihren eigenen Reihen kommt die Beschreibung: „krisenhafter Zustand".

In der Tat klaffen Anspruch und Wirklichkeit bei den Grünen heute auseinander – worüber wir alles andere als froh sind. Wenn Bundesversammlungen grundlegende Entscheidungen immer wieder vertagen müssen, wenn Impulse für die Unterstützung der Bewegungen außerparlamentarisch und parlamentarisch ausbleiben, hat das nichts mit den Ansprüchen der Basis zu tun. Wenn es – wie in der SPD – zu scharfen Flügelkämpfen kommt, in denen Taktiererei inhaltliche Auseinandersetzungen ersetzt, hat auch das wohl kaum etwas mit grünen Ansprüchen zu tun.

Ein objektives Problem der Grünen ist dabei, daß bei ihnen, die aus einem nicht unwesentlichen Teil des außerparlamentarischen Spektrums entstanden sind, sehr differenzierte, grundlegende politische Vorstellungen von der Umgestaltung der Gesellschaft existieren.

Die einen verstehen sich als Sozialisten, die anderen als Reformer, die dritten als die „eigentlichen Konservativen". Diese Ziele lassen sich nicht auf eine gemeinsame, langfristig tragbare Plattform bringen. Daraus entstehen aber auch für die Tagespolitik Probleme: Welche Bedeutung hat der parlamentarische, welche der außerparlamentarische Kampf? Welche Themen sind aktuell die wichtigsten, wie sind sie anzupacken?

Wohlgemerkt, solche Fragen haben auch wir. Doch diese Fragen auf der Grundlage völlig unterschiedlicher langfristiger Ziele zu beantworten, ist ungleich schwieriger. Sie gar grundsätzlich – was einigen Grünen offenbar vorschwebt – dadurch zu lösen, daß ein ganzer Flügel in die Minderheit gedrängt und „zerrieben" wird, würde die Grünen, die eben in gewisser Weise selbst ein Bündnis sind, vor eine schwere Zerreißprobe stellen.

Unter solchen Bedingungen sind dann Diskussionen über Rotation, über Trennung von Parlaments- und Parteifunktionen etc. schon verständlicher. Sie können, um Vormachtstellungen, das Ausspielen von Funktionen für die eigene Fraktion zu vermeiden, eine Korrekturfunktion haben. Mehr aber auch nicht. Sie etwa als bessere Form direkter Demokratie zu verkaufen, ist hingegen unsinnig.

Die Bedeutung der Vorstände, Sekretariate und Kommissionen

In der Organisationsfrage stellt die Leitungsarbeit der Vorstände ein ganz besonderes Kapitel dar. Oft, wenn es um Probleme der Organisationspolitik geht, wird betont, daß die Vorstände für ihre Bewältigung eine besondere Rolle spielen, daß vor allem an sie hohe Anforderungen gestellt werden. Jedes Mitglied der DKP weiß aus seiner Praxis, daß die Aktivität einer Gruppe usw. entscheidend von dem jeweiligen Vorstand abhängt. Aber auch der Klassengegner weiß um die Bedeutung der Vorstände: Wohl kein Vorurteil über die Kommunistische Partei wird so beharrlich gepflegt wie das von der „absoluten Herrschaft" der Funktionäre in der Partei.

Was macht aber diese herausragende Rolle der Vorstände, Sekretariate und Kommissionen als Leitungsorgane aus? Wozu brauchen wir sie?

Wozu Leitungsorgane?

Verbreitet ist die falsche Auffassung, daß das Wesen der Leitungsarbeit die Zentralisation wäre gegenüber den Diskussionen, Vorschlägen und der dezentralen Tätigkeit der Gruppen und jeweiligen anderen Parteigliederungen. Im Gefolge dieser Vorstellung wird leicht ein Gegensatz zwischen „Führung" und „Basis", „oben" und „unten" in die Partei hineingedacht. Ein Element der zentralen Führung der Partei ist aber eben-

falls der Beschluß eines Parteitags, einer Delegiertenkonferenz, einer Mitgliederversammlung, obwohl wir es hier nicht mit einem Vorstand zu tun haben, wohl aber mit Parteikörperschaften, die die Vorstände wählen. Andererseits hat jedes Mitglied der DKP nach dem Statut unserer Partei sowohl die Pflicht, „sich für die Verwirklichung der beschlossenen Politik einzusetzen", aber gerade auch das Recht, Kritik an der Tätigkeit der Vorstände seiner Parteiorganisation zu üben. Obwohl die Vorstände also viel mit dem zentralistischen Element unserer innerparteilichen Demokratie zu tun haben, gingen wir doch in die Irre, das Wesen der Leitungsarbeit in der Zentralisation zu suchen.

Die Arbeit der Kommunistinnen und Kommunisten schon einer einzelnen Grundorganisation ist außerordentlich vielfältig, um vieles mehr die einer Kreis- oder Bezirksorganisation der Partei. Mitglied in der Kommunistischen Partei zu werden heißt aber, nicht nur z. B. für „seinen" Betrieb, nicht nur zu einem Thema etwas verändern zu wollen, sondern politisch, ideologisch und organisiert die Umwälzung der sozialen Verhältnisse anzustreben. Das geht nur in der Kombination mit anderen, in der Organisation; und das wiederum bedeutet: Unterordnung der Teile unter das Ganze, der einzelnen Tätigkeiten unter die gemeinsamen Ziele.

Wie soll nun diese dem gemeinsamen Zweck dienende Unterordnung funktionieren? In jeder größeren Organisation ist es illusionär, eine solche Verpflichtung auf die gemeinsamen Ziele spontan herstellen zu wollen. Wie im Produktionsprozeß auch braucht es dazu festgelegte Verfahrensweisen und bestimmte, mit Vollmachten ausgestattete Gremien und Personen, die vorrangig dem gemeinsamen Zweck dienen. Ihre Funktion ist es, vor allem die Gesamtinteressen der Organisation

zu vertreten. Wir haben es dabei zum einen mit einer Arbeitsteilung innerhalb der Partei zu tun, zum anderen mit der Übertragung von Verantwortung und Autorität (des gemeinsamen Zieles) auf einzelne Personen und – in der Kommunistischen Partei – auf Kollektive: die Vorstände, Sekretariate und Kommissionen.

Die Entwicklung der sozialen Organisation hat mannigfaltige Arten von Leitung hervorgebracht – Regierungen, militärische Stäbe, Unternehmensleitungen, Vereinsvorstände, Gewerkschaftsführungen usw. Sie unterscheiden sich hauptsächlich nach dem Zweck, dem sie dienen, und der Art der Organisation, zu der sie gehören, sowie nach den konkreten Bedingungen, unter denen sie wirken.

Und die Vorstände in der Kommunistischen Partei? Sie stellen in ihrer Art etwas Besonderes dar, wie es auch die Kommunistische Partei unter allen anderen Organisationen ist. Ihre Grundlage ist eine gemeinsame, wissenschaftliche Weltanschauung. Ihr Ziel ist der Kommunismus, die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, die Realisierung des Programms der Partei – Frieden, soziale Gerechtigkeit, eine klassenlose Gesellschaft. Ihre gemeinsame Tätigkeit, ihre Kraftenfaltung, ist von der Verbindung breit entfalteter innerparteilicher Demokratie mit der dem einheitlichen Handeln dienenden zentralen Führung geprägt.

Sekretariate – Revisionskommissionen – Schiedskommissionen

Die Vorstände in der DKP, von den Kreisen über die Bezirke bis auf die Bundesebene, wählen – gemäß den Bestimmungen des Statuts der DKP – Sekretariate. Die *Sekretariate* sind an die Beschlüsse des Gremiums, von dem sie gewählt wurden, gebunden. Sie

sind zugleich berechtigt, zwischen den Sitzungen oder Tagungen des Vorstandes, der sie gewählt hat, im Rahmen der aktuellen politischen Entwicklung und der laufenden Arbeit ebenfalls Beschlüsse zu fassen, über die sie dann auf den jeweiligen Sitzungen oder Tagungen ihrer Vorstände Rechenschaft ablegen. In der Regel werden die Sekretariate von den Vorsitzenden der jeweiligen Organisationsgliederung geleitet. Sie sind ein Teil der Leitungsstruktur der DKP.

Die *Revisionskommissionen* für die jeweilige Ebene der Organisationsgliederung der DKP werden von den Kreisdelegiertenkonferenzen bzw. Kreismitgliederversammlungen, den Bezirksdelegiertenkonferenzen und vom Parteitag gewählt und sind den Organen mit dem Wahlrecht zur Berichterstattung verpflichtet. Gemäß dem Statut der DKP haben die Revisionskommissionen die Aufgabe, die Kassengeschäfte der Parteikörperschaft zu prüfen, für deren Ebene sie gewählt wurden. Dabei lassen sie sich von der „Finanz- und Beitragsordnung der Deutschen Kommunistischen Partei" leiten, die vom Parteitag beschlossen wurde und nur von ihm geändert werden kann. Als politische Funktionäre der DKP helfen sie den Beitragskassierern auf ihrer jeweiligen Ebene, ihre Funktion *politisch* auszufüllen und zur Sicherung der finanziellen Kampfkraft der Partei beizutragen.

Schiedskommissionen sind, genauso wie die Vorstände in den Kreisen, Bezirken und auf zentraler Ebene, gewählte Organe der Partei. Auch sie sind dem Programm und dem Statut der Partei verpflichtet. Ihre Arbeit wird von der vom Parteitag beschlossenen Schiedsordnung bestimmt. Die speziellen Aufgaben der Schiedskommissionen auf allen Ebenen sind daraus abgeleitet. Sie berühren den Kampf um die Einheit und Geschlossenheit der Partei, die Einhaltung der statuari-

schen Bestimmungen. Schiedskommissionen sind zuständig für die Durchführung von Parteiordnungsverfahren.

Interessant und im Vergleich zu den anderen Parteien in der Bundesrepublik auch einmalig ist die im Statut vorgesehene Möglichkeit von „Verfahren zur Wahrung statuarischer Rechte". Auf Antrag einzelner Mitglieder, Vorstände oder Gruppen kann durch die Schiedskommissionen geprüft werden, ob statuarische Rechte verletzt wurden. Der demokratische Charakter der DKP läßt sich gerade auch hieran beweisen.

Die Mitglieder von Schiedskommissionen sind sehr bemüht, durch Diskussionen in Vorständen und Gruppen Erfahrungen zu Fragen der politischen Wachsamkeit weiterzugeben, z. B. über Versuche staatlicher und anderer Stellen, auf Mitglieder unserer Partei Druck auszuüben, sie durch „Ansprechversuche" und ähnliches zu belästigen.

In anderen Parteien der Bundesrepublik werden ebenfalls Schiedskommissionen oder „Schiedsgerichte", wie einige das nennen, gebildet. Hier fällt auf, daß bei einigen Parteien solche „Schiedsgerichte" mehrheitlich mit Personen besetzt werden, „... die die Befähigung zum Richteramt" haben.

Im Gegensatz dazu entspricht die Zusammensetzung der Schiedskommissionen der DKP der sozialen und altersmäßigen Zusammensetzung der Partei. Frauen sind entsprechend in ihnen vertreten.

Schiedskommissionen sind bei uns also kein irgendwie „abgehobenes" oder geheimnisumwittertes Gremium, sondern ihre Mitglieder sind Gleiche unter Gleichen, sind Teil der Partei, nehmen in der Partei Rechte und Pflichten wahr wie alle anderen Genossinnen und Genossen.

Etwas Grundsätzliches

Für jeden Vorstand in der DKP gibt es zwei Grundaufgaben. Die eine besteht in der schöpferischen Umsetzung des Programms und der Beschlüsse der Partei und ihrer Weiterentwicklung. Dazu gehört, die Partei oder die jeweilige Gliederung zur Durchführung ihrer politischen Aufgaben zu befähigen; die Aktion zu organisieren; an den entscheidenden Punkten selbst voranzugehen, „Bahnbrecher" zu sein und schließlich: die realen Ergebnisse zu kontrollieren, auszuwerten und Schlußfolgerungen daraus zu ziehen für eine Weiterentwickung der Partei und ihrer allseitigen Tätigkeit.

Die zweite, grundsätzliche Aufgabe ist die Sicherung der Kontinuität und Stärkung der Partei. Das heißt: auf die Einhaltung und lebendige Anwendung der Organisationsprinzipien und der Leninschen Normen des Parteilebens zu achten; die Partei gegen Spaltungs- und Beeinflussungsversuche zu schützen; den inneren Aufbau der Partei entsprechend den Organisationsprinzipien und den aktuellen Anforderungen optimal zu entwickeln und die personelle Entwicklung der Partei zu fördern.

Wir wollen es uns hier ersparen, auf jeden einzelnen Aspekt einzugehen. Die Leserinnen und Leser, vor allem die Genossinnen und Genossen aus Gruppenvorständen, seien auf den „Leitfaden für die Gruppenarbeit" hingewiesen, der diese Aufgaben systematisch und im erforderlichen Umfang behandelt.

Statt dessen wollen wir auf zwei Fragen etwas genauer eingehen.

„Bei aller Notwendigkeit, Probleme aufzugreifen, besteht doch der Sinn kommunistischer Führungsarbeit darin, Probleme zu lösen, Wege zur Lösung von

Problemen zu zeigen." Notwendig ist es „auch, daß führende Funktionäre und Funktionärinnen in ideologischen und politischen oder auch in organisationspolitischen Auseinandersetzungen selbst nicht schwanken oder zaudern, sondern konsequent für die Verwirklichung der politischen Linie, für die Erfüllung von Beschlüssen kämpfen, im wahrsten Sinne des Wortes parteilich sind und auch parteilich auftreten."[1]

Vielleicht wird mancher diese Zeilen mit Skepsis gelesen haben. Ist das nicht zu autoritär? Wird hier nicht der kritischen Äußerung über den Mund gefahren? Friedrich Engels hielt es für „absurd, vom Prinzip der Autorität als von einem absolut schlechten und vom Prinzip der Autonomie als einem absolut guten Prinzip zu reden. Autorität und Autonomie sind relative Dinge, deren Anwendungsbereiche in den verschiedenen Phasen der sozialen Entwicklung variieren."[2]

Und in der Tat, um die verschiedenen Anwendungsbereiche geht es hier. Ihre Autorität gewinnen die Leitungsgremien unserer Partei durch die Aufgabe, bei Wahrung der Grundsätze die beschlossene Politik umzusetzen, und das bedeutet zunächst, sie in der Partei durchzusetzen. Damit ist nicht etwa gemeint, einfach zu kommandieren oder Einwände „unter den Teppich zu kehren". Beschlüsse müssen zum Beispiel allen Genossinnen und Genossen bekannt gemacht werden. Die Erläuterung der Hintergründe und Überlegungen, die zu einem Beschluß führten, befähigen unsere Mitglieder, das Wesen, den Zweck des Beschlusses, die Absicht, die mit ihm verfolgt wird, zu erfassen. Es müssen Vorschläge entwickelt werden, wie sie konkret umzusetzen sind. Gegenüber einem nachträglichen Infrage-

1 Herbert Mies – Schlußwort auf der 9. Parteivorstandstagung 30./31. 1. 1988. DKP-Informationen Nr. 9/Febr. '88

2 MEW, Bd. 18, S. 307

stellen muß die Mehrheitsentscheidung verteidigt werden. Und wer wüßte nicht von sich selbst, daß es manchmal auch der Ermunterung, des Anfeuerns, des Mutmachens bedarf, damit es dann endlich „losgeht"?

Aber das sind ja eher unsere „ruhigen Momente", wenn wir nach einem eindeutigen Beschluß – der vorher ausreichend diskutiert wurde – handeln können. Wie aber, wenn eine dringende Entscheidung notwendig ist, ohne daß vor der Beschlußfassung gründlich diskutiert werden kann, was ja im Klassenkampf vorkommt? Was tun, wenn neue Fragen auftauchen, zu deren Bewältigung ein längeres Studium, mehr Zeit notwendig wäre? Gerade in solchen Situationen sind die Vorstände gefordert. Sie müssen vor allem darauf drängen, daß die Kommunistinnen und Kommunisten aktiv werden, daß sie auch an Neues und Unvorhergesehenes praktisch, eingreifend herangehen. Einen Streik, eine aufbrechende Bewegung, das Auftreten einer ungewohnten politischen Gruppierung begreift man nur, indem man sich mitten hineinbegibt und Stellung bezieht. Daß dabei auch Fehler gemacht werden, ist immer möglich. Je klarer jedoch – in der Eile – eine klassenmäßige, marxistische Einschätzung entwickelt wurde, je vertrauter die Gruppe mit den grundlegenden Dokumenten der Partei ist, um so geringer werden diese Fehler sein. Dies vorzubereiten und bewußt in die Vorbereitung der Praxis einzubringen, liegt wiederum in der Verantwortung der Vorstände.

Kommen wir zu einer zweiten aktuellen Frage. Dazu soll uns ein Beispiel dienen.

Der Gruppenvorstand der Gruppe XY steht vor einer Fülle von Aufgaben: zentrale Aktionen, Kommunalpolitik, Betriebsaktiv, Bildungsabend, Kleinzeitung, Kassierung und und... Die Genossinnen und Genossen strengen sich sehr an; trotzdem klaffen immer wieder

Lücken. Der Gruppenabend ist schlecht besucht. Wegen einer Demonstration muß der Bildungsabend – auf unbestimmt – verschoben werden. Ein Genosse wird arbeitslos, braucht Hilfe: darüber kommt der UZ-Verkauf zu kurz. Wenn es auch richtig ist, ist es doch in unseren Reihen fast zum Gemeinplatz geworden: wir stehen vor großen Aufgaben und haben dafür zuwenig Kräfte.

Muß man in dieser Situation nicht auswählen? Zum Beispiel den UZ-Verkauf streichen, wo ohnehin im Durschnitt nur fünf verkauft werden? „Schwerpunkte setzen"? Schwerpunktsetzung – politisch-inhaltlich und örtlich – soll durch Konzentration von Kraft beispielhaftes Vorankommen in einem Politikfeld, an einem Ort ermöglichen. Schwerpunktsetzung ist ein wichtiger organisationspolitischer Hebel, um insgesamt voranzukommen. Das Streichen von notwendigen Aufgaben, weil nur so die übrigen bewältigt werden können, ist keine Schwerpunktsetzung. Im ersten Fall geht es um Entwicklung, im zweiten um Stagnation, im günstigsten Fall. Es gibt nur einem Weg, um mit vielerlei wichtigen Anforderungen zugleich fertig zu werden. Das ist die Qualifizierung der eigenen Arbeit und die Einbeziehung möglichst aller Genossinnen und Genossen. Ein „Schleifenlassen" der Kassierung beispielsweise wird über kurz oder lang auch zu einer geringeren Einbindung mancher Gruppenmitglieder, unter Umständen zur Lockerung ihrer Bindung zur Partei führen. Hier wird also nicht Anstrengung gespart, sondern größere Anstrengung – nämlich von wenigen Genossen – vorprogrammiert, ob man es will oder nicht will. Es wird sozusagen an der Leiter oben ein Stück angesetzt, das man unten zu diesem Zweck absägt. Das Ringen um regelmäßiges öffentliches Auftreten, um die Bildungsarbeit, um die anderen „Standards" der Gruppentätigkeit ist also ein Kampf um die Stärkung der Partei – sicher

in der Kleinarbeit, aber gerade diese ist von großer Bedeutung. Dieses „Gerüst" der ständigen Arbeit zu stabilisieren und zu befestigen – das ist ein Kernstück der Leitungsarbeit.

Gerade Vorstände, für die diese beiden Fragen „kalter Kaffee" sind, stehen jedoch in einer anderen Gefahr. Wir wollen sie in einer kleinen Parabel einmal die „Kunstflieger" nennen. Die einen reißen, kaum daß sie ans Steuer geschickt worden sind, das Flugzeug rasant hoch, daß es der Mannschaft schon schwummrig wird. Da es aber so nicht endlos weitergeht, folgt ein atemberaubender Sturzflug mit noch größerer Geschwindigkeit, an der Grenze der Belastbarkeit. So geht das einige Male, mit dem Erfolg, daß die einen in Ohnmacht gefallen und die anderen mit dem Fallschirm abgesprungen sind. Die anderen wiederum lassen erst gar keinen mit einsteigen, klettern in einsame Höhen und drehen dort einen Looping nach dem anderen, die zwar wunderschön anzusehen sind, den Piloten aber immer wieder zum Ausgangspunkt zurückführen. Soweit die Parabel.

Außergewöhnliche, extreme Anstrengungen zu erbringen, kann man auch von einem Kommunisten nicht ständig verlangen. Vorstände, die glauben, ihre Gruppe sprunghaft, nur durch eine Vervielfachung des Willens nach vorn zu bringen, riskieren damit auch Resignation, wenn sich herausstellt, daß die hochgesteckten Ziele dauerhaft nicht erreicht werden. Das heißt nicht, daß nicht auch Situationen auftreten können, wo es gerade auf diese Mobilisierung von Elan, von großer Anstrengung und Einsatzbereitschaft ankommt; das kann man aber nicht zur Regel machen.

Vorstände, die von ihren Genossinnen und Genossen „abheben", die nicht mit den tatsächlichen, sondern mit „idealen" Kommunisten rechnen, gehen ebenso

fehl. Jeder noch so tolle Aktionsvorschlag, jede noch so ausgefeilte Planung muß mit der Gruppe gemacht werden. Und das bedeutet, daß die Erfahrungen der Genossinnen und Genossen darin eingehen, daß alle realistisch darüber beraten müssen. Nur dann kann auch jeder überzeugt sein, daß das Vorhaben gelingen kann, daß man „es schaffen" kann.

Neue Anforderungen an die Vorstände

Auf neue Anforderungen an die Organisation der Partei müssen sich auch die Vorstände einstellen. Dabei fangen wir nicht bei Null an. Allein in den letzten beiden Jahren haben insbesondere die Thesen des 8. Parteitages und die Materialien der 3., 8. und der 9. Parteivorstandstagung wichtige neue Aussagen zur Arbeit der Vorstände getroffen.

Notwendig ist heute ein solches Herangehen der Leitungsorgane an die Beschlußlage und die Mobilisierung von Kraft für ihre Umsetzung, daß mit den vorhandenen Kräften nicht nur etwas, sondern ein Maximum bewegt wird. Wir wissen, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe große Möglichkeiten für die Stärkung unserer Partei bieten. Nicht mit irgendwelchen Geheimrezepten, sondern nur mit dem klugen und wirkungsvollen Einmischen in die realen Kämpfe werden wir diese Chancen nutzen können. Der Ort, wo die Partei eingreift, das sind die Wirkungsbereiche der Grundorganisationen. Eine Verbesserung, Aktivierung ihrer Arbeit – das ist eine Aufgabe aller Vorstände in der Partei. Schwerpunktsetzung, zentral und dezentral, ist auch in diesem Zusammenhang ein bewährtes Mittel, um unsere Kraft optimal zu entfalten. Nehmen wir zum Beispiel an, eine Wohngebietsgruppe setzt sich zum Schwerpunkt, über ein Betriebsaktiv in einem be-

stimmten Betrieb kommunistische Arbeit zu entwikkeln. Neben der „normalen" Tätigkeit der Gruppe werden also zusätzliche Anstrengungen für einen langen Zeitraum für dieses Betriebsaktiv mobilisiert. Zugleich werden alle anderen Aktivitäten auch unter dem Kriterium betrachtet, was sie zur Gewinnung von Einfluß in diesem Betrieb beitragen. Statt einer eher allgemein gehaltenen Wohngebietszeitung wird eine Betriebszeitung herausgegeben. Zu einer öffentlichen Fete werden besonders die Kolleginnen und Kollegen des Betriebes eingeladen, usw. Entwickelt sich die Arbeit gut, wird nach einiger Zeit neben die Wohngebietsgruppe eine neue Betriebsgruppe treten – eine reale Stärkung der Partei. Das Hauptargument für die Orientierung an Schwerpunkten ist, daß sich dieses Vorgehen praktisch bewährt hat. Dort, wo ernsthaft und zäh um einen Schwerpunkt gerungen wurde, sind in der Regel auch überdurchschnittliche Erfolge erreicht worden.

Nicht nur durch das gestiegene Bildungsniveau, sondern auch aufgrund einer größeren Vielfalt und Kompliziertheit der politischen Themen, mit denen sich alle Gliederungen unserer Partei auseinanderzusetzen haben, spielt die durchschaubare und sachlich geführte Diskussion heute eine große Rolle für die Entwicklung unserer Politik. In einem anderen Kapitel wurde dazu ausführlich argumentiert. An dieser Stelle jedoch ist festzuhalten, daß es auch zur Aufgabe der Vorstände gehört, die Diskussion *zu organisieren.* Bei strittigen, noch nicht entschiedenen Fragen müssen Diskussionen als Klärungsprozesse von den Vorständen initiiert werden. Sie müssen darin auf Klarheit und Sachlichkeit drängen und vor allem das Ziel, die Richtung auf die praktische Aktion, immer wieder anmahnen. Von Vorstandsmitgliedern ist zu erwarten, daß sie die Diskussion in der Gruppe oder in der ganzen Partei

aufmerksam verfolgen, auch, um einzugreifen und richtigstellen zu können, was bereits ausdiskutiert ist, damit sich die Diskussion nicht im Kreise dreht. Schließlich: eine Parteidiskussion, die nicht – nicht immer sofort, aber letztendlich – mit Konsequenzen beschlossen wird, ist vergeudetes Pulver. Der Vorschlag zum Beschluß – folgt er nicht aus der Diskussion, sollte er vom Vorstand eingebracht werden.

„Dem Funktionär ist nichts zu schwer"?

Anforderungen, Aufgaben, sollen, müssen – das sind häufige Wörter in diesem Kapitel. Sind Parteifunktionäre nicht auch nur Menschen?

Das ist so allgemein richtig wie nichtssagend. Leitungstätigkeit in der kommunistischen Partei fordert, aber fördert auch die Entwicklung einer kommunistischen Persönlichkeit.

„In den Kämpfen, Bewegungen und Auseinandersetzungen entwickeln sich talentierte, einsatzbereite kommunistische Führungspersönlichkeiten:

Das sind Genossinnen und Genossen, die sich an der Erarbeitung der Politik der Partei aktiv beteiligen, ihre erfolgreiche Umsetzung organisieren und sie kämpferisch in der Öffentlichkeit vertreten.

Das sind Genossinnen und Genossen, die sich in den Auseinandersetzungen durch einen klaren Klassenstandpunkt, durch weltanschauliche Festigkeit, durch Opferbereitschaft, durch die Übereinstimmung von Worten und Taten auszeichnen.

Das sind Genossinnen und Genossen, die Phrasendrescherei und Wortgeklingel ablehnen, die ihre eigene Arbeit und die Arbeit ihres Kolletiktivs kritisch und selbstkritisch bewerten, für die Zustimmung zur Kollektivität und zur persönlichen Verantwortung kein

Lippenbekenntnis ist. Das sind Genossinnen und Genossen, die sich in komplizierten Situationen durch Prinzipienfestigkeit, Beweglichkeit und Parteiverbundenheit auszeichnen, ihre persönlichen Belange mit den Interessen der Partei in Einklang bringen und eine eindeutige positive Haltung zum proletarischen Internationalismus, zum realen Sozialismus, insbesondere zur Sowjetunion und zur DDR an den Tag legen."

Allerhand, was wir da von unseren Genossinnen und Genossen, die in Vorstände gewählt wurden, einfordern; aber lesen wir weiter:

„Das sind Eigenschaften, um deren Aneignung wir uns ständig zu bemühen haben".[3]

Eine solche Entwicklung von Parteifunktionären erreichen wir sicherlich nicht von heute auf morgen. Doch an solchen, in gewissem Sinne idealen Ansprüchen, sollten wir uns orientieren.

Es ist noch kein Gruppenvorsitzender vom Himmel gefallen. Jeder kann Fehler machen. Jeder hat seine Unverträglichkeiten, seine schwachen Seiten. Niemand ist in jeder Lebenslage gleich hoch belastbar.

In der Leitungsarbeit der Kommunistischen Partei und ganz besonders in der Entwicklung von Genossinnen und Genossen, die neu in einen Vorstand gewählt werden, spielt das Prinzip von Kollektivität und Eigenverantwortlichkeit eine große Rolle. Die kollektive Beratung und Beschlußfassung beugt subjektiven Fehleinschätzungen vor. Kollektivität meint aber auch gemeinsame Verantwortung für die Beschlüsse, das einheitliche Vertreten der gemeinsam gefundenen Auffassung. Bedenken gegen eine Entscheidung sind also

3 Referat der 3. Parteivorstandstagung der DKP. Beilage zur UZ vom 4. 10. 1986, S. 48

während der Beratung, nicht etwa im nachhinein vor zutragen. Für ein bequemes „Ich war ja von vornherein dagegen" oder „Ich hab's ja schon immer gewußt" sind wir uns gegenseitig zu wichtig. Das heißt selbstverständlich, wach dabei zu sein, sich auch zu streiten, wo es notwendig ist. Es muß die beste Entscheidung gefunden werden, nicht irgendeine, von der man sich nachher wieder distanzieren kann. Während aber kollektiv entschieden und die Entscheidung auch kollektiv vertreten wird, gibt es in jedem Leitungsorgan Einzelverantwortlichkeiten (die manchmal etwas beamtenmäßig „Ressorts" genannt werden). Die Entwicklung in einem solchen Arbeitsfeld (z.B. die Bildungsarbeit) ist außer von den Entscheidungen des Kollektivs auch von dem für diese Funktion gewählten Parteimitglied abhängig, von seiner Initiative, seiner Zähigkeit, seiner Überzeugungskraft. Hier steht er oder sie für die Parteiorganisation, ist im wahrsten Sinne des Wortes verantwortlich: muß nämlich Rede und Antwort über das Geleistete stehen, das Vertrauen derjenigen, die ihn gewählt haben, rechtfertigen.

Vieles in der Entwicklung unserer Leitungsarbeit hängt davon ab, erstens gemeinsame Entscheidungen tatsächlich ausreichend kollektiv zu beraten und, zweitens, Verantwortlichkeiten nach dem Maß der Kräfte und Fähigkeiten der einzelnen Genossinnen und Genossen zu verteilen. Damit sollen nicht unsere Mitglieder in gute und weniger gute eingeteilt, sondern es soll auf den objektiven Entwicklungsstand der einzelnen eingegangen werden. Eine angetragene Aufgabe abzulehnen, ist deswegen noch nicht gleich ein Makel. Falsch ist es aber, der Diskussion darüber auszuweichen oder nicht zu akzeptieren, daß Anforderungen an die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit durchaus berechtigt sind.

„Wer die Welt verändern will, muß sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossen. Wer Kraft entfalten will, muß sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muß kämpfen"[4] – nicht zuletzt mit sich selbst. Hat jemand etwas anderes erwartet?

4 Programm der DKP, S. 90

Kollektivität und Persönlichkeitsentwicklung

Wer die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern will, muß organisiert und kollektiv handeln.

Über Kollektivität gibt es unter neu in die DKP aufgenommenen Mitgliedern, aber auch vor den Toren der Partei viel Unverständnis. Oft wird dieser Grundsatz als Gegensatz zur Persönlichkeit und ihrer Entwicklung (falsch) verstanden. Doch hier existiert kein realer Gegensatz. Denn Gemeinschaftlichkeit, also Kollektivität, bestimmte stets – ob bewußt oder unbewußt – das Leben der Menschen.

Der Gedanke der Kollektivität ist auch keine „Erfindung" der Kommunisten, er ist älter als die kommunistische Bewegung.

Johann Wolfgang von Goethe äußerte sich gegen Ende seines Lebens über Kollektivität in einem Gespräch mit Eckermann:

„Im Grunde sind wir alle kollektive Wesen, wir mögen uns stellen, wie wir wollen. Denn wie weniges haben und sind wir, das wir im reinsten Sinne unser Eigentum nennen! Wir müssen alle empfangen und lernen, sowohl von denen, die vor uns waren, als von denen, die mit uns sind. Selbst das größte Genie würde nicht weit kommen, wenn es alles seinem eigenen Innern verdanken wollte."[1]

1 Eckermann: „Gespräche mit Goethe", Verlag Volk und Welt, Berlin 1953, S. 713/714

In diesem Goetheschen Sinne sehen wir Kommunistinnen und Kommunisten in einer Persönlichkeit den Menschen und seine Rolle im gesellschaftlichen Leben, mit bestimmten Fähigkeiten, Anlagen, Bedürfnissen, mit bestimmten politischen, geistig-kulturellen und moralischen Eigenschaften ausgestattet.

Doch für den einzelnen Menschen, der noch mit sich um die Entscheidung ringt, in die DKP als einer ganz besonderen Partei einzutreten, oder der diese Entscheidung gerade erst getroffen hat, stellen sich die Dinge doch zuerst unmittelbar und praktischer.

Der erste „Blick in die DKP" und Fragen, die Antworten verlangen

Da hat sich jemand entschieden, als Interessent erstmals die Mitgliederversammlung einer Parteigruppe der DKP zu besuchen oder ist den entscheidenden, sein Leben verändernden Schritt gegangen und Mitglied unserer Kampfgemeinschaft von Gleichgesinnten geworden. Die sich so entscheiden, beschreiten für sich persönlich „Neuland". Die erste Mitgliederversammlung läßt sie die DKP näher, sozusagen „von innen" kennenlernen.

Mit der Organisiertheit und dem planmäßigen Ablauf der Versammlung, der Disziplin und aktiven Teilnahme der anwesenden Genossinnen und Genossen am Meinungs- und Willensbildungsprozeß und der Festlegung der daraus resultierenden Aufgaben für den Einzelnen wie für das Kollektiv erleben sie dann etwas für sie Neues. Das Wesen der Sache aber bleibt für sie ganz am Anfang ein „Buch mit sieben Siegeln".

So ist es durchaus verständlich, wenn neuaufgenommene Mitglieder (oder interessierte Gäste) bei dieser Gelegenheit zu dem Eindruck gelangen: „Hier geht

es aber sehr straff zu. Tagesordnung, Zeitplan, Wortmeldung in der Diskussion – alles so organisiert und auch kritisch."

Und es ist ebenso verständlich, wenn sich der oder die Betreffende (erst mal) im stillen die Fragen stellt: „Wenn ich hier mitmache, bleibt mir dann noch Zeit für den Sportverein? Bleibt bei all dem Planen noch Freiraum für eigenes kreatives Tun? Verliere ich möglicherweise mein eigenes Ich, meine Individualität, meine Persönlichkeit?"

Noch zu wenig werden bei solcher Gelegenheit „die Neuen" und auch die Gäste ermuntert, ihre Gedanken vorzutragen, ihre Fragen auszusprechen, noch zu oft werden sie damit allein gelassen. Umgekehrt sollten sie von den „Alten" geradezu ermuntert werden, all das auszusprechen, was sie bewegt. Das hilft ihnen, mit unserem Parteileben und den Grundlagen unserer politischen, ideologischen und organisatorischen Arbeit schnell vertraut zu werden, ihren Platz in unseren Parteireihen zu finden.

Daß bei neuen Mitgliedern und auch bei Sympathisanten solche Fragen auftauchen, hat einen realen Hintergrund. In der heutigen Zeit mit ihren tiefgreifenden Veränderungen in unserem Land und in der Welt sind auch die Zugänge in die Kommunistische Partei gegenüber vorhergehenden Zeiten vielfältiger geworden. Die Intensität, mit der neue Mitglieder ihre ersten Eindrücke aus dem Kennenlernen unseres innerparteilichen Lebens empfinden, hängt mit spezifischen Erfahrungen zusammen, die sie bisher in verschiedenen Formen und Bereichen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gemacht haben. Wo ein neues Mitglied herkommt, welche Erfahrungen es bisher in Kämpfen und Bewegungen gemacht hat, welche Vorstellungen und Wünsche es mit der Mitgliedschaft in der DKP verbin-

det, das sollte eine Parteigruppe stets berücksichtigen. Dann wird es auch leichter, aus einer wachsenden Mitgliederzahl größere Parteikraft zu machen.

Ein qualifizierter Facharbeiter aus einem großen Industriebetrieb, der schon Jugendsprecher war und als gewerkschaftlicher Vertrauensmann Erfahrungen in Klassenkämpfen gesammelt hat, weiß in der Regel den Wert einer Gemeinschaft, eines Kollektivs, den Wert von Organisation und Disziplin, von planmäßigem Handeln zu schätzen. Er hat sich in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ein bestimmtes Maß an Organisationsverständnis und Organisationserfahrung angeeignet. Das war seine „Schule des Lebens" vor dem Eintritt in die Kommunistische Partei.

Wesentlich andere Erfahrungen machten jene, die in Betrieben, beispielsweise des Dienstleistungsbereichs, beruflich tätig sind, in denen es möglicherweise noch einen niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad gibt. Andere Erfahrungen kann der Student, die junge Akademikerin, der Ingenieur haben, wie auch der Lehrling, die Schülerin und der Arbeitslose. Immer mehr kommen zu uns, denen unsere Vorstellungen von Organisation und damit auch von Kollektivität noch unverständlich oder gar fremd sind. Daß die Organisation der Kommunistischen Partei als Arbeiterpartei Klassencharakter hat, verstehen sie noch leicht. Aber warum die Prinzipien unseres innerparteilichen Lebens Grundwerte der Organisationsauffassung der marxistischen Partei sind, das muß erst plausibel gemacht werden, denn es ist für sie etwas völlig Neues. Mit deren Wesen und Zweckbestimmtheit müssen sie in ihrer Parteigruppe erst vertraut gemacht werden.

Auf welchem Wege, über welche Zugänge auch immer neue Mitglieder in unsere Partei kommen, sie brauchen die Hilfe des Gruppenkollektivs, um ihren

Platz in unserer Kampf- und Vertrauensgemeinschaft einzunehmen und auszufüllen, um sich zu Kommunistinnen und Kommunisten zu entwickeln.

Sie sind Persönlichkeiten mit eigenem Charakter, mit unterschiedlichen Erfahrungen, Fähigkeiten und Kenntnissen, mit persönlicher Ausstrahlungskraft. Sie alle haben für sich schon spezifische Lebens- und Kampferfahrungen gemacht, die sie in unsere Partei einbringen. Das gibt der Partei – neben möglichen Problemen – neue, wertvolle Impulse, und das ist ein großer Gewinn.

Zu dieser neuen Entwicklung gehört auch, daß unsere Genossinnen mit ihrer Mitgliedschaft in der DKP ein starkes Engagement für Frauenrechte verbinden. Diesem berechtigten Anspruch, der sich auch im Parteileben widerspiegeln muß, sollten wir mehr Rechnung tragen. Berücksichtigen müssen wir stärker, daß eine Mitgliedschaft junger Genossinnen und Genossen (Eltern mit Kindern) für sie Probleme aufwerfen kann. Unsere Genossinnen und Genossen nicht allein zu lassen, ihre Sorge und Nöte zu kennen, ist eine wichtige Aufgabe eines Gruppenvorstandes und aller Mitglieder einer Grundorganisation. Wir verlieren nicht wenige Mitglieder dadurch, daß in den Kollektiven unserer Parteigruppen noch nicht immer genügend um die Einbeziehung aller gerungen wird. Es wird als einfacher angesehen, alles selber im Gruppenvorstand zu erledigen, statt alle Mitglieder für die Teilnahme an der Erarbeitung und Umsetzung unserer Politik zu gewinnen. Wenn in den Parteigruppen eine kommunistische Atmosphäre der gegenseitigen Achtung, der Kameradschaftlichkeit, des offenen und ehrlichen Umgangs miteinander praktiziert wird, wenn Parteigruppen sich als wirkliche Kollektive erweisen, fällt es mit Sicherheit leichter, mehr Genossinnen und Genossen in die Akti-

vitäten, in die Arbeit des Kollektivs einzubeziehen, werden vor allem neue Mitglieder in das Leben und die Arbeit der Gruppe integriert.

Die kommunistische Persönlichkeitsentwicklung eines neuen Mitgliedes vollzieht sich nicht einfach und problemlos. Probleme können auch dann entstehen, wenn Kollektivität nicht geprägt ist durch Ringen um Klarheit über die Rolle der Partei – theoretisch und praktisch. Das belegen Erfahrungen der letzten Jahre. Probleme können ebenfalls entstehen und die kommunistische Persönlichkeitsentwicklung behindern, wenn Mitglieder für ihre politische Arbeit bewährte Grundsätze unserer marxistischen Organisationsauffassung in den Wind schlagen und meinen, allein ihre spezifischen Erfahrungen reichten als Grundlage für Entscheidungen darüber aus, was im gegenwärtigen Augenblick richtig oder unrichtig, zu tun oder zu unterlassen sei.

Muß man sich mit den Ergebnissen beispielsweise einer Parteivorstandstagung vertraut machen oder nicht? Muß man sich an der Verwirklichung eines Beschlusses auch dann aktiv beteiligen, wenn man bei der Abstimmung über ihn in der Minderheit geblieben ist oder abseits stand? Darüber ist immer wieder Klarheit zu schaffen. In kollektiver Arbeit z. B. einer Grundorganisation muß gezeigt, bewiesen werden: Ein solches Sich-nicht-vertraut-Machen mit den beschlußmäßigen Grundlagen der Parteiarbeit schadet der Erarbeitung und Umsetzung einer einheitlichen politischen Linie der Partei, ihrer Geschlossenheit und Kampfkraft. Die Erfahrung lehrt uns: Mit der Beachtung der Prinzipien der marxistischen Organisationsauffassung, der Grundsätze und Normen des Parteilebens geht es in jedem kommunistischen Kollektiv „um des Pudels Kern": „Dem Druck des Klassengegners standhalten und zu-

gleich dauerhaft vorankommen – das können wir nur dann, wenn auch künftig alle Genossinnen und Genossen auf der Grundlage des Parteiprogramms und des Parteistatuts an einem Strang ziehen, wenn wir uns auch in Zukunft jene Einheitlichkeit und Geschlossenheit, jene Disziplin und Beschlußtreue bewahren, die uns immer ausgezeichnet hat. Hier darf und wird es ebensowenig wie in Grundfragen unserer klassengebundenen Weltanschauung, unserer Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus irgendwelche Abstriche geben."[2]

Über spontanes und organisiertes Handeln

Politisch-ideologisches Niveau und weltanschauliche Stabilität und Geschlossenheit sind in einer kommunistischen Partei, die stets um die Integration neuer Mitglieder in ihren Reihen bemüht sein muß, keine einmal und damit für immer erreichten Größen. Nicht umsonst sehen wir in unserer ideologischen Arbeit ein Herzstück unserer Parteiarbeit. Stets sehen wir uns veranlaßt, vor allem mit unseren neuen Kampfgefährten in kameradschaftlicher Diskussion die Frage zu klären, ob – und wie – organisiertes und spontanes Handeln, Parteiarbeit nach einem Plan sowie Kreativität, Disziplin und Persönlichkeitsentwicklung, Beschlußverbindlichkeit und Freiheit der Entscheidung, Kollektivität und Eigenverantwortung miteinander zu vereinbaren und „unter einen Hut zu bringen" sind.

Oft entsteht Unklarheit, gibt es *scheinbare* Widersprüche, weil der Inhalt von Begriffen nicht eindeutig

2 „Zur Entwicklung der Partei und zu Organisationsfragen", Referat auf der 3. Tagung des Parteivorstandes der DKP, 27./28. September 1986; UZ-Eigenbeilage vom 4. 10. 1986

bestimmt ist. Insbesondere bei jüngeren Genossinnen und Genossen trifft man auf den erfreulichen Drang, bei aktuellen politischen Gegebenheiten, die zum Widerstand herausfordern, spontan etwas zu tun. Hier kommt ihre Bereitschaft zu kämpferischem Verhalten zum Ausdruck. Aber das sollte nicht mit der Ablehnung verbunden sein, sich mit dem Gruppenkollektiv abzustimmen oder mit Mitgliedern des Gruppen- oder Kreisvorstands zu beraten. Solche Beratungen sind wichtig, um aus gegebenem Anlaß abgestimmtes, organisiertes, auf ein gemeinsames Ziel gerichtetes Handeln zu erreichen, die Kraft der geplanten Aktion zu vergrößern. Das nutzt der Sache. Es liegt doch auf der Hand, daß die gebündelte Kraft von vielen größer ist als die Kraft des einzelnen. Und wenn die vielen dazu noch organisiert und koordiniert handeln, besteht größere Aussicht, eine gewollte Wirkung zu erzielen. Besonders unsere älteren Kampfgefährten kennen den Erfahrungswert des Sprichwortes aus der revolutionären Arbeiterbewegung: „Einen Finger kann man brechen. Aber fünf Finger sind eine Faust".

Der Dichter der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Wladimir Majakowski, hat diese Erfahrung in seinem Poem „Wladimir Iljitsch Lenin" verarbeitet.

„Zur Partei vereint sind die Kleinen – Bezwinger!
Streck die Waffen Feind, vor der größ'ren Gewalt!
Partei – ist die Hand der Millionen Finger
zerschmetternd zur einigen Faust geballt!"[3]

Organisation als materielle Gewalt, die den Sieg des Roten Oktober ermöglichte, wird in diesen Worten

3 W. Majakowski, Ausgewählte Gedichte und Poeme, Verlag Volk und Welt, Berlin 1953, S. 332

sehr gut zum Ausdruck gebracht. Für alle, die erste Erfahrungen in der revolutionären Arbeiterbewegung sammeln, ist es lohnenswert, diese bereits Geschichte gewordene Lehre zu beachten.

Im herkömmlichen Sinne werden Denk- und Verhaltensweisen als spontan verstanden, wenn sie nicht von gründlicher Überlegung bestimmt sind, sondern instinktiv, ohne auf ein Ziel gerichtete Planung, Organisation und entsprechende Leitung zustande kommen. Auf die Arbeiterklasse als Ganzes oder auf einzelne ihrer Abteilungen bezogen waren und sind spontane Aktionen oft der Beginn für entscheidende Klassenkämpfe. Marxisten sehen in solchen spontanen Bewegungen stets günstige Ansatzpunkte für die Entwicklung von Klassenbewußtsein und Klassenorganisation. Auf diesem Wege muß die kommunistische Partei die Entwicklung insbesondere der Arbeiterklasse voranbringen. Wir bleiben nicht stehen bei der spontanen Aktivität, beim unmittelbaren, situationsgebundenen Handeln, sondern wollen es einfügen in längerfristiges, zielgerichtetes, antikapitalistisches Handeln. So verstehen wir auch Lenins Rat: „...Die Kommunisten reden der Spontaneität nicht das Wort ... Die Kommunisten lehren die Massen organisiertes, zielstrebiges, einmütiges, rechtzeitiges, reifes Handeln."[4]

Hindert Organisation die Persönlichkeitsentwicklung?

Selbsttätigkeit und Eigeninitiative von DKP-Mitgliedern, das von marxistischem Wissen ausgeht und der Verwirklichung der gemeinsam erarbeiteten und

4 W.I. Lenin: „Die Helden der Berliner Internationale", Werke, Bd. 29, S. 385

beschlossenen Politik dient, ist mehr als Spontaneität. Für Mitglieder der DKP ist Selbsttätigkeit und Eigeninitiative in diesem Sinne – wenn sie von der bewußten Zugehörigkeit zu einem Parteikollektiv getragen werden – stets auch Teil ihrer Selbstverwirklichung als kommunistische Persönlichkeiten. Bei Gesprächen mit Menschen, die wir für die Mitgliedschaft in unserer Partei gewinnen wollen, kommt verschiedentlich der Einwand: „Ich will mich nicht in der Organisation binden, weil ich *kreativ* tätig sein möchte." Eine solche Auffassung muß man ernst nehmen. Sie kann sich auf Erfahrungen gründen, die in bürgerlichen Organisationen, staatlichen Einrichtungen oder auch im Arbeitsprozeß gewonnen wurden.

Das Bedürfnis, auch in der organisierten Form des politischen Kampfes kreativ, also schöpferisch tätig zu sein, ist eine Eigenschaft, die insbesondere Kommunistinnen und Kommunisten auszeichnen sollte.

Unsere Partei hat eine wissenschaftliche Weltanschauung zur Grundlage ihrer Politik und politischen Praxis. *Eine* Bedingung für erfolgreiches Wirken, für erfolgreiche Parteientwicklung ist die *schöpferische*, also *kreative* Anwendung der Lehren von Marx, Engels und Lenin bei der Entwicklung unserer Politik und Praxis im Hinblick auf die konkreten Bedingungen unseres Landes wie auch auf die Erfordernisse des internationalen Klassenkampfes. Es sollte doch einleuchten, daß viele klüger sind als der einzelne, mehr Erfahrungen haben. Diese *Produktivkraft* müssen wir nutzen. Also: Je mehr Genossinnen und Genossen der Gruppe sich – auch durch wechselseitige und kollektive Hilfe – zu kreativem Handeln befähigen, um so wirksamer und erfolgreicher wird eine solche Gruppe die Politik und Beschlüsse der Partei in ihrem politischen Wirkungsbereich umsetzen können. Hier soll nicht dem „Prinzip"

des „Hans-Dampf-in-allen-Gassen" das Wort geredet werden. Wir brauchen mehr als bisher die Bündelung unserer Kraft (nicht ihre Verzettelung!), das gemeinsame, *organisierte,* planmäßige, auf ein Ziel gerichtete kollektive und persönliche Handeln mit breitem Entfaltungsraum für kreatives Tätigsein, das einem gewollten Zweck dient.

Manche Gruppen und Vorstände der DKP haben noch nicht ein solches innerparteiliches Leben entwikkelt, in dem kreatives kommunistisches Tätigsein eine erfolgreiche politische Arbeit fördert. Wir sehen die Kluft zwischen dem Idealzustand, den wir anstreben, und der Realität. Aber wir nehmen das nicht einfach zur Kenntnis, sondern bemühen uns, die Entwicklung des innerparteilichen Lebens insbesondere unserer Grundorganisationen auch durch eine stärkere Ausprägung unserer Mitglieder als Persönlichkeiten voranzubringen und diese Kluft zu verengen. Und dazu sind kreative, also schöpferische Ideen, ist kreatives, schöpferisches Handeln gefordert. Dabei kann sich jedes Mitglied mit *seinen* Kenntnissen, *seinen* Fähigkeiten, *seinen* Erfahrungen einbringen. In Parteigruppen, in denen das schon heute zur täglichen Praxis gehört zeigt sich, daß es in der kommunistischen Partei keinen Widerspruch zwischen Organisation und Kreativität geben *muß.* Denn sie haben sich – richtig verstanden – wechselseitig zur Voraussetzung. Unsere Partei ist in ihrer Personalpolitik stets bemüht, die Befähigung ihrer Mitglieder zu kreativem Denken und Handeln zu fördern. Das gehört zur Entwicklung kommunistischer Persönlichkeiten.

Wenn wir ein neues Mitglied in unsere Partei aufnehmen, verbinden wir damit die Hoffnung, daß daraus eine lebenslange politische, ideologische und organisatorische Bindung wird. Das ist aber nicht immer der

Fall. Insbesondere dann nicht, wenn die Gruppe, in der das neue Mitglied aufgenommen wird, sich nicht systematisch darum bemüht, ihm zu helfen, seinen Platz in unseren Reihen zu finden und auszufüllen. Ein Gruppenvorstand der DKP, der das nicht ständig im Blick hat und praktiziert, hat es in seiner Gruppe auch „über das normale Maß hinaus" mit Mitgliederverlusten zu tun. Ein neues Mitglied aufnehmen ist immer nur der erste Schritt. Zum zweiten Schritt gehört das Bemühen darum, daß aus einer größeren Mitgliederzahl wachsende Parteikraft wird.

Die Kraft kollektiven Handelns

In der Praxis des Lebens einer Grundorganisation der DKP sollten möglichst viele Kommunistinnen und Kommunisten auch dadurch, daß sie voneinander lernen, zu der Erkenntnis finden:

„Kommunist sein heißt, in einer Gemeinschaft von Gleichgesinnten zu wirken. Das schafft die besten Bedingungen für die Entfaltung der Persönlichkeit und die Bereicherung des Lebens jedes einzelnen Kommunisten. Kameradschaftliches Zusammenwirken, neue Kenntnisse, ein wissenschaftliches Weltbild, die Entwicklung aller Fähigkeiten, die der Einzelne für die gemeinsame Sache beizutragen vermag, die Kraft gemeinsamen Handelns für gemeinsame Ziele – all das erfährt der Kommunist durch die Mitarbeit in der Partei."[5] Darum sollten die verschiedentlich von neuen, insbesondere jüngeren Mitgliedern geäußerten Befürchtungen ernst genommen werden. Ihre eigene Persönlichkeit kann in der kommunistischen Partei außerordentlich weiterentwickelt werden. Daß sich niemand

5 Programm der DKP, S. 85

„untergebuttert" fühlt, darauf muß geachtet werden. Wir haben es mit Menschen zu tun, die wir alle stets sehr ernst nehmen sollten. Kollektivität als Instrument einer „Vermassung", die das Persönlichkeitbild aufhebt, ist eine gegnerische Verleumdung. Eine schöpferische Anwendung der zentral beschlossenen Politik durch unsere Parteikollektive erfordert von jedem Kollektivmitglied geistige Anstrengungen, die auch gleichzeitig z. B. die Einzelnen geistig bereichern können und zu ihrer weiteren Persönlichkeitsentwicklung beitragen. Daß der Klassengegner die Kraft des kollektiven, gemeinsamen Handelns fürchtet, besonders wenn es sich auf die Organisationskraft der kommunistischen Partei stützt, ist völlig verständlich. Organisiertes, gemeinschaftliches Handeln, planmäßig betrieben und auf ein gemeinsames Ziel gerichtet, ist eine wirksame Form der Bündelung von Kraft. Das bestätigen alle Erfahrungen der Arbeiterbewegung, insbesondere ihres revolutionären Flügels. Für die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die sich von der Lehre von Marx, Engels und Lenin leiten läßt, ist die Organisation ein Instrument zur Vervielfachung ihrer Kräfte. Ihre Kraft „übersteigt ihre Zahl um das Zehn-, das Hundertfache und mehr. Ist das möglich? Kann die Kraft von Hunderten die Kraft von Tausenden übersteigen? Sie kann es und sie übersteigt sie, WENN DIE HUNDERTE ORGANISIERT SIND. Organisation verzehnfacht die Kräfte."[6]

Das gilt für die Partei als ganzes wie für jede ihrer Gliederungen. Um eine solche Vervielfachung der Kraft zu erreichen, darf es kein Mitmachen allein nach dem „Lustprinzip" geben. Zur Verwirklichung der gemeinsa men Ziele und Aufgaben sind alle Fähigkeiten und Er-

6 W.I. Lenin: „Wie Vera Sassulitsch das Liquidatorentum erledigt", Werke, Bd. 19, S. 397/98.

fahrungen, ist der große Fundus des Ideenreichtums aller Mitglieder eines solchen Parteikollektivs gefordert. Ein sich qualifizierendes Parteikollektiv bewirkt zugleich die individuelle Entwicklung seiner Mitglieder. So verliert kein Parteimitglied sein „Ich", seine Persönlichkeit. Im Gegenteil, es wird zur *reicheren* Persönlichkeit.

Kollektivität und Persönlichkeitsentwicklung in der kommunistischen Partei als dialektischer Prozeß zielt – auch im Wissen darum, daß manches noch Idealvorstellung ist, worauf sich unsere marxistische Personalpolitik orientiert – auf die Entwicklung vielseitig befähigter Parteifunktionäre. Im Interesse des Klassenkampfes ist dabei das Ideal „nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der Volkstribun (...), der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um vor aller Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen."[7]

Kollektivität und das einzelne Mitglied

Der Eintritt in die kommunistische Partei, die unter kapitalistischen Bedingungen kämpft, vollzieht jeder und jede Eintretende nicht nur freiwillig, sondern auch mit bestimmten Erwartungen. Nicht um Privile-

7 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 437

gien geht es. (Das ist bei einer Partei wie der DKP ausgeschlossen.) Aber sie bietet den Einzelnen eine echte politische Heimat. Ihre antikapitalistischen Erwartungen können sie hier auf eine wissenschaftliche Erkenntnisgrundlage stellen und in die Tat umsetzen. Die Partei, das große Kollektiv zeigt ihnen das Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt. Konkret und greifbar stellt sich die Parteigruppe für die Einzelnen als Gemeinschaft dar mit all ihren Genossinnen und Genossen, die auf der Grundlage unserer wissenschaftlichen Weltanschauung an der Erarbeitung der Politik der Partei teilnehmen, und sie auch gemeinsam in politische Praxis umsetzen.

Unser Verständnis von Kollektivität beinhaltet also das gemeinsame Wünschen, Hoffen und Wollen auf ein menschliches Leben in gesellschaftlichen Verhältnissen, die die Entwicklung des Menschen zum Maßstab aller gesellschaftlichen Werte haben. Zu diesen gemeinsamen Wünschen, Wollen, Hoffen gehört – damit es einmal Realität – wird – auch das gemeinsame Planen, Organisieren und Kämpfen. Ohne ein solches zielstrebiges, gewolltes, bewußtes und organisiertes Wirken gibt es keine grundlegenden Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese Veränderung zu bewirken ist das Ziel der Arbeit und des Kampfes unserer Partei.

Jedes Mitglied trägt Verantwortung dafür, daß es sich selbst und unsere Partei nach vorn entwickelt. Deshalb ist aktive Mitarbeit in den Grundorganisationen unerläßlich, braucht auch die Partei möglichst viele Kommunistinnen und Kommunisten, die bereit sind, aktiv zu sein, Funktionen zu übernehmen. Wie erfolgreich eine Parteigruppe vor Ort agieren kann, hängt von jedem einzelnen Mitglied ab. Hier wird entschieden, ob wir uns erfolgreich entwickeln oder in Resigna-

tion oder Stagnation verharren. Eine Grundorganisation der DKP, ein Parteikollektiv, ist nichts anonymes. Für die Menschen im Betrieb, im Wohngebiet, an der Hochschule ist eine Parteigruppe der DKP offen wie ein aufgeschlagenes Buch. Das prägt auch ihre Erwartungen in unsere Partei. Die Partei ist also kein nebulöses Wesen. Sie ist die Summe ihrer Mitglieder, Menschen aus Fleisch und Blut, die mit unterschiedlichen Kenntnissen, Erfahrungen und Fähigkeiten in dem Bestreben vereint sind, die Welt zu erkennen und im bewußten und organisiertem Handeln zu verändern.

Wer die Beitrittserklärung zur DKP ausgefüllt und unterschrieben hat und dann von einer Grundorganisation in die Partei aufgenommen wurde, hat keinesfalls den Verzicht auf die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit unterzeichnet.

Je ausgeprägter die Persönlichkeitsentwicklung – um so reicher das Kollektiv

Insbesondere für unsere am weitesten entwickelten Parteigruppen gilt: Je stärker die Persönlichkeit der einzelnen Kollektivmitglieder ist, um so reicher und ausgeprägter ist das Parteikollektiv. Es wird von seinen Mitgliedern geprägt. Seine Qualität erhält es von den Erfahrungen, dem Wissen, den Fähigkeiten, der Einsatzbereitschaft jedes Einzelnen, vom Niveau der gegenseitigen Achtung, Kameradschaftlichkeit und Hilfsbereitschaft, die die Mitglieder des Kollektivs einander entgegenbringen und miteinander verbinden. Diese Kollektivbeziehungen werden nicht in Kameraderie ausarten, wenn sie im Interesse unserer Sache kritisch und selbstkritisch gestaltet werden, wenn Zuverlässigkeit und Parteilichkeit, Sachlichkeit und Bescheiden-

heit die bestimmenden Wesensmerkmale dieser Kollektivbeziehungen sind.

Viele unserer Parteigruppen sind noch nicht solche Kollektive. Aber man muß dieses Bild vor Augen haben, um zu wissen, wohin sich unsere Gruppen entwickeln sollen, um dem Anpruch gerecht zu werden, ein kommunistisches Kollektiv zu sein. In einem solchen Kollektiv erlebt dann der Einzelne den ganzen Reichtum der Beziehungen in unserer Partei. Die Entwicklung des Einzelnen ist somit eine Bedingung für die Entwicklung aller.

Jeder Mensch ist eine Persönlichkeit für sich, er wirkt mit seinen sozial bedingten, aber individuell ausgeprägten Fähigkeiten, Charakterzügen und Talenten in seinem Umfeld. Jedes einzelne dieser Merkmale ist eine unwiederholbare Qualität im gesellschaftlichen Leben. Aber „erst in der Gemeinschaft mit anderen hat jedes Individuum die Mittel, seine Anlagen nach allen Seiten hin auszubilden;..."[8] Dieser Marx'sche Gedanke gilt erst recht für eine Gemeinschaft, wie sie unsere Partei darstellt.

In der Entwicklung von Parteikollektiven wie auch in der Entwicklung kommunistischer Persönlichkeiten gibt es keinen einmal erreichten Zustand, der von Dauer wäre. Man muß stets bewußt, zielgerichtet und systematisch für diese Entwicklung wirken. Das gilt für alle Genossinnen und Genossen, ob sie einen Monat oder schon Jahrzehnte der Partei angehören. Allerdings liegt die größere Verantwortung bei den Mitgliedern mit der größeren Parteierfahrung, mit der fundierteren Kenntnis unserer wissenschaftlichen Weltanschauung.

In Zeiten – sie können Jahre umfassen – mit hohen Aktionsanforderungen an die kommunistische Par-

8 Marx/Engels: „Die deutsche Ideologie", MEW, Bd. 3, S. 74

tei wachsen auch die Anforderungen an die Kampf- und Einsatzbereitschaft der Kommunistinnen und Kommunisten. Dabei kann – und in der Praxis geschieht das nicht selten – dann ein Zustand eintreten, der aktiven Genossinnen und Genossen kaum noch Zeit läßt für sportliche oder kulturelle Betätigung. Selbst die Familie kommt zu kurz. Daß ein solcher Zustand, wenn er eintritt, als Last empfunden wird, ist allzu verständlich. Er muß verändert werden. Jeder muß mal „auftanken". Denn zur Herausbildung der Individualität der einzelnen Mitglieder eines Parteikollektivs trägt nicht nur die aktive Teilnahme an Kämpfen und Bewegungen bei. Zugleich gehört dazu die systematische Aneignung theoretischer Kenntnisse, eines vielseitigen politischen Wissens, die Fähigkeit, gesellschaftliche Zusammenhänge zu erfassen und – nicht zuletzt – das Befassen mit Kunst und Kultur. Es muß Luft sein für die berufliche Weiterbildung, um zu fachlichem Können im Beruf zu gelangen. Raum muß sein für die Teilnahme an gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen, ohne die der Kampf in Betrieben, Verwaltungen und Institutionen nicht auf die Höhe der Anforderungen unserer Zeit gestellt werden kann. Es muß Zeit bleiben für die Familie. Zugleich gehört zur kommunistischen Persönlichkeitsentwicklung eine möglichst umfassende kulturelle Bildung. Stets müssen die Einzelnen und ihr Kollektiv bemüht sein, solche Bedürfnisse und die Erfordernisse des Kampfes „unter einen Hut" zu bringen, was gar nicht so einfach ist. Auf die Entwicklung eines allseitig gebildeten Menschen bezogen, hat Goethe das zu seiner Zeit – in „Wilhelm Meisters Lehrjahre" – in die schönen Worte gekleidet: „Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen."

Unsere Partei trägt solchen Bedürfnissen im Rahmen ihrer Möglichkeiten – und das sind immer Möglichkeiten, die wir uns unter den kapitalistischen Bedingungen unseres Landes erkämpfen müssen – Rechnung. Dafür stehen unsere Arbeiterfestkonzerte, Arbeitertheatertage, Bücherlesungen, theoretische Veranstaltungen und nicht zuletzt eine Vielzahl kleiner und großer Feste, aus denen als wiederkehrender Höhepunkte unser „UZ-Pressefest – Volksfest der DKP" herausragt. Die Zahl der Parteigruppen wird größer, die mit Veranstaltungen solcher Art, aber auch mit Wanderungen und anderen Formen der Freizeitgestaltung – gemeinsam mit Angehörigen, Freunden, Kollegen und Bekannten unternommen – diesem Bedürfnis unserer Mitglieder Rechnung tragen. Das reicht noch nicht aus. Doch es ist ein Anfang, der weiterentwickelt werden sollte.

Kollektivität und Selbstverwirklichung

Über einen längeren Zeitraum betrachtet und bei richtiger Wertung der Ergebnisse, die wir erreichten oder zu deren Zustandekommen wir unseren Beitrag leisteten, ist unsere Partei erfolgreich. Mancher Mitstreiter, manche Mitstreiterin hat dafür den Blick verloren. Da kommen beim Einzelnen Zweifel daran auf, ob sich der Einsatz lohnt, ob er beitragen kann zum Erfolg der Partei. Im Ergebnis solchen Zweifelns haben wir es dann hier und dort auch bei Mitgliedern, die der Partei schon länger angehören, mit einem „Rückzug ins Private" zu tun. Man glaubt – so ist dann zu hören –, außerhalb der organisierten Mitarbeit im Parteikollektiv besser Selbstverwirklichung betreiben zu können.

Wir halten das in zweifacher Hinsicht für einen Irrtum. *Erstens:* In einer Gesellschaftsordnung, die auf

Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht und in der nicht der Mensch, sondern der Profit des Kapitals der Maßstab aller Dinge ist, ist für Menschen, die zur Arbeiterklasse im weitesten Sinne gehören, Selbstverwirklichung ohne gemeinsamen Kampf nicht zu erreichen. Das schließt auch die gewünschte Entfaltung der eigenen Individualität aus.

Zweitens: Individualität und Selbstverwirklichung ohne gesellschaftlichen Zweck führt zu Individualismus. Das aber muß unter den kapitalistischen Macht- und Herrschaftsbedingungen unseres Landes zwangsläufig in die Isolation führen – oder auf die andere Seite der Barrikade im Klassenkampf. Davor schützt auch der gute Wille nicht, man wolle auch weiterhin „zur Politik der Partei stehen". Das mag in dem einen oder anderen Fall auch tatsächlich und über einen längeren Zeitraum geschehen. Wir erinnern uns aber auch der Erfahrung: Wo der persönliche, mit dem Kollektiv abgestimmte Beitrag zum Erfolg des Kampfes der Partei fehlt, da bleibt dann auch die Verantwortung des Kommunisten vor der Arbeiterklasse auf der Strecke, da sind solche Bekundungen letztlich ohne Konsequenz, werden zu Phrasen. Wer der Meinung verfällt, Selbstverwirklichung könne man aus sich selbst heraus, ohne Gemeinschaft von Gleichgesinnten und für sich allein erreichen, erliegt einer Illusion und sieht die Grenzen nicht, die die kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse der Persönlichkeitsentwicklung von Angehörigen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten setzt. Das Negieren der gesellschaftlichen Realitäten unseres Landes prägt beim einzelnen in der Konsequenz Individualismus, *nicht* Individualität aus. Letztlich führt die Einengung auf den Horizont einer „rein privaten" Existenz zur Verarmung (privat aus dem Lateinischen heißt: berauben) der eigenen Persönlichkeit.

Unsere Partei und ihre Mitglieder, die Gruppen und Vorstände auf verschiedenen Ebenen der Partei entwickeln sich in einer kapitalistischen Umwelt und nicht in einem gesellschaftspolitisch sterilen Raum. Dieser Realität müssen wir stets Rechnung tragen. Kommunistinnen und Kommunisten sind keine Anpasser, sondern Kämpferinnen und Kämpfer für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, für den Sozialismus. Entscheidend dabei – für den Einzelnen wie für alle, die zu unserer Kampfgemeinschaft von Gleichgesinnten gehören – ist die Tiefe der Überzeugung von der Notwendigkeit, Richtigkeit und Machbarkeit unserer Sache. Selbst kleinere Erfolge verlangen gut durchdachte, geplante und organisierte Arbeit, sind ohne historischen Optimismus und langen Atem nicht erreichbar. Doch die Motivation für unseren Kampf kommen beim Einzelnen wie beim Kollektiv zuallererst aus der tiefen inneren Überzeugung von der Richtigkeit unserer kommunistischen Sache, die wir aus unserer Wissenschaft schöpfen.

UZ – Das Sprachrohr der Partei. Einige Aspekte kommunistischer Öffentlichkeitsarbeit

In der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung kam – und kommt auch in der Gegenwart – der Zeitung der marxistischen Arbeiterpartei eine große Bedeutung zu. „Der Kampf um die Schaffung und Verbreitung einer eigenen Zeitung der marxistischen Arbeiterpartei war stets einer der wichtigsten Schritte nach der Gründung der Partei selbst. Karl Marx hat darauf verwiesen, daß die Herausgabe einer Tageszeitung stets ein ‚epochemachender Fortschritt im Leben einer Partei' ist. Und von Lenin stammt das Wort, daß die Gründung einer Partei, ‚wenn nicht eine richtige Vertretung dieser Partei in einer bestimmten Zeitung organisiert wird, zu einem bedeutenden Teil ein leeres Wort' bleibt."[1]

Das Zentralorgan – Sprachrohr und Kompaß

Der Zeitung der DKP, „Unsere Zeit" (UZ), kommt heute diese Rolle zu. Auch Diskussionen in der DKP

1 Georg Polikeit, Referat auf der 2. PV-Tagung der DKP vom 14./15.4.1984, UZ-Eigenbeilage 28. 4. 84, S. 25

über die UZ bestätigen das geradezu. Die Zeitung der Partei ist ihr Sprachrohr. Mit ihr können wir unseren Standpunkt zu nationalen und internationalen Ereignissen schnell und regelmäßig bundesweit bekanntmachen. Lenin wies seinerzeit der Zeitung der Partei die dreifache Aufgabe zu, „nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator" zu sein.[2]

In diesem Sinne ist die zentrale Zeitung der marxistischen Partei – für die DKP die UZ – das wichtigste Instrument, um in die allseitigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in den Klassenkampf, aktuell einzugreifen. Mit ihr setzen wir Kommunistinnen und Kommunisten – nicht zuletzt auch mittels der Organisationskraft unserer Partei – der bürgerlichen Einflußnahme auf die Entwicklung des Denkens der arbeitenden Menschen, der Meinungsmanipulation der kapitalorientierten Massenmedien die an Arbeiterinteressen orientierte Wahrheit, unseren Klassenstandpunkt entgegen.

In allen Wendungen des Klassenkampfes, gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, haben wir mit der UZ das wichtigste Mittel zur einheitlichen Information und Anleitung der Mitglieder der Partei und der Orientierung für einheitliches Auftreten und Handeln der Kommunistinnen und Kommunisten und auch unserer Freunde und Anhänger. Für jedes Mitglied der DKP, insbesondere für jeden Parteifunktionär, ist die Tageszeitung der Partei ein unentbehrliches Werkzeug im tagtäglichen Kampf. Sie hilft selbst klarzusehen, um andere aufklären und zur Aktion führen zu können. Neben den Informationen politischen, ideologischen, wirtschaftlichen, kulturellen u. a. Inhalts vermittelt die Zei-

2 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 11

tung tagtäglich kollektive Einschätzungen und Erfahrungen als gebündeltes Wissen der ganzen Partei. Keine Kommunistin, kein Kommunist kann darauf verzichten oder durch persönliche Kenntnisse, seien sie auch noch so fundiert, ersetzen. Das tägliche Lesen der UZ ist unverzichtbar für überzeugendes Auftreten in Versammlungen und bei Diskussionen, wie auch für die anderen, vielfältigen Formen der kommunistischen Öffentlichkeitsarbeit, für das überzeugende Wirken in Massenorganisationen und anderes mehr.

Für Kommunistinnen und Kommunisten, insbesondere, wenn sie als gewählte Funktionäre der Partei Verantwortung tragen, ist die Tageszeitung der DKP „die tagtägliche Anwendung kommunistischer Aufklärung, sie ist Führungsorgan und durch nichts ersetzbar. Für sie gibt es unter unseren Kampfbedingungen keinen Ersatz. Das schließt keinesfalls aus, daß nicht ständig über die weitere Verbesserung der Tageszeitung nachgedacht werden muß, daß die Mitglieder der Partei über ihre Tageszeitung diskutieren, an ihr mitarbeiten, aber auch für ihre Verbreitung sorgen."[3] Dabei muß man sich über die Rolle, die eine Zeitung als Zentralorgan einer kommunistischen Partei zu spielen hat, über die Aufgaben, die ihr in dieser Funktion auferlegt sind, völlig im klaren sein. Insbesondere darf man ihre für die ganze Partei orientierende Funktion nicht unterschätzen. Das Zentralorgan einer kommunistischen Partei ist eines ganz gewiß nicht: Es ist kein parteiinternes Blatt, kein Mitteilungsblatt für Parteimitglieder schlechthin. Es ist, wie schon dargelegt, das zentrale, auf das ganze Land gerichtete Sprachrohr der Partei, ein zuverlässiger Kompaß im Kampf um Frieden, Ar-

3 Aus dem Referat auf der Konferenz für Öffentlichkeitsarbeit der DKP vom 5. 12. 1987, siehe auch UZ vom 21. 12. 1987.

beit, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt im weitesten Sinne. Für Kommunistinnen und Kommunisten war, ist und muß es auch künftig Ziel und Aufgabe bleiben, die Tageszeitung über die Parteireihen hinaus an andere Menschen, insbesondere an politisch interessierte Arbeiter und Angestellte, an parteilose und sozialdemokratische Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionäre, an Partner in Bündnissen und Initiativen heranzubringen. Gewiß werden sie uns nicht in allem zustimmen. Sie werden unsere Politik, damit den politischen Inhalt der UZ kritisieren. Um so wichtiger ist es, sie mit unserem kommunistischen Originalton zu den aktuellen wie zu geschichtlichen, aber auch auf die Zukunft gerichteten Vorstellungen, Forderungen und Zielen auch mittels der UZ bekanntzumachen – jeden Tag. Das heißt auch, jeden Tag ein Stück Öffentlichkeitsarbeit, ein persönliches Gespräch, heißt: beim einzelnen „am Ball bleiben". Das dient der Vorwärtsentwicklung im Klassenkampf, der Ausweitung der Bewegung. Oder, um es mit einem Ratschlag Lenins zu sagen: „Vergessen wir nicht, daß man, wenn man einen anderen vorwärtsstoßen will, die Hand stets auf dessen Schultern halten muß."[4]

Öffentlichkeitsarbeit – ihre Zielstellung – einige Methoden

Darin liegt auch der Sinn unserer Öffentlichkeitarbeit. Sie ist das Herantragen der Politik der marxistischen Partei in verschiedensten nach außen gerichteten Formen sowohl an einzelne Menschen – Angehörige, Kolleginnen und Kollegen, Nachbarn, Freunde, Bekannte – wie auch an Gruppen von Menschen; im Be-

4 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 351

trieb, im Wohngebiet, an der Hochschule, im Bündnis und anderswo. Im weitesten Sinne gilt für die Öffentlichkeitsarbeit, daß sie als „...politische Agitation eben der Brennpunkt ist, in dem die lebenswichtigen Interessen der politischen Erziehung des Proletariats zusammentreffen mit den lebenswichtigen Interessen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung und des ganzen Volkes, d.h. aller seiner demokratischen Elemente."[5]

In diesem Sinne richtet sich die Öffentlichkeitsarbeit der DKP vorrangig an den Interessen der Arbeiterklasse im weitesten Sinne in unserem Lande aus. Wie unsere propagandistische Tätigkeit, ist auch Öffentlichkeitsarbeit unverzichtbar, um wachsende Teile der Arbeiterklasse zum Erkennen ihrer Lage als Klasse zu führen, um Klassenbewußtsein zu entwickeln. Öffentlichkeitsarbeit ist mit Interessenvertretung verbundene Überzeugungsarbeit der kommunistischen Partei, ihrer Organisationen und Mitglieder. Vornean stehen dabei die Grundorganisationen der DKP. Die Formen sind vielfältig. Da ist die mündliche Agitation, die bei persönlichen Gesprächen, bei Hausbesuchen, in Diskussionen und Versammlungen und vor allem an Informationsständen praktiziert wird. Das gesprochene Wort bleibt das wichtigste Mittel der Überzeugungsarbeit, der politischen Agitation, auch in der Öffentlichkeit. Es ist durch nichts zu ersetzen. Auf weitere Formen, wie kleine oder größere Aktionen, Plakatierung, Anbringen von Losungen usw. soll hier nicht näher eingegangen werden. Für Interessenten lohnt sich da ein Blick in den „Leitfaden für die Gruppenarbeit" der DKP.

Doch ob mündliche oder schriftliche Agitation: Gefordert ist Kenntnis, Wissen, Sachverstand. Öffentlichkeitsarbeit insgesamt kann, wenn sie überzeugend ist,

5 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 349

sehr wesentlich das Profil der DKP als der marxistischen Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik schärfer ausprägen.

In unserer Öffentlichkeitsarbeit im weitesten Sinne haben Mitglieder der DKP stets zu beachten, daß es nicht genügt, „den Klassenstandpunkt nur allgemein geltend zu machen, sondern er muß anhand der jeweiligen spezifischen Fragen, um die es in den verschiedenen Kampffeldern geht, geltend gemacht werden. Zugespitzt könnte man sagen: Nicht dem ‚liebenswerten Laien', sondern den Politikern und Politikerinnen, die zugleich auf einem bestimmten Gebiet ‚Experten' sind, fließt heute am ehesten die politische Autorität zu, wenn spürbar ist, daß sie ihr Wissen im Interesse der Menschen einsetzen."[6]

Die 8. Parteivorstandstagung der DKP vom November 1987 hat die Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse von heute benannt und die Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution unter Bedingungen der Kapitalherrschaft analysiert.

In dieser Situation haben wir das Verständnis von kommunistischer Arbeiterpolitik neu definiert und erweitert.

Es heißt konkrete Interessenvertretung, der sozialen und demokratischen Belange der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Es heißt Kampf um Frieden und die Lösung globaler Probleme. Es heißt Systemkritik und das Entfachen einer prosozialistischen Geistesströmung in der Bundesrepublik. Das alles ist heute Arbeiterpolitik, und das ist „nichts Antiquiertes, sondern höchst modern und zeitgemäß".[7]

6 Herbert Mies: „Die bundesdeutsche Arbeiterklasse heute", Referat auf der 8. PV-Tagung der DKP, 14./15. 11. 1987, UZ-Eigenbeilage Nr. 267 vom 19. 11. 87, S. 42

7 ebd.

Diese Definition von kommunistischer Arbeiterpolitik ist die Grundlage unserer Agitationsarbeit. Sie nennt zugleich die Kriterien, die an unsere Öffentlichkeitsarbeit zu stellen sind. Fragt man nach den Hauptmitteln und Methoden, so ist an erster Stelle die Arbeit mit unseren Kleinzeitungen zu nennen, *die Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen.* Dabei fragen wir uns stets: Welches Echo, welche Wirkung, welche Folgen hat unsere Arbeit mit den Kleinzeitungen, die nicht in Konkurrenz zur UZ stehen, sondern ihre Wirkung ergänzen und ausweiten? Wie ist das Verhältnis von konkreten, die Menschen im Betrieb, im Wohngebiet interessierenden Fragen und Themen, die von uns aufgegriffen werden sollten. Und wie steht es damit, die weiterführende, systemkritisches Bewußtsein erzeugende Argumentation kommunistischer Politik unterzubringen? Entweder – oder, das ist eine Schwäche; die richtige und nicht aufgesetzte, sondern sinnvoll ergänzende Mischung beider Problembereiche, das ist die Stärke, die natürlich ebenfalls vorhanden ist.

Über die Wirksamkeit der Arbeit mit Kleinzeitungen

Unsere Kleinzeitungen sind nicht nur zahlenmäßig beeindruckend. Bei dieser Form der Massenagitation hat die DKP, und das gesteht selbst der Klassengegner zu, ein „Monopol". Sie sind auch ein bedeutender qualitativer Kraftarm, der manchen Deckel aufhebelt, unter dem sich die Sumpfblüten dieses Systems verbergen. Ja, wir decken auf, wir enthüllen, wir analysieren den politischen Schlamm, den dieses System Tag für Tag in aller Heimlichkeit verklappen will!

Diese Form kommunistischer Agitation ist kein Selbstgänger. Und sie ist auch kein Selbstzweck. Klein-

zeitungsarbeit ist wichtige politische Arbeit. Sie ist konstruktiv eingebunden in das System unserer politischen Arbeit, abgeleitet aus der politischen Analyse – zu der sie selbst – neben anderen Abteilungen unserer Partei – die Bausteine der Wirklichkeit liefert.

Wir müssen in unserer politischen Leitungstätigkeit auf jeder Ebene voranschreiten. An erster Stelle steht dabei, daß wir – angefangen bei der Parteigruppe und in der Kreisorganisation – jeden Schritt unserer politischen Diskussion mit der Frage begleiten können: Wie setzen wir das in unserer Kleinzeitungsarbeit um?

Unsere Kleinzeitungen wie auch die UZ haben gegenüber den Publikationen anderer Parteien einen Vorteil. Sie können in jeder Ausgabe nachweisen: Hinter'm Horizont geht's weiter. *Unsere* Beziehung zu unserem Land hat eine Perspektive, die so mitreißend ist, daß wir auch dann aufrecht gehen können, wenn der Klassengegner das Volk mit seiner Politik betrügt.

Wir alle wissen, in welcher Herausforderung unsere Grundorganisationen stehen, welcher politischen Verantwortung sie sich stellen, jede Stunde, jeden Tag. Dies trifft für alle Parteimitglieder zu, wenn sie in der täglichen Kleinarbeit weiterkommen wollen. Dies gilt aber auch im Hinblick auf unsere großen politischen Ziele.

Wir stellen deshalb die Frage, wie wir den Wirkungsgrad unserer Zeitungen vergrößern können. Mit welchen Methoden können wir unsere Leser noch besser erreichen?

Der wichtigste Schritt ist auch hier die konkrete Umsetzung unserer gemeinsamen Politik, so wie sie vom 8. Parteitag beschlossen, von Parteivorstandstagungen weiterentwickelt und erhärtet wurde. Wir machen Politik in lebendiger Aktion zusammen mit den Menschen, die mit uns das objektive Klasseninteresse

gemeinsam haben. Hierbei entscheidet sich in erster Linie der Wirkungsgrad unserer Politik. Durch unsere Zeitungen aber können wir ihn noch optimieren, denn wir erreichen vor allen Dingen mehr Menschen als mit jeder unmittelbaren Aktion.

Die Entwicklung dieser Schritte ist Aufgabe der Vorstände der Gruppen und Kreise. Ihre Umsetzung liegt bei den vielen Redaktionen unserer Kleinzeitungen. Stets sind wir aufgefordert zu beachten: Öffentlichkeitsarbeit beschränkt sich nicht darauf, richtige Forderungen und Argumente zu Papier zu bringen. Die Beantwortung der Frage: Wie erreichen wir die Adressaten unserer Politik? gehört ebenfalls dazu und ist ebenso wichtig wie die Erstellung einer guten Betriebs- oder Wohngebietszeitung. Die Lösung dieses Problems erfordert besonders eins: ein möglichst großes Maß an Systematik.

Wir sind daran interessiert, daß ein bestimmter Personenkreis auf jeden Fall unsere Kleinzeitung erhält. Im Betrieb sind das Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertreter, der Vorstand der SPD-Betriebsgruppe. Im Ort oder im Wohngebiet können das Kommunalpolitiker der SPD und der Grünen sein, Sprecher von Bürgerinitiativen und Aktivisten der Friedensbewegung, der fortschrittliche Pfarrer, der Wirt, bei dem wir unsere Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen der Gruppe durchführen, aber auch ältere Genossinnen und Genossen, die nicht mehr aktiv am Gruppenleben teilnehmen können, vor allem aber die Sympathisanten unserer Partei.

Andere Medien nutzen

Wenn die Kleinzeitungen auch unsere wichtigsten Medien sind und bleiben, so müssen wir uns auch Gedanken darüber machen, welche anderen Medien von uns genutzt werden können. Oft stellen Genossinnen und Genossen resigniert fest, daß die bürgerlichen Massenmedien uns verschlossen sind. Das stimmt zum größten Teil für Funk und Fernsehen, für Zeitungen und Zeitschriften. Bestimmte Medien aber können wir nutzen, und wir haben da auch schon gute Erfahrungen. Zum Beispiel bei der Arbeit mit Großwerbeflächen. Wir kennen die Wirksamkeit dieses Mediums, besonders wenn die Tafeln ideenreich, auf den Stadtteil oder den Betrieb bezogen gestaltet sind und aus dem üblichen Rahmen reitender Cowboys und schlanker Fotomodelle herausfallen. Weshalb aber wird dieses Mittel so häufig etwa für die Vorbereitung zentraler Friedensaktionen genutzt und noch so selten für die politische Arbeit der Parteigruppe vor Ort? Warum nutzen wir dieses Mittel noch so selten, wenn es gegen Mietwucher im Stadtteil, für Verkehrsberuhigung oder einen schönen Spielplatz für unsere Kinder geht?

Film und Video sind weitere Medien, die von uns genutzt werden können, was aber noch viel zu wenig geschieht.

Mitgliederversammlungen und kleine Veranstaltungen können durch Mitschnitte von Fernsehbeiträgen zum Thema interessanter gestaltet werden. Und auch das wäre in vielen Gruppen denkbar: Der selbstgedrehte kurze Video-Film über die Aktion der Grundorganisation oder über die Friedensaktion, durch den die Mitgliederversammlung oder auch der Infostand attraktiver wird. Vielerorts haben wir Genossinnen und Genossen, die das könnten und die ihre Kenntnisse

auch gern der Parteiarbeit zur Verfügung stellen würden.

Diese Fachkenntnisse einzusetzen, ist eine kollektive Aufgabe der Gruppenvorstände und persönlich der Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit.

Die Bedeutung der Parteigruppen und ihrer Massenarbeit

Im organisatorischen Aufbau jeder kommunistischen Partei, so auch in der Deutschen Kommunistischen Partei, kommt den Grundorganisationen für die Erarbeitung und Umsetzung der politischen Ziel- und Aufgabenstellung eine zentrale Bedeutung zu. Sie sind, wie bereits im Vorhergehenden dargelegt und begründet, nach dem Betriebs- und Territorialprinzip gegliedert. Die Grundorganisationen der DKP sind die Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulgruppen. Entsprechend der Zielsetzung der Partei bestimmt das Statut der DKP: „Vorrang hat die Mitwirkung des Mitgliedes in der Betriebsgruppe".[1] Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse, Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im Leben der gesellschaftlichen Kräfte der Bundesrepublik, die in der Diskussion befindlichen globalen Probleme, bestimmte Entwicklungsprozesse in den Ländern des realen Sozialismus – all das stellt hohe Anforderungen an die Arbeit und das Leben der Grundorganisationen der DKP und ebenso an alle Kommunistinnen und Kommunisten, sich zurechtzufinden, in den Ideengehalt der Politik und Beschlüsse der Partei einzudringen und sie mit dem Kollektiv der eigenen Parteigruppe auf die Bedingungen und Erfordernisse im eigenen Wirkungsbereich in praktisch-politische Arbeit umzusetzen. Es ist „in der

1 Statut der Deutschen Kommunistischen Partei, Abschnitt 4, 1. Absatz

hinter uns liegenden Zeit nicht leichter, sondern zum Teil schwieriger geworden", „die Partei zu mobilisieren, größere Teile in die Aktion zu führen, mehr Mitglieder zu Aktivitäten zu motivieren."[2] Ein attraktives Gruppenleben zu entwickeln, in dem sich ein Parteimitglied „wie ein Fisch im Wasser" fühlt, war in der kommunistischen Partei stets und ist heute ganz besonders eine dringliche Aufgabe. Das ist das A und O: „... unser ganzes weiteres Vorankommen hängt von der Arbeit und weiteren Entwicklung unserer Parteigruppen, von der Attraktivität und Effektivität ihrer Arbeit und ihres Gruppenlebens ab. Denn unsere Partei ist immer so stark, wie ihre Grundorganisationen im allgemeinen und ihre Betriebsgruppen im besonderen, wie die Gruppen in sich politisch, ideologisch und organisatorisch gefestigt und in den Massen verankert sind, wie sie durch ihre organisierten Beziehungen zu den werktätigen Massen die Entwicklung von Klassenbewußtsein voranbringen und die arbeitenden Menschen für unsere Politik und programmatischen Ziele gewinnen."[3] Folglich stehen vor unseren Grundorganisationen immer wieder Fragen wie: Sind wir an den Sorgen und Nöten der Leute dran? Gibt es die kommunistische Persönlichkeit vor Ort, die als konsequenter Interessenvertreter positiv bekannt ist? Wie wirken wir nach außen und wie nehmen uns die Leute wahr? Wie wirksam also setzen wir unser eigenes Programm auf die Bedingungen des Betriebes, des Wohngebiets, der Hochschule um?

Wie die Gesamtpolitik, muß auch die Arbeit und das Leben einer Parteigruppe von dem Bemühen ge-

2 Referat auf der 9. PV-Tagung der DKP, 30./31. 1. 88, UZ-Eigenbeilage vom 3. 2. 88, S. 32

3 „Zur Entwicklung der Partei und zu Organisationsfragen", Referat auf der 3. PV-Tagung der DKP vom 27./28. 9. 1986, UZ-Eigenbeilage vom 4. 10. 1986

prägt sein, sich den gestellten Aufgaben gewachsen zu erweisen.

Angesichts der Veränderungen in Struktur und Lebensweise der arbeitenden Bevölkerung – angefangen bei einer zunehmenden Differenzierung der Struktur der Arbeiterklasse, über starke Veränderungen des Freizeitverhaltens bis hin zu großen Unterschieden in Bildung, Bewußtsein, Erfahrung, materieller Ausstattung einzelner Gruppen – stellen sich ständig neue Fragen auch für die Grundorganisationen. Mehr denn je hängt von ihrer Beantwortung ab, ob es gelingt, die vielfältigen Anforderungen und unterschiedlichen Gruppeninteressen so unter einen Hut zu bringen, daß die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse gewahrt und weiterentwickelt werden – ist es doch ein Hauptziel des Gegners, genannte Differenzierungs- und Individualisierungstendenzen auf eine Politik der Spaltung, der Nutzung von Gegensätzen zuzuspitzen.

Dabei kommt der Grundorganisation als kleinster Einheit der kommunistischen Partei vor allem die Aufgabe zu, zunächst die vorhandene Kraft voll zu entfalten, also vor allem ohne Ausnahme jedes Mitglied zu organisieren, die unterschiedlichen Fähigkeiten, Interessen, Erfahrungen zusammenzufassen, und sie für die nach außen gerichtete kommunistische Arbeit im betrieblichen und territorialen Bereich wirksam werden zu lassen. Entsprechend dieser Aufgabenstellung fällt den Gruppen, wie schon dargelegt, die größte Bedeutung in der Organisationsstruktur der DKP zu.

Besonders beachtenswert ist dabei die Erfahrung der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung für die Entwicklung der jeweiligen Partei: Jede kommunistische Grundorganisation „... muß zu einem Stützpunkt für die agitatorische, propagandistische und praktisch-organisatorische Arbeit unter den

Massen werden, das heißt, muß unbedingt dort hingehen, wohin die Masse geht, und auf Schritt und Tritt bestrebt sein, ihr Bewußtsein in Richtung des Sozalismus zu lenken, jede Einzelfrage mit den allgemeinen Aufgaben des Proletariats zu verknüpfen, jedes organisatorische Beginnen zu einem Glied im Zusammenschluß der Klasse zu machen, . . .".[4] Das zu erreichen, erfordert die aktive Mitarbeit jeder Genossin und jedes Genossen, ihre enge Verbindung zur Gruppe und ihrem Leben. Gerade in der Mitgliederversammlung der Gruppe kann jedes Parteimitglied seine Gedanken einbringen, seine Fragen klären, Politik mit entwickeln und gestalten. Laut Statut muß es das sogar. Und: Wer nicht regelmäßig am Gruppenleben teilnimmt, müßte eigentlich das Gefühl bekommen, ihm würde etwas fehlen. Oder: Er würde etwas versäumen. Also: In den Gruppen wird die Politik der Gruppe diskutiert und entwickelt mit dem Ziel, besser unter der Bevölkerung arbeiten zu können. Dabei kommt der Qualität insbesondere des Gruppenlebens eine Schlüsselrolle zu: Vom Zustand des Lebens und Zusammenlebens in der Gruppe hängt es ab, wie sich der einzelne fühlt und sich entsprechend dann auch einbringen kann. Dieses wiederum ist Bedingung für die Qualität der Arbeitsergebnisse. Je positiver das Gruppenleben, je stärker Ausstrahlung und Optimismus, desto stärker die Außenwirkung und das entsprechende Gefühl für Nutzen und Erfolg der eigenen Arbeit für sich selbst und für das gemeinsame Ziel. In dieser dialektischen Einheit demonstriert sich die Kraft der Gruppen als kommunistische Kollektive.

Die Stärke einer Grundorganisation macht folglich aus, daß sie die Potenz aller Mitglieder organisiert, freisetzt und zum Tragen kommen läßt. Eine ungeheu-

4 Lenin, Werke, Bd. 15, S. 353/54

er anspruchsvolle Aufgabe, wenn man z. B. bedenkt, daß sich oben genannte Differenzierungen in der Arbeiterklasse natürlich auch in den DKP-Grundorganisationen widerspiegeln – sozial, altersstrukturell, vom Erfahrungsschatz her, qualifikations-, bildungs- und einkommensmäßig. Auch die persönlichen und politischen Interessen sind häufig breit gestreut. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten, darin liegt aber auch ein besonderer Reiz: Keine gesellschaftliche Kraft außer den Kommunisten strebt wirklich an, daß sich Stärken und Schwächen, reife und naive Vorstellungen, junges Vorwärtsdrängen und alte Ausgeglichenheit so gegenseitig ergänzen, daß gemeinsame Stärke, Positives herauskommt – dazu existieren bei den anderen zuviele Interessengegensätze und daraus entstehende Konflikte. Es ist Anspruch dieser außergewöhnlichen Partei, kollektiv eine Politik zu entwickeln, die ein Bewußtsein in der arbeitenden Bevölkerung schafft, das Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglicht und so die Voraussetzung für Veränderung ist.

Ob es der Partei gelingt, sich in der Arbeiterklasse zu verankern – ob im Betrieb oder Wohngebiet – und entsprechend bewußtseinsbildend zu wirken, hängt wiederum entscheidend von der Arbeit der Gruppen ab. In den Gruppen werden die vielfältigen Erfahrungen gebündelt: Ob durch Beruf, Freundes- und Bekanntenkreis, Mitarbeit in Vereinen, Initiativen und Vereinigungen, oder durch persönliche Verankerung im sozialen Umfeld stehen die Mitglieder der Parteigruppen ständig in Kontakt mit der Bevölkerung. Sie gehören dazu und sollten stets im Auge behalten, „daß die Stärke der revolutionären Organisation in der Zahl ihrer Verbindungen besteht."[5] Kommunistinnen und Kommu-

5 Lenin, Werke, Bd. 34, S. 285

nisten unterscheiden sich in ihren Bedürfnissen und Sorgen nicht von ihren Kolleginnen und Kollegen, ihren Nachbarn, ihren Kommilitoninnen und Kommilitonen. Der unmittelbare Kontakt, die Verbundenheit ohne jedes Elitedenken – dem wir Kommunisten prinzipiell ablehnend gegenüberstehen – bietet den Parteigruppen die Möglichkeit, schnell brisante Themen aufzugreifen und die Politik der DKP überzeugend zu vermitteln und für ihre praktische Umsetzung zu wirken.

Dazu muß in der Gruppe das gesamte Wissen der Gruppe aktiviert werden: Die Erfahrungen des hochqualifizierten Facharbeiters, der nach acht Stunden Schicht am computerisierten Arbeitsplatz zur Gruppe kommt, gestreßt und erschöpft, die Zweifel der trotz langjähriger Arbeitslosigkeit ungebrochenen Genossin, die tagsüber Dienst im Kreisbüro geschoben hat und auch sonst viel Parteiarbeit leistet; der Genossin Lehrerin, die Angst vor Berufsverbot hat und nicht öffentlich auftritt, den grundsätzlichen und klugen Bemerkungen des Genossen, der schon unter den Nazis im Widerstand kämpfte und heute physisch nicht mehr so aktiv kann; der Genossin mit zwei Kindern zu Hause, die eigentlich gar nicht kommen konnte, doch dann wieder die Großmutter überredete, als Babysitter auszuhelfen; und dem Genossen Professor, der tagsüber auf französisch über die Theaterauffassung Molières doziert hat.

Alle „unter einen Hut", aber nicht „über einen Kamm" – das ist die Aufgabe, der sich eine Gruppe als Kollektiv und ein Vorstand als kollektiver Vorbereiter und z. T. auch kollektiver Vordenker gegenübergestellt sieht.

In die gleiche Richtung wirken solche Faktoren wie die Zunahme der Kampffelder, das in großen Teilen der Arbeiterklasse gestiegene Bildungsniveau, die Notwendigkeit, sich tagtäglich mit den Wirkungen der

Massenmedien auseinanderzusetzen, auf bestimmte Ereignisse rasch zu reagieren. Auch die sich verändernden Arbeitsbedingungen in den Betrieben in Richtung einer stärkeren Übernahme von Überwachungs- und Kontrollfunktionen können die Zunahme von Bedürfnissen nach demokratischem Mitdenken, nach Mitbestimmung und demokratischer Mitentscheidung begünstigen.

Von der Qualität der Bewältigung dieser Aufgabe hängt ab, wie sich die Parteigruppe – und letztlich die ganze Partei! – entwickelt und welchen Beitrag jeder einzelne dazu leistet und leisten kann. Der Zustand des Gruppenlebens entscheidet über die Perspektive einer Grundorganisation. Dabei strebt die DKP für die Mitgliederversammlungen an:

Zum einen die offene Aussprache unter den Mitgliedern. Gemeinsam gilt es, Antworten auf politische und ideologische Fragen zu finden – die Anforderungen gerade in diesem Bereich wachsen. Die politische Diskussion als Dreh- und Angelpunkt der Mitgliederversammlung zu verstehen. Dabei darf es keine Tabus geben – ein produktiver und offener Meinungsstreit schafft Klarheit, das Aussitzen von Problemen führt zu Stillstand und Rückentwicklung. Es gehört zugleich zum Wesen der innerparteilichen Demokratie, in dieser Diskussion die Politik der Partei für die konkreten Bedingungen der Gruppe handhabbar zu machen. Zugleich werden neue Aspekte herausgearbeitet, die dann wiederum in die Gesamtpolitik der Partei einfließen. Die Theorie wird nur dann wirksam, wenn sie sich in der Praxis der Parteigruppe niederschlägt. Die Aktion der Parteigruppe, ihr öffentliches Auftreten, die Arbeit in Betrieb, Wohngebiet und Hochschule steht nicht im Widerspruch zur Diskussion, sondern ist untrennbar mit ihr verbunden. Beschlüsse auch der Grundorgani-

sation werden dann wirksam, wenn sie sich vor Ort bewähren.

Bewähren müssen sie sich vor allem in der organisierten und zielgerichteten Massenarbeit der Grundorganisationen. Das Maß ihrer Wirksamkeit in Gestalt der Menschen, die sie zur Interessenvertretung in Bewegung bringt, ist Bestandteil der Attraktivität und zugleich der Effektivität des Gruppenlebens. Schon aus den ersten Jahren des Wirkens der Partei Lenins besitzen wir die – leider nicht immer genügend beachtete – Erkenntnis: „Die Arbeit unter den Massen und den Einfluß auf die Massen vertiefen und erweitern muß man immer." Ohne das sind Kommunisten eben keine Kommunisten. Keine Gruppe oder sonstige Gliederung der Partei kann als revolutionäre „Organisation gelten, wenn sie diese Arbeiten nicht ständig und regelmäßig betreiben."[6]

Was ist kommunistische „Massenarbeit"?

Ebensowenig, wie die DKP Selbstzweck ist, ist auch kommunistische Massenarbeit nicht auf reine Selbstdarstellung – als ein Auf-sich-aufmerksam-Machen – zu beschränken. Unsere Massenarbeit hat ein klares politisches Ziel, nämlich „die Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes [...] gegen die Macht und das Profitstreben des Großkapitals zur Geltung zu bringen und durchzusetzen", wie es im Programm unserer Partei heißt.

Daß das nicht vom grünen Tisch aus, sozusagen von der Kommentatorentribüne aus klappen wird, leuchtet sicherlich ein. Doch der Weg von der politischen Aufklärung bis zur tatsächlichen Veränderung

6 Lenin, Werke, Bd. 8, S. 451

der Verhältnisse ist oft sehr lang. Kommunistische Massenarbeit muß jedoch in allen Etappen der Entwicklung dieses Kampfes Hilfestellungen und Orientierungen bieten können.

Deshalb umfaßt unsere kommunistische Massenarbeit im wesentlichen:

- *die Informations- und Aufklärungsarbeit.* Zunächst einmal müssen die Menschen in unserem Land die Wahrheit erfahren. Angriffe auf ihre sozialen Rechte müssen aufgedeckt werden, Skandale und Schiebereien ans Licht der Öffentlichkeit kommen, Auswirkungen politischer Entscheidungen müssen transparent, Lügen der Medien über Ereignisse bei uns und in der ganzen Welt entlarvt werden;
- *die Darstellung unserer Alternativen.* Bei der „reinen" Enthüllung von Mißständen dürfen wir nicht stehenbleiben, wenn der Protest nicht in den Anfängen wieder abflauen soll. Gefragt sind unsere Alternativen für die ganz konkrete Lösung kommunaler Probleme ebenso wie für nationale und internationale Belange, für eine grundsätzlich bessere Gesamtalternative – den Sozialismus –, sind Erfahrungen mit solch einer Alternative in Ländern, die den Sozialismus schon aufgebaut haben;
- *die aktive politische Interessenvertretung, das gemeinsame Handeln für die einmal erkannten Interessen.* Sie beginnt mit konkreter Interessenvertretung im Betrieb, Wohngebiet, an der Hochschule. Sie zielt darauf ab, in verschiedensten Formen die Menschen zum gemeinsamen Selbsttägigwerden für die eigenen und gemeinsamen Interessen zu bringen. Nur bei der Aufklärungsarbeit und der Darstellung unserer Alternativen stehenzubleiben, bringt uns überhaupt nicht weiter. Im Gegenteil: Man würde uns schnell als Wichtigtuer und Besserwisser abstem-

peln, die zwar in Worten, nicht aber in der Praxis etwas für die Nöte der arbeitenden Menschen tun. Enthüllungen ohne politische Konsequenzen führen oft auch dazu, daß Menschen die Dinge als unabänderlich betrachten und in Resignation verfallen.

Wo die Einheit der Bestandteile unserer Massenarbeit unberücksichtigt bleibt, kommt es über kurz oder lang schnell zu Problemen in unserer Parteiarbeit, beginnt Unzufriedenheit zu wachsen, nehmen Aktivitäten handwerklerischen Charakter an. Dann kann es vorkommen, daß manche keine Lust verspüren, am UZ-Verkauf oder Infostand teilzunehmen, „weil sich ja dadurch doch nichts ändert", dann kann der/die in der Friedensinitiative Aktive von seiner/ihrer Gruppe im Stich gelassen werden, weil alle diese Arbeit zwar „irgendwie wichtig" finden, aber glauben, daß da eh keine Aktivitäten anstehen, die für alle wichtig sind.

Doch wenden wir uns den Bestandteilen unserer Massenarbeit einmal genauer zu. Welche Erfahrungen haben wir in unserer Agitations-, Propaganda- und Aktionstätigkeit gesammelt?

Bestandteil unserer Massenarbeit: die politische Interessenvertretung

„Nicht verdrängt werden, sondern eingreifen, das ist eine Frage des Engagements in der unmittelbaren Interessenvertretung. Das lehren uns die Genossinnen und Genossen in nicht wenigen Betrieben und kommunalen Parlamenten, in einer ganzen Reihe von Wohngebieten. Sie zeigen uns, was das Charakteristische des Profils der Partei ausmacht, nämlich nicht nur verbal, sondern tatsächlich politische, soziale, kommunale und geistige Interessenvertretung der arbeitenden Menschen zu sein. Bekanntlich haben wir im vergangenen

Jahr eine Umfrage über das ‚Bild der DKP in der Öffentlichkeit' durchgeführt [...] Von uninformierten Befragten, also solchen, die nie etwas von der DKP gehört oder gesehen haben, sagten nur 12,8 Prozent, die DKP sei modern. Informierte allerdings, also solche, die schon einmal eine Aktion der DKP erlebt haben oder Material bekommen haben, meinten zu 54,8 Prozent, die DKP sei modern. Macht die DKP Dampf? 6,2 Prozent der Uninformierten, aber 53,2 Prozent der Informierten sagten ja. Ist die Partei wirksam? Nur 12,5 Prozent der Uninformierten sagten ja, aber 62,9 Prozent der Informierten. Von ihnen gaben 77,4 Prozent den Persönlichkeiten der DKP Glaubwürdigkeit."[7]

Deutlicher können Zahlen wohl kaum sprechen! Doch fragen wir uns anhand der Erfahrungen in der eigenen Gruppe, dem eigenen Kreis konkret: Wieviel Informierte gibt es denn in unserem Betrieb, in unserem Wohngebiet, an unserer Hochschule – und wieviel Uninformierte? Und tragen wir tatsächlich schon dazu bei, dieses Mißverhältnis zu verändern?

Welche Rolle dabei der tatsächlich geführte politische Kampf, die Aktion also, spielt, macht Lenin mit den Worten deutlich: „Die wirkliche Erziehung der Massen kann niemals getrennt vom und außerhalb vom selbständigen politischen und besonders revolutionären Kampfe der Masse selbst geschehen. Erst der Kampf erzieht die ausgebeutete Klasse, erst der Kampf gibt ihr das Maß ihrer Stärke, erweitert ihren Horizont, steigert ihre Fähigkeit, klärt ihren Verstand auf, stählt ihren Willen."[8]

Welche Möglichkeiten haben wir aber heute, bei der Vielfalt der politischen und sozialen Bewegungen,

7 Referat der 9. Parteivorstandstagung der DKP, a.a.O., S. 31
8 Lenin, Werke, Bd. 23, S. 249

mit der Zunahme außerparlamentarischer Aktionen und parlamentarischer Initiativen, bei der Vielfalt der Fähigkeiten und Neigungen unserer Mitglieder, diesem Anspruch gerecht zu werden?

Die Formen politischer Interessenvertetungsarbeit sind sicherlich sehr vielfältig. Sie umfassen sowohl die aktive Mitarbeit in breiten Bewegungen, Initiativen etc. als auch eigenständige Aktivitäten von Kommunistinnen und Kommunisten. Mit einer Auffassung sollten wir der Klarheit halber aber gleich aufräumen: So wichtig die Anwesenheit von Genossinnen und Genossen auf Treffen von Initiativen etc. ist, so wichtig ihr Diskussionsbeitrag dort ist, so kann solche Aktivität allein noch nicht als Aktionstätigkeit bezeichnet werden. Zur politischen Aktion gehört immer wieder das nach außen gerichtete Handeln. Letzten Endes zahlt sich das aus.

Eine interessante Studie

Hätten Mitglieder, Organisationen und Vorstände der DKP noch nie solche Begriffe wie Schwerpunktsetzung, Interessenvertretung oder Personalisierung der Politik gehört, spätestens nach der „Studie zum Erscheinungsbild der DKP"[9] wäre ihnen klar, daß eben diese Felder politischer Arbeit für die Kommunistische Partei der Bundesrepublik von gravierender Bedeutung sind.

Wie anders sollte es interpretiert werden, wenn lokale Aktivitäten der DKP, von Befragten festgestellt, sprunghaft die Glaubwürdigkeit, die Wirksamkeit der Partei im Meinungsspiegel ansteigen lassen? Daß die

9 Eine Kurzfassung dieser Studie wurde in der Funktionärzeitschrift des PV der DKP, PRAXIS, Nr. 1/88, veröffentlicht

Gruppe jener, die schon erlebt oder gehört haben, daß die DKP im Viertel Mißstände aufgegriffen hat, der Partei bessere Zensuren als der Durchschnitt der Befragten erteilt, mag vielen als Binsenweisheit erscheinen. Nur wenn es wirklich eine solche Weisheit wäre, warum gibt es dann die konzentrierte Form lokaler Interessenvertretung, die Schwerpunktsetzung in der Kommunalpolitik in immer noch zu wenigen Kreisen unserer Partei?

Auch die erhöhte Zuwendung zu den bekannten Persönlichkeiten der DKP, höher als die Zuwendung zur Partei, mag manchem als selbstverständlich erscheinen. Aber daß die Befragten ein um sechs Prozent höheres Vertrauen in den bekannten Kommunisten, die bekannte Kommunistin setzen als in die Kommunistische Partei, das sollte doch zu Konsequenzen in der Agitationsarbeit dort führen, wo noch nicht klar ist, welche Genossin, welchen Genossen wir langfristig und öffentlich propagieren wollen. Wem wir Aktivität und Aussagen der Partei zuordnen, wen wir mit Name und Adresse der Öffentlichkeit vorstellen wollen. Wer daraus schlußfolgert, daß die Erfolge von einzelnen Kommunistinnen und Kommunisten von denen der Partei zu trennen seien, der irrt. Natürlich weist die Gruppe der Befragten, die eine Genossin, einen Genossen mit Namen kennen, ein deutlich besseres Verhältnis zur DKP aus, als das im Durchschnitt der Fall ist. Nur dort, wo kommunistische Politiker ihre Arbeit als „Privatpersonen" mit undefinierbarer politischer Herkunft ableisten, mag die Trennung ihrer Erfolge von denen der Partei möglich sein. Das gäbe aber nur den Hinweis, ein solches Mißverhältnis so schnell wie möglich zu ändern.

Auch zur notwendigen Schwerpunktsetzung gibt die Studie zum Bild der DKP in der Öffentlichkeit eini-

ge drastische Hinweise. Zum einen ist flächig erkennbar, daß Größe der Partei und Größe der zu verantwortenden Territorien und Politikfelder in einem Mißverhältnis stehen, daß also inhaltliche wie territoriale Schwerpunktsetzung bitter notwendig ist, wenn man kontinuierlich eine bestimmte Zahl von Menschen mit kommunistischer Politik im O-Ton, Vor-Ort-Aktivität, Interessenvertretung und kommunistischen Persönlichkeiten vertraut machen will. Zum anderen stößt uns die Tatsache, daß Arbeiter und Arbeitslose die DKP durchgängig besser bewerten und besser wahrnehmen als andere befragte Gruppen, mit der Nase auf die soziale Zusammensetzung der Schwerpunktorientierung.

Betriebliche und kommunale Interessenvertretung kann nicht bedeuten, bei nur-Sozialem, bei nur-Ökonomischem stehenzubleiben. Die Kommunistinnen und Kommunisten haben sich zur Partei konstituiert, um Klassenbewußtsein zu entwickeln, um sozialistisches, revolutionäres Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Da darf es nicht ausreichen, Fragen aufzugreifen, die auch von linken Sozialdemokraten, Gewerkschaftern auch aufgegriffen werden könnten (auch wenn die das relativ selten tun). Interessenvertretung heute ist bei Kommunistinnen und Kommunisten stets mit dem Blick auf die Zukunft verbunden. Aber so unendlich weit ist der Weg von der Ampel an der Ecke, von der Einrichtung eines Bildschirmarbeitsplatzes im Großraumbüro zu den Eigentums- und den politischen Kräfteverhältnissen, vom Konkreten zum Allgemeinen nun auch wieder nicht. Zumal wenn man sich vorstellt, was mit dem eigenen Handeln, zu dem Mitglieder der Kommunistischen Partei Menschen bewegen wollen, damit sie ihre eigenen Interessen vertreten, alles verbunden ist.

Massenarbeit der Gruppen und Parteistärkung

Die Wirksamkeit kommunistischer Massenarbeit der Grundorganisationen ist eine ganz wesentliche Bedingung für die Stärkung der Partei durch die Gewinnung neuer Mitglieder. Eine wesentliche Erhöhung der Zahl unserer Mitglieder ist in wechselseitiger Bedingtheit zugleich die Voraussetzung für die Erweiterung unseres Masseneinflusses.

Das ist zugleich mit Voranschreiten auf weiteren Kampf- und Aufgabenfeldern verbunden. „Erweiterung des Masseneinflusses unserer Partei erfordert eine wesentliche Erhöhung der Zahl der Mitglieder, aber verbunden mit einer noch stärkeren Verankerung der Partei in den Massenbewegungen. (...) Mit noch größeren Anstrengungen in unserer Aktionseinheits- und Bündnispolitik. (...) ... verbunden mit der Durchsetzung der Orientierung der 6. Parteivorstandstagung" (vom November 1982). Erweiterung unseres Masseneinflusses und Vergrößerung unserer Mitgliederzahl ist des weiteren „verbunden mit dem Ringen um die politische und weltanschauliche Festigung derjenigen, die bereits Mitglieder unserer Partei sind. Diese zweite Seite darf gerade unter unseren komplizierten Bedingungen niemals aus dem Auge verloren werden."[10]

Das Maß dieses wechselseitig bedingten Vorankommens bei der Stärkung der Kommunistischen Partei ist für jede Grundorganisation ein wichtiges Maß der Effektivität ihrer Arbeit. Gemäß dem in diesem Kapitel Dargelegten sind Kommunistinnen und Kommunisten, ihre Partei und deren Vorstände stets bemüht,

10 Schlußwort auf der „Zentralen Konferenz für Parteibildung des Parteivorstands der DKP", UZ-Eigenbeilage 12. 4. 1984, S. 20

Gedanken zu entwickeln, wie eine Grundorganisation als Baustein im Fundament der Partei die unterschiedliche Individualität aller ihrer Mitglieder und deren verschiedene Vorstellungen vom Leben und vom politischen Kampf gerecht werden kann. Zur Gemeinschaft von Gleichgesinnten gehört auch, solidarisch zu leben; der türkische Dichter und Kommunist Nazim Hikmet kleidete die Vorstellung davon in die Worte: „Leben, einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald – das ist unsere Sehnsucht." Auch in diesem Sinne sind Grundorganisationen der Kommunistischen Partei ein solidarischer Zusammenschluß. Sie setzen der auf Konkurrenz, Vereinzelung und Manipulation bauenden Praxis des Kapitalismus und dessen ungeheuerlichen Manipulationsapparates ein Konzept für Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft insgesamt entgegen: die Welt erkennen und verändern, solidarisch leben und handeln. An dieser Konzeption haben sich Generationen bedeutender Persönlichkeiten in der kommunistischen Bewegung entwickelt. Diese Konzeption entspricht der Freiheit, wie sie Marxisten verstehen: Frei ist vor allem, wer entsprechend des Erkennens der Welt handelt und seinem Leben dadurch einen Sinn gibt, daß er gemeinsam mit anderen für eine bessere Zukunft kämpft. Das Konzept der DKP bedarf keiner Manipulation, es ist nicht aufgesetzt, es entspricht den wahren Bedürfnissen und Erfordernissen des einzelnen und der Gesellschaft. Und: Solidarität ist nicht nur ein Motto für das gemeinsame Handeln, sondern auch für die Sorgen und Freuden des individuellen Alltags: Dem einzelnen und sich gegenseitig helfen, wenn nötig, sich in jeder Situation aufeinander verlassen, Konflikte lösen können – eben solidarisch leben und kämpfen können, macht die Stärke einer Grundorganisation der DKP aus. Dazu gehört auch das Interes-

se füreinander, der Kontakt untereinander und vieles, wovon auf vorhergehenden Seiten dieses Buches schon die Rede war. Welche Formen und Methoden dabei in dem Bemühen entwickelt werden, speziell die Attraktivität des Gruppenlebens zu erhöhen – da sind dem Ideenreichtum keine Grenzen gesetzt. Der gezielte Einsatz von moderner Technik, gemeinsam organisierte kulturelle Erlebnisse, Fragerunden oder Diskussionen zu offenen Themen – daran muß geknobelt werden, wobei es bei allem nicht an der nötigen Vorbereitung fehlen sollte. Auch wie der einzelne stärker einbezogen werden kann, wie die vielfältigen Interessen, Fähigkeiten und Erfahrungen einfließen, dazu bedarf es konzeptioneller Überlegungen. Die Linie des 8. Parteitages hinsichtlich unserer Grundorganisation ist und bleibt aktuell: Das A und O der Verwirklichung unserer Ziel- und Aufgabenstellung ist die Befähigung der Grundorganisationen, sie in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich konkret, schöpferisch und initiativreich umzusetzen.

Beschlüsse müssen konkret und realistisch sein

Diese Situation kennen wohl sehr viele DKP-Mitglieder zur Genüge: Nach mehr oder weniger intensiver Diskussion beschließt die Gruppe auf ihrer Jahreshauptversammlung den Arbeitsplan für das kommende Jahr. Dieser ist als politischer Auftrag für die Arbeit des Gruppenvorstandes und der gesamten Gruppe sicherlich der wichtigste Beschluß, den sie in einem Jahr faßt. Alle Mitglieder sind mehr oder weniger davon überzeugt, daß der gemeinsam diskutierte und erarbeitete Arbeitsplan realistisch, d.h. zu bewältigen ist. Schließlich hat man schon viele Dinge, „die eigentlich auch angegangen werden müßten", weggelassen.

Nach einem Jahr ist – dem Statut der Partei gemäß – die nächste Jahreshauptversammlung. Selbstkritisch müssen der Vorstand und die ganze Gruppe sich eingestehen: Wir haben eine ganze Reihe „Leichen im Keller", unerledigte oder nur zum Teil bewältigte Arbeitsplanvorhaben.

Dann wird diskutiert, alle suchen nach Gründen und stellen die Frage: „War das alles realistisch, was wir uns vorgenommen hatten?" Die Frage ist notwendig und berechtigt. Vor voreiligen Antworten muß jedoch gewarnt werden.

Nachher zu sagen: „Das war sowieso alles unrealistisch!" ist einfach, aber nicht unbedingt richtig. Vor allem, wenn es dazu führt, daß im nächsten Arbeitsplan automatisch noch weniger, nur noch das mit absoluter

Sicherheit Machbare beschlossen wird. So können zwar Pläne erfüllt, kann aber die Welt nicht verändert werden.

Nachher zu sagen: „Beschluß ist Beschluß! Das war realistisch, weil der Beschluß notwendig war und niemand daran gezweifelt hat", ist nicht minder voreilig und falsch. Vor allem, wenn es dazu führt, daß eine Gruppe sich dann – was naheliegt – schwerpunktmäßig auf die Suche nach „Sündenböcken" begibt. Mal ist es dann „der Vorstand", der nicht dafür gesorgt hat, daß alles erledigt wurde. Mal sind es dann „die Mitglieder", weil sie sich trotz gemeinsamen Beschlusses manchmal wie die vielzitierten Hunde verhalten haben, die zur Jagd getragen werden möchten. So kann man zwar „revolutionäre" Beschlüsse fassen, aber trotzdem nicht von der Stelle kommen.

Soweit zwei – zugegeben extreme – Positionen bei der Beurteilung, ob ein Beschluß realistisch war oder nicht. Das ist also schon eine schwierige Sache. Um wieviel schwieriger ist es, von vornherein realistische Beschlüsse zu fassen. Doch bevor wir uns überlegen, wie wir zu realistischen Beschlüssen kommen, wollen wir uns mit zwei grundsätzlichen Fragen befassen.

Die erste: Woran liegt es eigentlich, daß die Erarbeitung realistischer Beschlüsse eine der schwierigsten Aufgaben nicht nur jeder Parteigruppe der DKP, sondern jeder kommunistischen Partei, im Kapitalismus und Sozialismus ist?

Die zweite: Was ist überhaupt ein realistischer Beschluß?

Die Schwierigkeit, einen realistischen Beschluß zu fassen

Unser Ziel ist eine klassenlose, wirklich menschliche Gesellschaft. Ein Ziel, das noch weit entfernt ist von der Wirklichkeit des Lebens in unserem Land. Dieser Wunsch und die Gewißheit, daß das Ziel erreichbar ist, hat Kommunistinnen und Kommunisten der ganzen Welt unter kompliziertesten Bedingungen, unter Folter, in Gefängnissen, im KZ und in Zeiten, in denen es scheinbar nicht vorwärts ging, Kraft und Mut gegeben. Sicher gab und gibt es auch Zweifler, Ungeduldige, denen das Ziel noch allzuweit entfernt ist, die es im Tageskampf aus den Augen verloren haben; denen die Erreichung dieses Ziels angesichts der Realität des Tages, der aktuellen Probleme und Schwierigkeiten als nicht realistisch erscheint. An diese wandte sich Lenin, als er sagte: „Der Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit ist nicht schädlich, wenn nur der Träumende ernstlich an seinen Traum glaubt, wenn er das Leben aufmerksam beobachtet, seine Beobachtungen mit seinen Luftschlössern vergleicht und überhaupt gewissenhaft an der Realisierung seines Traumgebildes arbeitet. Gibt es nur irgendeinen Berührungspunkt zwischen Traum und Leben, dann ist alles in bester Ordnung. Träume solcher Art gibt's leider in unserer Bewegung allzu wenig. Und schuld daran sind hauptsächlich diejenigen, die sich damit brüsten, wie nüchtern sie seien und wie nah sie dem Konkreten stünden."[11]

Das Leben aufmerksam beobachten, seine Beobachtungen mit seinen Träumen vergleichen und gewissenhaft an der Realisierung seines Traumgebildes arbeiten – damit hat Lenin auch drei wesentliche Voraus-

11 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 530

setzungen für eine realistische, kommunistische Arbeit benannt. Sie verdienen es, auch bei der Planung der Parteiarbeit und ihrer Realisierung beachtet zu werden.

Unsere politische Arbeit zielt darauf ab, die Welt zu verändern, sie von Grund auf umzukrempeln. Darum müssen wir uns ein objektives, realistisches Bild von der Welt, von der Wirklichkeit machen – von den Bewegungsgesetzen der Wirtschaft, der gesellschaftlichen Entwicklung, von den Klassenwidersprüchen, den Aktionen der unterschiedlichen Klassenkräfte und von den Veränderungen im gesellschaftlichen Leben. Denn die Realität steht ja nicht still, sondern wird immer von Veränderungen geprägt. Nur auf der Grundlage einer solchen marxistischen Analyse können wir die richtigen und realisierbaren Schritte, unsere Strategie und Taktik beschließen, die uns unserem Ziel näherbringen.

Das ist ein gehöriges Stück Arbeit, das einer allein nicht bewältigen kann. Schon für die Erarbeitung dieser Analyse ist die gemeinsame Anstrengung aller Mitglieder einer kommunistischen Partei notwendig. Je mehr Genossinnen und Genossen sich daran beteiligen, desto präziser wird dieses Bild von der Realität, desto geringer ist die Gefahr, daß es von subjektivem Wunschdenken geprägt ist, desto größer ist die Chance, richtige, verallgemeinerte Schlußfolgerungen zu ziehen und realistische Beschlüsse zu fassen. Kurzum, für uns Kommunistinnen und Kommunisten gilt – mehr als für andere politische Kräfte: In unseren Beschlüssen müssen sich das Wissen und die Erfahrungen vieler Mitglieder unserer Partei, möglichst der gesamten Partei niedergeschlagen.

Doch damit ist es nicht getan. Zum Leben gehören die Menschen. „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein

Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!" heißt es in unserem Lied „Die Internationale".

Wir wollen, daß die Menschen nicht weiter Opfer, „Objekt" einer von wenigen Mächtigen gesteuerten Politik sind. Darum wollen wir sie zu bewußten Gestaltern ihrer Geschichte, zum handelnden „Subjekt" machen und bewußt die Veränderung der kapitalistischen Verhältnisse herbeiführen. Darin liegt ein weiterer Grund, warum es so schwierig ist, realistische Beschlüsse zu fassen. Wir müssen Mitkämpfer gewinnen, überzeugen. Und nicht zuletzt müssen wir Widerstände überwinden, die uns der Klassengegner entgegenstellt, müssen dessen Macht überwinden.

Wir haben in vorangegangenen Kapiteln schon erläutert, warum für uns Kommunistinnen und Kommunisten die demokratisch gefaßten Beschlüsse „Gesetze der Partei" sind, für deren Realisierung jeder Vorstand verantwortlich ist und jedes Mitglied seinen ideellen und praktischen Beitrag leisten muß.

Was ist ein realistischer Beschluß?

Nun zu der Frage, was ein realistischer Beschluß ist. Beim Wort genommen und ganz allgemein gesagt, ist das zuallererst ein Beschluß, der auf einer richtigen Erfassung der Wirklichkeit beruht, die eigene Kraft und die Kraft möglicher Verbündeter, wie auch die Kraft des Klassengegners richtig einschätzt und vom Notwendigen ausgeht. Notwendig ist, die Vernichtung der gesamten Menschheit in einem atomaren Inferno zu verhindern. Notwendig ist, Erkenntnisse über die gesellschaftlichen Ursachen von Hochrüstung und Atomkriegsgefahr, über die Systemzusammenhänge von Imperialismus und Krieg, Sozialismus und Frieden zu ver-

breiten. Notwendig ist der weltweite Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Notwendig ist, die Arbeiterkämpfe weiterzuentwickeln, Einsichten in den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, über die Rolle des Staates und seiner Machtinstrumente als Werkzeuge des Großkapitals zu vermitteln. Notwendig ist dazu auch die Stärkung unserer Partei in größeren Maßstäben.

Wer in unserem Parteiprogramm und in den Thesen des 8. Parteitages nachliest, findet eine Fülle weiterer Aufgaben, deren Bewältigung wir Kommunistinnen und Kommunisten insbesondere für die Sicherung der menschlichen Existenz in einer lebenswerten Umwelt, objektiv notwendig herausgearbeitet haben.

All das ist unter Berücksichtigung der aktuellen politischen und sozialen Verhältnisse, des aktuellen Standes der Klassenkämpfe in unserem Land zusammengeflossen in der Orientierung des Parteiprogramms: „Das dringendste Gebot der Zeit – das ist die entschlossene Verteidigung der vom arbeitenden Volk durchgesetzten sozialen und demokratischen Errungenschaften, das ist der aktive Kampf um die Erhaltung des Friedens. Es geht darum, im Ringen um den Schutz des Erreichten die Kräfte zu sammeln und zu entfalten für die Erweiterung der sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen, für die Zurückdrängung der Macht der Monopole. Es geht darum, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte zu verändern und eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt herbeizuführen."[12]

Die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt schafft zugleich „reale

12 Programm der DKP, S. 33.

Voraussetzungen dafür, daß das arbeitende Volk die Kraft und Entschlossenheit findet, tiefgreifende antimonopolistische Umgestaltung zu erkämpfen und sich im Klassenkampf schließlich den Weg zum Sozialismus zu öffnen."[13]

Ein solcher Beschluß ist realistisch, weil er nicht nur vom Notwendigen ausgeht, sondern auch auf die Verwirklichung des heute Möglichen orientiert. Denn neben der Notwendigkeit gehört die Berücksichtigung der konkreten Möglichkeiten zu jedem realistischen Beschluß. Das bedeutet, sich Aufgaben zu stellen, deren Lösung herangereift ist, die mit entspechendem Einsatz aller Kräfte erfüllt werden können.

Damit also aus der zunächst abstrakten Möglichkeit, einen Beschluß umzusetzen, eine reale, realistische Möglichkeit und dann auch Wirklichkeit wird, muß überlegt werden, welche Voraussetzungen für die Verwirklichung eines solchen Beschlusses vorhanden sind oder geschaffen werden müssen. Vor allem aber gilt: es müssen konkrete Handlungen, konkrete Aktionen und namentliche Verantwortlichkeiten benannt werden. Denn die Realisierung der Beschlüsse lebt von dem rechtzeitigen, ineinandergreifenden, planmäßigem Handeln jedes einzelnen Beteiligten. Was heißt das nun konkret für die Erarbeitung von realistischen Beschlüssen, in der Parteigruppe zum Beispiel von Arbeitsplänen?

Zu allererst bedeutet das: Beschlüsse müssen sich im Einklang befinden mit der Programmatik der Partei und ihren aktuellen politischen Orientierungen. Das mag banal klingen, ist aber eine notwendige Voraussetzung für die Wirksamkeit unseres Handelns. Konkret heißt das: jede Parteigruppe, jedes Mitglied sollte „auf

13 ebd., S. 58

der Höhe" des Programms, der politischen Beschlüsse und der Diskussionen in der gesamten Partei sein. Sicher – das Programm, die Thesen des 8. Parteitages und andere programmatischen Dokumente, Aussagen, auch die Referate und Entschließungen von Parteivorstandstagungen, wurden und werden erst nach intensiver Diskussion auf verschiedenen Ebenen der Partei gefaßt, nach Einbeziehung möglichst vieler Mitglieder, der Beachtung ihrer Erfahrungen und Veränderungsvorschläge. Aber an dieser Erarbeitung waren und sind nie alle Mitglieder beteiligt, vor allem nicht jene, die erst nach der Fassung eines Beschlusses in unsere Partei eingetreten sind. Darum muß die Beschäftigung mit unseren programmatischen Aussagen ständiger Bestandteil des Gruppenlebens sein. Auch „alten Hasen" schadet es nicht, in der Vorbereitung von konkreten Beschlüssen mal wieder genauer z. B. ins Parteiprogramm zu schauen. Je mehr Mitglieder einer Gruppe „auf der Höhe des Geschehens sind", desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, einen realistischen Arbeitsplan zu entwickeln und zu beschließen. Um es noch einmal zu betonen: Damit ein Arbeitsplan tatsächlich realistisch ist, darf er „kein Korsett sein, das uns unbeweglich macht. Vor allem darf ein solcher Plan nicht zur Abnabelung der Gruppen von der politischen Entwicklung führen. Formales Herangehen, eine perfektionistische Planung oder unrealistische Ziele müssen vermieden werden. Es geht ... um anspruchsvolle, aber realistische Ziele. Sie müssen von einer gründlichen Analyse der eigenen Kräfte und Möglichkeiten ausgehen."[14]

Eine *zweite* wichtige Voraussetzung ist, daß eine Gruppe mit der politischen Realität in ihrem eigenen

14 „Zur Entwicklung der Partei und zu Organisationsfragen", Referat auf der 3. PV-Tagung der DKP, 27./28. 9. 1986, UZ-Eigenbeilage Nr. 192 vom 4. 10. 1986, S. 39

Wirkungsbereich, sei es im Betrieb, im Wohngebiet oder an der Hochschule, bestens vertraut ist, weil sie ja dort konkret Politik machen will. Das kann nur durch eine entwickelte Massenarbeit, durch engen Kontakt und feste Verbindungen mit den Menschen und deren Problemen in ihrem Wirkungsbereich garantiert werden.

Konkret heißt das: Jede Parteigruppe muß ein genaues, umfassendes Bild davon haben, was den Menschen um sie herum auf den Nägeln brennt. Wenn eine Gruppe sich selbstkritisch eingestehen muß, daß sie ein solches Bild nicht hat und „mit der Stange im Nebel stochert", dann gehören in den Arbeitsplan konkrete Festlegungen, wie diese detaillierten Kenntnisse als Grundlage für die langfristige, systematische Tätigkeit der Gruppe erworben werden sollen.

Drittens muß eine Gruppe, muß jeder Vorstand das politische Kräfteverhältnis im zu verantwortenden Wirkungsbereich genau analysieren. Dazu gehören die Einschätzung anderer Parteien, Organisationen, Bürgerinitiativen, Vereine etc. ebenso wie die Einschätzung der gegnerischen Kräfte. Dazu gehören Erfahrungen aus direkten Kontakten mit diesen Organisationen, gehört die Kenntnis ihrer Positionen und Aktivitäten. Nur so ist es möglich, Bündnispartner zu gewinnen, festzulegen, wo und wie die Menschen zu finden und zu erreichen sind, die wir vor allem ansprechen, überzeugen und zur gemeinsamen Aktion gewinnen wollen.

Zur Erarbeitung realistischer Beschlüsse gehört *viertens* die richtige Einschätzung der eigenen Kraft, die genaue Kenntnis von Möglichkeiten, Interessen, Fähigkeiten, Stärken und Schwächen jedes einzelnen Mitglieds. Nur so ist es möglich, jedem Mitglied eine konkrete Verantwortlichkeit zu übertragen. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung für realistische Beschlüsse.

Die Einbeziehung aller Gruppenmitglieder in die gründliche Vorbereitung von Beschlüssen und Arbeitsschwerpunkten erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß ein realistischer Beschluß gefaßt wird, ein Beschluß, hinter dem die ganze Gruppe steht und zu dessen Verwirklichung alle Mitglieder ihren Beitrag leisten.

Fünftens: Ein wichtiger Schritt zur Vorbereitung realistischer Beschlüsse sollte bei allen Beschlußvorschlägen und Entwürfen (z.B. bei Stadtteilprogrammen, kommunalen und betrieblichen Beschäftigungsprogrammen, betrieblichen Aktionsprogrammen) die Einbeziehung und Anhörung der Betroffenen bei der Diskussion über unsere Vorschläge sein. Das trägt nicht nur wesentlich zur Verbesserung, zur Konkretisierung unserer Beschlüsse bei, sondern ist zugleich ein erster Schritt weg von der ‚Anonymität', ein Schritt, uns als aktive Interessenvertreter vor Ort bekanntzumachen.

Und *sechstens:* Eines der wichtigsten Elemente, einen Beschluß überhaupt realisierbar zu machen, ist die regelmäßige Beschlußkontrolle auf Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen. Beschlüsse, deren Verwirklichung über einen längeren Zeitraum nicht kontrolliert wird, enden meist mit ihrer Nichterfüllung. Deshalb müssen Zwischenziele festgelegt, Termine angegeben werden, wann diese Ziele erreicht sein sollen. Eine Kontrolle auf der nachfolgenden Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung sollte aber alles andere als formal erfolgen. Es muß überlegt werden, was getan werden muß, um den Beschluß zu verwirklichen, ob er möglicherweise zeitlich geschoben werden muß oder ob ergänzende Maßnahmen zu seiner Realisierung ergriffen werden müssen. Dies ist dann wieder ein Beschluß, dem ebenso ein politischer Vorgang vorausgeht wie dem ursprünglichen.

Sind Beschlüsse unumstößlich?

Beschlüsse sind in unserem Selbstverständnis selbst gegebene Gesetze einer Parteigliederung und -körperschaft, zu deren Verwirklichung jeder mit aller Kraft, nach seinen Möglichkeiten beitragen sollte. Sie sind jedoch kein Dogma nach dem Motto „Einmal beschlossen, immer gültig!". Selbst der realistischste Beschluß kann durch die objektive Entwicklung überholt werden. Somit steht die Frage: wann müssen Beschlüsse geändert, ausgesetzt oder gar aufgehoben werden?

Einige Anlässe zur möglichen Veränderung eines Beschlusses liegen auf der Hand:

- Wenn ein Beschluß nicht mit den programmatischen Aussagen unserer Partei übereinstimmt beziehungsweise anderen, zentralen Orientierungen entgegensteht, z. B. weil diese nicht bekannt waren oder nicht berücksichtigt wurden;
- wenn sich ein Beschluß im Nachhinein als völlig unrealistisch herausstellt, weil er auf falschen Annahmen, Einschätzungen oder Informationen beruhte;
- wenn sich im Laufe der Beschlußkontrolle die ursprünglichen Ziele als nicht mehr vollständig realisierbar oder nur durch neue, zusätzliche Schritte als einhaltbar herausstellen;
- wenn die Ziele und Festlegungen zu niedrig angesetzt waren und die Gruppe merkt: Wir können mehr schaffen;
- wenn plötzlich eine neue politische Lage eintritt.

Wie kann eine Gruppe und ihr Vorstand mit solchen Situationen umgehen? Betrachten wir die genannten Fälle der Reihe nach.

Steht ein Beschluß im Widerspruch zu programmatischen Ausagen oder zentralen politischen Orientierungen, muß das übergeordnete Leitungsgremium der

Gruppe das Problem politisch klarmachen und eine Änderung des Beschlusses veranlasssen.

Wenn sich ein Beschluß als unrealistisch erweist, weil falsche Annahmen zugrunde lagen, darf der Vorstand an dem Beschluß nicht aus falsch verstandener „Prinzipientreue" weiter festhalten. Vielmehr muß er rasch handeln, die Gruppe und das übergeordnete Leitungsorgan (sofern es sich um ein zentrales Arbeitsvorhaben handelt) informieren, eine Einschätzung der Lage auf realistischen Annahmen treffen und, wenn möglich, einen neuen Beschlußvorschlag vorlegen.

Das gleiche Vorgehen gilt im wesentlichen auch für den dritten Fall, einer möglichen Veränderung von Beschlüssen in der Beschlußkontrolle. Dabei muß der verantwortliche Vorstand bzw. das Sekretariat aber stets überprüfen, ob er den Beschluß nicht doch noch durch weitere – natürlich realistische – Maßnahmen einhalten kann. Erst dann, wenn das nicht geht, sollte ein Beschluß geschoben oder aufgehoben werden.

Wenn sich die gesteckten Ziele als zu niedrig erweisen, wäre es mit unserer gegenseitigen Solidarität, unserer kommunistischen Moral unvereinbar, sich mit dem Erreichten zufrieden zu geben. Vielmehr sollten neue, darüber hinausgehende, aber tatsächlich realistische Ziele gesetzt werden.

Wenn die politische Entwicklung uns plötzlich vor neue, nicht vorhergesehene Konflikte, neue Anforderungen oder vor eine Veränderung der Kampfbedingungen stellt, muß ebenfalls schnell reagiert werden. Dann ist eine neue marxistische Analyse der Lage, sind darauf sich gründende Schlußfolgerungen, in einen neuen Beschluß gekleidet, erforderlich. Diese politische Flexibilität, das schnelle Reagieren auf neue Erscheinungen, macht einen Teil der Handlungsfähigkeit jeder kommunistischen Partei aus.

Für alle Fälle der Aussetzung, Aufhebung und Änderung von Beschlüssen muß der gleiche Grundatz gelten wie für die Erarbeitung von Beschlüssen: Die Mitglieder müssen einbezogen werden, müssen überzeugt sein von ihrer Richtigkeit, damit sie auch mit aller Kraft die Beschlüsse umsetzen.

Politische Wachsamkeit oder: Schutz vor dem Verfassungsschutz

„Ich komme mir schon beinahe wie der König Friedrich vor, schwinge den Krückstock und brülle: ‚lieben sollt Ihr Euch und nicht mißtrauen! Solange wir das Mißtrauen nicht besiegt haben, haben wir nicht gesiegt, Amigos'. – ‚Und was ist mit Wachsamkeit?' – ‚Das kann ich Dir sagen. Ohne Wachsamkeit stehst Du morgen früh auf, und wenn Du Dir Deine Locken kämmen willst, merkst Du, daß Dir über Nacht einer den Kopf abgeschnitten hat. Wenn Dir Deine Locken lieb sind, Bruder, dann sei wachsam.'

‚Gut', sagt Robert, ‚das ist klar. Jetzt möchte ich aber noch den Unterchied zwischen Wachsamkeit und Mißtrauen erklärt haben'. Haiduck rief: ‚Lola, komm rein!' Lola kam und Haiduck sagte: ‚Lies ihnen das über Mißtrauen und Wachsamkeit vor'! Lola sah auf den Schreibblock, den sie in der Hand hielt und las: ‚Liebe Genossen, Mißtrauen vergiftet die Atmosphäre, Wachsamkeit reinigt sie. Ein wachsamer Mensch beobachtet genau, rechnet scharf, denkt, denkt, denkt. Fragt immer nach den möglichen Folgen seiner Schritte, aber er geht, manchmal rückwärts, manchmal vorwärts aber im ganzen immer vorwärts. Wachsamkeit hat mit Mut zu tun. Mißtrauen hat mit Angst zu tun. Mißtrauen schießt auf Gespenster. Das ist Munitionsvergeudung und die ist strafbar.'"[1]

1 Hermann Kant, Die Aula, S. 163

Für Kommunistinnen und Kommunisten, die in der Zeit des KPD-Verbots oder der Halblegalität kurz vor dem KPD-Verbot gekämpft haben, lag eine „Faustregel" klar auf der Hand: sich selbst und gegenseitig zu schützen; politisch wachsam zu sein, war Grundvoraussetzung für alle politischen Aktivitäten. Der Verfassungs„schutz" durfte keine Namen von KPD-Mitgliedern in die Hände bekommen oder gar Agenten einschleusen. Heute, genau genommen seit 1968, ist die DKP eine zwar angefeindete, aber legale Partei. Wenn unter diesen Bedingungen von „politischer Wachsamkeit" die Rede ist, fragen sich doch viele von uns: Ist das nicht verstaubt, ist das heute denn noch nötig? Brauchen wir uns denn zu fürchten, wo wir doch nach geltendem Recht arbeiten, ja, dies' oft sogar gegen Angriffe von Rechts verteidigen? Und wenn schon Wachsamkeit noch nötig sein soll, was, bitte schön, heißt das für uns heute? Laufen wir nicht Gefahr, uns dann von den Menschen durch übertriebenes Mißtrauen abzukapseln? Machen wir uns in ihren Augen dadurch nicht erst recht verdächtig? Leidet darunter nicht auch das innerparteiliche Klima, wenn wir uns eine „starre Parteidisziplin" auferlegen?

Auch heute spielt der Antikommunismus noch eine zentrale Rolle in der Bundesrepublik

Wir Kommunistinnen und Kommunisten der Bundesrepublik leben und kämpfen schon in einer etwas „besonderen" Situation. Und die Tatsache, daß wir noch eine relativ kleine Partei sind, hat doch wohl vor allem objektive Ursachen, auch wenn wir alles tun wollen, um uns, den subjektiven Faktor, mehr zu befähigen, die gewachsenen politischen Möglichkeiten besser zu nutzen.

Zu solchen objektiven Hemmnissen unseres Kampfes für Demokratie und Sozialismus gehört zweifellos der noch immer starke Antikommunismus in unserem Land. Er hat in unserer Geschichte eine tief verwurzelte und furchtbare Tradition: Millionen Menschen im zweiten Weltkrieg getötet, Tausende Kommunisten und andere Antifaschisten im Faschismus physisch vernichtet. Nach 1945 ist der Antikommunismus unter Adenauer weitergeführt worden. Es gab keine geistig-moralische Überwindung gestriger Ideologie und des Antikommunismus in der Bundesrepublik. So haben wir Kommunisten es auch heute noch mit Vorurteilen, antikommunistischen Vorbehalten und Mißtrauen zu tun – obwohl gleichzeitig ein Stimmungsumschwung in Friedens- und Abrüstungsfragen, zur Politik sozialistischer Staaten, so zur Sowjetunion, vor sich geht. Das ist eine sehr komplizierte Situation. Denn nicht etwa nur in „Sonntagsreden" von westdeutschen Politikern, sondern auch im „politischen Geschäft" bestimmter imperialistischer Kräfte wird so getan, als sei „die deutsche Frage offen", als könne man das Rad der Geschichte zurückdrehen. In diesen Plänen ist der Bundesrepublik an der Nahtstelle der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme eine Schlüsselrolle zugedacht. Sie ist das Land mit der größten Militärdichte in der Welt, der größten Konzentration von Atom- und Chemiewaffen, sie wird als vorderste Artilleriestellung, als vorderster Schützengraben, vorderste Raketenstellung gegen den Sozialismus mißbraucht.

Auch wirtschaftlich ist die Bundesrepublik eines der stärksten kapitalistischen Länder. Sie spielt dadurch eine entscheidende Rolle im internationalen Klassenkampf. Ihre Lage in Mitteleuropa macht sie zugleich zum Hauptstandort antisozialistischer Propaganda bei sich, und in die Länder Osteuropas hinein.

Wir leben eben nicht in irgendeinem kapitalistischen Land.

Auch aus anderen Gründen haben wir es mit einer „besonderen" politischen Landschaft zu tun: Den Sieg über den Faschimus 1945 hat unsere Bevölkerung nicht „von allein" geschafft, wie andere Völker es schafften. Viele sehen noch heute in der Roten Armee der Sowjetunion nicht den Befreier vom Faschismus. Eine wirkliche Entnazifizierung hat nie stattgefunden. Schon in den ersten Nachkriegsjahren fanden – auch höchstdekorierte – Nazis wieder Posten in Geheimdiensten, bei Gerichten und in der Politik. Zum „Wiederaufbau der Wirtschaft" erhielten die Großindustriellen ihre Fabriken zurück. Die Gründung dieses Staates, der Bundesrepublik selbst, hat zugleich die Spaltung Deutschlands festgeschrieben, in Abgrenzung zum sozialistischen deutschen Staat DDR. Später wurden ausgerechnet die Kommunisten für diese Spaltung verantwortlich gemacht. Und heute wirkt sich die Systemkonkurrenz zweier deutscher Staaten mit gleicher Sprache und gleicher Geschichte innenpolitisch in besonderem Antikommunismus in der Bundesrepublik aus.

Der Antikommunismus ist also weiter Staatsdoktrin, der Kommunismus ist zum Hauptfeind erklärt, es gibt große politische Diffamierungskampagnen. Die offene Auseinandersetzung mit unverfälschten Positionen der Kommunisten wird aber nach Möglichkeit vermieden. Stattdessen läßt man die Geheimdienste auf die Kommunisten los, bis hin zu Verfassungsbruch und Verletzung von Menschenrechten. Was ist denn das für eine Demokratie wenn sich die Ministerpräsidenten der Länder zusammensetzen und eine Partei für „verfassungsfeindlich" erklären können? Und ihre Mitglieder, sofern sie im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, mit Existenzvernichtung bestraft werden?

Was ist das für eine Rechtsstaatlichkeit, wenn ein Kommunist nicht Briefträger sein darf, wenn man einen Postbeamten nach fast dreißig untadeligen Dienstjahren nur seiner politischen Überzeugung wegen aus dem Dienst jagen darf? Aber ein zu Gefängnis verurteilter Nazi, der darf weiter Lehrer bleiben, wie in Koblenz. Oder ein wegen Zuhälterei und Erpressung bestrafter Polizist, der darf weiter Beamter bleiben – er hatte ja keine Uniform an, als er sich als Zuhälter und Erpresser betätigte: So geschehen im Sommer 1987 in Hessen.

Ein Beispiel aus der Geschichte

Weitgehend unbekannt ist das „1. Strafrechtsänderungsgesetz" vom 11. 7. 1951. Es wird auch „Blitzgesetz" genannt, und zwar deswegen, weil es von der Verabschiedung im Kabinett bis zur Dritten Lesung nur sieben Tage und zur Durchpeitschung im Bundestag nur 120 Minuten gebraucht hat. Dieses Gesetz ist noch gültig. Es stellt Handlungen unter Strafe, die geeignet sind, Bestrebungen anderer Länder und Regierungen zu fördern, die „ein bewaffnetes Unternehmen oder Zwangsmaßregeln gegen die Bundesrepublik Deutschland" planen oder „den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland" beeinträchtigen oder beseitigen wollen.

Aber wer tut denn schon sowas? In der Vergangenheit wurden nach diesem Gesetz Menschen ins Gefängnis geworfen, die zur Leipziger Messe fuhren oder Sportkontakte mit der DDR aufnahmen, die Unterschriften zur Ächtung der Atomwaffen sammelten oder sich am Kampf gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik beteiligten. Nicht einzelne – Hunderte. Es wurden Arbeiter eingesperrt, weil sie zum Streik auf-

riefen und Mütter, die Kinderferienreisen in die DDR begleitet haben. Indem der Sowjetunion und der DDR – wahrheitswidrig – unterstellt wurde, die BRD gewaltsam beseitigen zu wollen, konnte jede/r strafbar gemacht werden, der/die für die friedliche Koexistenz, die Anerkennung der Realitäten und für mehr Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern eintrat. In dieser Hinsicht sollte das Blitzgesetz die BRD zu einer ‚Bananenrepublik' werden lassen.

Heute müßten die Erfinder des Blitzgesetzes die Gefängnisse mit Leuten füllen, die zum Beispiel Gorbatschows Abrüstungsinitiativen unterstützen. Doch die Zeiten ändern sich. Die demokratischen Kräfte sind stärker geworden.

So verhältnismäßig ruhig und demokratisch es gegenwärtig auch zugehen mag – das ist nicht auf den guten Willen der Herrschenden zurückzuführen. Sie mußten ihre Taktik umstellen.

Wie lange sie dazu – und zu noch mehr – gezwungen werden, hängt in hohem Maße von den demokratischen Kräften ab. Und zu deren Stärke gehört politische Wachsamkeit, das heißt Schutz der demokratischen Organisationen – vor allem der Partei – vor den Geheimdiensten.

Kommunisten – seit jeher Zielscheibe der Herrschenden

Vom „Bayernkurier" bis zum „Verfassungsschutz"-Bericht, von Innenminister Zimmermann bis zur „Bildzeitung" hören wir es immer wieder: die „DKP sei die gefährlichste Kraft" im linken Spektrum der Bundesrepublik. Was wird nicht alles investiert an Geld, an Propaganda, an Lügen und Repressalien, gegen unsere angeblich so „einflußlose" Partei!

Wenn wir zurückschauen in die Geschichte, so war es eigentlich immer so. Karl Marx wurde ins Exil geschickt, im „Kommunistenprozeß" von Köln 1851 sollten die Kommunisten zu vaterlandslosen Gesellen erklärt werden. Lenin wurde – bei seiner Durchreise durch Deutschland nach Rußland 1917 als „preußischer Polizeispitzel" diffamiert. Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde von Anfang an als „Agent Moskaus", als „5. Kolonne" beschimpft. Verfolgungen, bis zur physischen Vernichtung von Kommunistinnen und Kommunisten in den faschistischen KZs, mußten Genossinnen und Genossen der kommunistischen Partei unter Hitler erleiden. Aber auch im „kalten Krieg" Adenauers nach 1945, mit dem widerrechtlichen Verbot der KPD 1956, ging die Treibjagd gegen die Kommunisten weiter.

Gegen die Versuche, die Partei zu lähmen, sie zu „unterwandern", gab es als wichtigen Schutz immer das Vertrauen, die Solidarität untereinander, gepaart mit politischer Wachsamkeit, mit Disziplin und Beschlußtreue. Diese Erfahrungen wollen und müssen wir ernst nehmen.

Schränkt Wachsamkeit unsere Attraktivität nach außen ein?

Oft werden wir nun gefragt: „Schön, gegen die Machenschaften des Klassengegners muß etwas getan werden – aber schränkt das nicht unsere Attraktivität ein, führt es nicht dazu, daß Sympathisanten vor dem Eintritt in die DKP zurückschrecken?"

Dazu ist zu sagen: Wenn Wachsamkeit als Hindernis auftaucht, das einer Stärkung der DKP im Wege steht, machen wir bestimmt etwas falsch. Wachsam zu sein gegen Machenschaften der Geheimdienste darf

nicht in unbegründetes Mißtrauen gegen alle und jeden ausarten, die sich uns in guter Absicht nähern. Auf unsere Sicherheit bedacht zu sein, ist doch kein Widerspruch zu jeder Art solidarischen, offenen Umgangs miteinander und mit den Menschen am Arbeitsplatz, im Wohngebiet oder an der Hochschule. Im Gegenteil: Je wachsamer *und* attraktiver wir sind, desto widerstandsfähiger machen wir uns gegen jeden Versuch der Beeinflussung durch Geheimdienste und ihre Spitzelwerber. Und attraktiv sein, das bedeutet, den Ideenreichtum aller Genossinnen und Genossen einzubringen in unsere nach außen wirksame Tätigkeit, in die Aktionen unserer Partei.

Und Parteidisziplin – ist sie wirklich ein Korsett, das die DKP-Mitglieder in einen engen Rahmen einzwängt, oder kann sie so empfunden werden? Auch dazu gleich eine Feststellung:

Um die Notwendigkeit, auf der Grundlage von mehrheitlich gefaßten Beschlüssen einheitlich und geschlossen aufzutreten und zu handeln, führt kein Weg herum. Gegen die Übermacht unserer Gegner haben wir überhaupt keine andere Waffe.

Alle müssen bei uns spüren: Hier bin ich Gleicher unter Gleichen, hier zählt meine Meinung. Das Gefühl gerade junger Menschen, in der DKP eine politische Heimat und treue verläßliche Freunde gefunden zu haben, hat sich bei Anwerbeversuchen durch den „Verfassungsschutz" mehr als einmal als entscheidende Barriere erwiesen, an der die Anwerbung gescheitert ist.

Gegen wen wollen und müssen wir wachsam sein?

Wachsam sein hat – wie gesagt – nichts zu tun mit Angstmache, mit einer Krimistunde oder mit gegensei-

tigem Mißtrauen. Sie hat etwas zu tun mit dem Klassenkampf gegen einen raffinierten politischen Gegner, hat mit Vorwärtsbewegung und Optimismus zu tun. Wachsamkeit hat aber auch zu tun mit den unterschiedlichen Erfahrungen in unserer Partei: Es ist notwendig, bewährte und überprüfte Erfahrungen des Klassenkampfes und der Parteiarbeit zu verbinden mit der Aufarbeitung neuer Fragen und Erfahrungen. Wir stellen uns dieser Aufgabe in einer offenen und lebendigen Diskussion, auch in Fragen der politischen Wachsamkeit.

Dabei wollen wir uns immer vor Augen halten: Die Bespitzelung von Demokraten, der Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten, die Sicherheitsgesetze, Berufsverbote sind kein Zeichen von Stärke dieses Überwachungsstaates, sondern Zeichen seiner Labilität, seiner Druckempfindlichkeit. Auch die Geheimdienste mit ihren großen materiellen Mitteln gehören dazu. Es wäre falsch, ihre Tätigkeit nur oder in erster Linie in Anwerbungsversuchen zu sehen. Sie haben in zunehmendem Maße eine politische Funktion, direkten Einfluß auf Regierungen, auf Presse, Radio, Fernsehen, haben ihre Verbindungen in die Hochfinanz, in Unternehmungen, auch international. Bundesnachrichtendienst (BND), Militärischer Abschirmdienst (MAD), die sogenannte „Politische Polizei", „Staatsschutz", „Verfassungsschutz" u. a. Dienststellen haben alle ein klares „Feindbild": links. Und was links ist, bestimmen sie.

Der „Verfassungsschutz" und Methoden der Agentenwerbung

Was ist das eigentlich für eine Organisation, die sich „Verfassungsschutz" nennt, also dazu dasein sollte, die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung sicherzustellen? Die Gründung dieses Amtes mit dem an-

spruchsvollen Namen geht auf einen Befehl der westlichen Besatzungsgouverneure („Police letter") zurück, der noch vor der Konstituierung der Bundesrepublik an Dr. Adenauer erging. Was sich aufgrund dieses Befehls und anschließend auf einen entsprechenden Beschluß des Bundestages dann in Köln zusammenfand, waren keine bewährten Demokraten und Antifaschisten. Die erste Garnitur von „Verfassungsschützern" waren zumeist hochrangige SS- und Gestapoleute sowie Spione aus Hitlers Geheimdienst „Fremde Heere Ost". Darunter befanden sich Kommunistenjäger, die in den Niederlanden und Frankreich als Kriegsverbrecher gesucht wurden und deshalb mit falschen Pässen ausgestattet worden waren. Die Präsidenten Schrübbers und Nollau paßten zu diesem Verein. Schrübbers mußte allerdings wieder zurückgezogen werden, nachdem ihm, dem ehemaligen Nazi-Staatsanwalt, Terror-Urteile gegen Kommunisten, Juden und Polen nachgewiesen wurden. Die neue Generation von „Verfassungsschützern", die sich auf die „Gnade der späten Geburt" beruft, ist durch die Schule dieser fanatischen Nazis und Militaristen gegangen.

Dementsprechend sehen die Methoden aus, wenn sie ihre Werber ausschwärmen lassen, um aus Menschen Lumpen zu machen. Da sprechen sie als „Meinungsforscher" Studenten an und wollen einen „harmlosen" Bericht über eine Versammlung. Für 200 oder mehr Mark, versteht sich. Und beim nächsten Mal lassen sie dann die Maske fallen, und die 200 Mark werden zum erpresserischen Druckmittel.

Bei einer alleinerziehenden Mutter klingelt es an der Wohnungstür. Draußen steht ein Mann, einen Aktenordner unterm Arm. Die Frau hält ihn für den Beauftragten des Sozialamtes, den sie erwartet, und bittet den Herrn herein. Bei einer Tasse Kaffee, die ihm an-

geboten wird, kommt der Gast direkt zur Sache: Er komme vom Innenministerium, die Frau könne 400 DM im Monat verdienen, wenn sie regelmäßig über die DKP und die örtliche Friedensinitiative berichte. Dann stellt sich heraus: Der „Herr" kennt nicht nur die finanziellen Verhältnisse der Frau ganz genau. Er kennt ihre Krankheit, weiß, wann sie operiert worden ist, und ist auch über den nächsten Operationstermin informiert. Aber er hat Pech und fliegt hinaus. Es gibt einen öffentlichen Skandal.

Das Ansprechen auf der Straße, insbesondere auf dem Heimweg von der Arbeit, ist eine der häufigsten Anwerbemethoden. Auch hierbei spielen die „Verfassungsschützer" oft interne Kenntnisse, zum Beispiel über Ratenverpflichtungen, Geldschwierigkeiten oder andere persönliche Probleme, aus, um „den Fisch an die Angel" zu bekommen. Arbeitslosen stellen sie Arbeit in Aussicht, Jugendlichen eine Lehrstelle. Oder sie drohen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, durch Anschwärzen beim Chef, falls man nicht mitmache.

Sie erscheinen in der Wohnung von Studenten und Arbeitslosen und bieten einen Nebenverdienst an, z. B. für die Erprobung eines bestimmten Benzins oder eines Waschmittels. Nach der ersten Zahlung lassen sie dann die Katze aus dem Sack. Sie melden sich auf Inserate, in denen jemand Arbeit sucht – oder geben Inserate auf, in denen sie Nebenverdienste als stundenweise Tätigkeit anbieten.

Sie sind auch auf alles vorbereitet, wenn einem der in Aussicht genommenen Opfer Bedenken kommen. „Die Genossen verraten? Aber woher denn? Wir wollen uns doch nur vergewissern, daß bei der DKP alles legal zugeht." – Einem jungen SDAJler, dem Bedenken kamen, spielten sie sich gar als Beschützer der SDAJ vor neonazistischen Provokationen auf. Oder sie

zücken ein Mitgliedsbuch der SPD oder der Gewerkschaft, um glauben zu machen, sie seien „doch auch Demokraten", eigentlich sogar recht „fortschrittliche".

Eine ganz erbärmliche Methode, die in jüngster Zeit verstärkt zur Anwendung kommt, sind Anwerbeversuche am Arbeitsplatz. Die erpresserische Absicht ist unverkennbar, wenn ein Belegschaftsmitglied zum Personalbüro bestellt wird, wo zwei Herren den oder die Betreffende „in einer Staatsschutzangelegenheit" zu sprechen wünschen. Auch private Konzerne bedienen sich bei Einstellungen und, um die Belegschaften dem Druck des Spitzelsystems auszusetzen, des „Verfassungsschutzes". So kam heraus, daß der Siemens-Konzern jahrelang „Regelanfragen" beim „Verfassungsschutz" einreichte – und natürlich bedient wurde. Wir müssen davon ausgehen, daß solche Zusammenarbeit auch in anderen Konzernen besteht. Die Deutsche Lufthansa läßt – nach Veröffentlichungen der Gewerkschaft ÖTV – Tausende Mitarbeiter überprüfen.

Zahlreich sind die Fälle, in denen hauptamtliche Funktionäre der DKP in plumper Manier und in aller Öffentlichkeit vom „Verfassungsschutz" angemacht wurden. Sogar bis vor die Tür des Parteivorstandes in Düsseldorf wurden solche Aktivitäten ausgedehnt. Oft geht es offensichtlich nicht um tatsächliche Anwerbeversuche, sondern darum, Unsicherheit und Mißtrauen zu verbreiten. In der gleichen Absicht rufen die „Verfassungsschützer" Genossinnen und Genossen an, um ihnen mitzuteilen, sie würden in der Partei als Spitzel verdächtigt.

Die Agenten sprechen alle an, die sie erreichen können, das „Gießkannenprinzip" ist ihre Hauptmethode nach dem Motto: „Einer wird schon anbeißen!" Wie gesagt: Sie wollen verunsichern, Mißtrauen untereinander säen.

Es gibt auch Versuche der direkten Erpressung, die aber einen geringeren Teil der Ansprech- oder Anwerbungsversuche durch Geheimdienstagenten ausmachen. Sie suchen dabei nach Anknüpfungspunkten im persönlichen Leben ihrer Zielperson. Wir dürfen nicht übersehen, daß Alkoholismus oder die Abhängigkeit von anderen Rauschmitteln oft auch von Geheimdienstagenten zur politischen Erpressung benutzt wird.

Die Ziele des Verfassungs„schutzes"

Allgemein ist bekannt, daß die Bonner Geheimdienste über ein Riesenarsenal modernster technischer Mittel zur Überwachung und Durchleuchtung der Bürger verfügen. Der Leser, die Leserin mag jetzt fragen: Wozu dann noch solche Bemühungen, Spitzel in Bewegungen und fortschrittliche Parteien einzuschleusen? Auch werden wir gefragt: „Ihr seid doch eine legale Partei. Ist das, was ihr in euren Versammlungen beratet, nicht so oder so immer für die Öffentlichkeit bestimmt? Was können euch also die paar Spitzel schon antun?"

Richtig, wir sind eine legale Partei, unsere Tätigkeit spielt sich auf dem Boden des Grundgesetzes ab. Aber trifft dies auch auf den „Verfassungsschutz" zu? Unvereinbar mit dem Grundgesetz und mit internationalem Recht sind beispielsweise die Berufsverbote. Dabei haben in vielen Fällen Spitzel des Verfassungsschutzes oder anderer Geheimdienste eine wichtige Rolle gespielt. Es sind Fälle bekannt, in denen sie als „Zeugen vom Hörensagen" oder als anonyme Informanten in Anhörungen und Berufsverbotsprozessen ihre gesammelten „Erkenntnisse" vorlegten: über DKP-Mitgliedschaft, Teilnahme an Versammlungen usw.

Alle „Verfassungsschutz"-Präsidenten und andere hochrangige „Verfassungsschützer" haben immer wie-

der in Zeitungsartikel und Interviews die Wirksamkeit der DKP und ihrer Politik beklagt. Dabei bringen sie selbst stets zum Ausdruck, daß die DKP politisch mehr Gewicht habe, als ihr Stimmenanteil bei Wahlen erkennen lasse.

Im Mai 1986 warnte ein Dossier vor der Tendenz „deutlich abnehmender Berührungsängste innerhalb der SPD gegen Kommunisten". Damit sollte das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten, vor allem bei Friedensaktionen, diffamiert werden. Heiße „Verfassungsschutz"-Tränen fließen deshalb auch über die wachsende Zahl von UZ-Interviews mit Sozialdemokraten, Grünen, Gewerkschaftern in hochrangigen Positionen.

Die DKP von den sozialen Bewegungen und fortschrittlichen politischen Parteien abzuspalten, dabei in der DKP selbst eine innere Zerrüttung und Lähmung herbeizuführen – davon träumen die Herren vom „Verfassungsschutz" Tag und Nacht. Dem ehemaligen Präsidenten dieses Ladens, Nollau, verdanken wir die Schilderung eines solchen, gegen die damalige KPD gerichteten Versuchs. Nollau und einige andere hochrangige Beamte starteten eine umfangreiche Kampagne um ein Blättchen mit der Bezeichnung „Dritter Weg". Den Kommunisten sollte eingeredet werden, es gebe viele unter ihnen, die zwischen einem „sturen Moskaukurs" ihrer Führung und dem Kapitalismus ein Mittelding schaffen wollten.

Die DKP ist des öfteren Zielscheibe solcher Angriffe mittels Fälschung gewesen. Seit Anfang 1982 tauchten in großen bürgerlichen Zeitungen immer wieder umfangreiche Berichte auf, nach denen sich aus Teilnehmern unserer Parteischule „Karl Liebknecht" ein oppositioneller „Leverkusener Kreis" gebildet habe, dem der „sture Moskaukurs" und die „Gängelung aus

Ostberlin" allmählich stinken würden. Von einem „Aufbegehren in der DKP" war die Rede, von „sprießenden Spaltpilzen", es „knirsche" im Gebälk der DKP. Wer hier in Wirklichkeit knirschen ließ, zeigte dann ein dummer Fehler, den sich die Erfinder des „Leverkusener Kreises" leisteten. Ein Genosse erhielt das von dieser „Gruppe" vorbereitete Pamphlet unter der gleichen falschen Adresse, unter der er die Vorladung zu einer Anhörung in Sachen Berufsverbot erhalten hatte!

Wenn man diese Versuche kennt – und das dürften nicht die letzten gewesen sein –, kann man sich mühelos ausmalen, wie kostbar für die Initiatoren ein als Spitzel geworbenes, von ihnen abhängiges oder ein eingeschleustes DKP-Mitglied wäre, das dann als „Beweis für so einen Kreis dienen könnte". Aus einer ganzen Reihe mißlungener Anwerbeversuche wissen wir, wovon die „Verfassungsschützer" ebenfalls träumen: einen Spitzel politisch aufsteigen, in höchste Positionen kommen zu lassen, um dann nicht nur Informationen zu erhalten, sondern auch die Politik der DKP zu beeinflussen.

Es gibt ein „Verfassungsschutz"-Lehrbuch, in dem diese Aufgabenstellung unmißverständlich beschrieben ist. Dieses Buch stammt von den „Verfassungsschutz"-Beamten Schwager und Walther. Es trägt den Titel „Der Schutz der Verfassung. Ein Handbuch für Theorie und Praxis". Dort heißt es auf Seite 91 zum Thema „Einsatz von V-Leuten" – also der angeworbenen Spitzel: „Die Führung der V-Leute erfolgt nicht nur nach dem Prinzip der laufenden Erkenntnisgewinnung aus dem Objekt, sondern kann vorübergehend zu einem aktiven Einsatz führen, um durch die Stimme oder Meinung des V-Mannes die Beschlüsse eines verfassungsfeindlichen Gremiums in einem von dem Auftraggeber gewünschten Sinne zu beeinflussen."

Die gesamte Arbeiterbewegung kennt, so lange sie existiert, Versuche, ihr durch die Einschleusung von Provokateuren Schaden zuzufügen. In der Friedensbewegung unseres Landes ist sicher noch die Großaktion von Krefeld im Sommer 1983 in Erinnerung, die mit Hilfe eines Provokateurs in „Krefelder Krawalle" umgefälscht werden sollte. In diesem Fall war eigens ein Regierungsamtmann namens Peter Trober vom „Verfassungsschutz" in Westberlin nach Krefeld geschickt worden, um eine Truppe von vermummten Steinewerfern anzuführen. Nur mehrere Leichtsinnsfehler des beamteten Provokateurs und seiner Auftraggeber bewirkten das Auffliegen der Provokation. Auch die „Bremer Krawalle" anläßlich eines Rekrutengelöbnisses erwiesen sich als vom „Verfassungsschutz" inszeniert. Allgemein bekannt ist das Bombenattentat auf die Gefängnismauer von Celle als Werk des „Verfassungsschutzes". Es sollte Terroristen in die Schuhe geschoben werden, um so schärfere Sicherheitsgesetze zu legitimieren.

Es genügt wenig Phantasie, um sich die Folgen auszumalen, wäre der „Verfassungsschutz" in der Lage gewesen, sich bei einer dieser Provokationen eines eingeschleusten DKP-Mitglieds zu bedienen. Daß dies nicht geschah, läßt darauf schließen: ihre Erfolge in der Anwerbung von Spitzeln bleiben doch deutlich hinter ihren gesteckten Zielen zurück.

Sicher mehr Erfolg dagegen dürften sie in jenem Zweig ihrer Tätigkeit haben, den sie als „positiven Verfassungsschutz" bezeichnen. Er beginnt beim Einfluß auf die Medien. Es ist sicher, daß nach dem Muster des CIA (in den USA) auch der „Verfassungsschutz" in bestimmten Zeitungsredaktionen, in Fernseh- und Rundfunkanstalten seine V-Leute installiert hat. Kampagnen gegen die sozialen Bewegungen und die Kom-

munisten sind dabei um so wirkungsvoller, wenn gezielte Lügen in Organen abgedruckt werden, die allgemein als „liberal" oder „links" gelten. So tauchen von Zeit zu Zeit in der „Frankfurter Rundschau" antikommunistische und antisowjetische Elaborate auf, die kein Linker der „Welt" oder Springers „BILD" abkaufen würde. Aber der „Frankfurter Rundschau"? Ähnlich verhält es sich mit „Geheimdokumenten" des „Spiegel". Die Regie des „Verfassungsschutzes" wurde für einen Augenblick sichtbar, als bundeseinheitlich am gleichen Tage und in allen Zeitungen groß aufgemachte Berichte über den „Folterbetriebsrat aus Bochum" erschienen. Damit sollte ein angesehener Gewerkschafter und Kommunist bei Opel fertiggemacht werden, der einen Spitzelwerber hatte abfahren lassen.

„Positiver Verfassungsschutz" – so nennen sie das Ausschwärmen ihrer Hetzapostel in Schulen und Universitäten, wo sie „aufklärende" Vorträge über die Kommunisten halten. Unter diese Rubrik fallen aufwendige Wochenendseminare für Lehrer, für Betriebsräte und andere als „Multiplikatoren" geeignete Personen. Schüler- und Studentenorganisationen – wie der CDU/CSU-Studentenverband RCDS – und diverse andere Gruppen werden mit Geld geschmiert, um im Sinne des „Verfassungsschutzes" Seminare durchzuführen und Redner zu schulen. Diese Werbeveranstaltungen sind wenig wirksam. Wo die VS-Leute auch auftauchen, schlägt ihnen Mißtrauen und Widerspruch entgegen. Etwa 100 Mitarbeiter des VS-Niedersachsen aus dem Bereich „Öffentlichkeitsarbeit" sollen beim VS entlassen und mit anderen Posten in der Landesverwaltung versorgt werden. Aber niemand will sie gerne.

Und schließlich fallen die alljährlichen „Verfassungsschutz"-Berichte unter diese Rubrik. Ginge es nach den Normen des Grundgesetzes und internationa-

ler Verpflichtungen wie des Abkommens von Helsinki, so hätte bereits der erste „Verfassungsschutz"-Bericht, der sich mit der DKP befaßte, etwa so enden müssen: *„Es handelt sich um eine Partei, die eine andere soziale Ordnung – den Sozialismus – will, deren Tätigkeit sich dabei auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt und mit ihm in vollem Einklang steht. Es besteht daher kein Anlaß zu weiteren Observationen oder zu einem Vorgehen gegen die DKP. Wer die Tätigkeit der DKP behindert oder beeinträchtigt, macht sich des Verfassungsbruchs schuldig, was strafrechtlich zu ahnden ist."*

Aber hier sind eben keine Verfassungsschützer am Werk, sondern Leute, die die Verfassung untergraben und aushöhlen. Sieht man sich ihre Berichte genauer an, entlarven sie nicht die DKP, sondern die Gesinnung ihrer Urheber selbst.

So ist beispielsweise folgendes „verfassungsfeindlich": „In Übereinstimmung mit der KPdSU und der SED treten die Kommunisten in der Bundesrepublik für friedliche Koexistenz ein". Oder: „Im Vordergrund stand die Forderung nach sofortiger Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und ihrer Verwirklichung in der Außen-, Innen- und Militärpolitik. Gleichzeitig traten die Kommunisten für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und für eine europäische Sicherheitskonferenz ein." Oder im derzeit jüngsten Bericht über die Tätigkeit von „Linksextremisten" im Jahre 1986: „Die DKP erklärte, der Kampf für die Beendigung der Nukleartests sei jetzt ebenso wichtig wie die Zurückweisung des ‚Programms der Weltraummilitarisierung'". Nach diesen Kriterien müßte heute fast jeder Friedensfreund, jeder aufrechte Demokrat ein Verfassungsfeind sein!

Angelastet wird der DKP ferner die Unterstützung des „sandinistischen Regimes" in Nicaragua und der

Befreiungsbewegungen – im Bericht in Gänsefüßchen – in Südafrika. Man muß es also schon mit den Apartheid-Sklavenhaltern halten, um kein „Linksextremist" zu sein.

Irgendwie, wenn man so etwas liest, fühlen sich die Lachmuskeln angeregt. In Wirklichkeit aber sind alle diese Ergüsse kein Grund zum Lachen. Die pedantische Aufzählung von Forderungen, Auffassungen und Meinungen, die heute von Millionen Menschen in unserem Lande, von großen Parteien und Bewegungen geteilt werden oder z. T. in die Regierungspolitik eingegangen sind, ist ein weiterer Ausdruck der Skrupellosigkeit, mit der die reaktionärsten Kräfte versuchen, die Demokratie abzubauen.

Nein, diese Lektüre ist kein Grund zur Heiterkeit, eher schon ein Grund mehr zu kommunistischer Wachsamkeit und Disziplin.

Wie können wir uns schützen?

Nun gut, die Absichten des „Verfassungsschutzes" habt Ihr ja jetzt ausführlich beschrieben – wird wohl die Leserin oder der Leser an dieser Stelle sagen. Aber eine Frage habt Ihr immer noch nicht beantwortet: Was heißt denn unter diesen Bedingungen politische Wachsamkeit konkret? Wie soll denn der Schutz vor dem „Verfassungsschutz" aussehen?

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß das beste Mittel, es den „Verfassungsschützern" schwer zu machen, ein gut funktionierendes Gruppenleben ist, in das möglichst alle Mitglieder einbezogen sind. Gut funktionierend – das heißt: jeden ernst nehmen, in die Meinungsbildung einbeziehen, die Fähigkeiten jedes Mitglieds sinnvoll nutzen, sich gegenseitig helfen, auch im persönlichen Bereich. Das bedeutet: ein Klima des

Vertrauens, der Offenheit schaffen, umfassend Demokratie praktizieren. Das heißt aber auch: einmal gefaßte Beschlüsse solidarisch, also gemeinsam und einheitlich durchführen, sich weltanschaulich weiterbilden. Dann ist für „Mißtrauen" – so wie Hermann Kant es beschreibt – kein Platz. Dann haben die Verfassungsschützer es schwer, Keile in unsere Partei zu treiben oder gar „Fraktionen" zu erfinden beziehungsweise herbeizureden.

Das stellt hohe Anforderungen an jedes einzelne Mitglied, aber ebenso auch an die Leitungsorgane der Partei. Sie sind – vom Gruppenvorstand bis zum Parteivorstand – vor allem für die Schaffung eines solchen Klimas verantwortlich. Dann – und nur dann – wird die erforderliche Geschlossenheit und Disziplin bewußt verstanden werden, von der Lenin sagte: „Wer die eiserne Disziplin der Partei des Proletariats... auch nur im geringsten schwächt, der hilft faktisch der Bourgeoisie gegen das Proletariat."[2]

Aber das kann ja noch nicht alles sein? Wie, zum Beispiel, erkennen wir, wenn trotz all dieser Anstrengungen der „Verfassungsschutz" uns einen Spitzel unterjubeln will?

Nun, auch ein Spitzel hat so seine Probleme. Er muß, will er die ihm gestellten Aufgaben erfüllen, sich in der Regel durch besondere Aktivität hervortun. Ein Agent, der nur herumsitzt und von jeder Versammlung einen Bericht abliefert, wird für seine Auftraggeber schnell langweilig. Er wird auch nie in Funktionen gelangen.

Sobald ein solcher Spitzel aber mehr tut, als Berichte zu schreiben, muß er aus der sicheren Deckung heraus. Dann läuft er Gefahr, entlarvt zu werden, wenn

2 Lenin, Werke, Bd. 31, S. 28

die Gruppe wachsam ist. Zu möglichen Aktivitäten eines solchen Agenten zählt zum Beispiel der Versuch, die Gruppe in militante Provokationen hineinzuziehen oder so etwas – selbst gegen die besprochene Orientierung – selbst zu tun. Dazu zählt, die Gruppe oder einzelne Mitglieder ständig zu Initiativen aufzufordern, die sich antikommunistisch gegen die DKP, die sozialistischen Länder etc. richten. Ebenfalls zu den möglichen Aktivitäten eines Spitzels gehört, geheime, dem Gruppenvorstand bewußt verborgene Treffen mit Genossinnen und Genossen durchzuführen, die statt offener Diskussion eine abgeschlossene, eigene politische Plattform erarbeiten. Und nicht zuletzt gehört zum Spitzel-Repertoir, Handlungen zu begehen, durch die Aktionen vereitelt werden oder der Gruppe anderer Schaden entsteht.

Der wirksamste Schutz vor solcher Spitzeltätigkeit ist also die Aktivität der Gruppe. *Ein Spitzel lebt von Anonymität, verträgt Kontakte, die nicht von ihm ausgehen, gar nicht gut.* Und noch etwas. Wenn der Gegner jede öffentliche Auseinandersetzung mit uns vermeidet und uns möglichst im eigenen Saft schmoren lassen will, so ist es unsere Sache, die öffentliche Auseinandersetzung zu suchen, wo sie sich bietet. Also gehen wir zu den Menschen in unserer Nachbarschaft und reden als Kommunisten mit ihnen, direkt, unverfälscht. Wer Kommunistinnen und Kommunisten und ihre wirklichen Auffassungen und Ziele aus persönlichem Erleben kennengelernt hat, an dem zerbricht meistens das antikommunistische Zerrbild, das der „Verfassungsschutz" über tausend Kanäle verbreitet.

Was tun, wenn der V-Mann kommt?

Wie aber verhalte ich mich selbst, wenn sie eines Tages vor mir auftauchen und mich anzuheuern versuchen? Es gibt dazu eine klare Anweisung, an die sich jedes Mitglied der DKP im eigenen Interesse und zum Schutz der Partei zu halten hat: Den Anwerbeversuch an Ort und Stelle sofort zurückweisen, und zwar so, daß die Nachbarn, Straßenpassanten, Arbeitskollegen – wo immer die Werber auftauchen – aufmerksam werden. Wenn möglich, ist es gut, die Werber zu verfolgen, sich ihre Gesichter und Autonummern zu merken. Noch besser ist es, sie zu fotografieren. Das Geschehene sollte dann am besten sofort der Partei, der Gewerkschaft, dem Betriebsrat gemeldet werden, die Öffentlichkeit sollte über die Presse, durch Nachbarschaftsbriefe, Betriebs- und Stadtteilzeitungen oder Flugblätter informiert werden. Auf gar keinen Fall empfiehlt es sich, sich in ein Gespräch mit den „Verfassungsschützern" einzulassen oder gar ein Treffen mit ihnen zu vereinbaren. Wer dies tut, muß damit rechnen, daß er diese Leute nicht mehr los wird. Gerade deshalb gibt es diese für alle Mitglieder verbindliche Empfehlung, sich nicht mit den V-Leuten einzulassen.

Manche Genossinnen und Genossen geben sich vielleicht der Illusion hin, man könne sich doch einmal mit den Werbern treffen, um aus ihnen herauszukitzeln, was sie wollen, wie das bei ihnen so funktioniert. Wer sich mit einem solchen Gedanken trägt, der sollte sich darüber klar werden, daß er es nicht mit Amateuren zu tun hat, die sich bei einem Glas Bier aufs Kreuz legen lassen. Wen die Spitzelwerber schicken, der ist in einer Spezialschule monate- und jahrelang für diese Aufgabe zurechtgetrimmt worden. Der kennt psychologische und sonstige Tricks, um sein Opfer in die Falle

zu locken. Wer mit denen erst einmal zwei Stunden lang an einem Kneipentisch gesessen hat, dem können sie viel „aus der Nase ziehen".

Weitere Möglichkeiten, sich zu schützen

Dabei sind noch einige Vorsichtsmaßregeln dringend zu beachten. Eine ganz wichtige und leichte Informationsquelle für die Schnüffler ist das Telefon, das in unserer Partei schon lange zum „kollektiven Organisator" geworden ist. Wer über Telefon die Kandidatenliste für den neuen Vorstand oder für die nächste Kommunalwahl beredet und dabei noch Beurteilungen über negative und positive Eigenschaften der Betreffenden abgibt, sollte sich über nichts wundern, was dann passieren kann. Denn gerade solche Informationen sind oft der erste Ansatzpunkt für den „Verfassungsschutz", um mit ihrer Hilfe Erpressungs- und Anwerbeversuche zu starten. Am Telefon sollten daher auch keine Beurteilungen der einzelnen Mitglieder erfolgen oder tiefgreifende politische Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden. Personal- und Finanzangelegenheiten, auch Berichte, wer wieviel spendet, gehören grundsätzlich nicht in ein Telefongespräch. Bei der Planung von Aktionen ist das Telefon oft unerläßlich. Doch auch dabei ist Vorsicht geboten, wenn man nicht will, daß während der Aktion dann unvorhergesehene Hindernisse auftauchen.

Die gleichen Regeln wie für das Telefonieren gelten im Grunde auch für Kneipengespräche.

Grundsätzlich sollten sich Genossinnen und Genossen dabei von der Devise leiten lassen: Wo uns andere Menschen zuhören, dort machen wir, wenn Politik überhaupt das Thema ist, kräftig Propaganda für die Politik unserer Partei.

Aber wir machen dort keine Personal- oder Finanzpolitik. „Lange Ohren" brauchen hier genau das auch nicht mitzubekommen, was sie auch am Telefon nicht von uns erfahren.

Sollten wir mit der Polizei zu tun bekommen, vergessen wir nicht, daß die politische Polizei, insbesondere das politische oder „Staatsschutz"-Kommissariat nicht *unser* Freund und Helfer ist. Ihre Vorladungen befolgen wir nicht. Wir wenden uns auch nicht an die politische Polizei um Hilfe, weil wir genügend Fälle kennen, in denen die Adressen von Leuten, die etwa gegen neonazistische Bedrohungen und Gewalttaten bei der politischen Polizei Hilfe suchten, an den „Verfassungsschutz" weitergereicht worden sind.[3]

Den Umfang, mit dem man versucht, unsere Partei durch Spitzelwerbung und Berufsverbote zu behindern und zu beeinflussen, werten manche Leute als Ausdruck der Stärke des Bonner Staates und seiner Geheimdienste. Wer aber deren Berichte genau liest, findet etwas ganz anderes zwischen den Zeilen: nämlich die große Angst davor, daß die Politik der DKP ihr zunehmend Ansehen in den Reihen der außerparlamentarischen Bewegungen, bei der Bevölkerung insgesamt und in den Parteien links von der CDU/CSU verschafft.

Die „Verfassungsschützer" und ihre Auftraggeber wissen genau, daß sie Millionen keine Arbeit und der Jugend keine gesicherte Zukunft geben können. Sie müssen erkennen, daß auch unser Volk in Frieden leben und nicht durch Atombomben weggeblasen werden will. Und daß unvermeidlich die Zeit näherrückt, in der die Menschen es sich nicht mehr gefallen lassen, daß

3 Siehe auch: „Rechtsfibel für den richtigen Umgang mit der Polizei und anderen Amtspersonen." Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 1982

man ihnen ein Leben in sozialer Geborgenheit, eine gesicherte Zukunft und ein Leben ohne Kriegs- und Untergangsfurcht vorenthält. Das aber, was den VS-Agenten Angst einjagt, das ist für uns die Zuversicht, daß wir Kommunisten gebraucht werden, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört.

IV. Anhang

1. Aus den Thesen des Hamburger Parteitages der DKP, 1986

These 37
Die DKP als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse

– Im Programm der DKP heißt es: „Die DKP ist hervorgegangen aus dem mehr als hundertjährigen Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Militarismus und Krieg. Sie hat das Vermächtnis der revolutionären deutschen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Deutschlands übernommen. In ihr lebt das Heldentum des antifaschistischen Widerstandes und der mutige Kampf derer fort, die nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn in unserem Land wirkten."

– Geschichte und Gegenwart zeigen: Die revolutionäre, marxistische Partei der Arbeiterklasse ist durch keine andere Organisation zu ersetzen. Es ist kein Zufall, daß die DKP von den Herrschenden der Bundesrepublik gehaßt, gefürchtet und bekämpft wird wie keine andere fortschrittliche Organisation. Obwohl sie die DKP als angeblich „unbedeutende Splitterpartei" bezeichnen, setzen Monopolkapital, Staat und Massenmedien einen gewaltigen Apparat zur administrativen, politischen und ideologischen Bekämpfung der DKP ein. Polizei und Geheimdienste, Berufsverbote und Schikanen, eine wahre Flut antikommunistischer und antisowjetischer Verleumdungen werden benutzt, um die Mitglieder der DKP unter Druck zu setzen, die Partei zu schwächen und zu isolieren. Keine andere politische Kraft würde diesem Druck standhalten.

Durch ihren Charakter als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, ihre marxistisch-leninistische Weltanschauung, ihre Zugehörigkeit zur kommunistischen Weltbewegung unterscheidet sich die DKP grundsätzlich von allen anderen Parteien. Als einzige Partei der Bundesrepublik kämpft die DKP für eine grundlegende Alternative zum kapitalistischen Ausbeutersystem – für den Sozialismus.

Viele Sozialdemokraten und Grüne setzen sich aktiv für die demokratischen, sozialen und Friedensinteressen des Volkes ein. Aber die Politik der SPD wird wesentlich durch solche Kräfte bestimmt, die auf dem Boden des kapitalistischen Systems stehen und sich für enge Bündnisbeziehungen mit dem USA-Imperialismus einsetzen. Auch die Grünen haben keine Alternative zu den monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnissen. Ihr Verständnis von der Rolle der Arbeiterklasse und des realen Sozialismus ist voller Widersprüche. In dieser Partei kommen unterschiedliche politische und

weltanschauliche Strömungen zum Tragen. Die Grünen sind eine radikal-demokratische Kraft, aber keine Partei der Arbeiterklasse und des Sozialismus.

– Der Aufschwung demokratischer Bewegungen in den 70er und 80er Jahren hat sich bisher bei Wahlen nicht zugunsten der DKP ausgewirkt. Er kam parlamentarisch vor allem der SPD und den Grünen zugute. Stärke und Einfluß der DKP sind jedoch nicht in erster Linie an ihrem Wahlergebnis zu messen.

So offenkundig die Schwäche unserer parlamentarischen Positionen, so deutlich ist auch: In den letzten Jahren ist es uns in einem beträchtlichen Ausmaß gelungen, die von allen Gegnern betriebene politische Isolierung unserer Partei zu durchbrechen. In Teilen unseres Volkes konnten antikommunistische Vorurteile abgebaut werden. Die Möglichkeiten, andere für unsere Positionen zu gewinnen, haben sich vergrößert. In den außerparlamentarischen Bewegungen spielten und spielen Kommunistinnen und Kommunisten eine initiierende, orientierende und organisierende Rolle. Viele politische Forderungen, die ursprünglich allein von der DKP vertreten wurden, sind inzwischen Bestandteil der Positionen anderer Parteien, von Gewerkschaften und breiten Massenbewegungen. Unsere Partei hat wichtige neue Kampferfahrungen gesammelt und Anregungen anderer fortschrittlicher Kräfte aufgenommen. Sie hat ihr Ansehen erhöht, neue Anhänger und Mitglieder gewonnen. Unser Wirken hat einen bedeutenden Anteil an den vielen positiven Veränderungen, die sich in unserem Land seit Ende der 60er Jahre vollzogen haben.

– Das Wirken und Erstarken der DKP ist notwendig für die konsequente Vertretung der sozialen, demokratischen und Friedensinteressen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Es ist von entscheidender

Bedeutung für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Entwicklung breiter demokratischer Bündnisse. Die Vergrößerung der Mitgliederzahl der DKP und ihre festere Verwurzelung in der Arbeiterklasse sind eine Grundvoraussetzung für die Erweiterung unseres Einflusses in den außerparlamentarischen Kämpfen und im parlamentarischen Raum, für die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten des arbeitenden Volkes, für die Einleitung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.

These 38
Die DKP als Partei des proletarischen Internationalismus

– Die DKP wirkt als nationale Kraft in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist Teil des arbeitenden Volkes unseres Landes. Grundanliegen der DKP ist es, die Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes – der Arbeiterklasse, der lohnabhängigen Mittelschichten, der Intelligenz, der Bauern und der anderen Werktätigen – gegen die Macht und das Profitstreben des Großkapitals zur Geltung zu bringen. Wir treten für die Interessen unseres Landes, für die Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ein. Unser unverrückbares Ziel ist eine sozialistische Bundesrepublik – ein Land des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts, in dem nicht Großkapital und Reaktion, sondern die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die Macht ausüben.

– Die DKP ist zugleich ein untrennbarer Teil der revolutionären Weltbewegung. Sie ist durch den proletarischen Internationalismus mit der sozialistischen Staatengemeinschaft, mit den kommunistischen und

Arbeiterparteien aller Kontinente, mit der nationalen Befreiungsbewegung eng verbunden. Die Zusammenarbeit dieser Kräfte ist angesichts der vom Imperialismus ausgehenden Gefahr eines atomaren Weltkrieges, seiner aggressiven Pläne gegen die sozialistischen Staaten, seiner Kriege und neokolonialistischen Machenschaften, angesichts des zunehmenden koordinierten Zusammenwirkens des internationalen Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern heute notwendiger denn je. Für das koordinierte Handeln aller Fortschrittskräfte in der Welt sind gemeinsame Aktionen der kommunistischen und Arbeiterparteien von besonderem Gewicht.

Der proletarische Internationalismus entspricht dem Wesen, den prinzipiellen Gemeinsamkeiten der Arbeiterklasse aller Länder. Sie hat einen gemeinsamen Gegner, das internationale Kapital, und ist durch gemeinsame Grundinteressen verbunden. Der proletarische Internationalismus hat darum weder an Bedeutung verloren, noch ist er durch einen „neuen Internationalismus" zu ersetzen. Er ist und bleibt die stärkste Waffe der revolutionären Weltbewegung.

– Wir bekräftigen die Aussage unseres Programms: „Im Interesse der arbeitenden Menschen der Bundesrepublik ist die DKP bestrebt, ihre brüderlichen Beziehungen zur KPdSU, der stärksten und erfahrensten Partei der kommunistischen Weltbewegung, immer weiterzuentwickeln. Die DKP sieht – getreu dem Vermächtnis Ernst Thälmanns – die Haltung zur Sowjetunion als entscheidenden Prüfstein für jeden Kommunisten an, für seine Treue zur Sache der revolutionären Arbeiterbewegung. Sie erzieht ihre Mitglieder beständig im Geiste fester Freundschaft zur Sowjetunion. Sie ist bemüht, in der Bundesrepublik die Wahrheit über die historischen Leistungen des Sowjetvolkes bei

der Vernichtung der faschistischen Barbarei, über seine Rolle als Vorkämpfer des Friedens, der Humanität und des Fortschritts zu verbreiten.

Große Bedeutung mißt die DKP der weiteren Festigung ihrer Beziehungen zu den Bruderparteien der anderen sozialistischen Länder bei. Beständig pflegt sie vor allem ihre Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die sich auf die gemeinsame Geschichte und Tradition gründet. Unter Führung der SED gestalten die Arbeiter und Bauern, das ganze Volk der DDR die entwickelte sozialistische Gesellschaft und stärken auf deutschem Boden den realen Sozialismus, die grundlegende Alternative zur kapitalistischen Ausbeuterordnung."

– Die Solidarität mit den Völkern, die gegen den Imperialismus, für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen, ist für uns Herzenssache. Die DKP leistet solidarische Hilfe für alle, die gegen das Rassistenregime in Südafrika kämpfen, für die Revolutionäre in Mittelamerika, für die chilenischen Kommunisten und Demokraten, für das palästinensische Volk. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für den Internationalismus der DKP ist der gemeinsam mit der SDAJ und dem MSB Spartakus erfolgte Aufbau der Druckerei für die Sandinistische Jugend in Nicaragua, die Arbeit unserer Brigade „Carlos Fonseca". Die DKP bleibt auch weiterhin bemüht, ihre Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien, den revolutionär-demokratischen Parteien und antiimperialistischen Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika auszubauen.

– Angesichts der raschen Internationalisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens sowie der Klassenkämpfe gewinnt die internationale Zusammenarbeit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung der entwickelten kapitalistischen Länder im-

mer mehr an Gewicht. Mit der wachsenden Rolle der multinationalen Konzerne, der internationalen Arbeitsteilung, der Koordinierung der Wirtschaftspolitik der imperialistischen Staaten und der Übertragung von immer mehr ursprünglich nationalstaatlichen Kompetenzen an supra-nationale Institutionen wächst die Gefahr, daß Erfolge von Arbeiterkämpfen in einem Land durch international koordinierte Gegenmaßnahmen des Monopolkapitals ungeheuer erschwert werden. So kann selbst eine fortschrittliche Regierungspolitik durch den Abzug von Kapital, durch Kreditverweigerung und Währungsmanipulationen unwirksam gemacht werden. Forderungen nach durchgreifender Arbeitszeitverkürzung, nach Erhaltung gefährdeter Industriezweige und -regionen sind im Maßstab eines Landes immer schwieriger durchsetzbar. Eine wesentliche Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität der Arbeiterbewegung ist notwendig. Das ist eine Lehre sowohl der Streiks der bundesdeutschen Drucker und Metaller als auch der britischen Bergarbeiter.

In dieser Situation betont die DKP die Pflicht der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien der einzelnen Länder, einander solidarisch beizustehen. Notwendig sind international abgestimmte Aktionen der Arbeiterbewegung zur Koordinierung gewerkschaftlicher Kämpfe, zur Einschränkung der Macht der multinationalen Konzerne, zur Einflußnahme auf die Politik supra-nationaler Institutionen.

Notwendig ist der Ausbau der internationalen Zusammenarbeit der kommunistischen Bewegung, der Gewerkschaften, der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien wie auch der Friedensbewegung.

These 39
Zur Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung

– Die internationale kommunistische Bewegung hat in den zurückliegenden Jahren ihre Reihen durch das Entstehen neuer Parteien und die Aufnahme neuer Mitstreiter stärken können. Zwischen Anfang der 70er und Mitte der 80er Jahre stieg die Zahl der Länder, in denen kommunistische Parteien wirken, von 83 auf 95. Die Mitgliederzahl der Kommunistischen Parteien der Welt ist von 50 auf fast 80 Millionen angewachsen.

Die kommunistische Weltbewegung übt einen zunehmenden Einfluß auf die Auseinandersetzung um Krieg und Frieden aus: durch die Stärke und die Friedenspolitik der sozialistischen Länder, durch das Wirken der Kommunisten in der Friedensbewegung. Die kommunistische Weltbewegung ist und bleibt der entscheidende Motor des gesellschaftlichen Fortschritts.

Der Einfluß der kommunistischen Bewegung kommt auch darin zum Ausdruck, daß die von ihr entwickelten politischen Forderungen heute immer mehr die Billigung von breiten Volksbewegungen finden. Das betrifft vor allem den Kampf zur Abwendung der Gefahr eines atomaren Infernos, für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Das betrifft die Verteidigung sozialer und demokratischer Rechte sowie ihre Verbindung mit antimonopolistischen Forderungen. Das betrifft den Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus, für nationale Unabhängigkeit, für die Demokratisierung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Gewachsen ist in vielen Ländern die Anziehungskraft der kommunistischen Ideologie, der Theorie von Marx, Engels und Lenin. Sie hat heute alle Kontinente erfaßt. Revolutionär-demo-

kratische Kräfte nehmen sie in ihre Orientierung auf, revolutionäre Vorhutparteien entstehen, die sich von ihr leiten lassen.

Es wächst die Verständigung und das Zusammenwirken der Haupttriebkräfte der fortschrittlichen gesellschaftlichen Entwicklung in der Welt – des Weltsozialismus, der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Bewegung, der Völker der befreiten Staaten und der demokratischen Massenbewegungen. In steigendem Maße entwickeln sich der Meinungsaustausch und gemeinsames Handeln zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien im Kampf um den Frieden und für Abrüstung, gegen Faschismus und Rassismus.

– In all dem werden große Fortschritte deutlich. Zugleich gibt es Probleme. Manche sind mit dem raschen Voranschreiten der Bewegung verbunden. Kommunistische Parteien wirken heute in sozialistischen, in kapitalistischen und Entwicklungsländern, in allen Erdteilen, in Ländern mit außerordentlich unterschiedlichem Entwicklungsniveau, unterschiedlicher Geschichte und Tradition. In den kapitalistischen und Entwicklungsländern sind die Kampfbedingungen der kommunistischen Parteien sehr vielfältig. Die einen blicken auf jahrzehntelange Kampferfahrungen zurück, andere bilden sich gerade erst heraus. Sind die einen Massenparteien, so haben andere noch geringen Einfluß. Die einen sind legale oder gar Regierungsparteien, andere werden grausam verfolgt. Die konkreten Kampfbedingungen und Aufgaben sind darum sehr differenziert. Unterschiedliche Einschätzungen, die Überbewertung nationaler Besonderheiten sind möglich. Probleme und Differenzen können sich auch aus der Vielfalt neuer Fragen ergeben, vor die die Bewegung insgesamt und ihre einzelnen Abteilungen heute gestellt werden.

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, mit den Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft und dem Anwachsen der Mitgliederzahlen verändert sich auch die soziale Zusammensetzung vieler kommunistischer Parteien. Die zunehmende Einbeziehung von nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Werktätigen ist vor allem Ausdruck dafür, daß der Einfluß der kommunistischen Bewegung wächst. Sie kann aber auch negative Auswirkungen auf die ideologischen und politischen Positionen haben. Hinzu kommt, daß der Imperialismus heute über ein mächtiges System der Meinungsmanipulation verfügt, dessen direktem oder indirektem Einfluß auch die Kommunisten ausgesetzt sind.

– All das kann von kommunistischen Grundsätzen wegführen. Es kann die Einheit einzelner Parteien gefährden und sogar zu ihrer Spaltung führen, die Einheit der kommunistischen Weltbewegung bedrohen. Aber solche Gefahren können gebannt werden. Das ist eine Frage der Bewahrung der Grundsätze der Theorie von Marx, Engels und Lenin und ihrer schöpferischen Anwendung auf die neuen Fragen, vor denen die kommunistischen Parteien stehen, eine Frage der marxistischen Bildung, der ideologischen Standfestigkeit der Führungen und der Mitglieder kommunistischer Parteien. Unter den heutigen Bedingungen gewinnt so die ideologische Arbeit, die marxistische Prinzipienfestigkeit, vor allem die Erziehung im Geiste des proletarischen Internationalismus, ein immer größeres Gewicht. Zudem kommt regelmäßigen zwei- und mehrseitigen Kontakten, internationalen Konferenzen, gemeinsamer wissenschaftlicher Arbeit und gemeinsamen Aktionen der kommunistischen Parteien zunehmende Bedeutung zu.

Es ist eine erstrangige Aufgabe jeder kommunistischen Partei, dazu beizutragen, daß die Einheit der

kommunistischen Weltbewegung gefestigt ist. Je besser diese Aufgabe gelöst wird, um so größer werden die Erfolge im Kampf um Frieden, nationale und soziale Befreiung und für den Sozialismus sein.

These 40
Die Organisationsprinzipien der DKP – Neue Anforderungen an die Arbeit der Vorstände

– Nicht zufällig richten unsere Gegner ihre Angriffe gerade gegen die Organisationsprinzipien der DKP. Sie stellen ihnen das Organisationsleben der bürgerlichen Parteien mit ihren verschiedenen Flügeln und inneren Auseinandersetzungen als angeblich demokratischer entgegen. In Wirklichkeit entscheiden über die Politik dieser Parteien letztlich nicht ihre Mitglieder. Die Flick und die anderen großkapitalistischen Geldgeber kaufen Parteiführungen und Regierungen. Die Flügelkämpfe in den bürgerlichen Parteien, aber auch in der SPD und bei radikal-demokratischen Gruppierungen wie den Grünen beruhen darauf, daß in diesen Organisationen unterschiedliche politische, weltanschauliche und Klassenpositionen vertreten sind.

Die Mitglieder der DKP sind durch eine gemeinsame Weltanschauung, durch gemeinsame politische Ziele, durch das gemeinsame Anliegen miteinander verbunden, für die Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse zu wirken. In der DKP hat jedes Mitglied, wie es im Parteistatut festgelegt ist, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, an der Erarbeitung und Umsetzung der Politik der Partei aktiv teilzunehmen. Breite innerparteiliche Diskussion ist gefordert. Das schließt immer auch die Möglichkeit eines kameradschaftlichen Meinungsstreits ein. Zur innerparteilichen Demokratie gehört auch der sorgsame Umgang

mit Anregungen und Kritik. Aber für politische Zerrissenheit und Fraktionskämpfe existiert in der DKP keine Grundlage. Angesichts eines hochzentralisierten Gegners ist die erfolgreiche Umsetzung unserer demokratisch erarbeiteten Politik nur durch einheitliches, zentralisiertes Handeln möglich. Das ist das eigentliche „Geheimnis" für das geschlossene Auftreten unserer Partei.

Die DKP ist ein freiwilliger Zusammenschluß von Gleichgesinnten. Sie kann ihre Aufgaben im Klassenkampf wahrnehmen und dem Druck des Klassengegners standhalten, weil ihre Mitglieder wissen, wofür sie kämpfen; weil sie eine einheitliche, solidarisch und diszipliniert handelnde Kampfgemeinschaft sind; weil sie über eine wissenschaftliche Weltanschauung und ein darauf begründetes Parteiprogramm, über ein marxistisches Parteistatut und bewährte Organisationsprinzipien verfügen, die ihren Kampfbedingungen Rechnung tragen.

Über die Organisationsprinzipien der DKP heißt es im Parteiprogramm: „Kommunisten lassen sich stets von dem Grundsatz leiten, daß nur ein einheitliches, von der ganzen Partei getragenes Handeln das Unterpfand ihrer Aktionsfähigkeit und Stärke ist. Darum verbindet sich in der DKP breite innerparteiliche Demokratie unlöslich mit dem Grundsatz der vereinigten, zentralisierten Aktion. Die Teilnahme aller Parteimitglieder an der Diskussion und Erarbeitung der Politik der DKP, die Rechenschaftspflicht der gewählten Funktionäre und Vorstände vereinigen sich mit der Anerkennung der Verbindlichkeit der Beschlüsse der Parteitage und des Parteivorstands für die gesamte Partei. Die Beschlüsse der jeweils höheren gewählten Vorstände sind verbindlich für die nachgeordneten Parteiorganisationen. Die Bildung von Fraktionen ist unvereinbar

mit dem einheitlichen Handeln der Partei. Kommunisten wirken stets dafür, daß das Leben der Partei bestimmt wird durch Kollektivität des Handelns bei gleichzeitiger persönlicher Verantwortung des einzelnen, durch Kameradschaft, Vertrauen und gegenseitige Hilfe, Kritik und Selbstkritik, Aufgeschlossenheit, hohe Klassenwachsamkeit und Moral."

– Die großen Aufgaben, die heute vor der DKP stehen, stellen wachsende Anforderungen an die Arbeit der Vorstände auf allen Ebenen. Die Entwicklung erfolgreicher kommunistischer Politik hängt weitgehend von ihrer Fähigkeit ab, sich gründlich die beschlossene politische Linie der Partei zu eigen zu machen und sie schöpferisch auf die Bedingungen ihrer Wirkungsbereiche anzuwenden. Bei der Festlegung von Aufgabenstellungen gilt es, sowohl Mut zu anspruchsvollen Zielen zu haben als auch stets zu beachten, was mit den vorhandenen Kräften zu bewältigen ist. Aufgeschlossenheit beim Aufgreifen neuer Fragen muß mit Beharrlichkeit und langem Atem bei der Erfüllung gefaßter Beschlüsse einhergehen. Viel hängt vom Vermögen der Vorstände ab, möglichst viele Genossinnen und Genossen in die Arbeit einzubeziehen, ihnen die Aufgaben zu stellen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen am besten entsprechen, die Kräfte so zu verteilen, daß mit minimalem Aufwand Maximales bewegt wird. Für die Betreuung und Einbeziehung der Parteimitglieder in die Arbeit der Parteigruppen ist die regelmäßige politische Kassierung, die die Einheit der materiellen und politischen Stärkung der Partei verwirklicht, von großer Bedeutung.

Kommunistische Führungsarbeit muß, wenn sie die vorhandene Kraft wirksam einsetzen und Erfolge organisieren will, immer auch Schwerpunktarbeit sein. Die Festlegung von Schwerpunkten dient der Vorwärts-

bewegung der ganzen Partei. Sie muß stets zur Mobilisierung der Parteiorganisation des betreffenden Schwerpunkts führen und das Ziel haben, diese dazu zu befähigen, ihre Aufgaben immer mehr mit den eigenen Kräften zu bewältigen. Stets gilt, daß der wichtigste und bleibende Schwerpunkt unserer Partei die Entwicklung unseres Einflusses in der Arbeiterklasse ist. Immer müssen die Vorstände sich die Frage stellen, wie die Betriebe und Arbeiterwohngebiete in die Aktivitäten einbezogen und diese zur Stärkung der vorhandenen und zum Aufbau neuer Betriebsgruppen genutzt werden können.

In allen fortschrittlichen Bewegungen und Aktionen spielen Kräfte der Jugend und der Frauen eine wachsende Rolle. Besonders der Frauenanteil in unserer Partei wächst. Doch noch größer sind die Möglichkeiten, neue Mitstreiterinnen aus ihren Reihen zu gewinnen. Die Orientierung auf die Jugend und die Frauen ist untrennbarer Bestandteil der Parteiarbeit. Diese Bereiche haben ihre Spezifik, die alle Vorstände beachten müssen. Zugleich ist es wichtig, die Besonderheiten der Arbeit im Jugend- und Frauenbereich nicht zu verabsolutieren und unbesehen auf das gesamte Wirken der Partei zu übertragen. Alle Vorstände sind gefordert, junge Mitglieder und insbesondere Frauen für die Führungsarbeit auf allen Ebenen zu entwickeln.

Vorstandsarbeit muß immer darauf gerichtet sein, zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse und zur Entfaltung demokratischer Bündnisse beizutragen, den Masseneinfluß der DKP zu erweitern. Auch dabei hängt viel von planmäßiger Arbeit und dem richtigen Einsatz der Kräfte ab. Zugleich gilt es stets zu beachten, daß erfolgreiche Bündnis- und Massenarbeit die Fähigkeit der Vorstände und der einzelnen Mitglieder erfordert, Beweglichkeit und Elastizität mit Grundsatztreue, mit

der Bewahrung unserer politischen und ideologischen Selbständigkeit und der Verteidigung unserer Organisationsgrundsätze zu verbinden.

These 41
Die weltanschauliche und ideologische Arbeit der DKP

– Als einzige Partei der Bundesrepublik verfügt die DKP über eine einheitliche, wissenschaftliche Weltanschauung, die Theorie von Marx, Engels und Lenin. Das erfolgreiche Wirken der Partei hängt in hohem Maße davon ab, wie die einzelnen Kommunisten und die Partei als Ganzes es verstehen, sich mit dieser Theorie vertraut zu machen, sie schöpferisch auf die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes anzuwenden und an möglichst breite Bevölkerungskreise, vor allem an die Arbeiterklasse, heranzutragen. Angesichts der Verschärfung des ideologischen Kampfes wächst die Bedeutung der weltanschaulichen und ideologischen Arbeit.

Die Lehre von Marx, Engels und Lenin vermittelt die Fähigkeit, an die Fragen des täglichen Lebens und an die Geschichte vom wissenschaftlich begründeten Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse heranzugehen. Sie bewahrt davor, auf die antikommunistischen und antisowjetischen Lügen des Klassengegners hereinzufallen. Sie hilft, auch in den schwierigsten Situationen einen klaren Kopf zu behalten und den kommunistischen Überzeugungen treu zu bleiben.

Die Lehre von Marx, Engels und Lenin befähigt uns, die politischen Kräfteverhältnisse realistisch einzuschätzen und zugleich, über das Auf und Ab des Klassenkampfes hinweg, die Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung nicht aus dem Auge zu verlieren. Die marxistische Weltanschauung bewahrt sowohl vor

Illusionen als auch davor, bei Enttäuschungen und Rückschlägen in Panik zu verfallen. Sie schafft eine feste Grundlage für einen begründeten historischen Optimismus, für die Zuversicht, daß der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei auch in der Bundesrepublik die Zukunft gehört.

– Jedes Parteimitglied muß sich bemühen, die Theorie von Marx, Engels und Lenin zu studieren. Es sollte regelmäßig an der Bildungsarbeit seiner Grundorganisation teilnehmen und die ihm gegebenen Möglichkeiten für den Besuch von Parteischulen sowie für das Studium marxistischer Literatur nutzen. Die marxistische Bildung darf nicht in Gegensatz zur Aktionstätigkeit gebracht werden. Marxistisches Wissen kommt immer auch der Aktion und der Gewinnung neuer Parteimitglieder zugute.

Ein wichtiger Bestandteil unserer ideologischen Arbeit ist die Arbeit mit den grundlegenden Dokumenten der Partei, vor allem mit dem Parteiprogramm, sowie mit den Dokumenten von Parteitagen und Parteivorstandstagungen. Ihre Kenntnis ist für das Verständnis der Politik der Partei, für ein richtiges Herangehen an die grundsätzlichen und aktuellen Fragen des Klassenkampfes unerläßlich. Ebenso unverzichtbar ist die Arbeit mit der UZ, die die ganze Partei über das Tagesgeschehen informiert und ihr die erforderlichen Orientierungen vermittelt.

Die ideologische Arbeit in der DKP soll die Parteimitglieder befähigen, offensiv und überzeugend unsere Weltanschauung und Politik zu verbreiten. Dabei gilt es, Prinzipienfestigkeit in Grundsatzfragen mit der Fähigkeit zu verbinden, neue politisch-ideologische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und ihnen in der Parteiarbeit Rechnung zu tragen. Wichtige Aufgaben unserer ideologischen Arbeit sind: die von den aggres-

sivsten Kreisen des Imperialismus ausgehende Atomkriegsgefahr und ihre Ursachen deutlich zu machen, um zur Mobilisierung neuer Friedenskräfte beizutragen; den Arbeitern und den anderen Werktätigen Einsichten in die eigene Klassenlage und den unversönlichen Gegensatz zwischen ihren Klasseninteressen und den Macht- und Profitinteressen des Großkapitals zu vermitteln; die im Profitsystem wurzelnden Ursachen der Krise und des Mißbrauchs des technischen Fortschritts, der Massenarbeitslosigkeit und der neuen Armut, der Perspektivlosigkeit der jungen Generation und der Frauendiskriminierung aufzudecken sowie die Erkenntnis zu verbreiten, daß die Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung durch den Sozialismus notwendig ist.

– In unserer gesamten ideologischen Arbeit kommt der sozialistischen Alternative ein besonderer Platz zu. Das ergibt sich aus dem Charakter unserer Partei als revolutionärer Arbeiterpartei und aus unserer sozialistischen Zielsetzung; aus unserer Überzeugung, daß die grundlegenden Probleme, die die arbeitenden Menschen bedrücken, nur im Sozialismus zu lösen sind; aus der entscheidenden Rolle, die die sozialistischen Staaten schon heute für die Bewahrung des Friedens, den Fortschritt der menschlichen Zivilisation und den Befreiungskampf der Völker spielen; aus der Aufgabe, die Vorzüge des realen Sozialismus für den Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im eigenen Land zu nutzen.

In unserem Lande setzen die Herrschenden ungeheure Mittel ein, um die Menschen an der Einsicht in die Notwendigkeit des Sozialismus und in die Richtigkeit der sozialistischen Zielvorstellungen der DKP zu hindern, ihnen die Erfolge des realen Sozialismus zu verschweigen. Die Verleumdung des Sozialismus ist

das ideologische Kernstück des „Kreuzzuges gegen den Kommunismus" und untrennbar mit seiner militärischen Komponente, der Vorbereitung eines Atomkrieges, verbunden. Unter diesen Bedingungen hat unsere Sozialismus-Propaganda größte Bedeutung für die Abwendung eines atomaren Infernos. Je überzeugender wir die Friedenspolitik des Sozialismus und seine historischen Errungenschaften vermitteln, um so schwerer wird es dem Imperialismus, die Menschen mit der Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten" zu verwirren.

Unsere Sozialismus-Propaganda muß stets in drei Richtungen gehen: Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus, der Theorie von Marx, Engels und Lenin; Vermittlung des geschichtlichen Weges und der Erfolge der sozialistischen Länder beim Aufbau der neuen Gesellschaft; Darstellung der Notwendigkeit des Sozialismus für unser Land und der konkreten Vorstellungen der DKP für eine sozialistische Bundesrepublik.

These 42
Arbeiterorientierung – Sache der ganzen Partei

– Hauptadressat der Politik der DKP und unseres Bemühens um die Stärkung der Partei durch neue Mitglieder ist die Arbeiterklasse im allgemeinen und die der Großbetriebe der materiellen Produktion im besonderen. Diese Orientierung ergibt sich aus dem Klassencharakter der DKP als revolutionärer Arbeiterpartei, aus der Rolle der Arbeiterklasse als der entscheidenden gesellschaftsverändernden Kraft, aus der besonderen Bedeutung der Industriearbeiterschaft der Großbetriebe für die Entwicklung der Kämpfe, des Bewußtseins und der Kampfbereitschaft der ganzen Klasse.

– Die Orientierung auf die Arbeiterklasse und auf die Gewinnung von Arbeitern und Angestellten für die Partei ist, wie das die 6. Parteivorstandstagung 1982 unterstrichen hat, Sache der ganzen Partei, aller Mitglieder, Gruppen und Vorstände. Dabei kommt den Betriebsgruppen in den Großbetrieben der materiellen Produktion, die unmittelbar im Kern der Arbeiterklasse wirken, ein besonderer Platz zu. Sie sind gefordert, die klassenbewußtesten Kolleginnen und Kollegen aus ihren Betrieben als Mitglieder für die DKP zu gewinnen.

In den Wohngebieten sind die Beschäftigten der Großbetriebe von kommunalpolitischen Problemen betroffen. Dort sind sie in Vereinen, Massenorganisationen und Bürgerinitiativen tätig. Dort ist zugleich das Wirkungsfeld unserer Wohngebietsgruppen. Deren Mitglieder haben als Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen Kontakte zu Beschäftigten aus Großbetrieben. Sie begegnen ihnen in der Freizeit und im gesellschaftlichen Leben. Die Wohngebietsgruppen unterstützen die Arbeit bestehender Betriebsgruppen und helfen über Betriebsaktive beim Aufbau neuer Gruppen.

Auch die Hochschulgruppen können den Betriebsgruppen und Betriebsaktiven vielfältige Hilfe erweisen. Zugleich kommt ihrem Wirken dadurch für unsere Betriebsorientierung wachsende Bedeutung zu, daß im Zusammenhang mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt immer mehr Studierende nach Abschluß ihres Studiums als Techniker, Ingenieure, Naturwissenschaftler oder wirtschaftswissenschaftlich ausgebildete Fachkräfte in den Großbetrieben arbeiten und dort in direkten Kontakt zu den Arbeitern und Angestellten treten. Außerdem verfügen die Hochschulgruppen über Möglichkeiten der politischen Arbeit unter den Beschäftigten der Hochschulen, die heute vielfach selbst den Charakter von Großbetrieben haben.

– Orientierung auf die Arbeiterklasse heißt nicht, die Gewinnung von Mitgliedern aus anderen Volksschichten geringzuschätzen oder gar darauf zu verzichten. Ganz im Gegenteil. Die DKP braucht mehr Mitglieder aus allen Schichten. Sie leisten als gleichberechtigte Mitkämpferinnen und Mitkämpfer einen großen Beitrag zur Entwicklung der Partei. Neben Angehörigen der Arbeiterklasse nehmen in der DKP Angehörige der lohnabhängigen Mittelschichten, der Intelligenz und Studenten einen bedeutenden Platz ein. Sie spielen heute eine qualitativ neue Rolle im gesellschaftlichen Leben und in den politischen Auseinandersetzungen. Durch Prozesse der sozialen Annäherung an die Arbeiterklasse, durch die gemeinsame Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, durch die Mitarbeit in den Gewerkschaften, die engeren Kontakte im Bildungs-, Wohn- und Freizeitbereich entstehen neue Möglichkeiten für Angehörige dieser Schichten, direkt bei der Orientierung auf die Arbeiterklasse und der Gewinnung von Arbeitern und Angestellten für die Partei mitzuwirken. Die Gewinnung von Angehörigen der lohnabhängigen Mittelschichten, der Intelligenz und von Studenten als Parteimitglieder ist von großer Bedeutung für die Stärkung der DKP als Partei der Arbeiterklasse.

These 43
Den Einfluß der DKP in der Jugend stärken

– Der Kapitalismus ist jugendfeindlich. Seine Krisen treffen die arbeitende und lernende Jugend sowie die Kinder in besonderem Maße. Teile der jungen Generation wenden sich von Institutionen und Organisationen ab, die den Kapitalismus verteidigen. Verstärkt suchen junge Menschen nach Alternativen. Eine breite Diskussion um die Zukunft entwickelt sich.

– Aus den Reihen der Jugend kommt ein immer größerer Teil der aktiven Kräfte der demokratischen und Arbeiterbewegung. Junge Menschen stehen in der ersten Reihe der Bewegungen für Frieden, Abrüstung und Umweltschutz, gegen Berufsverbote, Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus, für die Rechte der arbeitenden und lernenden Jugend und der Frauen, gegen Diskriminierung von Minderheiten, für internationale Solidarität. Die Arbeiterjugendbewegung hat einen wichtigen Anteil an den Kämpfen gegen Arbeitsplatzvernichtung, für mehr Lehrstellen und Übernahme nach der Lehre, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, für die Verteidigung des Streikrechts. Die Schülerbewegung geht neue Schritte mit der Stärkung ihrer Interessenvertretung auf allen Ebenen. Die demokratische Studentenbewegung hat sich als eine starke Kraft im Kampf gegen die Rechtsentwicklung an den Hochschulen erwiesen.

Zugleich gibt es gefährliche Tendenzen der Resignation, der Flucht in Mystizismus, Jugendsekten und Drogen. Es wächst die Gefahr, daß Neofaschisten mit Ausländerhetze und anderen reaktionären Ideologien Teile der Jugend vergiften.

– Es ist ein großer Kampf um die Jugend entbrannt, in den sich alle politischen Kräfte eingeschaltet haben. Die Herrschenden wollen durch Antikommunismus und Nationalismus, durch Irrationalismus, Elitetheorien und andere reaktionäre Ideen möglichst viele junge Menschen zur aktiven Verteidigung des Kapitalismus gewinnen oder sie zumindest neutralisieren.

Die SPD hat in der Opposition friedens- und umweltpolitische Konzeptionen erarbeitet und hofft, daß sie mit wachsendem zeitlichen Abstand zur Schmidt/Genscher-Regierung ihren Einfluß in der Jugend zurückgewinnt. Angesichts der weitverbreiteten Parteien-

und Staatsverdrossenheit hat die grün-alternative Strömung an Anziehungskraft gewonnen.

Die DKP und die mit ihr solidarisch verbundenen Jugendorganisationen, die SDAJ und der MSB Spartakus, sowie die Sozialistische Kinderorganisation Junge Pioniere stehen vor der Aufgabe, große ideologische, politische und organisatorische Anstrengungen zu unternehmen, um ihren Einfluß zu erhöhen. Von großer Bedeutung für die Stärkung marxistischer Positionen in der jungen Generation ist die Gewinnung von mehr Jugendlichen für die DKP, das noch stärkere Engagement von Kommunistinnen und Kommunisten in der SDAJ, im MSB Spartakus und bei den Jungen Pionieren sowie die Organisierung von mehr Mitstreitern in deren Reihen.

– Die heutigen jüngeren Generationen stehen der Politik des Imperialismus und dem staatsmonopolistischen System kritischer gegenüber als frühere Generationen. Verstärkt entwickeln sich in der Jugend Ansätze antiimperialistischen, antifaschistischen und auch antikapitalistischen Denkens. Ihr Weltbild ist nicht mehr direkt durch die Einflüsse des Faschismus und des kalten Krieges geprägt. Das Verhältnis großer Teile der jüngeren Generationen zur DKP ist unbefangener und positiver als das älterer Generationen. Das widerspiegelt sich auch in der altersmäßigen Zusammensetzung der DKP. Aber bei den in Bewegung geratenden, zu fortschrittlichen und linken Positionen hinneigenden Teilen der Jugend dominiert der Einfluß reformistischer, grün-alternativer, pazifistischer und basis-demokratischer Ideologien. Die Einsicht in die Überlegenheit des Sozialismus und die Richtigkeit der Theorie von Marx, Engels und Lenin macht vergleichsweise langsame Fortschritte. Wir müssen also insbesondere unsere weltanschauliche und ideologische Arbeit unter der Jugend verbessern.

Unsere Partei ist nicht nur bei der Zusammenarbeit mit der Jugend in den außerparlamentarischen Bewegungen gefordert, sondern auch bei der Unterstützung der Arbeiterjugendbewegung im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, fehlende Lehrstellen, mangelnde Qualität der beruflichen Bildung. Wir müssen bei der aktiven Interessenvertretung in Schule, Lehrwerkstatt, Betrieb und Universität helfen. Hierfür tragen die gesamte Arbeiterbewegung, die Betriebsräte und Vertrauensleute, die Kommunalvertreter, die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien Verantwortung. Sich ihr zu stellen ist Aufgabe der Jugendpolitik der DKP. Hier liegen Chancen und Hemmnisse eng beieinander. Ausgehend von der Spezifik der Jugendprobleme gilt es, Bewegungen zu fördern und anzuregen, auf allen Feldern unseres Handelns Arbeiterjugend, Schüler und Studenten anzusprechen. Jugendliche müssen unsere Partei in den Betrieben, Schulen und Universitäten als zuverlässigen Partner in der Aktion, als interessanten und streitbaren Diskussionspartner kennenlernen, der es versteht, ihnen seine politischen Ziele und seine Weltanschauung näherzubringen.

These 44
Warum jetzt Stärkung der DKP in neuen Maßstäben?

– Die DKP hat in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre viel geleistet. Der Kampf um Frieden und Arbeit stellt heute jedoch neue, noch größere Anforderungen. Sie zu bewältigen erfordert die Stärkung der DKP in neuen Maßstäben: durch die Erweiterung ihres Masseneinflusses, durch die Weiterentwicklung der Aktionseinheits- und Bündnispolitik, durch Festigung und Ausbau kommunisti-

scher Positionen in den Betrieben. Das alles macht die Gewinnung neuer Parteimitglieder, ihre bessere politische und ideologische Befähigung sowie die stärkere Verbreitung der UZ zu vorrangigen Aufgaben.

– Die Mitgliedergewinnung dient der Stärkung der Partei und liegt zugleich im Interesse des erfolgreichen Kampfes der demokratischen Kräfte überhaupt. Dies ergibt sich vor allem aus der zunehmenden Bedeutung wissenschaftlich begründeter Einsichten in die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Damit wächst die Rolle der marxistischen Partei für das Vorankommen der Arbeiterkämpfe und der demokratischen Bewegungen.

Mit dem Beginn der Raketenstationierung und den Plänen der USA zur Militarisierung des Weltraums steht die Friedensbewegung vor neuen Herausforderungen. Notwendig ist die Vermittlung von realistischem Optimismus, der sich auf Einsicht in die grundlegenden Entwicklungstendenzen des Kräfteverhältnisses zwischen den zum Krieg treibenden und den ihnen entgegenstehenden Kräften des Friedens gründet. Notwendig ist, Wissen über den Zusammenhang der Friedens- und Arbeitsplatzproblematik stärker zu verankern, um so zur weiteren Zusammenführung von Friedens- und Arbeiterbewegung beizutragen. Notwendig ist, Erkenntnisse über die gesellschaftlichen Ursachen von Hochrüstung und Atomkriegsgefahr, über die Systemzusammenhänge von Imperialismus und Krieg, Sozialismus und Frieden in größeren Teilen der Bewegung zu verbreiten.

Der Kampf um Arbeit, für die sozialen Interessen wird um so erfolgreicher sein, je mehr es gelingt, sozialpartnerschaftliches Denken in der Arbeiterklasse zurückzudrängen, Einsichten in den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, über die Rolle des

Staates und der Massenmedien als Werkzeuge des Großkapitals zu vermitteln. Es gilt die Erkenntnis zu verbreiten, daß Arbeiterinteressen nur im Klassenkampf durchgesetzt werden können, daß die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus notwendig ist.

In allen Bewegungen werden vor allem von jungen Menschen Fragen nach dem „Sinn des Lebens", dem „Sinn der Arbeit", dem „Sinn des Fortschritts" gestellt. Konservative Ideologen sprechen von einer „Sinnkrise" und sind bemüht, die Situation für eine konservative „Sinn- und Werteoffensive", für eine geistige Rechtswende zu nutzen. Im Interesse der demokratischen Bewegungen müssen wir mit Hilfe unserer wissenschaftlichen Weltanschauung fundierte Antworten auf die Fragen der Jugend geben, reale Möglichkeiten für Veränderungen aufzeigen.

Kurzum: Mehr Kommunistinnen und Kommunisten braucht das Land. Mehr Genossinnen und Genossen müssen initiierend, organisierend und bewußtseinsbildend in den Arbeiterkämpfen und demokratischen Bewegungen wirken.

– Unter den Bedingungen der Rechtskoalition wird der Druck auf die DKP und andere linke Kräfte stärker. Das macht es nicht leichter, neue Mitglieder für die DKP zu gewinnen, zumal der politische Druck angesichts der wachsenden Massenarbeitslosigkeit durch ökonomischen Druck ergänzt wird. Zugleich entfalten sich gegen die Rechtsentwicklung breite Widerstandsbewegungen. Aus unserer aktiven Mitarbeit in diesen Bewegungen ergeben sich neue Chancen für die Stärkung der Partei.

Auch positive Veränderungen in der Politik der SPD und die erfolgreiche parlamentarische Entwicklung der Grünen können dazu beitragen, die Gewin-

nung kritischer Kräfte für die DKP schwieriger zu machen. Zugleich ergeben sich jedoch aus den dadurch in Gang gesetzten Bewußtseinsprozessen und Anstößen für die Entfaltung des außerparlamentarischen Kampfes neue Möglichkeiten, die entschiedensten, nach grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltungen strebenden Kräfte auf die DKP zu orientieren.

Welche der beiden Seiten stärker zum Tragen kommen wird, die Schwierigkeiten oder die Chancen, das hängt letztlich von uns selbst ab. Der Erfolg des Ernst-Thälmann-Aufgebots zeigt: Wenn wir die Chancen nutzen wollen, dann müssen wir unseren ganzen Elan, die vielen wertvollen Erfahrungen, über die wir bei der offensiven Mitgliederwerbung verfügen, zur Stärkung der Partei einsetzen.

Erfolgreiche Mitgliedergewinnung verlangt, daß wir als Kommunistinnen und Kommunisten aktiv in den Arbeiterkämpfen und demokratischen Bewegungen, in Vereinen und Initiativen mitwirken und die Politik der Partei offensiv vertreten. Sie verlangt eine organisierte, abrechenbare und ideenreiche Werbung. Die Stärkung der DKP erfordert, daß sich unsere Partei immer wieder in der Aktion und zugleich als geistig bewegende Kraft bewährt.

Die DKP muß das Gemeinsame der demokratischen Bewegungen in den Vordergrund rücken und zugleich ihr unverwechselbares kommunistisches Profil deutlich machen: als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse; als Partei des Friedens und der Arbeit; als internationalistische Kraft und Partei des Sozialismus; als Partei, die auf der Grundlage ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung in ihrem Programm und in ihrer Politik begründete Antworten für die Gegenwart und Zukunft unseres Landes entwickelt.

2. Arbeiterklasse und revolutionäre Partei in Erzählungen und Romanen

Generationen revolutionärer Arbeiterinnen und Arbeiter, Mitglieder der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, haben sich den Zugang zum Verständnis der historischen Mission ihrer Klasse und der Rolle der marxistischen Arbeiterpartei über die Literatur mit erschlossen. Im folgenden benennen wir einige Titel aus der großen Zahl von Romanen, Erzählungen, Biographien und Memoiren zum Thema. Die mit einem Sternchen versehenen Titel sind zur Zeit nicht lieferbar. Wenn wir sie trotzdem anführen, dann deshalb, weil manche von ihnen im Besitz älterer Genossinnen und Genossen sind, die sie an Interessenten sicherlich ausleihen. Aber auch ein Blick in öffentliche Bibliotheken kann lohnenswert sein.

Winfried Schwarz, *Aufbruch.*
Biographischer Roman über den jungen Karl Marx.
Dortmund 1982

Walter Baumert, *Der Flug des Falken.*
Die rebellische Jugend des Friedrich Engels. Roman.
Dortmund 1981

Horst Hensel, *Die Sehnsucht der Rosa Luxemburg.*
Roman. Köln 1987

Walter Baumert, *Das Ermittlungsverfahren.*
Dokumentarischer Roman über Ernst Thälmann.
Dortmund 1985

Sergej Sartakow, *In den Folterkammern des Zaren.*
(Aus dem Kampf der Partei Lenins um 1908)
Roman (2 Bände).
Aufbau-Verlag Berlin 1980

Maxim Gorki, *Die Mutter.*
Roman. Eine revolutionäre Arbeiterfamilie in der russischen Revolution von 1905.
Verlag Ullstein

Sergej Mstislawski, *Die Krähe ist ein Frühlingsvogel.*
Roman. Über das Leben des Moskauer Revolutionärs Nikolai Baumann.
Weltkreis-Verlag 1985

Dmitri Furmanow, *Tschapajew.*
Roman über den bekannten Kommandeur der Roten Armee.
Verlag Volk und Welt, Berlin

Nikolai Ostrowski, *Wie der Stahl gehärtet wurde.*
Roman. Ein russischer Arbeiterjunge wird in revolutionären Kämpfen zum Kommunisten.
Weltkreisverlag 1985

Ossip Pjatnitzki, *Deckname Freitag* –
Aufzeichnungen eines Bolschewiks.
Roman. Dietz Verlag Berlin 1984

Dolores Ibárruri, *Der einzige Weg.*
Erinnerungen.
Dietz Verlag Berlin 1980

Giovanni Germanetto, *Genosse Kupferbart*
(mit einem Vorwort von Palmiro Togliatti).
Roman. Dietz Verlag Berlin 1957

Manuel Tiago, *Bis morgen, Genossen!*
Roman.
Aus dem antifaschistischen Kampf der Kommunistischen Partei Portugals.
Dietz Verlag Berlin 1979

Louis Aragon, *Die Kommunisten.*
Roman.
Dietz Verlag Berlin 1955

Jorge Amado, *Der Ritter der Hoffnung.*
Roman.
Über das Leben des Mitbegründers der Kommunistischen Partei Argentiniens, Luis Carlos Prestes.
Verlag Volk und Welt, Berlin 1955

Egon Erwin Kisch, *Zaren – Popen – Bolschewiken.*
Erzählung.
Aufbau Verlag Berlin und Weimar 1980

John Reed, *Zehn Tage, die die Welt erschütterten*
Dokumentarischer Roman.
(Mit einem Vorwort von W. I. Lenin).
Dietz Verlag Berlin 1963

Willi Bredel, *Die Väter. Die Söhne. Die Enkel.*
Romantrilogie über das Schicksal einer Hamburger Arbeiterfamilie von der Jahrhundertwende bis zum II. Weltkrieg.
Dortmund 1981

Hans Marchwitza. *Sturm auf Essen.*
Roman über die Kämpfe der Roten-Ruhr-Armee.
Berlin 1960

Karl Grünberg, *Brennende Ruhr.*
Roman über die Arbeiterkämpfe gegen den Kapp-Putsch.
Berlin 1962

Paul Herbert Freyer, *Sturmvögel.**
Erzählung über Episoden der Aktionen der roten Matrosen der deutschen Hochseeflotte, die 1918 das Signal zur Novemberrevolution gaben.
Berlin 1975

Otto Gotsche, *Standort Marstall.*
Roman über den Weg eines Kleinbürgers auf die prinzipiellen Positionen der revolutionären Arbeiterklasse.
Militärverlag der DDR, Berlin 1981

Otto Gotsche, *Erzählungen* (2 Bände).
Aus den Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse.
Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale, 1972

Otto Gotsche, *Märzstürme.**
Roman über die Kämpfe der Arbeiterklasse in Mitteldeutschland 1921 bis 1923.
Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale 1971

Otto Gotsche, *Unser kleiner Trompeter.**
Roman über den Hallenser Jungkommunisten Fritz Weinig.
Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale 1961.

Ludwig Turek, *Ein Prolet erzählt.*
Roman über die Arbeiterkämpfe und die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik.
Verlag Volk und Welt, Berlin

Jan Petersen, *Unsere Straße.*
Roman über den antifaschistischen Widerstandskampf der Kommunisten 1933/34.
Aufbau-Verlag Berlin und Weimar 1974

E. R. Greulich, ... *und nicht auf den Knien.**
Biographischer Roman über das Leben des Jungkommunisten Arthur Becker.
Berlin 1964

Hasso Grabner, *Die Zelle.**
Roman über den Kampf einer KPD-Betriebszelle in den Jahren 1932 bis 1942.
Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale 1973

Hasso Grabner, *Kopfsteinpflaster.**
Roman. Anknüpfend an „Die Zelle" wird die Befreiung vom Faschismus, die Vereinigung von SPD und KPD zur SED in der damaligen sowjetischen Besatzungszone verarbeitet.
Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale 1973

Alexander Abusch, *Der Deckname.*
Memorien.
Aus dem Kampf der KPD in der Zeit des Faschismus.
Dietz Verlag Berlin 1981

Ernst Haberland, *Der Pelerinenmann.*
Autobiographische Erzählung über die Organisierung der Parteiarbeit im faschistischen KZ Buchenwald und die Schaffung einer illegalen Militärorganisation.
Militärverlag der DDR, Berlin 1981

Bruno Apitz, *Nackt unter Wölfen.*
Roman. Der illegalen Parteiorganisation im KZ Buchenwald gelingt es, das Leben eines jüdischen Kindes zu retten.
Frankfurt a. M., 1974

Maxim Gorki. *Der Spitzel.*
Roman. Aus dem revolutionären Kampf der russischen Arbeiterklasse und der SDAPR.
Neuer Malik-Verlag, Kiel

Fritz Seibert, *Schnüffler, Fälscher, Provokateure.*
Enthüllungen über die Tätigkeit von Geheimdiensten gegen die Arbeiterbewegung, insbesondere gegen die DKP.
Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1985

Erik Neutsch, *Spur der Steine.*
Roman über den Aufbau in der DDR im Zusammenwirken der gesellschaftlichen Kräfte in den 60er Jahren.
Halle/Leipzig, 1964

Fritz Selbmann, *Die Söhne der Wölfe.**
In diesem Roman werden die Ereignisse in der DDR um den 13. August 1961 verarbeitet.
Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale 1965

Bundesvorstand der SDAJ (Hrsg.)*
Philipp Müller, der Polizeimord in Essen.
Dokumentarische Erzählung um den 11. Mai 1952, dem Tag, an dem der junge Kommunist und FDJler Philipp Müller auf einer Friedensdemonstration von der Polizei erschossen wurde.
Dortmund 1977

Lothar Drude, *Ohne mich.**
Dokumentarischer Roman aus den 50er Jahren der Bundesrepublik, der die Arbeit der widerrechtlich verbotenen FDJ und die Entstehung und Arbeit der Friedensbewegung verarbeitet.
Dortmund 1979

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt.
Der Rote Großvater erzählt.
Berichte und Erzählungen von Veteranen der Arbeiterbewegung aus der Zeit von 1914 bis 1945.
Frankfurt a. M. 1974

Sachwortregister

Aktion	**175**
Aktionseinheit	**29**
Aktivtagung	**159, 161**
Antifaschistische Organisationen	**111**
Antikommunismus	**305–308**
Antimonopolistische Demokratie	**108, 130**
Antrag	**211**
Arbeiterbewegung	**67** ff.
Arbeiterklasse	
– Aktionen der –	**67** ff.
– Kern der –	**63** f.
– historische Mission der –	**31, 36** f., **40** f., **142**
– Struktur der –	**42, 60** ff.
Arbeiterorganisationen	**50** f.
Arbeiterpolitik	**72** f.
Arbeiterwohngebiete	**82** ff.
Arbeitskreis	**159**
Basisdemokratie	**222–225**
Bedürfnisse	**113** f.
Beschluß	**167, 192, 291** ff.
– -kontrolle	**300**
Betriebsaktiv	**79** f.
Betriebsarbeit	**75** ff.
Betriebsgruppe	**78–80**
Betriebsprinzip	**74, 133** f., **154**
Bewegung	**109** f.
– Arbeiter-	**67** ff.
– demokratische –	**103, 108–124**

– Frauen- **91–94**
– Friedens- **68–70**
Bündnisse **103** ff.
Bündnispolitik **29, 108** f., **116–118, 121** ff.
Bürokratie **215**

Demokratie **147** ff., **216** f.
– Basis- **222–225**
– innerparteiliche – **205** ff.
– sozialistische – **207**
Demokratiefrage **21**
Diskussion **165** ff.
– (-s)kultur **171–173**
Disziplin **248** f.

Eigentumsfrage **104, 130**
Einheit
– – der Partei **151–153**
– – von Ideologie, Politik und Organisation **142, 150**
– – von Diskussion und Aktion **175** f.
Einzelverantwortlichkeit **240**

Faktor, subjektiver – **33, 48** f.
Fraktionen **153, 218** f.
Frauenbewegung **91–94**
Frauenfrage **90**
Frauenpolitik **91** ff.
Friedensbewegung **68–70**
Führungsrolle/-anspruch **53, 122**
Funktionär **238** f.

Großbetriebe **75–77**
Grundorganisationen **135–137, 154** f., **237–239, 274** ff.

Grundwiderspruch **59**
Gruppenleben **278**f.

Handeln, einheitliches – **216**f.
Hochschulgruppe **87–90**

Ideologie
– bürgerliche – **45**f., **148**
– proletarische – **45–48**
Initiative **84–86, 110**
– Bürger- **17**
– Friedens- **68–70**
Intelligenz **63, 81, 87**ff.
Internationalismus **54**f.
Interessenvertretung **98, 106, 110, 132, 268, 283**f., **288**

Jahreshauptversammlung **212**
Jugend **94–96**
– -politik **98**ff.
– -verband **97**f.

Kapitalismus **8**f., **31**
Klasse, Definition **58**
Klassenbewußtsein **44–48**
Klassenkampf **146**ff.
– Formen des – **52, 148**
Kleinzeitungen **269–271**
Kollektivität **150**f., **239**f., **242**ff.
Kommunistische Partei **s. Partei**
Konferenz **159, 209**
– Bezirksdelegierten- **209, 212**
– Funktionärs- **159, 162**
– Kreisdelegierten- **209, 212**

KPdSU **32**
Kritik und Selbstkritik **151, 182**ff.

Legalität **28**
Leitungsarbeit **226**ff.

Macht
– politische –
der Arbeiterklasse **52**
– – des Großkapitals **130**
Machtfrage **130**
Massenarbeit **281**ff.
Medien **272**f.
Meinungsstreit **166**ff.
Mitglied **255**f.
– Rechte und Pflichten des – **153**f.
Mitgliederversammlung **280**
Mittelschichten **60**f., **106**f.

Normen des Parteilebens **155**f., **161**f.
Neues Denken **69**f.

Öffentlichkeitsarbeit **266–273**
Ökologiebewegung **68, 115**
Opportunismus **39**f., **143**
Organisation **9**f.
– – des Arbeitsprozesses **10**
– Entwicklung der – **13**ff., **228**
Organisationsfrage **11–18, 25**ff.
Organisationsprinzipien **141, 161**
Organisationsstruktur **74**ff., **131**ff., **157–163**

Partei
– – der Arbeiterklasse **53**
– – neuen Typs **37–40, 143**

Parteigliederungen	**217**
Parteiorgane	**159**f., **217**
Parteitag	**156, 209**
Parteitheorie	**34–56**
Parteivorstand	**156**f., **209**
Programm	**155–157, 208**
Rechenschaftspflicht	**150**
Reformen	**123–131**
– Doppelcharakter	**126**
– Durchführbarkeit	**128**
Reformismus	**143**
Revisionskommission	**229**
Revolution	**123–131**
Schiedskommission	**229**f.
Schwerpunktsetzung	**234, 286**
Sekretariat	**228**f.
Solidarische Hilfe	**86**
Sozialismus	**8, 41, 52, 114**f., **144**ff.
Sozialismuspropaganda	**32, 132**
Sozialismus, wissenschaftlicher	**47**
Spontaneität	**251**
Stärkung der Partei	**288–290**
Statut	**156**f., **208, 217**
Staatsmonopolistischer Kapitalismus	**113–115**
Territorialprinzip	**74, 133**f., **154**
Traditionen der Arbeiterbewegung	**13**f., **18**
Umbruchsituation	**26, 143–146**
UZ	**263–266**

Verbindlichkeit
von Beschlüssen **151** f., **217** f., **301–303**
Verfassungsschutz **312–328**
Vorstand **214** f., **228, 231**

Wachsamkeit **304–312**
Wahlen **150**
Wählbarkeit **150**
Weltbewegung, kommunistische
u. revolutionäre **55**
Wende zu demokratischem und
sozialem Fortschritt **124**
Wohngebietsgruppen **82–87**

Zeitung **263** f.
– Klein- **269–271**
Zentralismus **147** ff.
Zusammensetzung der DKP **74, 93**

Neue Technologien, neue soziale Bewegungen, neue Armut ... Umbrüche in der Produktion und in der Gesellschaft verändern die Arbeiterklasse. Andere politische Erfahrungen und eine veränderte Lebensweise führen auch zu einem Wandel im Verhältnis zu Parteien.

Für die marxistische Arbeiterpartei stellen sich neue Fragen: Wirksame Politik erfordert heute mehr Kompetenz. Lebendige Organisation braucht eine Weiterentwicklung innerparteilicher Demokratie. Flexibilität und Effektivität des Handelns verlangen eine höhere Qualität der Vorstandsarbeit.

Was bedeuten diese Veränderungen für die Organisationspolitik der Kommunistischen Partei? Ausführlich behandeln die Autoren Fragen der Klassenorientierung und der Organisationsprinzipien, aber auch praktische Probleme wie die Rolle von Kritik und Selbstkritik und das Leben in den Parteigruppen.

ISBN 3-88501-068-2 DM 16,80